Geschichte der Leipziger Allgemeinen Zeitung 1837—1843

Ein Beitrag zur Geschichte des Zeitungswesens in der Zeit des Kampfes um die Preßfreiheit

(Nach Akten und Briefen aus dem Verlagsarchiv der Firma F. A. Brockhaus in Leipzig)

ACAD. LUGD. BAT. BIBL.

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde der hohen philosophischen Fakultät an der Kaiser Wilhelms-Universität Straßburg

eingereicht von

Friedrich Wilhelm Neefe
aus Unterbodnitz (Sachs.-Altenburg)

Leipzig 1914
R. Voigtländer's Verlag

Von der Fakultät genehmigt am 27. Mai 1914

Diese Arbeit erscheint zugleich als Heft 32 der von Karl Lamprecht herausgegebenen »Beiträge zur Kultur- und Universalgeschichte«

Meinen lieben Eltern.

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41548002_0075

Vorwort.

Die vorliegende Monographie über die Brockhausische »Leipziger Allgemeine Zeitung« verdankt ihre Entstehung der Anregung des Herrn Geheimrats Professor Dr. Lamprecht in Leipzig, ihre Vollendung dem liebenswürdigen Entgegenkommen des Herrn Dr. Eduard Brockhaus, des jüngst verstorbenen Seniorchefs der Firma F. A. Brockhaus, der es mir möglich machte, das reichhaltige Archivmaterial des Verlags zu meinen Zwecken zu verwerten. Beiden Herren sei hier für ihre Anregung und Unterstützung aufrichtiger Dank ausgesprochen.

Das Gebiet der Zeitungsgeschichte war bis vor kurzem dem Historiker nicht sehr nahe gekommen. Das Buch v. Witzlebens über die »Leipziger Zeitung« vom Ende der sechziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts blieb lange vereinzelt, bis im Laufe der letzten zwanzig Jahre verschiedene monographische Werke über deutsche Zeitungen erschienen[1]), die zusammen mit dem ausführlichen dreibändigen Werke von Ludwig Salomon, »Geschichte des deutschen Zeitungswesens« (Oldenburg-Leipzig 1906) auf ein noch zum großen Teil brachliegendes Gebiet hinweisen konnten.

---

[1]) Otto Elben, Geschichte des Schwäbischen Merkur. Stuttgart 1885. — Carl Weigelt, 150 Jahre Schlesische Zeitung. 1742—1892. Ein Beitrag zur vaterländischen Kulturgeschichte. Breslau 1892. — Heyck, Die Allgemeine Zeitung. 1798—1898. München 1898. — Kuntzemüller, Hannoverscher Curier, Zeitung für Norddeutschland; Hannoversche Anzeigen; Hannoversche Neueste Nachrichten. 1849—1899. Hannover 1899. — Geschichte der Frankfurter Zeitung. 1856—1906. Herausgegeben vom Verlag der »Frankf. Zeitung« 1906.

Außer durch solche Spezialdarstellungen über die Geschichte einzelner bedeutender deutschen Zeitungen wurde der Historiker in den letzten Jahren noch in anderer Hinsicht auf die Tagespresse aufmerksam. Er erkannte, daß die Zeitung als Geschichtsquelle zu exakten Studien mit Unrecht bisher so gänzlich war gemieden worden, und sah ein, daß, mit wohlangebrachter Skepsis vorgegangen, die Tagespresse dem Geschichtsforscher doch sehr vorteilhaft an die Hand gehen kann. In einer trefflichen Abhandlung, »Die Presse als Quelle der neuesten Geschichte« [1], hat der Straßburger Historiker M. Spahn darauf hingewiesen, daß mit der nötigen Vorsicht und einem geübten Blick für die Richtigkeit oder Unrichtigkeit einer Zeitungsnachricht die Tagespresse recht wohl als gute Geschichtsquelle könne Verwendung finden. Diese Meinung ist wohl nicht vereinzelt geblieben und damit dürfte die abweichende Ansicht Treitschkes, der die Bedeutung der Tageszeitung so gründlich verkannte, eigentlich überholt und der Zeitungsliteratur eine historische Wertschätzung verschafft sein, die ihre guten Früchte tragen wird.

Daß vorliegende Arbeit von dieser neuen Geschichtsquelle ausgiebig Gebrauch gemacht, lag in ihrem Charakter als Zeitungsgeschichte. Auch hat es das Wesen dieser Monographie von selbst gegeben, daß Kritik und Vergleichung neben dem Aneinanderreihen von Tatsachen und deren Verknüpfung in den Hintergrund traten.

Auf Empfehlung und nach Winken von Prof. Dr. Spahn in Straßburg sind nachträglich ausführlichere Mitteilungen, als ursprünglich beabsichtigt war, über die redaktionelle Einrichtung und das Korrespondentennetz gemacht worden. Begünstigt wurde ihre Beschaffung durch Auffinden eines Exemplars der Zeitung, in das handschriftlich die Namen der Korrespondenten eingetragen stehen. Herr Dr. H. H. Houben im Verlage F. A. Brockhaus hatte die Freundlichkeit, mich auf das Vorhandensein dieses Zeitungsexemplars aufmerksam zu machen.

[1]) Internationale Wochenschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik. 1908. Nr. 37 u. 38.

Im übrigen sei noch darauf hingewiesen, daß die kurze Zeitspanne, welche hier ins Auge gefaßt werden soll, eine für die Entwicklungsgeschichte der Leipz. Allgem. Zeitung durchaus abgeschlossene und die interessanteste zugleich ist.

Eine Vervollständigung der hier begonnenen Forschung ist auf Anregung von Dr. Eduard Brockhaus von mir geplant.

Endlich sei noch darauf aufmerksam gemacht, daß sich in den Anmerkungen im allgemeinen die Verlagsanstalt, und zwar als »Brockhaus«, zitiert findet. Wo sich hingegen aus den Briefkonzepten und Aktenstücken der genauere Verfasser nachweisen ließ, ist dieser namhaft gemacht worden.

Es wurde ferner für zweckmäßig erachtet, auch in den Zitaten die moderne Schreibweise durchzuführen.

Quellen- und Literaturverzeichnis.

A. Quellen (in chronographischer Anordnung).

1. Gesuch um die Konzession zur Herausgabe einer politischen Zeitung in Sachsen vom 20. März 1833.
2. Vertrag der Firma F. A. Brockhaus mit Dr. W. A. Lindau, betr. die Redaktionsleitung der »Leipz. Allgem. Zeitung«, vom 1. August 1837.
3. Ankündigung der L. A. Z. vom 15. August 1837 und Subskriptionsliste der ersten 150 Stadtabonnenten.
4. Konzession des Sächsischen Ministeriums zur Herausgabe der Zeitung vom 31. August 1837.
5. Verwarnung der Kreisdirektion vom 6. April 1838, betr. eine Beschwerde der sächsischen Regierung.
6. Vorschläge von Dr. H. Franck zur Übernahme der Redaktion vom 27. Dezember 1838.
7. Stadtrat in Leipzig an Brockhaus vom 5. Dezember 1838, betr. eine Klage der preußischen Regierung.
8. Kreisdirektion in Leipzig an Brockhaus vom 2. Januar 1839; Androhung mit Konzessionsentzug wegen Klagen auswärtiger Regierungen (Bayern, Hannover).
9. Erklärung des Oberpostamts, daß das sächs. Ministerium die Genehmigung zur Ermäßigung der Speditionsgebühren der Zeitung erteilt habe, vom 10. Januar 1839.
10. Dr. Hermann Francks »Kurze Entwicklung« über die Führung der zu übernehmenden Redaktion.
11. Kreisdirektion an Brockhaus vom 18. Februar 1839: die ministerielle Genehmigung der Redaktionsübernahme durch Franck.
12. Gesuch Brockhaus' an das Finanzministerium um Ermäßigung des Zeitungskanons im November 1839.
13. Abschlägiger Bescheid des Gesamtministeriums, betr. eine Minderung des Zeitungskanons, vom 22. Februar 1840.
14. Neukonzession der Zeitung für Bayern vom 12. März 1840.
15. Vorladung an Friedr. Brockhaus und den Redakteur Dr. Günther zur Kreisdirektion in Leipzig vom 28. März 1840.
16. Kreisdirektion Leipzig an Brockhaus vom 5. Juni 1840: neue Klage der bayerischen Regierung.
17. Aktenstücke über die Maßnahmen zur Erlangung der Konzession in Österreich.
18. Kreisdirektion an Brockhaus vom 8. Dez. 1840: Verwarnung wegen Preußen.

19. Die Redaktion der L. A. Z. an das sächsische Zensurkollegium vom 9. Dezember 1840.
20. Redaktion an das sächs. Ministerium des Innern vom 9. Dezember 1840.
21. Minister v. Rochow in Berlin an den Buchhändler Heinr. Brockhaus vom 8. Dezember 1840.
22. Die Redaktion der L. A. Z. an Minister v. Rochow vom 19. Dezember 1840.
23. Dr. J. G. Günther an Brockhaus vom 20. Dezember 1840.
24. Oberpostmeister v. Nagler in Berlin an Brockhaus vom 18. Dezember 1840: abschlägiger Bescheid auf die Anfrage um Beibehaltung des festgesetzten Provisionspreises in Preußen.
25. Minister v. Rochow an Heinr. Brockhaus vom 28. Dezember 1840 und Antwortschreiben der Redaktion vom 31. Dezember 1840.
26. Oberpostamt an Gebr. Brockhaus vom 29. Januar 1841, betr. die Ermäßigung des Auslandkanons.
27. Kreisdirektion an Brockhaus vom 10. Februar 1841, betr. eine Beschwerde der preußischen Regierung.
28. Brockhaus an die Zeitungsexpedition in Leipzig vom 3. August 1841: eine Anfrage über die Versendung der Zeitung nach auswärts.
29. Antwort der Zeitungsexpedition vom 5. August 1841.
30. Kreisdirektion an Brockhaus vom 23. März 1842 und Antwortschreiben der Redaktion im Juni oder Juli 1842, betr. eine Klage der preußischen Regierung.
31. Brockhaus an das bayerische Ministerium des Innern vom 16. August 1842: Gesuch um die Neukonzession in Bayern.
32. Oberregierungsrat v. Hinckeldey in Merseburg an Brockhaus vom 9. November 1842.
33. Ministerialsekretär St. Paul in Berlin an Brockhaus vom 8. Dezember 1842 und Antwortschreiben der Redaktion vom 10. Dezember 1842.

Aktenstücke über das Verbot der L. A. Z. in Preußen.

34. Bachmann an Heinrich Brockhaus vom 8. Januar 1843: Ratschläge zu Maßnahmen gegen das Verbot.
35. Friedr. Brockhaus an die Minister Eichhorn, v. Bülow und v. Arnim in Berlin vom 30. oder 31. Dezember 1842.
36. Prof. Bülau an Brockhaus vom 27. Januar 1843, betr. seine Absichten für die Übernahme der Redaktion.
37. Prof. Friedr. v. Raumer in Berlin an Brockhaus vom 4. März 1843: Ratschläge, betr. Aufhebung des Verbots.
38. Heinr. Brockhaus an seinen Bruder Friedr. Brockhaus vom 6. März 1843.
39. Brockhaus an den Minister Eichhorn in Berlin vom 10. März 1843.
40. Brockhaus an die Geh. Staatsminister in Berlin vom 10. März 1843.
41. Brockhaus an den Minister v. Arnim in Berlin vom 11. März 1843.
42. Brockhaus an die Kreisdirektion in Leipzig vom 10. März 1843.
43. Gesuch Brockhaus' an den König Friedrich Wilhelm von Preußen vom 8. März 1843.
44. Brockhaus an das sächs. Ministerium des Innern vom 20. März 1843 und Antwort des Ministeriums an Brockhaus vom 21. März 1843.
45. Reimarus in Berlin an Friedr. Brockhaus vom 21. und 28. März 1843.

46. Minister v. Arnim, v. Bülow und Eichhorn an Brockhaus vom 29. März 1843, betr. die Abweisung des Gesuchs um Aufhebung des Verbots.
47. Heinr. Brockhaus an seinen Bruder Friedr. Brockhaus vom 6. u. 8. April 1843.
48. Brockhaus an Reimarus in Berlin vom 2. April 1843.
49. Brockhaus an den Minister v. Arnim in Berlin vom 21. Juni 1843.
50. Die Minister v. Arnim, v. Bülow u. Eichhorn an Brockhaus vom 29. Juni 1843, betr. die Aufhebung des Verbots.
51. Vertrag Brockhaus' mit Prof. Bülau vom 30. Mai 1843, betr. die Übernahme der Redaktion.

Außer diesen Aktenstücken des Archivs standen mir aus den Geschäftsbüchern jener Jahre noch zahlreiche Briefe und Schriftstücke zur Verfügung, die aber der Kürze halber nur in der Arbeit selbst zitiert werden sollen.

Zum Quellenmaterial der vorliegenden Arbeit gehören endlich noch folgende Publikationen:

1. Briefe des Königl. Preuß. Staatsministers, Generalpostmeisters Karl Ferd. Friedr. v. Nagler an einen Staatsbeamten. Herausgeg. von E. Kelchner und K. Mendelssohn-Bartholdy. 2 Bände. Leipzig 1869.
2. Briefe des Generals v. Rochow an einen Staatsbeamten. Herausgeg. von Kelchner und Mendelssohn-Bartholdy. Frankfurt 1874.
3. Georg Herweghs Briefwechsel mit seiner Braut. Herausgeg. unter Mitwirkung von Victor Fleury und C. Haußmann von Marcell Herwegh. Stuttgart 1906.
4. Briefe von und an Georg Herwegh »1848«. Herausgeg. von Marcell Herwegh. München 1906.
5. Tagebücher Varnhagens v. Ense. 14 Bände. Zürich-Hamburg 1861—1870.
6. Aus den Tagebüchern von Heinr. Brockhaus, in fünf Teilen als Manuskript gedruckt. Herausgeg. von seinen Söhnen Ed. u. Rud. Brockhaus. Leipzig 1884.
7. G. Julius, Die Verteidigung der »Leipz. Allgem. Zeitung«. Braunschweig 1843.

B. Darstellungen.

Ludwig Salomon, Geschichte d. deutschen Zeitungswesens. 3 Bde. Oldenburg-Leipzig 1906.

Eduard Brockhaus, F. A. Brockhaus. Leipzig. 3 Bde. 1872—1875.

Karl Biedermann, Mein Leben und ein Stück Zeitgeschichte. 2 Bde. Breslau 1886.

C. D. v. Witzleben, Geschichte der »Leipziger Zeitung«. Leipzig 1860.

Eduard Heyck, Die »Allgemeine Zeitung« 1798—1898. München 1898.

Ludwig Munzinger, Die Entwicklung des Inseratenwesens. Diss. Heidelberg 1901.

Hermann Bode, Die Anfänge wirtschaftlicher Berichterstattung in der Presse. Diss. Heidelberg 1908.

Karl Biedermann, Die neueste Preßgesetzgebung Preußens und Sachsens. Biedermanns »Deutsche Monatsschrift« 1844. 1. Bd.

E. C., Die politische Tagespresse Deutschlands während des Jahres 1843. Biedermanns »Deutsche Monatsschrift« 1844. 1. Bd.

Kapp, Die preußische Preßgesetzgebung unter Friedrich Wilhelm III. Archiv für Geschichte des deutschen Buchhandels. 1880.

Fr. Hugo Hesse, Die preußische Preßgesetzgebung, ihre Vergangenheit und Zukunft. Berlin 1843.

E. V. Zenker, Geschichte der Journalistik in Österreich. Wien 1900.

Otto Kuntzemüller, Das Hannoversche Zeitungswesen vor dem Jahre 1848. Preuß. Jahrbücher 1898. IV.

Ludwig Börne, Die Freiheit der Presse in Bayern. Gesammelte Schriften. 2. Bd. Stuttgart 1840.

A. Rauch, Schicksale und Zustände der bayerischen Presse. Bamberg 1847.

M. Wirth, Ernste und frohe Tage aus meinen Erlebnissen und Streifzügen. Köln 1884.

Das deutsche Zeitungswesen während der letzten 21 Jahre. »Germania« II, 1852.

Adolf Stern, Friedrich Wilhelm IV. und Fürst Metternich im Jahre 1842. Mitteil. d. Instit. f. österr. Geschichtsforschung 1909. Bd. 30.

H. H. Houben, Jungdeutscher Sturm und Drang, Ergebnisse und Studien. Leipzig 1911.

Theophil Zolling, Friedrich Wilhelm IV. und Georg Herwegh. »Gegenwart« 1898. Heft 53 u. 54.

Ferd. Falkson, Die liberale Bewegung in Königsberg (1840—1848). Breslau 1888.

Heinrich v. Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. 5. Bd.

M. Freiherr v. Lerchenfeld, Die bayrische Verfassung und die Karlsbader Beschlüsse. Nördlingen 1883.

Hassel, Geschichte des Königreichs Hannover. I. Teil: 1813—1848. Bremen 1898.

Böttiger, Geschichte des Kurstaates und Königreichs Sachsen. 2. Aufl. bearbeitet von Flathe. 1867—1870. — 3. Band von Flathe, Neuere Geschichte Sachsens von 1806—1866. Leipzig 1873.

Eduard Brockhaus, Die Firma F. A. Brockhaus 1805—1905. Leipzig 1906.

Vollständiges Verzeichnis der von der Firma F. A. Brockhaus in Leipzig seit ihrer Gründung durch F. A. Brockhaus im Jahre 1805 bis zu dessen 100jährigem Geburtstage im Jahre 1872 verlegten Werke. In chronologischer Folge mit biographischen und historischen Notizen herausgegeben von Heinrich Brockhaus 1872—1875.

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Vorwort . . . . . VII—IX

Quellen- und Literaturverzeichnis . . . . . X—XIII

Erstes Kapitel. Vorgeschichte und Gründung der Zeitung . . . . . 1—10

Frühere journalistische Unternehmungen des Verlags, Konflikte mit den gesetzlichen Bestimmungen. — Was bewog die Gebrüder Brockhaus, eine politische Tageszeitung zu gründen? — Konzessionsschwierigkeiten. — Vorbereitungen zur Herausgabe der Zeitung im Jahre 1837; Vertrag mit Dr. Lindau zwecks Führung der Redaktion. — Die Ankündigung der Zeitung am 15. August 1837.

Zweites Kapitel. Die innere Entwicklung der Leipziger Allgemeinen Zeitung bis zum Jahre 1843 . . . . . 11—32

Lindaus Aufgabe, seine Hilfsredakteure und deren Verhältnis zur Verlagsanstalt. — Lindau legt im Dezember 1838 sein Amt als Hauptschriftleiter nieder. — Seine Redaktionstätigkeit im Vergleich zu den Reformen seines Nachfolgers Dr. H. Franck. — Inhalt der Zeitung und Anordnung des Lesestoffes. — Der Vertrieb der Zeitung im In- und Ausland. — Zeitungsstempel, Zeitungsprovision usw. — Kurze Betrachtungen über die damalige Geschwindigkeit der Nachrichtenverbreitung.

Drittes Kapitel. Die Leipziger Allgemeine Zeitung und die auswärtige Politik . . . . . 33—58

Die Politik der westlichen Nachbarländer im Lichte der L. A. Z.

Frankreich: Die Hauptkorrespondenten in Paris und ihre Beurteilung der politischen Ereignisse in Frankreich. — Das auffallend große Interesse der L. A. Z. an außerdeutschen, speziell französischen, Angelegenheiten. Die Zahl der französischen Berichte überwiegt anfangs weit diejenige der preußischen und sächsischen. — Die orientalische Frage; Kriegsrüstungen gegen Deutschland.

Belgien: Die Stellung der L. A. Z. zur Holländisch-Belgischen Streitfrage. — Die Hauptmitarbeiter in Belgien.

Spanien: Die Stellung der L. A. Z. zu den politischen Ereignissen in Spanien, speziell zu dem Bürgerkrieg zwischen Karlisten und Christinos.

Seite

— Die Dürftigkeit an Korrespondenten macht eine starke Benützung fremder Zeitungen über Spanien notwendig.

Schweiz: Die Hauptkorrespondenten und ihre Berichte.

Italien und Griechenland: Hauptkorrespondenten.

Viertes Kapitel. Die Leipziger Allgemeine Zeitung und ihr Verhältnis zu den deutschen Bundesstaaten . . . . . 59—192

1. Die Leipziger Allgemeine Zeitung in Sachsen . . . 59—71

Die Zensur- und Preßbestimmungen in Sachsen vor 1848. — Die L. A. Z. und die sächsischen Preßgesetze. — Die Hauptmitarbeiter in Sachsen und ihre Stellung zu den innerpolitischen Fragen.

2. Die Leipziger Allgemeine Zeitung in Bayern . . . 72—93

Zensurzustände seit dem Jahre 1815. — Berechtigte, aber fehlgeschlagene Hoffnung bei der Thronbesteigung Ludwigs I. Die protestantische Gesinnung der L. A. Z., insbesondere die Behandlung des Kölner Kirchenstreites, erregt in Bayern großes Ärgernis. — Erste Klagen der bayrischen Regierung. — Das erste Verbot in Bayern; Aufhebung desselben im März 1840. — Rückschritte in der bayrischen Preßgesetzgebung bringen neue Klagen gegen die L. A. Z. — Zweites Verbot in Bayern im Februar 1842; Aufhebung des Verbots am Anfang des Jahres 1843. — Die Hauptkorrespondenten in Bayern und der Charakter ihrer Berichte.

3. Die Leipziger Allgemeine Zeitung in Hannover . . 93—105

Das Hannoversche Zeitungswesen vor 1848. — Mangel einer guten politischen Zeitung. — Das veraltete Zensuredikt von 1705 noch Geltung. — Zensurinstruktion vom Jahre 1837. — Brockhaus nimmt besondere Rücksicht auf die hannoverschen Artikel und sucht mit seiner L. A. Z. dem Tiefstand des dortigen Zeitungswesens zu begegnen. — Der Fall der »Göttinger Sieben« im Lichte der L. A. Z. und die ersten Klagen der Hannoverschen Regierung. — Das Verbot in Hannover im Mai 1840 und die Aufhebung desselben im Januar 1841. — Die Hauptkorrespondenten in Hannover und ihre Stellung zu den innerpolitischen Fragen, insbesondere zum Staatsgrundgesetz und dessen Aufhebung durch König Ernst August.

4. Die Leipziger Allgemeine Zeitung in Österreich . 105—123

Zensurzustände und Journalistik in Österreich vor 1848. — Metternich über die Zeitungen, sein Haß gegen das freie Wort. — Zensurdruck und hohe Besteuerung der Zeitungen Österreichs. — Strenge gegen die freisinnig-patriotische Presse. — Die L. A. Z. in Wien gefürchtet und gehaßt. — Versuche um die Zulassung derselben in Österreich. — Audienz bei Metternich. — Aussichtslosigkeit, solange die Tendenz der Zeitung nicht im Sinne Österreichs geändert werde. — Verhandlungen über die L. A. Z. in Wien. — Brockhaus wiederholt mehrmals seine Versuche um die Zulassung der Zeitung. — Das Mißtrauen in Wien gegen dieselbe bleibt bestehen, und alle Gesuche des

Seite

Verlags werden bis auf weiteres abweisend beschieden. — Hatte die österreichische Regierung Grund, gegen die Berichte in der L. A. Z. mißtrauisch zu sein? — Ausblick in die Zukunft der L. A. Z. in Österreich. — Die österreichischen Hauptkorrespondenten und der Charakter ihrer Berichte.

5. Die Leipziger Allgemeine Zeitung in Preußen . . . 124—160

Die strengen Preßgesetze in Preußen nach den Karlsbader Beschlüssen und die Bedeutungslosigkeit des preußischen Zeitungswesens vor 1848. — Politische Ereignisse im Lichte der L. A. Z. — Die ersten Klagen gegen das Blatt. — Die Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV., die Königsberger- und Berliner Huldigungstage und ihre Beurteilung in der L. A. Z. — Im März 1842 die erste ernstliche Androhung mit Debitentzug. — Die L. A. Z. seit der Redaktionsführung durch Dr. Julius, Herbst 1842, das Hauptorgan der politischen Unzufriedenheit und der bürgerlichen Freiheitswünsche in Preußen. — Die neue preußische Zensurverordnung vom Oktober 1842 und ihre Beurteilung in der L. A. Z. — Die hauptsächlichsten Mitarbeiter in Berlin und Preußen überhaupt; das Wesen ihrer Berichterstattung mit besonderer Rücksichtnahme auf ihre Beteiligung an den innerpolitischen Fragen der Zeit.

Herweghs Brief an Friedrich Wilhelm IV. und das Verbot der Leipz. Allgem. Zeitung in Preußen . . . . . 160—192

Herweghs Audienz beim König von Preußen. — Der Bericht hierüber in der L. A. Z. und anderen liberalen Zeitungen. — Der König, empört über diese Preßberichte, verbietet Herweghs Zeitschrift »Der deutsche Bote aus der Schweiz«. — Die Folgen dieser Maßnahme: Der bekannte Brief Herweghs an den König. — Das Schicksal dieses Briefes: Der Abdruck desselben in der L. A. Z. — Die Folgen dieser Ungeschicklichkeit: Herwegh aus Preußen verwiesen, die L. A. Z. bis auf weiteres in Preußen verboten. — Der Bericht der drei Minister in Berlin an Friedrich Wilhelm IV. und die weiteren Begründungen des Verbots. — Die Bemühungen des Verlags um Aufhebung desselben. — Eine Verteidigungsschrift des Redakteurs Dr. Julius findet keine Verwendung. — Seine Entlassung und der Übergang zu einer gemäßigten Haltung gegenüber Preußen unter dem neuen Redakteur Professor Bülau. — Ratschläge bezüglich Aufhebung des Verbots. — Vermittlung der sächsischen Regierung. - Die Gesuche an den König und seine Minister bleiben vorerst erfolglos. — Die Haltung der L. A. Z. seit dem Verbot in Preußen. — Die Zeitung ändert ihre Tendenz gegenüber Preußen gänzlich, und ein letztes Gesuch um die Aufhebung des Verbotes hat Erfolg. Dieser jedoch kostet das allgemeine Ansehen des Blattes und bringt den Verlust vieler Abonnenten.

Schlußbetrachtung.

Erstes Kapitel.

Vorgeschichte und Gründung der Zeitung.

Der Verlag F. A. Brockhaus in Leipzig war schon unter seinem Gründer, Friedrich Arnold Brockhaus, ein wackerer Vorkämpfer für den deutschen Liberalismus in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gewesen.

Im Jahre 1816 gründete Oken die bekannte Zeitschrift »Isis«, und im gleichen Jahre wurden die »Zeitgenossen« durch Professor Koethe in Jena, beide auf Anregung und im Verlag von F. A. Brockhaus, herausgegeben [1]).

Die »Isis« machte sich bekanntlich als stark liberales Blatt einen Namen, sie besprach sehr bald in offenster Weise den harten Zensurdruck und äußerte unverhüllt ihre Meinung für Preßrecht und für Preßfreiheit. Ebenso war sie in kurzer Zeit die Zentrale für patriotische, freiheitliche Einsendungen aus allen Teilen Deutschlands geworden und hatte sich dadurch ebenso rasch heftige Feinde in den Reihen der konservativ Gesinnten zugezogen. Ihr weiteres Schicksal teilte sie mit vielen anderen liberalisierenden Zeitungen und Zeitschriften jener Tage: Sie mußte, wollte sie nicht Gefahr laufen, einmal verboten zu werden, ihre freiheitliche Gesinnung mäßigen und demnach den ihr eigentümlichen Charakter aufgeben. So entfernte die »Isis« unter beständiger Verfolgung gestrenger Zensurbehörden seit 1824 die Politik gänzlich aus ihren Spalten und

[1]) Vergleiche über beide das dreibändige treffliche Werk von Heinr. Ed. Brockhaus: Friedrich Arnold Brockhaus, sein Leben und Wirken nach Briefen und anderen Aufzeichnungen geschildert. Leipzig 1872—75. II. Bd., S. 164 ff., 202 ff.

trug von nun an, bis zu ihrem Aufhören 1848, rein wissenschaftlichen Charakter.

Weniger heftig, doch ebenso patriotisch liberale Gesinnung vertraten die »Zeitgenossen«, ein enzyklopädisches Werk in Form einer Zeitschrtft, die in ihrer kurzen Existenz bis 1819 vorwiegend literarisch-kritischen Zwecken gedient hatte und so weit weniger als die »Isis« dem Ärger und den Vorwürfen empfindsamer Regierungen ausgesetzt gewesen war.

Seit 1826 hatten die beiden Söhne von F. A. Brockhaus, im besonderen Heinrich Brockhaus, Kotzebues »Literarisches Wochenblatt« unter dem neuen Titel »Blätter für literarische Unterhaltung« übernommen und dasselbe bis 1851 herausgegeben [1]).

Friedrich Arnold Brockhaus selbst hatte 1818, wenige Jahre vor seinem Ableben (1823), noch die Zeitschrift „Hermes oder Kritisches Jahrbuch der Literatur« nach Muster einiger trefflicher englischer Journale gegründet. Sie verlor nach dem Tode von F. A. Brockhaus rasch an Bedeutung und hörte 1831 zu erscheinen auf [2]).

Das mangelhafte Glück der Zeitschriften einerseits und die Zeitstimmung andererseits mochten Anfang der dreißiger Jahre die Gebrüder Brockhaus, Friedrich und Heinrich Brockhaus, dazu bewegen, mit einem politischen Tagesorgan in die Öffentlichkeit zu treten; und zwar galt es ein Blatt zu schaffen, »das in weitester Form nicht allein deutsche und europäische, nein auch andere außereuropäische erhebliche Begebenheiten, sofern sie der Berichterstattung zugänglich, der Veröffentlichung als allgemein interessant würdig erscheinen, zu verbreiten imstande ist« [3]). Damit, daß möglichst vielseitige, alles berücksichtigende Besprechungen des öffentlichen wie kulturellen Lebens erscheinen sollen, war schon eine wesentliche Seite dieses neuen Projekts gekennzeichnet.

---

[1]) H. E. Brockhaus a. a. O. II, 208 ff.

[2]) Ebendas. II, 263 ff.

[3]) Konzessionsgesuch um die Herausgabe einer politischen Zeitung in Sachsen vom 20. März 1833.

Völlig klar war man sich, daß gerade jetzt die Zeitstimmung für ein solches Unternehmen günstig sei, »bei den sich täglich mehr entwickelnden Tätigkeiten konstitutioneller Länder Europas und Amerikas und dem sich täglich ernster gestaltenden Kampf zwischen der öffentlichen Vernunft und den Anmaßungen verjährter Vorurteile«[1]). Eine weitere Anregung bot zweifellos auch der allgemeine Tiefstand der Tagespresse, der sich besonders im Norden Deutschlands ganz bedenklich zeigte. Diesem Mangel wollte die Firma ernstlich begegnen und für Norddeutschland eine brauchbare politische Tageszeitung schaffen, wie es beispielsweise in Süddeutschland die »Augsburger Allgemeine Zeitung« schon lange war[2]).

Bevor aber das Projekt zur Ausführung kommen konnte, galt es erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden. Einmal war es nicht leicht, in jener gärenden Zeit die Konzession des Ministeriums zur Herausgabe eines politischen Blattes zu erhalten, denn man hatte wenige Jahre zuvor in Süddeutschland, besonders in Bayern und Baden, zu schlechte Erfahrungen mit der liberalen Presse gemacht[3]), als daß man dem Verlage Brockhaus, der, wie oben gezeigt wurde, in der Herausgabe von liberalen Schriften schon ehedem so rege war, sofortiges und gänzliches Vertrauen geschenkt hätte.

Zweitens galt es der schon lange bestehenden offiziellen »Leipziger Zeitung«, die seit 1831 unter fiskalischer Selbstverwaltung des sächsischen Oberpostamts stand, das Privileg der alleinigen Verbreitung politischer Nachrichten streitig zu machen. Daß diese Auseinandersetzung mit der »Leipziger Zeitung« keine leichte Aufgabe, aber ebenso erste Notwendigkeit war, erkannten die Gebrüder Brockhaus, und so wurde denn auch in einem umfangreichen Konzessionsgesuch in erster Linie unter Hinweis auf die Gesetze dargetan, daß durch keine

[1]) Konzessionsgesuch um die Herausgabe einer politischen Zeitung in Sachsen vom 20. März 1833.

[2]) Briefe, an Eckermann in Weimar vom 8. Sept. 1837, an Dr. Christiani in Lüneburg vom 25. August 1837, an Herrn David in Algier vom 8. Sept. 1837.

[3]) Vgl. »Germania« II, 1852, Gesch. d. dtsch. Zeitungswesens während der letzten 21 Jahre, S. 112 ff.; Salomon, Gesch. d. dtsch. Zeitungswesens, III, 447 ff.

Verordnung die Herausgabe politischer Zeitungen für ein Staatsmonopol erklärt, und daß damit das ausschließliche Recht des Oberpostamts völlig unbegründet sei[1]). Dabei betonte Brockhaus, daß er an eine Konkurrenz gar nicht denke und bereit sei, sein Blatt durch den Redakteur der »Leipziger Zeitung«, Christ. Aug. Hasse, zensieren zu lassen. Selbst bei einem friedlichen Auskommen aber schien Brockhaus doch noch Schwierigkeiten zu fürchten, und er machte daher das Ministerium auf den Vorteil aufmerksam, den die »Leipziger Zeitung« daraus ziehen könnte, wenn sie als offizielles Regierungsorgan in Dresden selbst und unter der besonderen Leitung des Ministeriums des Innern erscheinen würde.

Das war ebenso wohlmeinend im Sinne der »Leipziger Zeitung« als eigennützig von Brockhaus gedacht, jedoch mußte es immerhin verständlich sein, wo es galt, ein neues Unternehmen ins Leben zu rufen.

So ließ unter den obwaltenden Verhältnissen die Konzession durch das Ministerium mehrere Jahre auf sich warten.

Erst im Frühjahr 1837 schien die Stimmung für das Unternehmen behördlicherseits günstiger geworden zu sein, obschon nach den Aufzeichnungen von Heinrich Brockhaus[2]) noch immer, bezüglich der Zensur der neuen Zeitung, Bedenklichkeiten vorherrschten und man überdies, wie sich herausstellte, neuerdings denunziert war, »aufrührerische Proklamationen zu verbreiten und in unschuldige Werke einzulegen«[3]).

Im Mai 1837 reiste Friedrich Brockhaus, der der eigentliche Leiter der Zeitung werden sollte, nach Dresden, um in persönlicher Vorstellung beim Ministerium für das endliche Zustandekommen seines Blattes zu wirken, dessen Erscheinen auf den 1. Juli nunmehr geplant war[4]).

[1]) Bezeichnenderweise hatte die »Leipziger Zeitung« selbst im Jahre 1660 sich die Konzession zu ihrem Erscheinen dadurch verschafft, daß sie dem Oberpostamt das Recht der alleinigen Nachrichtenvermittlung streitig machte; vgl. v. Witzleben, Geschichte der Leipziger Zeitung. Leipzig 1860. S. 10 ff.

[2]) Aus Tagebüchern von Heinrich Brockhaus. In fünf Teilen als Manuskript gedruckt. Leipzig 1884–87. I, 340. Herausg. von seinen Söhnen Heinr. Ed. und Heinr. Rudolf Brockhaus. [3]) Ebendas. I, 346. [4]) Ebendas. I, 340.

Doch noch einmal verzögerte sich die Veröffentlichung der Zeitung um einige Monate, welche die Gebrüder Brockhaus dazu benutzten, um das neue Unternehmen in weiteren Kreisen bekanntzugeben und für dasselbe lebhaftes Interesse zu erwecken. Zudem warb man von nun an eifrig um Korrespondenten und Mitarbeiter im In- und Ausland, wobei der Verlag möglichst auf die Gewinnung literarisch bewährter Leute bedacht war. So bat er, meist bei Gelegenheit einer verlagsgeschäftlichen Mitteilung, seine Autoren um Teilnahme an der bald erscheinenden Zeitung und versprach auch für kleinere gelegentliche Mitteilungen dankbar zu sein [1]). Kurz, Brockhaus bemühte sich eifrig um geeignete Kräfte für die Zeitung, damit diese sogleich bei ihrem Erscheinen einen recht zukunftsicheren Eindruck mache.

Zum Leiter der Zeitung bestimmte man Dr. W. A. Lindau in Dresden, mit dem Brockhaus im Frühsommer 1837 zwecks Übernahme der Redaktion in Verbindung getreten war [2]). Ursprünglich war sein Amtsantritt, wie das Erscheinen der Zeitung selbst, auf den 1. Juli festgelegt. Lindau jedoch kam trotz dringender Mahnung des Verlags [3]) erst Ende Juli nach Leipzig, und am 1. August wurde zwischen dem neuen Redakteur und der Firma F. A. Brockhaus der Vertrag abgeschlossen, demzufolge Lindau und Brockhaus gemeinsam der sächsischen Regierung gegenüber für das Blatt verantwortlich sein sollten [4]).

---

[1]) Brockhaus an G. G. Gervinus vom 25. August 1837 und an den Oberbürgermeister v. Bärensprung in Berlin vom 18. August 1837.

[2]) Wilhelm Adolf Lindau, geb. am 24. Mai 1774 zu Düsseldorf, privatisierte eine Zeitlang zu Meißen und lebte seit 1806 als Privatgelehrter in Dresden, dann in Leipzig und hierauf wieder in Dresden, wo er am 1. Juli 1849 starb. Er ist bekannt durch seine zahlreichen Übersetzungen aus dem Englischen und Französischen, durch Romane sowie populäre historische Schriften. »Vollständiges Verzeichnis der von der Firma F. A. Brockhaus in Leipzig seit ihrer Gründung durch F. A. Brockhaus im Jahre 1805 bis zu dessen 100jährigem Geburtstage im Jahre 1872 verlegten Werke. In chronologischer Folge mit biographischen und literarischen Notizen herausgegeben von Heinrich Brockhaus 1872—75.« Einleitung, S. 53. (Im weiteren zitiere ich der Kürze halber unter »Verlagsverzeichnis«.)

[3]) Brockhaus an Dr. Lindau in Dresden vom 22. Juli 1837.

[4]) Vertrag zwischen Dr. W. A. Lindau und F. A. Brockhaus, Leipzig, vom 1. August 1837.

Nach diesen Vorbereitungen erschien am 15. August folgende Ankündigung, die den Zweck hatte, über den Charakter des neu zu gründenden Blattes und über die darin besprochenen Gebiete des öffentlichen und kulturellen Lebens Aufschluß zu geben sowie die ersten Abonnenten zu gewinnen[1]):

»Ankündigung.

Vom 1. Oktober dieses Jahres an erscheint in der unterzeichneten Verlagshandlung die neue

Leipziger Allgemeine Zeitung.

Motto: Wahrheit und Recht,
Freiheit und Gesetz!

Wenn ein neuen Unternehmen dieser Art beginnt, mag sich wohl die Frage aufdrängen: Wodurch sind Zeitungen einer der großen Hebel der europäischen Gesittung geworden? Bestimmt, die Tagesbegebenheiten treu zu berichten und dem künftigen Geschichtschreiber Stoff zu sammeln, sollen sie zugleich den Zeitgenossen über die Bedeutung und die Interessen der Gegenwart aufklären[2]) und sein Urteil über die Zeiterscheinungen bilden helfen, das nur aus einer umfassenden Kenntnis derselben hervorgehen kann. Seit sie durch die nähere Berührung der Staaten Bedürfnis geworden und durch die Vermehrung der Erleichterungsmittel des Verkehrs ins Leben gerufen sind, haben sie, je freier sie von äußeren Hemmnissen waren, mehr oder minder jenen Zwecken nachgestrebt und eben dadurch auf die Meinung der Gesamtheit gewirkt, wie sie von dieser, überall, wo sie frei hervortreten konnte, auch wiederum bestimmte Richtung erhielten. Diese Wechselwirkung ist in der letzten Zeit lebendiger als je geworden, weil unter den gebildeten Völkern eine regere Teilnahme am Staatsleben erwachte und Kenntnis der öffentlichen

[1]) Die dieser Ankündigung beigegebene Subskriptionsliste ergab die ansehnliche Zahl von etwas über 150 Stadtabonnenten, die zum größten Teil Kaufleute, Gelehrte und Beamte waren.

[2]) Wie sehr die L. A. Z. gerade auf dieses Moment Rücksicht nahm, wird sich im Laufe der Darstellung wiederholt zeigen (vgl. S. 14).

Angelegenheiten mehr und mehr verbreitet wurde; die Zeitungen sind dadurch, mit der steigenden Bildung der Völker fortschreitend, auf einen höheren Standpunkt gekommen.

Aus der angedeuteten Stimmung der Zeitung gehen die Pflichten hervor, welche derjenige zu erfüllen hat, der eine solche Unternehmung leitet. Das erste Gesetz für ihn ist, was der große römische Redner für den Geschichtschreiber überhaupt aufstellt: daß er Falsches nicht zu sagen, Wahres nicht zu verschweigen wage. Wahres zu verschweigen werden die Verhältnisse, wo irgend Freiheit im öffentlichen Leben waltet, ihm nicht gebieten, solange er dem anderen Gesetze des Geschichtschreibers: unparteiliche Darlegung der Tatsachen, unverbrüchlich treu bleibt. Falsches mitzuteilen, kann der Darsteller einer Geschichte, die sich erst bildet, nicht immer vermeiden, wie sorgfältig er auch verschiedene Berichte vergleiche, und oft sind ja auch Berichte gleichsam »die Schatten kommender Ereignisse«, Ausdrücke der Stimmung und der Hoffnung oder Befürchtung des Augenblicks und gehören insofern in ein Bild der Zeitgeschichte; doch liegt ihm ob, früher mitgeteilte, später als irrig sich erweisende Angaben zu berichtigen. Keine geschichtlich wichtige Tatsache aus Ländern, die der Kunde der gesitteten Welt offenliegen, darf eine Zeitung, die sich den Namen einer allgemeinen beilegt, übergehen, spurlos vorübergehende wird sie nicht berühren; aber es gibt allerdings Tatsachen, die bei ihrem ersten Hervortreten minder bedeutend erscheinen, doch später große Ereignisse herbeiführen, und es wird von der Anschauungsgabe des Beobachters der Zeitgeschichte abhängen, solche Erscheinungen abzufassen und die Keime zu erahnen, die in ihnen liegen.

Indem die Redaktion der Leipziger Allgemeinen Zeitung diese freilich sich von selbst verstehenden Verpflichtungen gegen das Publikum übernimmt und die Aufgabe sich vorlegt, eine fortlaufende treue Darstellung der Zeitungsgeschichte zu geben, die nicht bloß das Bedürfnis des neugierigen Augenblicks befriedige, sondern auch nach der Voll-

ständigkeit einer geschichtlichen Quelle für die Nachwelt trachte, bedarf es kaum der ausdrücklichen Versicherung, daß sie, wie nahe auch die Versuchung in einer Zeit widerstreitender politischer Grundsätze und Strebungen liegen möge, nie den Ansichten und den Interessen einer Partei dienen wird. Nur dem Grundsatze, daß ruhiger gleichmäßiger Fortschritt aller menschlichen Einrichtung im Wesen der Menschheit liegt und so alt ist als die Menschheit, wird sie immer huldigen. Kein unbesonnen stürmisches Vorwärts, aber auch kein treuloses Rückwärts!

So viel im allgemeinen über den Charakter, den unsere Zeitung zu behaupten suchen wird. Eine Darstellung der Zeitgeschichte, die der Entwicklung des gesellschaftlichen Zustandes in all ihren Richtungen folgen muß, darf nicht ausschließend die Erscheinungen im Staatsleben beachten, und muß nicht minder sorgfältig die kulturgeschichtlichen Momente, die das Bild der Zeit gestalten helfen, in sich aufnehmen. Alle Elemente des öffentlichen Lebens bedingen und tragen sich gegenseitig in einer Zeit des Fortschrittes, wo die moralische Kraft immer mehr nach dem Übergewichte strebt. Es werden daher auch bedeutende literarische Erscheinungen, sowohl solche, die dem Gebiete der Politik der Staatengeschichte und der Statistik angehören, als auch allgemeine interessante Schriften, die wichtige Fortschritte in der Wissenschaft ankündigen, mit einer kurzen Bezeichnung ihres Inhaltes und Wertes genannt werden, soviel es in einer Zeitschrift geschehen kann, die eine kritische Würdigung anderen Blättern überlassen muß. Aus denselben Gründen sollen auch bedeutsame Leistungen im Gebiete der Kunst nicht übersehen werden, und das gewerbliche Leben, in seinen verschiedenen Richtungen auf Handel und Industrie, wird um so mehr stets Beachtung finden, je mehr hier in unserer Zeit der Geist die Masse zu bewegen beginnt und Ergebnisse herbeiführt, die in den Gang der Weltereignisse eingreifen. Bei der Sammlung solcher historischen Elemente, welche der nächste und eigentliche Zweck einer auf treue Berichterstattung

angewiesene Zeitschrift sein soll, wird sich aber auch vielfältig Anlaß darbieten, die Gegenwart von dem Standpunkt wissenschaftlicher Betrachtung zu überblicken. Es werden daher wichtige Zeitfragen, welche die Interessen des öffentlichen Lebens berühren, besonnen besprochen und erwogen werden, um, ohne dem Leser eine einseitige Ansicht aufdrängen zu wollen, den Grundsätzen Anerkennung zu verschaffen, die allein ein sicheres Urteil leiten können. Erörterungen, die dem Gebiete der Schule angehören, bleiben hier ausgeschlossen. Jedem Jahrgang wird gleich nach dem Schlusse desselben ein genaues und vollständiges Register beigegeben werden, um die Zeitung als eine Quelle der Zeitgeschichte desto brauchbarer zu machen.

Die geographische Lage Leipzigs, seine Bedeutung als Universität, als Handels- und Meßplatz, als Zentralpunkt des deutschen Buchhandels werden unser Unternehmen noch besonders begünstigen.

Alle, die in den oben dargelegten Ansichten mit uns übereinstimmen, werden freundlich eingeladen, durch Mitteilungen, seien es ausführliche Berichte, interessante kurze Nachrichten und Züge zur Zeitgeschichte oder beurteilende Überblicke, uns zu unterstützen.«

Die Konzession der Zeitung erfolgte am 31. August 1837 durch die Königl. Sächs. Kreisdirektion in Leipzig, mit der Genehmigung des Ministeriums des Innern und dem Einverständnis des Finanzministeriums. Sie enthielt neben den Bestimmungen über Postdebits und Zeitungskanon die beschränkende Vorschrift zugunsten der »Leipziger Zeitung«: »Amtliche Bekanntmachungen inländischer höherer und niederer Behörden dürfen in der Brockhausischen Zeitung nicht eher aufgenommen werden, als bis sie entweder in der »Leipziger Zeitung« bereits gestanden haben, oder dafern nachgewiesen ist, daß sie der Redaktion derselben bereits dergestalt mitgeteilt sind, daß sie am nächsten Morgen darin erscheinen

können[1]), weshalb die Gebrüder Brockhaus mit der hiesigen Zeitungsexpedition sich zu vernehmen haben.‹

So hatte man dem Oberpostamt in Leipzig ein Mittel gelassen, die Konkurrenz der L. A. Z. stets in Grenzen zu halten und dafür zu sorgen, daß der »Leipziger Zeitung« nach wie vor ein ganz bestimmter Leserkreis erhalten bliebe. Wenn Brockhaus daran nichts zu ändern vermochte, so war er um so mehr bemüht, aus den Mängeln der älteren Zeitung, die zum Teil klar zutage traten[2]), möglichst großen Nutzen zu ziehen und so die »Leipziger Zeitung« lediglich auf ihr dürftiges Privileg zu beschränken.

Es hat sich in den folgenden Jahren gezeigt, daß die beiden Zeitungsunternehmen ohne jede auffällige gegenseitige Schädigung nebeneinander existieren konnten, denn neben dem raschen Emporblühen der L. A. Z. nahmen auch die Auflagen der »Leipziger Zeitung« von 1836—1845 — wenn auch nicht erheblich — ständig zu[3]).

---

[1]) Ein Pachtvertrag der »Leipziger Zeitung‹ am Anfang des 19. Jahrhunderts kannte schon dieses Prioritätsrecht anderen Blättern gegenüber (v. Witzleben, Gesch. d. Leipz. Zeitung, S. 63).

[2]) Brockhaus hatte in seinem Konzessionsgesuch der »Leipziger Zeitung« den Vorwurf gemacht, sie veröffentliche zu viel abseits vom allgemeinen Interesse liegende Artikel; auch werde das Blatt wohl meist nur der Annoncen wegen von auswärtigen Lesern gehalten.

[3]) v. Witzleben a. a. O., S. 137.

Zweites Kapitel.

Die innere Entwicklung der Leipz. Allgem. Zeitung bis zum Jahre 1843.

Am Abend des 1. Oktober 1837 erschien die Zeitung zum ersten Male, im Umfang eines Druckbogens in Hochquart, mit gespaltenen Kolumnen. Trotzdem Dr. Lindau in seinem Amt eine recht weitgehende Vollmacht hatte — alle Hilfsarbeit stand unter seiner persönlichen Leitung, nach seinen Bestimmungen wurden Übersetzungen und Nachdrucke aus anderen Zeitungen aufgenommen, die Auswahl des gesamten Zeitungsstoffes lag in seiner Hand, und ihm unterstand auch die letzte Revision jeder Nummer[1]) —, war nicht er, sondern die Verlagsanstalt F. A. Brockhaus als verantwortlicher Herausgeber am Schluß der Zeitung genannt[2]).

Als Hilfsredakteure standen Dr. Lindau der Privatgelehrte Dr. Günther aus Chemnitz und Dr. Jul. Wilh. Götte aus Braunschweig zur Seite. Mit Günther[3]) war Brockhaus 1837 in Verbindung getreten in der Absicht, ihm das Ressort »Handel und

---

[1]) Vertrag mit Dr. Lindau vom 1. August 1837.

[2]) Bis zur Titeländerung am 1. April 1843 zeichnete so die Firma als verantwortlicher Herausgeber, von da an bis auf weiteres Prof. A. Bülau.

[3]) Joh. Georg Günther, geb. am 29. April 1808, studierte Theologie und Philologie, trat 1830 in ein Fabrikgeschäft in Prag ein, übernahm 1837 teilweise die Redaktion der L. A. Z., gab seit 1840 mit Wieck die »Deutsche Gewerbezeitung« heraus, wurde 1848 ins Frankfurter Parlament gewählt, reiste 1851 über England nach Amerika und praktizierte dort als Arzt bis 1870; 1871 nach Europa zurückgekehrt, starb er in Berlin am 30. Januar 1872 (Verlagsverzeichnis der von F. A. Brockhaus der seit ihrer Gründung bis 1872 verlegten Werke, S. 361).

Industrie« zu überlassen [1]). Wenngleich die Bedingungen, die Dr. Günther bezüglich Bezahlung stellte, ziemlich hohe waren, ging dennoch Brockhaus darauf ein und sicherte ihm ein jährliches Einkommen von 800 Talern, behielt sich aber eine dreimonatliche gegenseitige Kündigungsfrist vor [2]). Diese Vorsicht schien sich zu rechtfertigen; Freiheiten in der Führung seiner Geschäfte erweckten die Unzufriedenheit der Gebrüder Brockhaus, weswegen diese im Laufe des Jahres 1840 Günther mehr und mehr ausschalteten, dafür dessen Mitredakteur Thoscheski, einen ehemaligen preußischen Offizier, der seit November 1839 nähere Beziehungen mit dem Verlage gesucht hatte [3]), immer größeres Vertrauen schenkten. Ärgerlichkeiten, die daraus notwendig entstanden, bewogen Dr. Günther, seine Entlassung zu nehmen, doch bestand er darauf, bis 1. April 1841 seine Funktionen als Redakteur ausüben zu können [4]).

Dem zweiten Hilfsredakteur, Dr. Götte aus Braunschweig, ward die Abteilung für »Kunst und Literatur« überlassen. Auf die gegenseitig gestellten Bedingungen konnte sowohl er als auch die Firma anstandslos eingehen, so daß hier wesentliche Schwierigkeiten nicht zu erwarten standen [5]). Trotzdem gehörte Dr. Götte nicht lange dem Verlage an; ein körperliches Leiden gebot ihm, am Anfang des Jahres 1839 seine Redaktionstätigkeit teilweise niederzulegen. Auf Wunsch der Gebrüder Brockhaus besorgte er nur noch das Nötigste [6]) und widmete sich vermutlich von nun an, weil weniger anstrengend, mehr den »Blättern für lit. Unterhaltung« [7]). Im Oktober 1839 mußte sich Dr. Götte von den Verlagsgeschäften gänzlich zurückziehen [8]); er starb im Dezember desselben Jahres.

---

[1]) Brockhaus an Dr. Günther vom 29. August 1837.

[2]) Brockhaus an Dr. Günther vom 9. September 1839.

[3]) Brockhaus an Thoscheski vom 30. November 1839. Über Günther und Thoscheski vgl. weiter unten S. 18.

[4]) Dr. Günther an Brockhaus vom 20. Dezember 1840.

[5]) Brockhaus an Dr. Götte vom 9. September 1837.

[6]) Brockhaus an Dr. Götte vom 4. März 1839.

[7]) Aus Briefen Brockhaus' an Dr. Götte vom 22. Mai, 3. Juni, 22. Juli und 9. August 1839 ersichtlich.

[8]) Brockhaus an Dr. Götte vom 11. Oktober und 12. November 1839.

In der inneren Gestaltung der Zeitung trat Anfang des Jahres 1839 insofern eine Änderung ein, als Dr. Hermann Franck aus Breslau die Führung der Redaktion übernahm und nun sogleich darauf bedacht war, durch zweckmäßige Reformen und Besserungen die Spuren der Flüchtigkeit und Eile, die man dem Unternehmen noch immer anmerkte, zu beseitigen. Diese Notwendigkeit lag nahe, wenn der Verlag in der Tat mit seinem Blatte mehr als nur Gewöhnliches bieten wollte, wenn dasselbe, wie er sich gerne aussprach, analog der »Augsburger Allgemeinen Zeitung« ein brauchbares Organ für Norddeutschland werden sollte[1]).

Wohl hatte Lindau dem Unternehmen alle erdenkliche Sorge angedeihen lassen, doch fehlte es dem 65jährigen Manne an der Beweglichkeit und schnellen Umsicht, die das Amt eines Redakteurs absolut erforderte. Indessen muß es zum Lobe Lindaus und seiner Leitung gesagt sein, daß, was die Ankündigung der Zeitung dereinst versprochen hatte[2]), bisher ehrlich war gehalten worden. Das Blatt war bestrebt gewesen, den regsten Anteil am öffentlichen wie kulturellen Leben der Nation zu nehmen, und hatte sich bemüht, von Anfang an dem eigentlichen Grundgedanken der Zeitung, dem Verlangen nach Freiheit in allen Sphären des Staatslebens, festzuhalten. Dadurch ferner, daß mit den hohen Zielen der Preßfreiheit, Glaubens-, Lehr- und Denkfreiheit der Gedanke einer deutschen Einheit auf konstitutioneller Grundlage eng verknüpft wurde, hatte sich die L. A. Z. eine ausgeprägte Tendenz zu eigen gemacht, die auf das lebhafteste den allgemeinen Interessen jener Tage begegnen mußte.

Wohl erstaunlich ist es, daß der Verlag schon damals das hohe Einsehen hatte, eine gute Zeitung verdiene mehr zu sein als bloße Vermittlerin von Zeitereignissen und Tagesneuigkeiten, daß zwischen einer guten Zeitung und der Geschichtswissenschaft die Möglichkeit von Berührungspunkten erkannt

---

[1]) Brockhaus an Dr. C. M. Friedländer in Brüssel vom 12. August 1837 und an W. Havemann, Lehrer in Ilfeld, vom 9. September 1837.

[2]) Vgl. oben S. 6 ff.

wurde, die sowohl für das gesteigerte Ansehen der einen als auch für den ersprießlichen Fortgang der anderen von großer Bedeutung sein konnten[1]). Diesen Gedanken suchte die L. A. Z. insofern zu realisieren, als sie einmal möglichst gewissenhaft alle nennenswerten Erlasse und Aktenstücke über politische und kulturelle Angelegenheiten im Texte veröffentlichte[2]), und zweitens dadurch, daß möglichst genau auf zuverlässige Berichterstattung Wert gelegt wurde. Der Unzulänglichkeit einer durchaus glaubwürdigen Nachrichtenvermittlung aber suchte man andererseits durch ein konsequentes Berichtigungsverfahren zu begegnen, um damit ein möglichst getreues Zeitbild zu erreichen.

Über das Programm, das die Zeitung in der Ankündigung sich gestellt hatte, war man indessen nicht hinausgekommen, man hatte im Grunde genommen zu sehr die redaktionstech-

---

[1]) Vgl. oben S. 6 ff.

[2]) Von den vielen Beispielen hierfür möchte ich in erster Linie die zahlreichen und meist sehr umfangreichen Veröffentlichungen über die Hannoversche Verfassungsfrage anführen. »Der Entwurf der Verfassungsurkunde für das Königreich Hannover«, L. A. Z. Nr. 111 v. 21. April Beil. 1838, Nr. 113 v. 23. April Beil., Nr. 116 v. 26. April Beil. 38. »Neueste hannoversche Aktenstücke«, L. A. Z. Nr. 50 v. 19. Februar Beil. 1839, Nr. 51 v. 20. Februar Beil., Nr. 55 v. 24. Febr. Beil., Nr. 62 v. 3. März Beil., Nr. 64 v. 5. März Beil., Nr. 75 v. 16. März Beil., Nr. 76 v. 17. März Beil. 1839. Bezüglich der kirchlich-politischen Streitigkeiten veröffentlichte die L. A. Z. unter anderem:

die »Allocution« des Papstes gegen die Absetzung des Kölner Erzbischofs: L. A. Z. Nr. 270 v. 27. Sept. Beil. 1838; ferner Schreiben der Bischöfe von Münster und Paderborn an den Minister von Altenstein sowie die von diesem darauf erteilte Antwort; L. A. Z. Nr. 133 v. 13. Mai Beil. 1838. Ferner einige Dokumente über »Personen und Zustände aus den kirchl.-polit. Wirren in Preußen«: L. A. Z. Nr. 193 v. 11. Juli Beil. 1840.

Von späteren Akten- und Erlaßpublikationen seien nur noch ein paar bedeutende genannt:

»Der Landtagsabschied des Königreichs Preußen«: L. A. Z. Nr. 258 vom 14. September Beil. 1840. — »Über die Erbhuldigung in Königsberg und die bei der Eröffnung des Landtags gestellten Anträge des Landrats von Auerswald«: L. A. Z. Nr. 262 vom 18. September Beil. 1840. — »Der Londoner Vertrag, geschlossen zwischen den Höfen von Großbritannien, Österreich, Preußen und Rußland auf einer Seite und der osmanischen Pforte auf der anderen, zur Pazifikation der Levante; unterzeichnet zu London am 15. Juli 1840«: L. A. Z. Nr. 266 vom 22. September Beil. 1840.

nischen Fragen außer acht gelassen, und damit waren Mängel fühlbar geworden, deren Beseitigung dem Verlage, wie insbesondere Dr. Franck, für die fruchtbare Weiterentwicklung des Blattes mit Recht unumgänglich erschien.

In einem größeren Referat hat Dr. Franck seine Reformpläne für die Zeitung im wesentlichen nach drei Gesichtspunkten hin aufgestellt[1]):

1. der Inhalt des Blattes müsse einen festeren Charakter annehmen. Berichte und Besprechungen dürfen nicht so richtungslos durcheinanderlaufen;
2. es solle für größere Mannigfaltigkeit und Sorgfältigkeit gesorgt werden;
3. es sei noch manches zur besseren Übersicht von nöten.

Die Mangelhaftigkeit, die Franck in Punkt 1 hervorhob, hatte sich unter anderem meines Erachtens daraus ergeben, daß die Redaktion Lindau die einzelnen Berichte weniger oder gar nicht nach ihrem Inhalte, als vielmehr nach den Korrespondenten einordnete. So konnte es kommen, daß beispielsweise der Artikel eines Mitarbeiters aus Dresden fünf von einander gänzlich unabhängige Dinge besprach, und daß dabei durchaus keine Übersichtlichkeit wahrgenommen wurde[2]). Zudem hatte dem Inhalt des Blattes bisher insofern ein bestimmter Charakter gefehlt, als Besprechungen und kurze Nachrichten, mehr oder minder bunt zusammengestellt, Hauptblatt wie Beilage ordnungslos füllten.

Seit Francks Tätigkeit zeigte sich nun nach und nach eine immer größer werdende Sicherheit und Zweckmäßigkeit in der Anordnung des Lesestoffes, indem jetzt die Beilage von den Tagesneuigkeiten mehr und mehr gesäubert und schließlich fast lediglich zur Aufnahme von größeren referierenden Artikeln und Besprechungen bestimmt wurde. Damit, daß einmal an

[1]) Vorschläge von Dr. H. Franck über die Führung der Redaktion der L. A. Z., vom 27. November 1838.

[2]) L. A. Z. Nr. 279 vom 6. Oktober 1838. Dasselbe zeigt sich noch häufig, so bei Berichten aus Paris: L. A. Z. Nr. 280 vom 7. Oktober, Nr. 285 vom 12. Oktober, Nr. 287 vom 14. Oktober 1838, und aus München: Nr. 292 vom 19. Oktober und Nr. 297 vom 24. Oktober 1838.

dieser Anordnung streng festgehalten wurde, und ferner dadurch, daß die Zahl dieser größeren, zusammenfassenden Besprechungen gegen früher stark zunahm [1]), entwickelte sich das Beiblatt der L. A. Z. schon nach kurzer Zeit zu einem eigentlichen feuilletonistischen und kritisierenden Teil der Zeitung [2]).

Zur Hebung der Mannigfaltigkeit und Vervollkommnung des Zeitungsinhaltes schlug Dr. Franck die Ausnützung möglichst vieler auswärtiger Blätter und Zeitschriften vor, um dem Leser größte Gewißheit zu geben, daß ihm, selbst wenn die L. A. Z. seine einzige Lektüre dieser Art wäre, nichts Wichtiges entgehe.

Die nachfolgenden kurzen Angaben sollen darauf hinweisen, inwieweit Dr. Franck auch diesen Gedanken zu verwirklichen suchte.

Die L. A. Z. benützte an fremden Zeitungen:

a) im März 1838:		b) im März 1839:	
für Nachrichten aus Frankreich:			
ca. 15 Zeitungen . . .	53 mal	ca. 15 Zeitungen . . .	68 mal
davon am häufigsten:		davon am häufigsten:	
»Messager«	13 „	»Journ. des Débats« .	16 „
»Moniteur«	7 „	»Moniteur«	10 „
»Gazette de France« .	6 „	»Siècle«	8 „
»Toulonnaise«	5 „	»Constitutionelle« . .	7 „
»Gazette des Tribunaux«	5 „		
»Journ. des Débats« .	4 „		
für Nachrichten aus Belgien:			
4 Zeitungen	4 mal	ca. 16 Zeitungen . . .	41 mal
»Journ. de la Belgique«		davon am häufigsten:	
»Journ. d'Anvers«		»Handelsblad«	10 „
»Politique«		»Temps«	5 „
»Journ. du Commerce d'Anvers«		»Emancipation« . . .	4 „
		»Observateur«	3 „
für Nachrichten aus Spanien:			
ca. 12 Zeitungen . . .	19 mal	ca. 12 Zeitungen . . .	39 mal
davon am häufigsten:		davon am häufigsten:	
»Quotidien«	3 „	»Phare de Bayonne« .	9 „

[1]) Es erschienen insgesamt in den Beilagen der Zeitung an referierenden Artikeln: im Oktober 1838 = 9, März 1839 = 13, Juli = 27 und im Oktober 1839 = 62; mehrere der hier numerisch zusammengefaßten Artikel hatten überdies zwei bis drei Fortsetzungen, die jedoch nicht besonders eingerechnet sind.

[2]) Über die Entwicklung der einzelnen Teile der Beilage vgl. unten S. 25.

»Phare de Bayonne« .	2 mal	»Gaceta de Madrid« .	6 mal
»Gazette de France« .	2 „	»Coreo Nacional« . .	5 „
»Messager«	2 „	»Sentinelle des Pyrénés«	4 „
»Breslauer Zeitung« .	2 „	»Eco del Commercio« .	3 „

Außer den hier angeführten meistbenützten Zeitungen kommen noch als ganz sporadisch in Betracht:

Für Frankreich 1838/39: »Journal du Havre«, »Temps«, »Journal de l'Europe«, »National«, »Revue du XIX^{ème} Siècle», »Nouvelliste« und »Commerce«.

Für Belgien 1839: »Moniteur belge«, »Journal de Charleroy«, »Commerce de Belge«, »Indépendant«, »Journal de Liège«, »Fanal«, »Précurseur d'Anvers«, »Belge«, »Echo de Luxembourg«.

Für Spanien 1838/39: »Journal du Havre«, »Journal des Débats«, »Nouvelle-Minerve«, »Courrier Français«, »Eco d'Aragon«, »Gazetta Piémontese«, »Schlesische Zeitung«.

Der dritte Hauptpunkt der Vorschläge von Dr. Hermann Franck berührte die Frage der Übersichtlichkeit in der Anordnung des Lesestoffes. Neben der oben besprochenen genaueren inhaltlichen Differenzierung des Hauptblattes und der Beilage hat Dr. Franck zur Erhöhung der Übersichtlichkeit bei Länder- und Städtenamen einen Sperrdruck eingeführt, der sich als sehr vorteilhaft erwies. Abgesehen von den hier besprochenen drei Hauptpunkten aus den Vorschlägen von Dr. Franck hat dieser die Redaktionsführung Lindaus durchaus gewürdigt, indem er erklärte: »Das Unternehmen überdies erregt schon seit längerer Zeit die öffentliche Aufmerksamkeit, wird in seinen Tendenzen offenbar anerkannt, scheint also Zeitbedürfnisse getroffen zu haben und hat, so viel mir nach Vergleichung einiger vorjähriger Nummern, die ich einsehen konnte, mit denen dieses letzten Quartals zu urteilen erlaubt ist, an innerem Wert bedeutend gewonnen.«

Damit trat unter den Gesichtspunkten eines wohlorientierten Leiters die Zeitung mit Anfang des Jahres 1839 bezüglich ihrer inneren Ausgestaltung in eine neue Phase der Entwicklung ein.

Die Tätigkeit Dr. Hermann Francks als Hauptschriftleiter der L. A. Z. war indessen nur von kurzer Dauer. Schon am Anfang des Jahres 1840 schied er aus dem Amte [1]) und überließ die Leitung der Redaktion den ehemaligen Hilfsredakteuren Dr. Günther und Thoscheski [2]), die nun vorerst gemeinsam das Blatt ganz im Sinne Francks weiterführten. Die schon oben kurz besprochenen Differenzen [3]) zwischen den beiden Leitern und die unregelmäßige Teilnahme Günthers am Geschäftsgang aber führten dazu, daß Günther im Frühjahr 1841 seinen Posten aufgab. Von nun an stand Thoscheski allein an der Spitze der Redaktion, bis ihn im Herbst des Jahres 1842 Dr. Gustav Julius, der radikal-liberalste der bisherigen Leiter der Zeitung, ablöste [4]).

Thoscheski hat, obschon er vor seinem Eintritt in die Redaktion, im November 1839, von neuen Reformen bezüglich der Zeitung sprach [5]), an dem Charakter des Blattes durchaus nichts geändert, er hielt sich gänzlich an die von Franck eingeführten Neuerungen, und darin auch lag lediglich sein Verdienst, daß er die so brauchbaren und für die Entwicklung der L. A. Z. vorteilhaften Reformvorschläge Francks respektierte und zweckentsprechend ergänzte [6]).

Verfolgen wir nun noch weiter etwas eingehender die innere Ausgestaltung der Zeitung, so darf diese mit Recht von der Gründung an bis zu der Titeländerung als in stets aufsteigender Entwicklung begriffen angesehen werden.

Als selbständige Abteilungen, die zwischen dem politischen Teil und den Ankündigungen eingeschoben waren, fanden sich anfangs nur die Börsennachrichten und die Rubrik »Handel

[1]) Brockhaus an Hofrat Brüggemann in Berlin vom 28. Februar 1840.

[2]) Thoscheski hatte im Sommer 1839 mit dem Verlag wiederholt Verbindung gesucht, um diesen für die Herausgabe der Aktienzeitung zu interessieren. Die Gebrüder Brockhaus waren jedoch nicht darauf eingegangen (Brockhaus an Thoscheski vom 3. und 5. August 1839), hatten aber dafür gegen Ende des Jahres mit Thoscheski über die L. A. Z. zu verhandeln begonnen und diesen seit 1840 neben Günther als Redakteur eingestellt. [3]) Vgl. oben S. 12.

[4]) Über Julius und seine Redaktionsführung vgl. unten S. 136 ff.

[5]) Brockhaus an Thoscheski vom 30. November 1839.

[6]) Siehe unten S. 20 und 22 ff.

und Gewerbe«, die so von den übrigen Mitteilungen getrennt, dem Spezialinteressenten leichteres Lesen möglich machten. Neben ständigen, wenn auch meist nur ganz kurzen, auswärtigen Börsennachrichten findet sich auch schon sogleich bei der Gründung der Zeitung ein Sonderbericht über die »Leipziger Börse«, und zwar wöchentlich zweimal, meist Dienstags und Sonnabends. Immerhin waren die auswärtigen, wie Leipziger Börsenberichte dürftig genug, so daß sie nur kümmerlich Nachfrage und Angebot der wichtigsten Märkte, wie Hamburg, Amsterdam, Frankfurt a. M., London, Berlin, Paris, Augsburg und Wien vermittelten.

Mit dem zweiten Quartal 1838 wurde in der Rubrik »Leipziger Börse« eine bessere Übersichtlichkeit dadurch eingeführt, daß links die »Kurse in Königl. Sächs. Wechselzahlung«, rechts »Staatspapiere exklusive Zinsen« zu stehen kamen. In dieser Form hat sich die Kursberichterstattung denn auch fernerhin als günstig erwiesen und wurde bis auf weiteres festgehalten. Ebensowenig trat in der Nachrichtenvermittlung über auswärtige Geldmärkte eine erhebliche Änderung ein. Einzig auffallend möchte erscheinen, daß seit 1843 die Berliner Börse an erster Stelle kam und am häufigsten und regelmäßigsten Kursstände vermittelte, wogegen von da an andere auswärtige Plätze, wie Hamburg, Wien, Frankfurt, London nur sporadisch noch vertreten waren.

Die Abteilung »Handel und Gewerbe« brachte anfangs wöchentlich zweimal kürzere oder längere Besprechungen über Ein- und Ausfuhr von Handelsprodukten sowie über industrielle Erfindungen und technische Vervollkommnungen aller Art. In Nr. 25 der L. A. Z. vom 25. Okt. 1837 findet sich auch unter dieser Rubrik der erste Bericht über die Leipziger Messe, eine sehr ausführliche, über zwei Spalten füllende Zusammenstellung der auf den Markt gekommenen Waren. Seit dem II. Quartal 1838 erschien der Teil »Handel und Gewerbe« sehr kurz und wöchentlich nur noch einmal; seit Sommer 1838 war derselbe ganz verschwunden[1]) und fehlte

[1]) Das letztemal findet er sich in Nr. 171 der L. A. Z. vom 20. Juli 1838.

auch während des Jahrganges 1839 vollständig. Diese Erscheinung darf wohl mit Recht auf die mangelhafte Redaktionsführung durch Dr. Günther, dem dieses Ressort unterstand, zurückzuführen sein. Auch Dr. H. Francks umsichtige Reformbestrebungen hatten scheinbar anfangs hier versagt, denn erst seit 1840 führte die L. A. Z. wieder eine selbständige Abteilung »Handel und Industrie«[1]), die allerdings jetzt, im Vergleich zu früher, sehr stark berücksichtigt wurde. Sie erschien nicht nur täglich im Hauptblatt, sondern ab und zu auch in der Beilage.

Von den einzelnen unter »Handel und Industrie« aufgeführten Gebieten wie »Versicherungswesen«, »Postwesen«, »Dampfschiffahrt« und »Eisenbahnen« ist letzteres weitaus das reichhaltigste und bleibt es verständlicherweise auch fernerhin in immer größerem Maße. Einmal wird die Notwendigkeit neuer Bahnbauten für Sachsen klargelegt[2]), dann wieder findet sich eine Zusammenstellung über die Frequenz der Leipzig-Dresdener Bahn[3]), später wieder füllt ein »Geschäftsbericht des Direktoriums der Leipzig-Dresdener Eisenbahn-Compagnie für die VI. Generalversammlung derselben am 30. März 1840« über vier Spalten des Blattes, gibt genau Rechenschaft über den Personen- wie Frachtverkehr im Jahre 1839 und berechnet ebenso ausführlich die Kosten für die Bahngebäude und deren Unterhaltung.

Gleich eingehend unterrichtete die L. A. Z. über die übrigen deutschen Bahnunternehmungen. Neben zahlreichen kleineren Mitteilungen veröffentlichte die L. A. Z. unter anderem größere Artikel über die »Bedingungen zum Bahnbau in Schleswig-Holstein«[4]), über die der Vollendung entgegengehende österreichische »Kaiser-Ferdinand-Nordbahn«[5]) und über neue große Eisenbahnbauten in Schlesien und Hannover[6]).

---

[1]) War das Verdienst Thoscheskis; vgl. oben S. 18.
[2]) L. A. Z. Nr. 3 vom 3. Januar 1840.
[3]) L. A. Z. Nr. 7 vom 7. Januar 1840.
[4]) L. A. Z. Beil. Nr. 156 vom 4. Juli 1840.
[5]) L. A. Z. Beil. Nr. 256 vom 12. September 1840.
[6]) L. A. Z. Nr. 363 vom 28. Dezember 1840.

Die immer weiter um sich greifende Entwicklung des Eisenbahnwesens blieb naturgemäß für die folgenden Jahre ein Kernpunkt des allgemeinen Interesses, dem auch die L. A. Z. bestmöglich Rechnung getragen hat, wovon eine kurze sachliche Zusammenstellung einiger der wichtigsten verkehrstechnischen Publikationen aus dem Jahre 1842 Zeugnis ablegen möge.

L. A. Z. Beil. Nr. 125 vom 5. Mai 1842 und Nr. 128 vom 8. Mai, über die Umarbeitung des Eisenbahngesetzes in der Rheinprovinz.

L. A. Z. Nr. 127 vom 7. Mai, sehr ausführlich der Plan der Altona-Kieler Bahn besprochen.

L. A. Z. Beil. Nr. 133 vom 13. Mai, eine Frequenzangabe der Magdeburg-Leipziger Bahn, laut welcher vom 1. bis 7. April 1842 10893 Personen, vom 1. Januar bis 7. Mai 1842 150368 waren befördert worden[1]).

L. A. Z. Nr. 172 vom 21. Juni, eingehend das Projekt der Dresden-Prager Eisenbahn besprochen.

L. A. Z. Nr. 249 vom 5. September, eine Frequenztabelle der Leipzig-Dresdener Strecke, laut welcher vom 1. Januar bis zum September 1842 252561 Personen waren befördert worden, was die Einnahme von 355461 Tlr. gegenüber dem Vorjahre, das eine Einnahme von 10480 Tlr. verzeichnete, einbrachte.

L. A. Z. Beil. Nr. 269 vom 26. September, über die rechte und linke Elbuferbahn und deren Kostenvoranschlag.

L. A. Z. Nr. 302 vom 29. November, eine Besprechung der in Aussicht stehenden Überbrückung des Göltschtales bei Mylau für die sächsisch-bayerische Strecke.

L. A. Z. Nr. 346 vom 12. Dezember, das Projekt der Berlin-Hamburger Eisenbahnlinie besprochen.

L. A. Z. Nr. 61 vom 3. März 1843, ein ausführlicher Geschäftsbericht der Leipzig-Dresdener Eisenbahn-Compagnie über das Jahr 1842.

[1]) Daneben finden sich in diesem Monat noch zahlreiche kleinere Besprechungen über das Eisenbahnwesen: in Nr. 126 vom 6. Mai, Nr. 128 vom 8. Mai, Nr. 129 vom 9. Mai, Nr. 132 vom 12. Mai, Nr. 136 vom 16. Mai und Nr. 137 vom 17. Mai.

Neben den beiden eben besprochenen Abteilungen »Börsennachrichten« und »Handel und Industrie« gab es anfangs keine weiteren eingeordneten Rubriken, welche die Übersichtlichkeit der Zeitung erhöhten. Erst nachdem für das Blatt durch die Fürsorge trefflicher Leiter eine festere Basis war geschaffen worden, konnte man an die innere Vertiefung desselben denken.

Die Verdienste gehören auch hier dem Redakteur Hermann Franck und seinen Nachfolgern Thoscheski und Günther, unter deren Leitung noch weitere Ressorts geschaffen wurden, von denen hier noch kurz die Rede sein soll [1]).

Die seit 1840 erschienene Rubrik »Personalnachrichten«, brachte in kurzer chronographischer Form das Wesentliche über Souveräne, Standeserhöhungen, Ordensverleihungen und über Todesfälle bedeutender Persönlichkeiten. Die Personalnachrichten erschienen drei- bis viermal wöchentlich je nach Bedarf in der Zeitung; ursprünglich nur die europäischen und deutschen Verhältnisse berücksichtigend, erstreckten sich diese Personalnachrichten bald auch auf außereuropäische Gebiete. Die anfänglich bescheiden, meist am Schlusse des Hauptteiles oder der Beilage, scheinbar als Lückenbüßer, in Kleindruck eingeschobene Rubrik entwickelte sich auffallend rasch und hat es in der Folge nicht selten zu einem recht erheblichen Raumanspruch in der Zeitung gebracht.

Waren ursprünglich die Nachrichten über Kunst und Wissenschaft ganz willkürlich dem politischen Teil des Blattes und seit 1840 den »Personalnachrichten« eingeordnet, so änderte sich dies mit dem Jahre 1842, und es führte von jetzt an das Blatt eine selbständige Abteilung »Kunst und Literatur«, die sich in kurzer Zeit einer sehr starken Entwicklung erfreute, so daß sie im Jahre 1843 je nach Notwendigkeit oft viermal in der Woche erschien und zwar nach einzelnen Städten und Kunstgebieten geordnet.

---

[1]) Vgl. oben S. 18 und 20.

Mit dem bedeutenden Erfolg der L. A. Z. war ebenso eine schnelle und große Inanspruchnahme des Blattes im Interesse des Geschäftsmannes bedingt, der durch Inserat und Annonce seine Ware möglichst rasch und günstig in Umlauf zu bringen suchte. Vorteilhaft mußte es sein, daß die Gründung der L. A. Z. gerade in eine Zeit fiel, wo durch die neuen Verkehrserleichterungen Handel und Gewerbe eine viel lebhaftere und zweckmäßigere Abwicklung erfuhren, und wo die Industrie durch eine Menge Neuerfindungen einen erheblichen Aufschwung nahm. In einer Zeit, in der die zunehmende Arbeitsteilung schon Rohstoffe und ihre verschiedenen Stufen als Halbfabrikate in den Handel brachte und jeder aus der Weiterbearbeitung und Weiterbeförderung Gewinn ziehen wollte, mußte eine öffentliche Vermittlung zwischen Angebot und Nachfrage immer mehr zur Ausnützung kommen. Unter dem Einfluß dieses wirtschaftlich so bedeutsamen Impulses hat sich so recht eigentlich das Inseratenwesen in der politischen Tageszeitung zu entwickeln begonnen [1]).

Die Entwicklung des Inseratenwesens in einer Zeitung ist für die Existenz derselben stets der wichtigste Faktor. Wenn auch die wirtschaftliche Ausnützung der Inserate und Anzeigen damals noch lange nicht in dem Maße verlief, wie wir es heute an unseren Tageszeitungen sehen, so mußten sie doch den Verlegern der L. A. Z. einen erheblichen Teil der Kosten decken helfen [2]). Die Quelle des eigentlichen wirtschaftlichen Gewinnes aber waren sie noch nicht, konnten es bei dem relativ niederen Ansatz der Inseratenzeile auf 1½ später 2 Gr. nicht wohl sein. Unverkennbar rasch aber fand das Intelligenzwesen der L. A. Z. einen Aufschwung; schon nach wenigen Wochen sind zwei ganze Hauptblattseiten und zum Teil auch noch die Beilage zu Ankündigungszwecken verwendet. Seit der Redaktionsführung durch Hermann Franck wurden dann der besseren

---

[1]) Über die Gesamtentwicklung des Inseratenwesens in der deutschen Presse vgl. die Dissertation von Ludwig Munsinger, Die Entwicklung des Inseratenwesens in den deutschen Zeitungen. Heidelberg 1901.

[2]) Brockhaus an das königl sächs. Finanzministerium am 16. Dezember 1839.

und schnelleren Übersichtlichkeit halber die Ankündigungen nur dem Hauptblatt eingeordnet, doch schon im September 1840 machte es das rasche Anwachsen der Inserate notwendig, daß fürderhin wieder Hauptblatt und Beilage dieselben führten.

Neben seltenen Familienanzeigen, von denen Todesnachrichten noch am ehesten zu finden sind[1]), treten die Geschäftsempfehlungen naturgemäß an erste Stelle und von diesen stehen die Bücherankündigungen, die in auffallender Zahl und Häufigkeit alle übrigen überbieten, voran. Nach der Ansicht Heycks[2]) ist dies eine typische Erscheinung für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts, in welcher Zeit das Interesse für Bücher demjenigen für politische Ereignisse kaum nachstand.

Ferner hat das immer spannender werdende Verhältnis zwischen den Liberalen und Konservativen schließlich nicht allein in den politischen Artikeln Ausdruck gefunden, sondern zu einem guten Teil in Form von kleinen zeitgemäßen, mehr oder minder scharf die Zustände geißelnden Gedichten, die mit ganz geringen Ausnahmen samt und sonders in dem Ankündigungsteil der Zeitung untergebracht waren (vgl. unten Seite 137 ff.) und zwar aus dem Grunde, weil der Verleger jede Verantwortlichkeit von sich weisen konnte, sobald nachgewiesen war, daß der Einsender für die Aufnahme des Artikels eine Gebühr bezahlt hatte.

Die schnelle Entfaltung des Ankündigungswesens in der L. A. Z. machte schon 1839 eine besondere Annahmestelle für Inserate und Annoncen in Berlin notwendig. Und zwar beauftragte Brockhaus damit den ihm geschäftlich wie freundschaftlich verbundenen Buchhändler Gropius in Berlin[3]). Dabei war das Verfahren dies, daß man eine größere Anzahl Ankündigungen zusammenkommen ließ und diese dann der Redaktion einsandte; lagen hingegen dringende Inserate vor, oder waren auf einmal genügend Ankündigungen eingegangen, so wurden

[1]) Andere Familiennachrichten sind noch ganz selten; so fand sich beispielsweise die erste Verlobungsanzeige erst in Nr. 38 vom 7. Februar 1840.

[2]) Die Allgemeine Zeitung 1798—1898. München 1898. S. 75.

[3]) Brockhaus an Gropius, Buchhändler in Berlin, vom 11. Dezember 1839 und 4. Februar 1840.

diese mit direkter Post nach Leipzig verschickt[1]). Demnach hatte das Ankündigungswesen in der L. A. Z. einen recht ausgeprägten und vielseitigen Charakter angenommen, und diesem Umstande allein darf es wohl zuzuschreiben sein, daß das Blatt durch die verschiedenen Vertriebsverbote, besonders durch dasjenige in Preußen vom Jahre 1842 nie wirtschaftlich so geschädigt war, daß das völlige Eingehen desselben notwendig geschienen hätte.

Die Beilage der L. A. Z. hatte schon von Anfang an, wenngleich auch noch ganz unmerklich, ihren speziellen Typus, der sich in den späteren Jahrgängen gegenüber demjenigen des Hauptblattes, das für die politischen deutschen, europäischen wie außereuropäischen Geschehnisse in Anspruch genommen war, immer mehr ausprägte[2]). Der ursprünglich kaum auffallende Unterschied zwischen Hauptblatt und Beilage war einzig der, daß im Beiblatt ab und zu Artikel zu finden waren, die, wie beispielsweise die folgenden: »Brief eines Philhellenen in Griechenland«[3]) und »Bruchstücke aus dem Tagebuche des Prinzen Maximilian von Neuwied«[4]) schon einen annähernd feuilletonistischen Charakter tragen. Sonst aber war anfangs die Beilage bezüglich ihres Inhaltes nichts weiter als eine Fortsetzung des Hauptblattes. Das änderte sich erst merklich, als die oben besprochenen Einzelabteilungen »Kunst und Literatur«, »Personalnachrichten«, »Handel und Gewerbe« immer selbständiger sich entwickelten und fast samt und sonders in der Beilage Aufnahme fanden. Damit diente die Beilage seit etwa 1839 nicht mehr bloß wie das Hauptblatt der Nachrichtenvermittlung über politische Ereignisse in Europa und den übrigen Kontinenten, sondern widmete sich immer konsequenter eingehenderen Besprechungen kultureller, im besonderen wirt-

[1]) Brockhaus an die Schlesingersche Buchhandlung in Berlin vom 30. Juni 1841.

[2]) Siehe oben S. 15 f.

[3]) L. A. Z. Nr. 19 vom 19. Oktober 1837, Beilage; Nr. 28 vom 28. Oktober 1837, Beilage.

[4]) L. A. Z. Nr. 23 vom 23. Oktober 1837, Beilage; Nr. 24 v. 24. Oktober 1837, Beilage.

schaftlicher Fortschritte, die zum Teil in größeren Leitartikeln vorangestellt oder den oben erwähnten Spezialrubriken eingeräumt waren.

Das Jahr 1842 vertiefte dann noch wesentlich den Charakter der Beilage nach einer anderen Seite hin, als im Sommer dieses Jahres die Verfassungsfragen allenthalben wieder aufgeworfen wurden und die Presse und deren Schicksal wieder allgemeines Interesse wachriefen. Auffallend häufig hat die L. A. Z. in den Oktober- und Novembertagen 1842 in ihrer Beilage größere Abhandlungen über die ständigen Ausschüsse in Preußen[1]) und über die Angelegenheiten der Presse erscheinen lassen, die, wie weiter unten gezeigt werden soll[2]), fast ausnahmslos heftige Kampfartikel für die gerechten Wünsche eines nach politischer wie geistiger Freiheit strebenden Volkes waren.

Endlich mögen noch die nachfolgenden Erörterungen über den Vertrieb der Zeitung nach dem In- und Auslande Aufschluß geben.

Der Abonnementspreis der Zeitung betrug anfangs für Sachsen pro Jahr 10 Taler, für das halbe Jahr 5 Taler, für das Vierteljahr 2 Taler 12 Gr., für das Ausland war eine der Entfernung entsprechende Erhöhung eingeführt.

Seit 1839 konnte der Preis des Jahresabonnements infolge des immer größer werdenden Zuspruchs auf 8 Taler herabgesetzt werden; auf die nichtsächsischen und außerdeutschen Staaten kam hierzu wiederum eine entsprechende Erhöhung[3]).

Der Vertrieb der Zeitung außerhalb der Stadtgrenzen lag von Anfang an in den Händen der Zeitungsexpedition des

[1]) L. A. Z. Nr. 301 vom 28. Oktober 1842, Nr. 302 vom 29. Oktober, Nr. 303 vom 30. Oktober, Nr. 304 vom 31. Oktober, Nr. 310 vom 6. November, Nr. 311 vom 7. November, Nr. 313 vom 9. November, Nr. 314 vom 10. November, Nr. 315 vom 11. November, Nr. 320 vom 16. November, Nr. 321 vom 17. November, Nr. 327 vom 23. November.

[2]) Seite 136 ff.

[3]) Diese Beförderungsunkosten waren oft so erhebliche, daß beispielsweise Brockhaus dem österreichischen Gesandten Prokesch von Osten in Athen anrät, die Zeitung eher durch die dortige Postexpedition zu bestellen, als sich diese direkt von Leipzig aus zuschicken zu lassen, weil dadurch die Gebühren weit höhere waren (Brockhaus an Prokesch v. Osten vom 29. Januar 1839).

sächsischen Oberpostamts, der das Blatt mit einer Ermäßigung von anfangs 33⅓ %, später von 25 % zugestellt wurde. Jede Schädigung des Oberpostamts durch Selbstvertrieb außerhalb Leipzigs war streng verboten[1]). Dem Verlag war einzig der Vertrieb der Zeitung innerhalb des Stadtgebietes zugestanden.

Noch drückender als diese Ermäßigung, mit welcher der Verlag die Zeitung an das Oberpostamt zur Weiterbeförderung abgeben mußte, war der Zeitungskanon, eine Besteuerung, die ursprünglich für jedes Jahresexemplar 16 Groschen preußischen Cour. betrug.

Rechnet man zu diesen Belastungen noch die großen Kosten, die ein solches Zeitungsunternehmen verursachte, bis aus ihm endlich ein wirtschaftlicher Gewinn konnte gezogen werden, so ist es wohl verständlich, wenn die Firma sich wiederholt bemühte, von dieser lästigen Zeitungsgrundsteuer befreit zu werden[2]).

Mit seiner ersten, diese Angelegenheit betreffenden Eingabe an das Ministerium des Innern in Dresden vom November 1838 hatte der Verlag nur halben Erfolg. Es wurde ihm unter der Voraussetzung, daß der Betrag des Jahresabonnements in Sachsen auf 8 Taler festgelegt bliebe, der dem Oberpostamt zu gewährende Rabatt von 33⅓ % auf 25 % erniedrigt; bezüglich des Kanons aber konnte vorerst keine Änderung zugunsten des Verlags eintreten[3]).

Wenige Wochen nach diesem abschlägigen Bescheid wandte sich Brockhaus zum zweiten Male an das Ministerium des Innern mit der Bitte, daß der Auslandkanon für die Zeitung gänzlich erlassen und derjenige für das Inland niederer angesetzt werden möchte[4]). Dieses zweite Gesuch wurde vom Finanzministerium, an welche Instanz diese Angelegenheit über-

[1]) Konzessionsschreiben vom 31. August 1837 zur Herausgabe der L. A. Z.

[2]) Im Jahre 1839 waren nicht weniger als 1100 Taler für Zeitungsstempel und andere Gebühren bezahlt worden (Brockhaus an das Finanzministerium in Dresden vom 16. Dezember 1839).

[3]) Oberpostamt an Brockhaus vom 10. Januar 1839.

[4]) Gesuch Brockhaus' an das sächsische Ministerium des Innern Ende Januar oder Anfang Februar 1839.

wiesen worden war[1]), lange nicht beantwortet, so daß Brockhaus im Dezember 1839 dasselbe erneuerte mit dem Hinweis, daß der sächsische Staat aus dem Zeitungsunternehmen verschiedentliche Vorteile ziehe, und daß es aus diesem Grund billig sei, wenigstens den Kanon für das Inland niederer zu bestimmen, wenn der anderen Bitte, um den vollen Erlaß des Auslandkanons, nicht könne entsprochen werden[2]). Darauf erhielt Brockhaus den Bescheid, daß das Gesuch nicht könne berücksichtigt werden, und zwar einmal wegen der immer noch nicht korrekten Haltung des Blattes und zweitens, weil bei dem stets wachsenden Absatz der Zeitung ihre Existenz von der nachgesuchten Begünstigung nicht könne abhängig sein[3]).

Nur Ausdauer und Entschlossenheit konnten hier zum Ziele führen, und so erschienen die Gebrüder Brockhaus genau nach einem Jahr abermals mit derselben Bitte, auf welche sie nunmehr die Erklärung des Oberpostamts erhielten, daß der Auslandskanon von 16 auf 10 Neugroschen pro Zeitungsexemplar sei ermäßigt worden, daß man aber von der Bewilligung eines niedereren Satzes für den Inlandskanon absehen müsse[4]). Von seiten des Gesamtministeriums war diese Gnade nur unter der sicheren Erwartung ergangen, »es werde die Redaktion der L. A. Z. künftig unausgesetzt in Ton und Haltung, allen hierin zu beobachtenden Rücksichten, besonders den derselben deshalb wiederholt erteilten Weisung, gehörig Genüge leisten«[5]).

Ebenso wie in Sachsen bemühte sich Brockhaus in Preußen durch eine Eingabe vom 30. November 1840, um einer Erhöhung der Provision zu entgehen, die bisher pro Exemplar 2 Taler 15 Gr. betrug. Der Generalpostmeister von Nagler, der dem »infamen Gebräue relegierter Preußen«[6]), wie er die L. A. Z. nannte, ohnehin nicht

---

[1]) Kreisdirektion in Leipzig an Brockhaus vom 18. Februar 1839.

[2]) Gesuch Brockhaus' an das Finanzministerium in Dresden vom 16. Dezember 1839.

[3]) Oberpostamt an Brockhaus vom 22. Dezember 1840.

[4]) Oberpostamt an Brockhaus vom 29. Januar 1841.

[5]) Erlaß des Finanzministeriums vom 20. Januar 1841 an das Oberpostamt in Leipzig zu Händen der Gebrüder Brockhaus.

[6]) Briefe von Karl Ferd. Friedr. v. Nagler an einen Staatsbeamten; heraus-

hold war, beschied Brockhaus, daß man lediglich in Anbetracht des noch finanziell ungefestigten Unternehmens bisher habe Rücksicht walten lassen, daß aber fürderhin, da von verschiedenen Seiten Reklamationen eingelaufen, eine geringe Erhöhung von 20 Groschen pro Exemplar durchaus nicht unbillig sei, im Vergleich zu den in Preußen immer noch höher besteuerten übrigen Zeitungen und Zeitschriften Deutschlands. Damit war »bis zu einer allgemeinen Regelung der Zeitungsprovisionssätze« in Preußen der Provisionsbetrag für die L. A. Z. vom 1. Januar 1841 an auf 3 Taler 5 Gr. festgelegt [1]).

Die Weiterbeförderung des Blattes nach den deutschen Bundesstaaten und den angrenzenden außerdeutschen Gebieten durch die Zeitungsexpedition ging laut Bescheid des Oberpostamts [2]) auf eine diesbezügliche Anfrage der Redaktion [3]) in der Weise vor sich, daß die Zeitung von vormittags 11 Uhr an verpackt und zu folgenden Bahn- und Postkursen versandtfertig gemacht wurde:

»1. Zu dem nachmittags 3 Uhr nach Dresden abgehenden Dampfwagenzug, an sämtliche Postanstalten auf der Tour nach und über Dresden, die gesamte Ober- und Hinterlausitz, Schlesien inkl. Prag und Wien;
2. nachmittag 3½ Uhr zu dem Zug nach Magdeburg und die an dieser Route gelegenen Postanstalten inkl. Halberstadt und Hamburg;
3. zu der abends 6 Uhr nach Frankfurt a. M. und Sonntag nachmittags 4 Uhr abgehenden Eilpost an sämtliche auf dieser Route gelegenen Postanstalten;
4. zu der abends 8 Uhr abgehenden Berliner Eilpost;
5. zu dem früh 6 Uhr abgehenden Zug nach Magdeburg und an die Postanstalten der Rheinprovinzen.«

---

gegeben von Ernst Kelchner und Karl Mendelssohn-Bartholdi. 2 Bde. Leipzig 1869. 1. Bd., S. 293. Über die preußischen Mitarbeiter s. unten S. 142 ff.

[1]) Schreiben des Generalpostmeisters v. Nagler an Brockhaus vom 18. Dezember 1840.

[2]) Oberpostamt an Brockhaus vom 5. August 1841.

[3]) Brockhaus an die Zeitungsexpedition in Leipzig vom 3. August 1841.

Mit der nachmittags 4 Uhr Hof—Nürnberger Eilpost und den 46 Postanstalten auf dieser Route könne die Zeitung zurzeit nicht zur Versendung kommen, weil das damit beschäftigte Personal zu den ad 1 und 2 bemerkten Kursen vollständig beschäftigt sei. Auch Sonntags gehe die Expedition in gleicher Weise vor sich.

Ob sich nun diese angegebenen Kurse sämtlich erst auf den nächstfolgenden Tag beziehen, nachdem am Abend zuvor die Zeitung in Leipzig zum Vertrieb gekommen war, oder ob die Redaktion die auswärtigen Exemplare entsprechend früher der Zeitungsexpedition einlieferte, ist nicht genau nachweisbar; jedoch das letztere kann man wohl bei dem damals noch schwerfälligen Zeitungsbetrieb nicht gut annehmen, und so wird meines Erachtens der Versand nach auswärts im wesentlichen erst am folgenden Tag, nachdem das Blatt am Abend zuvor in Leipzig erschienen war, vor sich gegangen sein. Eine Ausnahme machten dabei vermutlich die nach Berlin und Frankfurt a. M., sowie die nach den an diesen beiden Routen gelegenen Postanstalten bestimmten Exemplare, die Brockhaus möglicherweise im Laufe des Nachmittags der Zeitungsexpedition zur Weiterbeförderung abends 6 Uhr resp. 8 Uhr einliefern konnte; denn daß die Zeitung über einen Tag in Leipzig liegen blieb, bevor sie beispielsweise nach Berlin geschickt wurde, ist ebensowenig denkbar, als daß das abends in Leipzig erscheinende Blatt schon früh 11 Uhr desselben Tages versandfertig gewesen wäre.

Berücksichtigt man nun die damals noch unvermeidliche Schwerfälligkeit der erst im Entstehen begriffenen Verkehrserleichterung durch Eisenbahn und Telegraphen, so kann wohl der untrügliche Schluß gezogen werden, daß die Anspruchslosigkeit der Leser bezüglich der Aktualität der Zeitungsnachrichten im Vergleich zu heute notwendig eine überaus große muß gewesen sein. Hierüber möge nachfolgende Zusammenstellung über die damalige Geschwindigkeit der Nachrichtenvermittlung aus Großstädten Europas als auch aus außer-

europäischen Gebieten einigen nicht unwesentlichen Aufschluß geben [1]).

Aus den deutschen Bundesstaaten:

	1840:		1842:	
	Auf-gegeben:	Ab-gedruckt:	Auf-gegeben:	Ab-gedruckt:
Berlin	16. Januar	19. Januar	7. Januar	10. Januar
Hamburg	19. „	24. „	8. „	14. „
Wien	14. „	20. „	4. „	10. „
München	15. „	20. „	4. „	10. „
Frankfurt a. M.	20. Februar	24. Februar	5. „	9. „

Aus anderen europäischen Staaten:

	1840:		1842:	
	Auf-gegeben:	Ab-gedruckt:	Auf-gegeben:	Ab-gedruckt:
England (London) . . .	14. Januar	22. Januar	4. Januar	11. Januar
Belgien (Brüssel) . . .	15. „	23. „	29. „	5. Februar
Frankreich (Paris) . . .	19. „	25. „	5. „	10. Januar
Spanien (Madrid) . . .	6. „	21. „	29. Dezbr.	11. „
Italien (Rom)	7. „	22. „	24. Januar	8. Februar
Schweiz	10. „	17. „	1. „	9. Januar
Griechenland (Athen) . .	27. Dezbr.	16. „	25. Dezbr.	17. „
Rußland (Petersburg) . .	11. Januar	21. „	8. Januar	21. „

Erhielten so die Leser der L. A. Z. die Nachrichten über Ereignisse innerhalb der deutschen Bundesgebiete nach drei bis sechs Tagen, solche aus den Peripheriestaaten Europas nach 8 bis 20 Tagen, so können diese Berichte für die damaligen Ansprüche wohl noch als aktuell bezeichnet werden. Wenig oder gar nicht mehr verständlich aber für den heutigen Zeitungsleser ist es, wenn Nachrichten aus Indien, China, Amerika, Afrika usw. wochen- und monatelang unterwegs waren, um so mehr, wenn sie hochaktuelle politische Ereignisse betrafen.

---

[1]) Ich wähle zum Vergleich die für die Geschichte der L. A. Z. wichtigeren Jahre 1840 und 1842, setze links das Datum, an welchem die Nachricht aufgegeben, und rechts dasjenige, an welchem diese in der L. A. Z. abgedruckt wurde; dabei berücksichtigte ich vorwiegend solche Originalberichte, von denen ich mit größter Bestimmtheit annehmen durfte, daß sie sogleich bei ihrer Ankunft in der Redaktion zum Abdruck kamen.

So brachte beispielsweise die L. A. Z. die neuesten Nachrichten aus außereuropäischen Staaten und Städten wie folgt:

aus Bombay vom Oktober 1839 am 10. Januar 1840,
„ Ostindien vom 15. Oktober 1839 am 18. Januar 1840,
„ China vom 29. September 1839 am 15. Januar 1840,
„ Neuyork vom 12. Dezember 1839 am 19. Januar 1840,
„ Mexiko und dem übrigen Zentralamerika vom 19. Dezember 1841 am 8. Februar 1842,
„ Buenos Ayres vom 6. November 1841 am 8. Februar 1842,
„ Montevideo vom 30. Oktober 1840 am 11. Januar 1841,
Alexandrien vom 23. Dezember 1841 am 12. Januar 1842.

Drittes Kapitel.

Die Leipziger Allgemeine Zeitung und die auswärtige Politik.

Das vierte Jahrzehnt des vergangenen Jahrhunderts zeichnete sich durch lebhafte politische Auseinandersetzungen in den westlichen Nachbarländern Deutschlands aus. In Spanien wütete der Bürgerkrieg zwischen Karlisten und Christinos, Frankreichs Verhältnis zu den übrigen europäischen Staaten nahm durch die einseitige Stellung zur orientalischen Frage während längerer Zeit einen sehr drohenden Charakter an, und das junge Königreich Belgien stritt sich mit Holland um seine Selbständigkeit und die Regelung territorialer Ansprüche.

Diese aktuellen politischen Fragen riefen naturgemäß in Deutschland allgemeines Interesse wach, dem die Tagespresse sehr weit Rechnung zu tragen wußte.

Die L. A. Z. hatte als allgemeine und politische Zeitung in erster Linie die Pflicht, durch ihre auswärtigen Berichterstatter ein möglichst getreues Bild der Zustände und Ereignisse in den europäischen Staaten zu geben [1]).

Für die Berichterstattung über Frankreich, speziell Paris, waren einige junge Journalisten gewonnen, von denen Dr. W. Zinkeisen, A. L. Derochau, Dr. O. R. Spazier, Savoye und Venedey verdienen besonders hervorgehoben zu werden.

[1]) Ich berücksichtige vorerst einen Teil der auswärtigen Mitarbeiter, und zwar derjenigen außerdeutschen Staaten, die für die Entwicklung der deutschen Verhältnisse damals von größerer Bedeutung waren. Von den Korrespondenten in den einzelnen für unsere Zeitgeschichte wichtigen Bundesstaaten wird in anderem Zusammenhange die Rede sein.

Dr. W. Zinkeisen, seit der Gründung der Zeitung als Mitarbeiter tätig, gab, obgleich er, wie wir sogleich sehen werden, vom Verlage geschätzt war, zu mehrfachen Zurechtweisungen von seiten der Redaktion Anlaß. Diese richteten sich einmal auf zu hoch gestellte Honorarforderungen und zweitens auf zu große Ausführlichkeit in den Berichten, die dessenungeachtet doch selten in der gewünschten abgeschlossenen Form verfaßt waren[1]). Trotzdem blieb Dr. Zinkeisen bis 1840 einer der eifrigsten Korrespondenten der L. A. Z. Anfang 1841 kam er als Redakteur der preußischen Staatszeitung nach Berlin, und von da an hat jenes so konservative Blatt seine Spalten des öfteren liberalisierenden Artikeln geöffnet[2]). Die weitere Teilnahme Zinkeisens an der L. A. Z. hörte aber damit so gut wie ganz auf, und auch die verschiedentlich dringenden Aufforderungen von seiten des Verlags, von Berlin aus die Berichterstattung fortzusetzen[3]), fruchteten nur insofern, als Dr. Zinkeisen in der Folgezeit einige sporadische Artikel der Redaktion übermittelte[4]).

Die Mitarbeiterschaft Zinkeisens erstreckte sich im ganzen auf zwei Jahre, und zwar fällt seine Hauptbeteiligung an der Zeitung auf das Jahr 1838, während welchem er regelmäßig über den Verlauf der Kammerverhandlungen referierte.

Zinkeisen war mehr Journalist als Politiker. Seine Hauptstärke lag in einer stilistisch gewandten Berichterstattung und einer meist kritiklosen, doch raschen Vermittlung von zahlreichen Neuigkeiten und Geschehnissen. Daher kam es, daß er eine große Menge unverarbeiteten Lesestoffes der Redaktion einlieferte; doch ebenso resultierte aus seiner flinken Feder jene nicht zu verkennende Oberflächlichkeit in der Abfassung der Berichte, die,

---

[1]) Brockhaus an Dr. Zinkeisen vom 21. September und vom 9. Oktober 1838.

[2]) »Das deutsche Zeitungswesen während der letzten 21 Jahre« in »Germania« II, 1852, S. 512 ff.

[3]) Brockhaus an Zinkeisen vom 3. u. 13. Februar und 8. März 1841.

[4]) L. A. Z. Nr. 307 vom 3. November und Nr. 343 vom 9. Dezember 1842; beide Artikel sind, als Berichtigungen, durchaus zufällig aufzufassen.

wie wir oben sahen, der Verlag ihm wiederholt zum Vorwurf machen mußte.

Eine echt republikanische Natur, hat Zinkeisen weder für den Bürgerkönig Louis Philipp selbst, noch für alles, was sich in dessen Umgebung und im Hofleben abspielt, durchaus keine Sympathie[1]), wie er denn überhaupt das französische Staats- und Gesellschaftsleben auf einem Punkte angelangt sieht, wo Reformen bitter nötig sind[2].

Außer diesem gelegentlichen Durchblickenlassen seiner politischen Denkart hält sich Zinkeisen in seinen Hauptreferaten, den Kammerverhandlungsberichten, ganz im Rahmen der Sachlichkeit. Damit unterscheidet er sich merklich von dem Wesen der übrigen Pariser Korrespondenten, Derochau, Venedey und Savoye, die eine ausgeprägte Befähigung als Politiker so gut wie als Journalisten besaßen.

Zu gleicher Zeit wie Zinkeisen begann A. L. Derochau seine Korrespondenz für die L. A. Z., die er ununterbrochen bis zur Titeländerung der Zeitung, im Frühjahre 1843, fortsetzte[3]).

Auch er verfolgte den Gang der französischen Diplomatie. Doch zeigte sich bei ihm weit mehr als bei Zinkeisen der politische Kopf. Begnügte sich Zinkeisen, in rein referierender Form den Gang der Kammersitzungen zu schildern, so beobachtete Derochau den französischen Volksgeist und brachte zu gleicher Zeit, dem Artikel von Zinkeisen anschließend, eine Besprechung darüber, wie die Ergebnisse der Kammerverhandlungen von der öffentlichen Meinung jeweilen aufgenommen wurden[4]). Seine knappe Darstellungsweise und

---

[1]) L. A. Z. Nr. 236 vom 24. August, Nr. 243 vom 31. August und Nr. 244 vom 1. September 1838.

[2]) L. A. Z. Nr. 268 vom 25. September u. Nr. 270 vom 27. September 1838.

[3]) Scheint als Mitarbeiter sehr angesehen gewesen zu sein, denn der Verlag lieferte ihm ausnahmsweise ein Freiexemplar d. L. A. Z. — Brockhaus an Derochau in Paris vom 27. August 1839.

[4]) L. A. Z. Nr. 18 vom 18. Januar, Nr. 19. vom 19. Januar, Nr. 20 vom 20. Januar, Nr. 23 vom 23. Januar, Nr. 24 vom 24. Januar und Nr. 26 vom 26. Januar 1838.

seine prägnante Kritik lassen den temperamentvollen und scharfblickenden Politiker überall deutlich erkennen.

Ihn, wie Dr. Zinkeisen, zeichnete eine große Objektivität in der Beurteilung der französischen Zustände aus. Ohne jede Gehässigkeit beleuchtete er gelegentlich Schwächen der französischen Staatsverwaltung [1]) oder weist auf den Mangel sozialer Fürsorge in Frankreich hin [2]).

Die Ruhe und sachliche Beurteilungsmöglichkeit Derochaus machte sich recht deutlich fühlbar, als im Herbst des Jahres 1840 die orientalische Frage ihre höchste Aktualität erreicht hatte und die Rüstungen Frankreichs gegen Deutschland mit Heftigkeit einsetzten [3]).

Neben Zinkeisen und Derochau haben noch Venedey und Savoye von Paris aus die L. A. Z. mit Artikeln versehen. Beide, Venedey als auch Savoye, haben bekanntlich als deutsche Politiker jener Jahre eine Rolle gespielt. Jak. Venedey, geboren 24. Mai 1802 zu Köln, war seit 1827 Rechtspraktikant in seiner Vaterstadt und hatte 1832 am Hambacher Fest teilgenommen. Deshalb verhaftet, floh er aus dem Gefängnis zu Frankenthal nach Frankreich und hat dort eine ausgiebig wissenschaftliche und publizistische Tätigkeit entfaltet. Von 1842—44 war er in England, kam dann zurück nach Deutschland, wurde 1848 Parlamentsmitglied und von 1853—55 Dozent in Zürich. Seit 1857 lebte er in Badenweiler und starb dort am 8. Februar 1871 [4]).

Venedey kommt für das Jahr 1838 nur ganz sporadisch als Mitarbeiter in Betracht. Er begann seine Tätigkeit für die L. A. Z. am Ende des Jahres 1838 mit Besprechungen des Parteigeistes und der Publizistik in Frankreich [5]).

Im Jahre 1840 hat Venedey die journalistische Führung

---

[1]) L. A. Z. Nr. 18 vom 18. Januar, Nr. 30 vom 30. Januar und Nr. 360 6. Dezember 1838.

[2]) L. A. Z. Nr. 28 vom 28. Januar 1838.

[3]) L. A. Z. Nr. 277 vom 3. Oktober, Nr. 281 vom 7. Oktober, Nr. 282 vom 8. Oktober, Nr. 286 vom 12. Oktober und Nr. 296 vom 22. Oktober 1840.

[4]) Verlagsverzeichnis S. 408.

[5]) L. A. Z. Nr. 318 vom 14. November u. Nr. 354 vom 20. Dezember 1838.

der deutschen Interessen in Frankreich in Händen gehabt. Nicht allein, daß er die Stellung Frankreichs in der orientalischen Frage durchaus mißbilligte, nein, aus Venedey spricht auch deutlich in jenen Wochen der deutsche Patriot, der dem Sporengerassel des Herrn Thiers die passende Antwort nicht schuldig bleibt, mit den Worten: »Handelt es sich um die Ehre des Mutterlandes, will ein fremdes Volk einen Teil Deutschlands für sich in Anspruch nehmen, so verschwinden alle anderen Rücksichten und Interessen, und wenn die Franzosen sich dem Rheine nähern, so hoffe ich mit Ihnen, daß sie dort auf eine Weise empfangen werden sollen, die ihnen das Gelüste nach Rheinprovinzen für alle Zukunft vertreiben wird.«[1]).

Als im Sommer 1842 der Herzog von Orleans auf einem Spazierritt tödlich verunglückte, da zeigte Venedey für dieses Ereignis als auch für die politischen Folgen desselben das größte Interesse[2]). In der Behandlungsweise dieser Regentschaftsfrage tritt uns recht deutlich das Wesen dieses tüchtigen Journalisten und Politikers entgegen. Für ihn ist jetzt der Moment da, wo Louis Philipp, der ihm durchaus sympathisch ist[3]), zeigen muß, ob er der richtige Staatslenker ist oder nicht. »Bis jetzt hat Louis Philipp sich von den Ereignissen, sie halbwegs lenkend, fortschieben lassen können; aber von nun an wird er sie lenken müssen, und zwar nach einer ganz entgegengesetzten Richtung hin als der, auf die er bis jetzt lossteuerte. Man hat den König viel gelobt, viel getadelt, aber erst jetzt wird sich zeigen, ob er des Lobes oder des Tadels würdig war.«

Es ist für die politische Denkart Venedeys durchaus bezeichnend, wie er über dieses Ereignis und dessen Folgen Bericht erstattete. Gänzlich objektiv, hielt er in dem aus der Regentschaftsfrage entspringenden Parteikampfe weder zu der

---

[1]) L. A. Z. Nr. 300 vom 26. Oktober 1840.

[2]) L. A. Z. Nr. 202 vom 21. Juli, Nr. 203 vom 22. Juli, Nr. 205 vom 24. Juli, Nr. 207 vom 26. Juli, Nr. 210 vom 29. Juli u. Nr. 212 vom 31. Juli 1842.

[3]) L. A. Z. Nr. 203 vom 22. Juli 1842.

einen noch anderen Fraktion. Er steht über den Meinungen und Interessen derselben und beurteilt die momentane Situation nur insofern, als er, einem tüchtigen Politiker durchaus würdig, den daraus resultierenden Folgen mutmaßend nachgeht. Seine politische Kritik ist somit eine wohl nicht mit Unrecht stark spekulative zu nennen, die zweifellos gerade bei dem zeitunglesenden Publikum reges Interesse erwecken konnte[1]).

Savoye, wie Venedey ein deutscher Flüchtling aus der Pfalz, begann seine Korrespondenz für die L. A. Z. im Jahre 1838.

Savoye hat nicht sogleich mit politischen Artikeln eingesetzt, sondern lieferte, ganz seiner feuilletonistischen und historisch-kritischen Begabung entsprechend, anfänglich Theaterberichte[2]), Besprechungen über Literatur und Wissenschaft[3]). Daneben gaben ihm Bücher und Flugschriften politischen oder konfessionellen Inhalts wiederholt Gelegenheit, in der Besprechung derselben seine eigene Meinung und Kritik über französische Sitten und Zustände, die ihm wie den übrigen Mitkorrespondenten allenthalben der Besserung bedürfen, geltend zu machen[4]).

Jedoch gerade hierin, in der Beurteilung der französischen Verhältnisse, tritt ein typischer Zug Savoyes lebhaft zutage. Nicht zugunsten dieses oder jenes Nachbarstaates greift er soziale Mängel in Frankreich an, nicht, um zu zeigen, daß beispielsweise Deutschland in dieser oder jener Einrichtung weit voraus ist, sondern im Interesse des französischen Staatslebens selbst weist er darauf hin, wie wichtig und erfolgreich es sei, daß man dem Volk hierüber die Augen öffne. Dazu ist ihm

---

[1]) Man vergleiche hierüber die August-Artikel 1842: Nr. 219 vom 7. August, Nr. 224 vom 12. August, Nr. 225 vom 23. August, Nr. 227 vom 15. August, Nr. 229 vom 17. August und Nr. 230 vom 18. August.

[2]) L. A. Z. Nr. 323 vom 19. November und Nr. 335 vom 1. Dezember 1838.

[3]) L. A. Z. Nr. 281 vom 8. Oktober, Nr. 305 vom 1. November, Nr. 310 vom 6. November, Nr. 335 vom 1. Dezember u. Nr. 336 vom 2. Dezember 1838; hier lobte er beispielsweise sein »Panorama de l'allemagne«, ein größeres historisches Werk, selbst empor.

[4]) L. A. Z. Nr. 191 vom 10. Juli, Nr. 195 vom 14. Juli und Nr. 234 vom 22. August 1838.

die Literatur das mächtigste und einzig richtige Wirkungsmittel. Gerade das, was in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Emile Zola zu einem gewaltigen sozialen Reformator machte, der Mut und die Fähigkeit zu einer naturalistischen Darstellung des staatlichen wie gesellschaftlichen Lebens, das hat Savoye als Rettungsmittel für die französische Nation klar und deutlich schon damals erkannt und es freudig begrüßt, daß das französische Theater wie auch der Roman ihre Aufmerksamkeit immer mehr den Schäden der Gesellschaft zuwenden; denn »dadurch, daß sie Gegenstände künstlerischer Behandlung geworden sind, wurden sie allen Augen enthüllt. Viel ist gewonnen, wenn man das Übel kennt. Ich hätte vom Theater nie eine so große Wirkung erwartet, als es in den letzten Zeiten ausgeübt hat. Es mag sein, daß die Darstellungen, welche die Enthüllung und Geißelung des Lasters zum Zwecke haben, den Schelm nur behutsamer machen; allein dem Nichtverdorbenen werden sie immer einen großen Abscheu einflößen und ihn der Tugend und Rechtschaffenheit erhalten. Die Gebrechen der Zeit mißfallen dem Künstler; mißfallen sie diesem, so werden sie es auch bald dem Publikum, für das er wirkt; die Zustände, die wir gegenwärtig beklagen, werden sich daher gewiß nicht auf unsere Enkel vererben [1].«

Diese Wertschätzung des französischen Volksgeistes entsprang bei Savoye einer Überzeugung, die er schon in früheren Jahren kurz nach dem Hambacher Fest kundgegeben hatte, als er an der Spitze einer Partei gestanden hatte, welche die politischen Reformen Deutschlands nur mit Hilfe Frankreichs für möglich hielt. Savoye war wie seine Parteibrüder bereit, sich mit dem Gedanken an die Rückkehr der Pfalz unter französische Herrschaft zu befreunden; dieses Opfer schien den liberalen Feuergeistern zur politischen Genesung Deutschlands nötig, und Savoye ließ es an starker Propaganda für dieses Evangelium nicht fehlen. Er war dadurch in heftigen Gegensatz zu der politischen Überzeugung Joh. G. Aug. Wirths u. a. m. getreten, die fest daran hielten, daß die politische Reform dem

[1] L. A. Z. Nr. 310 vom 6. November 1838.

deutschen Vaterlande keinen Zoll seines Bodens kosten dürfe. — Während Wirth und seine Freunde in den Kerker wanderten, entzog sich Savoye demselben Schicksal durch die Flucht nach Frankreich. Dort hat er sich später naturalisieren lassen und wurde 1848 als Gesandter der provisorischen Regierung in Frankfurt gewählt und beglaubigt [1]).

Die Berichte aus Paris waren in erster Linie Besprechungen der Kammerangelegenheiten, der Parlamentswahlen sowie anderer politischer Fragen. Die Ausführlichkeit und Anzahl dieser Artikel war meist so auffällig, daß man darüber staunen müßte, wenn nicht bekannt wäre, daß in jener Zeit der Deutsche, da das Stilleben der Bundesstaaten wenig oder gar keine Anregung bot, seine Interessen an den Vorgängen fremder Staaten befriedigte [2]). Sehr bezeichnend ist hierüber das Urteil eines

---

[1]) Max Wirth, Ernste und frohe Tage aus meinen Erlebnissen und Streifzügen. Köln 1884. S. 43 ff.

[2]) Ein kurzer statistischer Beleg hierfür:

Im Januar 1838 erschienen insgesamt 48 Originalartikel aus Frankreich und 112 Berichte aus französischen Zeitungen, von welchen das »Journal des Débats« am meisten, nämlich 24 mal, der »Messager« 18 mal, der »Moniteur« 10 mal, die »Gazette de France« 10 mal, der »Temps« 8 mal benützt wurden.

Die übrigen 42 Zeitungsberichte verteilen sich auf zirka 10 kleinere französische Blätter.

Den insgesamt 160 französischen Berichten stehen im Januar 1838 62 aus Preußen, 26 aus Sachsen gegenüber; von diesen kommen auf Preußen 35, auf Sachsen 20 Originalberichte.

Im Januar 1840 erschienen insgesamt 49 Originalartikel aus Frankreich und 67 Berichte aus französischen Blättern, von welchen wiederum das »Journal des Débats« am meisten, nämlich 21 mal, der »Moniteur« 10 mal, die »Gazette de France« 8 mal, der »Commerce« auch 8 mal benützt sind; die übrigen 20 Zeitungsberichte fallen auf kleine, nur sporadisch benützte französische Blätter, wie den »Courrier de la Meuse«, »Courrier de Paris« u. a. m.

Diesen insgesamt 116 französischen Berichten stehen im Januar 1840 65 aus Preußen und 30 aus Sachsen gegenüber; von diesen kommen auf Preußen 48 Originalberichte, auf Sachsen deren 28.

Im Januar 1842 sind die französischen Berichte stark zurückgegangen und die preußischen in den Vordergrund getreten.

Es erschienen 42 französische Originalberichte und nur ganz sporadisch Artikel aus französischen Blättern.

Den nicht einmal 50 französischen Gesamtberichten stehen für Preußen im Jahre 1842 72 Originalberichte und für Sachsen 14 gegenüber; bei Preußen wie

Zeitgenossen[1]): »Eine Kabinettskrisis in Paris, obgleich man vorauswissen konnte, daß dabei schließlich nichts herauskommen werde, als die ungestörte Fortsetzung des seit 1830 herrschenden Systems, war ein Ereignis, dessen Gang ganz Deutschland mit atemloser Spannung folgte; wir nahmen leidenschaftlich Partei für Thiers gegen Guizot oder für Guizot gegen Thiers, wir hörten die Redner der Rechten oder der Linken mit Begeisterung und folgten einer zweifelhaften Abstimmung mit Seelenangst.« Weiter macht der Verfasser jenes anonymen Artikels in der »Germania« II darauf aufmerksam, daß es durch solche Umstände möglich war, für die deutsche liberale Presse und ihren Oppositionsgeist einen starken Stützpunkt auf dem Boden der französischen Politik zu finden, denn: »Die Zensur war für den Artikel »Frankreich« mit Blindheit geschlagen«. Eine gewandte Feder konnte so von Paris aus die heftigste Polemik für und gegen deutsche Zustände führen, und dies haben denn auch deutsche liberale Zeitungen nicht selten reichlich ausgenützt.

Besser als wie durch die L. A. Z. kann das oben angeführte Urteil eines Zeitgenossen nicht gestützt werden; ganz analog den Kammer- und Parlamentsberichten, waren darin auch diejenigen über die englischen und spanischen innerpolitischen Angelegenheiten berücksichtigt, und es kam überaus häufig vor, daß in ein und demselben Hauptblatte der Zeitung ein ausführlicher Artikel über eine französische Kammersitzung, als auch ein ebenso eingehender über eine Parlamentsverhandlung in England zu finden war.

Ein weiteres wesentliches Moment entsprang diesem eigenartig regen Interesse für auswärtig politische Angelegenheiten und seiner Befriedigung durch die Presse: Das deutsche Nationalgefühl konnte durch nichts so lebhaft geweckt und erhalten werden, als durch solche eingehende Besprechungen außerdeutscher Zustände, die ja nicht selten deutscherseits Anlaß zu gerechtem Stolz geben konnten.

---

bei Sachsen zeigte sich ebenso ein starkes Zurückgehen der aus fremden Zeitungen entlehnten Berichte. [1]) »Germania« II, 1852, a. a. O. S. 516.

Bald genug hatte die L. A. Z. Gelegenheit, ihre deutschtreue Gesinnung zu zeigen, als das Jahr 1840 die Kriegsgefahr mit Frankreich nahe brachte. Durch ihre damaligen französischen Artikel hat die Zeitung den deutschen Patriotismus erheblich unterstützt und befruchtet.

Neben ausführlichen Berichten über den Krieg mit Mohamed-Ali und Zusammenstellungen über die bisherigen Ereignisse in Syrien [1]) waren die lebhaften Rüstungen in Frankreich gegen Deutschland oft und vielseitig besprochen [2]). Vor allem galt die öffentliche Meinung in Paris den Berichterstattern der besonderen Beobachtung wert, und sie beschickten neben Preßstimmen aus französischen Blättern [3]) die Redaktion der L. A. Z. sehr häufig mit Berichten über Ovationen in Theatern und Konzerten [4]). Trotzdem es den Anschein hatte, als ob die öffentliche Meinung in Frankreich nur durch einen Krieg zu befriedigen sei [5]), zweifelte die L. A. Z. am Ausbruch desselben und wies darauf hin, das zwar Thiers und ein Teil seiner Kollegen für den Krieg, andere aber dagegen seien, so der Kriegs-, Marine- und Finanzminister, »also gerade diejenigen, welche die materiellen Mittel zur Kriegführung in Händen haben [6]). Neben diesen politischen war auch ein guter Teil der geistigen Führer Frankreichs gegen einen Waffengang mit Deutschland, an der Spitze der beredte Lamartine. In verschiedenen bedeutsamen Artikeln, die fast sämtlich in der L. A. Z. in Übersetzung wiedergegeben waren, hatte er die Nutzlosigkeit eines solchen Krieges vor Augen geführt, ihn einen Narrenkrieg genannt, in welchem Niederlage schmählich, Sieg nutzlos sein würde [7]).

Ein recht interessantes Gedicht fand sich auch in jenen

---

[1]) L. A. Z. Nr. 275 vom 1. Oktober u. Nr. 286 vom 12. Oktober 1840.

[2]) L. A. Z. Nr. 275 vom 1. Oktober, Nr. 282 vom 8. Oktober, Nr. 289 vom 15. Oktober, Nr. 296 vom 22. Oktober u. Nr. 322 vom 17. November 1840.

[3]) L. A. Z. Nr. 283 vom 9. Oktober, Nr. 284 vom 10. Oktober und Nr. 285 vom 11. Oktober 1840.

[4]) L. A. Z. Nr. 286 vom 12. Oktober und Nr. 289 vom 15. Oktober 1840.

[5]) L. A. Z. Nr. 282 vom 8. Oktober 1840.

[6]) L. A. Z. Nr. 288 vom 14. Oktober 1840.

[7]) L. A. Z. Nr. 246 vom 2. September 1840.

lebhaften Tagen in der L. A. Z.[1]), die Übersetzung eines lateinischen Poems von dem Erzbischof und Kurfürsten von Trier, Karl Kaspar von der Leien, 1675, in welchem der Dichter unwandelbare Treue zu Deutschland verspricht, trotz der heftigen Gewinnungsversuche des französischen Königs Ludwig XIV. Den Versen sind folgende erklärende Worte vorausgestellt: »Im Jahre 1675 führte Ludwig XIV., König von Frankreich, seinen Lieblingsplan, der später noch oft mit mehr oder minderem Glücke von seinen Nachfolgern vorgenommen, aus, und rüstete sich, durch seine Heere wie durch seine Ränke, Deutschland zu verderben« [2]).

Die Kriegswut hatte sich in Frankreich bald gelegt, und ebenso rasch war dort auch die nationale Begeisterung geschwunden, was sich so recht deutlich zeigte, als zur selben Zeit, da man in wildem Eifer gegen Deutschland rüstete, die Gebeine Napoleons I. von St. Helena nach Paris übergeführt wurden. Die Vorbereitungen zu dieser eigenartigen Beisetzung waren enorme gewesen, und die Feierlichkeit selbst verlief nach der Berichterstattung wider Erwarten kalt und teilnahmslos. Die L. A. Z. meldete darüber[3]), daß trotz aller Feierlichkeit kein Enthusiasmus sich gezeigt, ja, daß man nicht einmal von den alten Invaliden Worte der Begeisterung gehört habe: »Neugierde und Teilnahmlosigkeit, das war alles. Die Kaiseridee ist tot, und seit gestern wurde auch ihr Gespenst begraben, das noch vor kurzem in Straßburg und Boulogne zu spuken versucht hatte[4]).« So Venedeys Urteil über die Beisetzung.

---

[1]) L. A. Z. Nr. 292 vom 18. Oktober 1840, Beilage.

[2]) Der Übersetzer und Einsender dieses Gedichtes war ein gewisser Zuccalmaglio aus Köln, der auch in der für die Zeitung kritischen Periode am Ende des Jahres 1842 wiederholt korrespondierte.

[3]) L. A. Z. Nr. 357 vom 22. Dezember 1840. — Der Bericht deckt sich im wesentlichen auch mit den Tagebuchaufzeichnungen von Heinr. Brockhaus (I. Bd., S. 419 ff.), der persönlich dem Beisetzungsschauspiel beigewohnt hatte. Auch er merkte nicht viel von Begeisterung, und ihm schien einzig das militärische Schauspiel imponierend.

[4]) Ist eine Anspielung auf die mißlungene Landung des Prinzen Louis Napoleon, welche dieser in der Absicht eines Staatsstreiches im August 1840 mit einigen Abenteurern von England aus ins Werk gesetzt hatte.

Derochaus Bericht hierüber[1]) ist mit demjenigen Venedeys völlig übereinstimmend: »Napoleons Begräbnisfest hat ebenso geendet, wie es angefangen, geräuschvoll, aber nüchtern, unter vieler Bewegung, aber ohne Schwung. Die Berichte der sämtlichen heutigen Blätter lügen, indem sie von Enthusiasmus, Andacht, Weihe in der Stimmung und der Haltung des Volkes reden. Daß dies alles nicht vorhanden war, mag mit Recht auffallen und schwer erklärlich sein, ist aber nichtsdestoweniger eine Tatsache, über die keinem unbefangenen Beobachter der mindeste Zweifel geblieben sein kann«.

In einem »Elsasser Brief« wurde fernerhin von Venedey dargelegt[2]), daß die Eroberung des Elsaß durch Frankreich stets ein Unglück war und es auch jetzt noch sei.

Besser konnte wahrlich die L. A. Z. ihre deutsch-nationale Gesinnung nicht zeigen, deutlicher konnte nicht erwiesen werden, wie sehr die Zeitung sich ganz besonders in den Dienst des Vaterlandes zu stellen gewillt war. Daß sie aber auch gegen den inneren Feind in Deutschland zu Felde zog, und wie ihr dieser ebenso ehrliche Kampf das Mißtrauen und den Haß vieler Behörden und Regierungen einbrachte, das wird die weitere Darstellung lehren.

Nachdem die orientalische Frage in der Londoner Konferenz gelöst war und damit auch die Kriegslust in Frankreich sich gelegt hatte, erstreckten sich die Berichte über das westliche Nachbarland nach wie vor meist über die dortigen innerpolitischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten, die immer wieder den Deutschen stark beschäftigten. Diesem Bedürfnis ist denn auch fürderhin die L. A. Z. durch äußerst eingehende und lange französische Kammerberichte entgegengekommen[3]),

[1]) L. A. Z. Nr. 357 vom 22. Dezember 1840.

[2]) Ebendaselbst.

[3]) Diese lieferte in der Hauptsache jetzt Derochau allein, nachdem Zinkeisen 1840 Paris und Frankreich verlassen hatte. Neben den in den vorangehenden Seiten hinreichend gewürdigten Pariser Korrespondenten möchte ich wenigstens von zwei weiteren französischen Mitarbeitern noch die Namen nennen: es sind dies Debranz und Spazier. Beide korrespondierten seit 1839 von Paris aus. Von ihnen hat Spazier im Jahre 1840 eine größere Tätigkeit entfaltet und neben

selbst dann noch, als die deutschen Angelegenheiten sich immer mehr zuspitzten und künftighin in den Vordergrund des allgemeinen Interesses traten.

Das junge Königreich Belgien war zur Gründungszeit der L. A. Z. der Gegenstand des lebhaftesten politischen Interesses von ganz Europa geworden. Alles verfolgte mit gespannter Teilnahme den Verlauf des wieder aufgenommenen Trennungsstreites zwischen Holland und Belgien. Die letzte Phase dieses achtjährigen Konfliktes begann im Frühjahr 1838. Die L. A. Z. eröffnete die Besprechungen hierüber mit einem orientierenden Rückblick auf die Geschehnisse bis zum Jahre 1830[1]).

Darin weist der belgische Korrespondent (Arendt in Löwen) darauf hin, daß am 15. November 1831 die 24 Artikel, der Abkommenvertrag zwischen Holland und Belgien, seien angenommen, von England und Frankreich ratifiziert, von Preußen, Österreich und Rußland mit Vorbehalt seien bestätigt worden. Die Zwangsmaßregeln, die England und Frankreich gegenüber Holland, das sich geweigert hatte, die 24 Artikel anzuerkennen, anwandten, führten schließlich 1833 zu der gegenseitigen Verständigung über 16 dieser 24 Artikel. Diesem Abkommen zufolge anerkannten die holländischen Bevollmächtigten die Neutralität und Selbständigkeit Belgiens, jedoch blieb die Zession des französischen Teiles von Luxemburg an Belgien gegen Abtretung eines Teiles von Limburg an Holland ein heftiger Streitpunkt. Belgien war dem Abkommen vom Jahre 1830 gemäß gezwungen, an Holland eine Jahresrente von 8 400 000 Gulden zu zahlen. Da aber Holland den 24-Artikel-Vertrag damals noch nicht angenommen hatte, so blieb die Streitfrage offen, ob jetzt, da Holland 1838 endlich seine Zustimmung zu dem besagten Vertrage gegeben hatte, Belgien verpflichtet sei, die seit 1832 fälligen Renten nachträglich zu entrichten. Das

Venedey am stärksten die deutschen Interessen gegenüber Frankreich vertreten. Debranz wie Spazier blieben bis zur Titeländerung der Zeitung, Frühjahr 1843, geschätzte Mitarbeiter.

[1]) L. A. Z. Nr. 91 vom 1. April und Nr. 92 vom 2. April 1838.

war die große Interessenfrage, die im Frühjahr 1838 in dem Momente einsetzte, da der König von Holland sich zur Annahme der 24 Artikel einverstanden erklärt hatte.

Mit ganzer Entschiedenheit steht die L. A. Z. in diesem Konflikt auf seiten Belgiens und verlangt in dessen Interesse, daß ein neuer Vertrag den Streit zu beendigen habe[1]). Rückhaltlos wird erklärt: »Belgien braucht die Lasten, die ihm die 24 Artikel auferlegten, nicht eher zu tragen, als bis es auch die Rechte, die ihm dieselben zusichern, genießt; das heißt mit anderen Worten, ehe Holland nicht Belgiens Selbständigkeit und Unabhängigkeit anerkannt hat, bezahlt Belgien keinen Heller von der ihm auferlegten Rente.« Der Artikel schloß mit dem Hinweis: »Belgien wartet und gedeiht, Holland wartet und verfällt: wer von den beiden hat das größte Interesse, das Ende des Wartens herbeizuführen?«[2]). Mit allem Nachdruck bleibt die L. A. Z. darauf bestehen, daß der Statusquo, in welchem sich Belgien zurzeit befindet, für das Land von zu großem Interesse sei, »als daß es sich nicht berechtigt glauben sollte, bessere Bedingungen zu verlangen, als die sind, welche jener Vertrag ihm gewährt[3])« Mehrfach hat die L. A. Z. darauf hingewiesen, daß in dieser für Belgien so wichtigen Frage die Meinungen der belgischen Katholiken und Protestanten sich begegnen[4]), und daß eine für die Entwicklung des belgischen Staates günstige Lösung auch für die östlichen Nachbarländer von großer Bedeutung sei[5]).

Bekanntlich hat, als zwischen den beiden Königreichen keine Verständigung zu erwarten war, die in London zusammenberufene Mächtekonferenz, bestehend aus den Vertretern Englands, Frankreichs, Deutschlands, Rußlands und Österreichs,

---

[1]) Auch die englische Presse (»Times«) ist der Meinung, daß nicht auf dem 24-Artikel-Vertrage, sondern nur auf einer neuen Grundlage die Verhandlungen über Holland und Belgien könnten geführt werden: L. A. Z. Nr. 103 vom 13. April 1838.

[2]) L. A. Z. Nr. 92 vom 2. April 1838.

[3]) L. A. Z. Nr. 93 vom 3. April 1838. [4]) Ebendaselbst.

[5]) L. A. Z. Nr. 130 vom 10. Mai, Nr. 131 vom 11. Mai und Nr. 132 vom 12. Mai 1838.

endlich einen Ausgleich zwischen Belgien und Holland herbeigeführt. Über die Verhandlungen und den Verlauf der Konferenz war in der Hauptsache nur langsam, ganz Weniges und Unbestimmtes, durch die Presse in die Öffentlichkeit gelangt, so daß auch die L. A. Z., an belgische Blätter angelehnt (»Journal du Commerce d'Anvers«, »Indépendant«, »Commerce de Belgique«), nur mangelhaft hierüber informieren konnte[1]). Trotz allen unbestimmten Meldungen aber glaubte die L. A. Z. an ein gutes Ergebnis in London und an eine friedliche Beilegung des Prozesses[2]). Am 17. November 1838 publizierte dann die L. A. Z. in Nr. 51 aus dem »Handelsblad« das Endurteil der Londoner Konferenz, das dahin lautete: Annahme der 24 Artikel mit einigen Modifikationen; Teilung der streitigen Gebietsteile; Holland muß von der Forderung des Zinsenrückstandes absehen; die ehemals festgesetzte Summe von 8400000 Gulden wird auf 5000000 reduziert.

Auch die in Belgien selbst infolge des Streites einsetzende Bewegung verfolgte die L. A. Z. mit starkem Interesse. Mit unverkennbarer Parteinahme für das Schicksal Belgiens handelte das Blatt über die Deputation der limburgischen und luxemburgischen Provinzialräte an König Leopold[3]), welche den Zweck haben sollte, in einer Adresse dem König der Belgier zu versichern, daß die Provinz Limburg als auch Luxemburg an Belgien wollten gebunden bleiben[4]) Einen größeren Artikel, »Die Holländisch-Belgische Frage und das belgische Volk«[5]), beginnt Schütz, der neben Arendt in jener Zeit tätige Mitarbeiter der L. A. Z., mit folgenden Worten: »Das ganze politische Interesse der Gegenwart für Belgien liegt ausschließend in dem endlich zu erwartenden, mehr oder weniger entschei-

---

[1]) L. A. Z. Nr. 216 vom 4. August, Nr. 219 vom 7. August, Nr. 273 vom 30. September, Nr. 340 vom 6. Dezember und Nr. 345 vom 11. Dezember 1838.

[2]) L. A. Z. Nr. 351 vom 17. Dezember 1838.

[3]) L. A. Z. Nr. 203 vom 22. Juli, Nr. 218 vom 6. August, Nr. 219 vom 7. August, Nr. 223 vom 11. August und Nr. 224 vom 12. August 1838.

[4]) L. A. Z. Nr. 197 vom 16. Juli 1838.

[5]) L. A. Z. Nr. 296 vom 23. Oktober, Beilage, und Nr. 297 vom 24. Oktober 1838, Beilage.

denden Ausgange des achtjährigen Trennungsprozesses zwischen diesem jungen Staat und dessen ehemaligem Herrscher. Findet jeder denkende Beobachter der europäischen Zustände, daß die Lösung dieser Frage von allgemeiner Wichtigkeit ist, so fühlt das belgische Volk, daß die Art der Entscheidung sein Leben, seine Ehre berührt; dieses Gefühl hat sich unmittelbar, allgemein und fest ausgesprochen, es hat jede andere Regung verdrängt, vor ihm schweigt die Stimme einer jeden Partei, und Belgien gewährt in diesem Augenblicke den erhabenen Anblick eines Volkes, das in enger Einigkeit nicht seine numerische, sondern seine moralische Stärke wägt.« Der für die Integrität Belgiens heftig eintretende Korrespondent erklärt weiterhin in dem hier angeführten Referat, daß die verschiedenen Adressen an den Thron von Wirkung gewesen seien, daß diejenige der Stadt Lüttich einen ganz besonderen Eindruck nicht verfehlt habe, indem sie den König mit folgenden Worten ansprach: »Sire, wir erwarten von Ihnen, als dem ersten Bürger Belgiens, die Verteidigung unseres Landes[1])!«

Frankreich nahm bekanntlich im Londoner Kongreß und in der ganzen Streitfrage eine besondere Stellung ein. Es stand in Erwartung eines eigenen Vorteils anfangs nachdrücklich auf der Seite Belgiens[2]) und war der Meinung, daß Belgien, dem allgemeinen Zwange der Großmächte erlegen, den Vertrag vom November 1831 wohl annehmen müsse und sich dabei aber die Reklamationen, betreffend Schadenersatz für den siebenjährigen Statusquo und gegen den Schuldanteil, vorbehalten soll[3]). Als dann aber das »Handelsblad« die Nachricht aus London brachte, daß Frankreich den Londoner Bestimmungen wohl beitreten werde[4]), da war man außer Zweifel, daß Frankreich Belgien über kurz oder lang seinem Schicksal überlassen werde, und daß damit die Lage folgenden Charakter angenommen habe: »Der König gibt entweder dem Willen der

[1]) L. A. Z. Nr. 296 vom 23. Oktober 1838, Beilage.

[2]) L. A. Z. Nr. 220 vom 8. August 1838.

[3]) L. A. Z. Nr. 197 vom 16. Juli 1838.

[4]) L. A. Z. Nr. 343 vom 9. Dezember. Vgl. auch Nr. 13 vom 13. Januar und Nr. 14 vom 14. Januar 1839.

Mächte nach und verliert seine Popularität, oder er widersetzt sich, und das wäre Tollheit.«[1])

Die Teilnahme Frankreichs an den Interessen Belgiens hatte in Deutschland verständlicherweise Mißstimmung wachgerufen. Die L. A. Z. hat dieselbe sehr treffend zum Ausdruck gebracht in einem Artikel, betitelt: »Ein deutsches Wort über die belgische Frage«[2]). Darin war heftig gegen den französischen Einfluß in Belgien Stellung genommen und offen erklärt worden, daß Frankreich nur den Moment abwarte, in welchem es aus Belgien eine französische Provinz machen könne[3]). Weiterhin war in demselben Artikel hervorgehoben, daß es sowohl zum Vorteile Belgiens als auch Deutschlands sei, sich durch gegenseitige Annäherung zu sichern und zu stärken. Zugleich wurde die holländische Politik, insbesondere das den deutschen Handel so sehr beeinträchtigende Monopolisierungssystem Hollands, heftig angegriffen, die Regierung überdies des schwärzesten Undanks bezichtigt für die Wohltaten, die der Wiener Kongreß Holland erwiesen habe. Das Eintreten der L. A. Z. für das Schicksal Belgiens war keineswegs leicht, wenn man bedenkt, daß der Bundestag in London die scharfe Durchführung der 24 Artikel verlangt hatte, mit der Motivierung, daß durch die Schöpfung des neuen Königreichs Belgien die Verteidigungslinie des deutschen Bundes gegen Westen sehr stark beeinträchtigt worden sei[4]). Zudem war Preußen ebenso entschieden gegen die Aufnahme Luxemburgs in die belgische Monarchie[5]); um dies nachdrücklich zu erkennen zu geben, hatte Preußen laut Bericht der L. A. Z. eine Note an das britische Kabinett ergehen lassen, worin Belgien zur Annahme der 24 Artikel solle gezwungen werden[6]).

Während der ersten Monate des Jahres 1839 drohte der Krieg wegen der Hartnäckigkeit Belgiens wirklich auszubrechen.

[1]) L. A. Z. Nr. 353 vom 19. Dezember 1838.
[2]) L. A. Z. Nr. 361 vom 27. Dezember 1838, Beilage.
[3]) Vgl. hierüber auch L. A. Z. Nr. 12 vom 12. Januar 1839.
[4]) L. A. Z. Nr. 352 vom 18. Dezember 1838.
[5]) L. A. Z. Nr. 339 vom 5. Dezember 1838.
[6]) L. A. Z. Nr. 343 vom 9. Dezember 1838.

Belgien rüstete eifrig, da es immer noch auf die Hilfe Frankreichs hoffte[1]). Als diese jedoch aussichtslos war und das Wirtschaftsleben Belgiens nachgerade einer schweren Krisis entgegenging[2]), da sah man endlich in dem größten Teile der belgischen Bevölkerung die Zwecklosigkeit eines weiteren Widerstandes ein und suchte die Repräsentantenkammer durch Petitionen und Adressen dahin zu bestimmen, das Urteil der Mächte und damit den Vertrag der 24 Artikel anzunehmen[3]).

Nachdem die Repräsentantenkammer sich im Monat März 1839 in langen und bewegten Sitzungen mit dem Abschluß der Streitfrage beschäftigt hatte[4]), konnte die L. A. Z. am 23. März die Nachricht bringen, daß der Abkommenvertrag zwischen Belgien und Holland mit 58 gegen 42 Stimmen angenommen worden sei[5]), und daß die glückliche Lösung allgemein Freude ausgelöst habe[6]).

Als vorläufiger Abschluß der Besprechungen über die belgisch-holländische Frage in der L. A. Z. ist eine vergleichende Zusammenstellung der in den gesetzgebenden Versammlungen vom Jahre 1831 und 1839 ergebenen Resultate zu betrachten. 1831 war der Vertrag in der Kammer der Repräsentanten von 59 gegen 38 Stimmen angenommen worden. Die Abstimmung vom 19. März 1839 ergab, wie oben bemerkt, das Verhältnis von 58 zu 42 Stimmen. Im Senat hatten sich 1831 35 Mit-

---

[1]) L. A. Z. Nr. 13 vom 13. Januar und Nr. 14 vom 14. Januar 1839; vgl. auch L. A. Z. Nr. 101 vom 11. April 1839.

[2]) L. A. Z. Nr. 12 vom 12. Januar, Nr. 60 vom 1. März und Nr. 61 vom 2. März 1839.

[3]) L. A. Z. Nr. 65 vom 6. März, Beilage, Nr. 66 vom 7. März, Beilage, und Nr. 71 vom 12. März 1839.

[4]) L. A. Z. Nr. 57 vom 26. Februar, Beilage, Nr. 67 vom 8. März, Beilage, Nr. 71 vom 12. März, Beilage, Nr. 72 vom 13. März, Beilage, Nr. 74 vom 15. März, Beilage, Nr. 75 vom 16. März, Beilage, Nr. 77 vom 18. März, Beilage, Nr. 78 vom 19. März, Beilage, Nr. 80 vom 21. März, Beilage, Nr. 81 vom 22. März, Beilage, und Nr. 84 vom 25. März 1839, Beilage.

[5]) L. A. Z. Nr. 82 vom 24. März, Beilage, dazu auch L. A. Z. Nr. 89 vom 30. März und Nr. 90 vom 31. März 1839, Beilage.

[6]) L. A. Z. Nr. 86 vom 27. März und Nr. 88 vom 29. März 1839.

glieder für und nur acht gegen die Annahme des Abkommens ausgesprochen[1]). Schütz, der Verfasser des hier in Frage kommenden Artikels, bespricht dann noch die nach dem Abschluß des Konfliktes merkwürdig schnell eingetretene Ruhe, die einen auffallenden Kontrast zu den die Volksmassen in den letzten Wochen und Monaten so sehr aufregenden Ereignissen bilde. Diese Beobachtung wird nicht etwa auf den Umstand zurückgeführt, daß die heftige politische Bewegung nur die leicht erregbare Oberfläche der Nation erschüttert habe, ferner auch nicht darauf, »daß die ganze Wichtigkeit jener Frage der energischen Protestationen nur das Werk einer absichtlich unwahren Presse und der damalige Nationalwille nur das gehaltlose Echo einer tätigen Partei gewesen sei«, sondern die so schnell eingetretene Ruhe wird lediglich dem Charakter der belgischen Nation auf die Rechnung geschrieben; denn, so urteilt der Verfasser des besagten Artikels, »kein Volk ist weniger einer langdauernden und für den Augenblick erfolglosen Aufregung fähig, als das belgische, in welchem die Gewohnheit der Arbeit und des ruhigen Genusses rasch jede andere Leidenschaft bemeistert«.

Damit war für die L. A. Z. der belgisch-holländische Trennungsstreit so gut wie abgetan, und nur sporadisch wurde im Laufe der folgenden Monate gelegentlich noch einmal darauf zurückgegriffen[2]). Mitte Juni erschien in der L. A. Z. als definitiver Abschluß der Besprechungen über den Prozeß die Nachricht, daß am 6. Juni die Ratifikationen des Vertrags in London ausgewechselt worden seien[3]). Damit konnte die belgisch-holländische Frage, die neun Jahre hindurch unentschieden geblieben war und mehr als einmal zu den gefährlichsten Verwicklungen Anlaß gegeben hatte, als endgültig gelöst angesehen werden.

Von dem Moment an tritt nicht allein die Zahl der bel-

---

[1]) L. A. Z. Nr. 101 vom 11. April 1839.

[2]) L. A. Z. Nr. 120 vom 30. April, Nr. 146 vom 26. Mai, Nr. 156 vom 5. Juni, Nr. 160 vom 9. Juni und Nr. 166 vom 15. Juni 1839.

[3]) L. A. Z. Nr. 166 vom 15. Juni 1839.

gischen Berichte in der L. A. Z. stark zurück[1]), sondern auch ihr Inhalt verliert insofern an allgemeinem Interesse, als neben den gelegentlichen Kammersitzungsberichten und außer Besprechungen über die wirtschaftliche Entwicklung des neuen Königreichs sowie kurzen Tagesneuigkeiten, sich zu eingehenden politischen Diskussionen infolge der eingetretenen Ruhe nach dem Sturm so gut wie gar keine Gelegenheit mehr bot.

Die Mitarbeiterschaft für die L. A. Z. in Belgien war sehr klein. Außer Schütz[2]) und Arendt[3]), die als die einzigen belgischen Berichterstatter während der politisch bewegten Zeit 1838 und 1839 in Betracht kommen, korrespondierte seit 1842 Kuranda, der bekannte Literat und Herausgeber der seit 1. Oktober 1841 erschienenen Zeitschrift »Die Grenzboten, Blätter für Deutschland und Belgien.« — Kuranda war bekanntlich bestrebt für das deutsche Geistesleben in Belgien, insbesondere bei der stammverwandten flämischen Bevölkerung Interesse zu erwecken und so dem übermächtig vordringenden französischen Einfluß Einhalt zu gebieten[4]). Dieser, den »Grenzboten« gegebene Grundcharakter blickte gelegentlich auch in den Artikeln für die L. A. Z. deutlich durch, wenn es beispielsweise galt, eine die flandrische Leinenindustrie stark schädigende Zollerhöhung von seiten Frankreichs anzugreifen[5]), oder wenn Kuranda die Folgen des plötzlichen Todes des Prinzen von Orleans ermaß und darauf hinwies, daß die Unabhängigkeit

---

[1]) Zahl der Berichte aus Belgien im März 1839 = 91; davon waren am 5. März schon 22 erschienen.
Zahl der Berichte aus Belgien im April 1839 = 46,
» » » » » » Mai 1839 = 20,
» » » » » » Juli 1839 = 15. Von diesen 15 Berichten sind 10 kurzer, notizartiger Natur: L. A. Z. Nr. 187 vom 6. Juli, Nr. 188 vom 7. Juli, Nr. 189 vom 8. Juli, Nr. 193 vom 12. Juli, Nr. 195 vom 14. Juli, Nr. 197 vom 16. Juli, Nr. 201 vom 20. Juli, Beilage, Nr. 203 vom 22. Juli, Nr. 207 vom 26. Juli und Nr. 211 vom 30. Juli 1839.

[2]) Über Schütz konnte nichts weiter festgestellt werden.

[3]) War Professor und Bibliothekar in Löwen.

[4]) Vgl. Salomon, Geschichte des deutschen Zeitungswesens. Oldenburg-Leipzig 1906. III. Bd., S. 483 ff.

[5]) L. A. Z. Nr. 190 vom 9. Juli, Nr. 195 vom 14. Juli und Nr. 196 vom 15. Juli 1842, Beilage.

Belgiens an die Schicksale des Julithrones in Frankreich so sehr geknüpft sei, »daß jedes Unglück, welches dieses bedroht, hier alles in Schrecken setzt«[1]). Dabei zeichnete Kuranda durchaus keine besondere Rücksicht gegenüber Belgien und dessen Staatseinrichtungen aus; er gestand freimütig, »daß Belgien seine politischen Kinderschuhe noch nicht ausgetreten hat«. Wie wenig Kuranda geneigt ist, die Schwächen dieses jungen Staatswesens zu verhüllen, dafür mögen außer den eben angeführten noch folgende charakteristische Zeilen Zeugnis ablegen: »Wenige Länder sind vom Glücke so verhätschelt worden wie Belgien. Nicht nur die Natur hat es durch seine meerbespülten Küsten, durch seine großen Flüsse, durch den kostbaren Inhalt seiner Berge, durch die Fruchtbarkeit seiner Ebene zum Reichtum und Wohlleben geschaffen, sondern auch die Geschichte hat es sorglich unter ihren Schutz genommen. Aus hundert Revolutionen, die andere Gebiete auf immer vernichtet hätten, gingen seine Städte und Provinzen immer neu aufblühend hervor; aus dem Joche Spaniens, aus den Trümmern des Napoleonschen Kaiserreichs hat sein Schicksal es gerettet, und, als wollte es sein Glück auf die höchste Probe setzen, erhob es sich zuletzt gegen einen Herrscher, der von den Großmächten Europas beschützt wurde. Und auch dies gelang ihm. Während Polen nach einem langen, blutigen Kampf unterlag und seine Nationalität untergehen sah, erhob sich Belgien nach einem kurzen Gefechte zum selbständigen Staat und setzte einen selbstgewählten Monarchen an seine Spitze. Dieses seltene Glück hat aber das Land verwöhnt. Wie ein Knabe, der, im Schoße des Reichtums aufgewachsen, von seinen Eltern verzärtlicht und verweichlicht, bei der kleinsten Wunde, die ihm versetzt wird, in ein lautes Wehgeschrei ausbricht, so sehen wir Belgien bei dem geringsten Nebel, der seinen Horizont verfinstert, sogleich in Klagen und in ein Jammergeschrei ausbrechen, welches eines freien, kräftigen und sich selbst fühlenden Volks eben nicht sehr würdig sind.«[2])

---

[1]) L. A. Z. Nr. 207 vom 26. Juli 1842.

[2]) L. A. Z. Nr. 203 vom 22. Juli 1842, Beilage

Wenn auch die Berichterstattung über die Vorgänge in Spanien dem Verlage anfangs weniger wichtig schien[1]), so bot der unglückliche Bürgerkrieg zwischen Karlisten und Christinos dem übrigen Europa doch zu viel Interesse, als daß die L. A. Z. gänzlich darüber hätte schweigen können.

Die Berichte des Madrider Korrespondenten Dr. Lembke, als auch eines ungenannten Mitarbeiters aus Bayonne, lassen darüber nicht im Zweifel, daß beide und damit auch die L. A. Z. ihre Sympathien der Sache der Christinos schenkten[2]). Die Nachrichten betreffen naturgemäß in erster Linie die Kriegsoperationen beider Heere, wobei es wiederholt vorkam, daß das Zaudersystem des Christinischen Generals Espartero abfällig beurteilt wurde[3]). Neben diesem aktuellen Nachrichtenmaterial vom Kriegschauplatz verfolgte Dr. Lembke die Sitzungen der Cortes, wenngleich viel weniger eingehend, als es beispielsweise die Pariser Korrespondenten über die französischen Kammersitzungen taten. Dr. Lembke war neben dem Mitarbeiter aus Bayonne, der nur für die Jahre 1838 und 1839 in Frage kam, der einzige Original-Berichterstatter über Spanien. Es mochte daher Brockhaus sehr peinlich sein, als Lembke 1840 nach Paris übersiedelte und damit seine Korrespondenz fast gänzlich aufgab. Wenn er von Paris aus seine spanischen Berichte auf Wunsch des Verlags auch fortsetzte[4]), so verloren diese doch bedeutend an Wert. 1842 kehrte Lembke wieder nach Madrid zurück, hat aber, da er inzwischen Korrespondent der Preußischen Staatszeitung geworden war, seine Mitarbeit nicht mehr regelmäßig aufgenommen. Solche Benachteiligung mußte sich die Redaktion, so ärgerlich es für sie war[5]), gefallen lassen und sah sich überdies gezwungen, wollte sie

[1]) Brockhaus an Dr. Lembke in Madrid vom 14. August 1837.

[2]) L. A. Z. Nr. 56 vom 25. Februar, Nr. 57 vom 26. Februar, Nr. 58 vom 27. Februar, Beilage, Nr. 60 vom 1. März, Nr. 65 vom 6. März, Nr. 83 vom 24. März, Nr. 85 vom 26. März, Nr. 87 vom 28. März, Nr. 99 vom 9. April und Nr. 104 vom 14. April 1838.

[3]) L. A. Z. Nr. 56 vom 25. Februar und Nr. 60 vom 1. März 1838.

[4]) Brockhaus an Dr. Lembke in Paris vom 16. Oktober 1840.

[5]) Brockhaus an Dr. Lembke in Madrid vom 28. Januar 1841.

die Verbindung mit Spanien nicht gänzlich verlieren, die gelegentlich eingesandten Berichte Lembkes gerne und dankbar anzunehmen [1]).

Nach Lembke hatte die L. A. Z. keinen direkten Berichterstatter über die Ereignisse auf der Pyrenäischen Halbinsel mehr, und der Verlag begnügte sich nunmehr damit, daß er von Derochau, dem Pariser Korrespondenten, von der französischen Hauptstadt aus recht regelmäßig mit Artikeln über die spanischen Vorkommnisse versehen wurde.

Um über die politischen Ereignisse und Zustände in Spanien ein möglichst getreues und vollkommenes Bild zu erhalten, war es bei dem eben gezeigten Mangel an direktem Nachrichtenmaterial notwendig, daß fremde, spanische und französische Zeitungen zur Vermittlung von Berichten dienten. Speziell bei Spanien machte die L. A. Z. von fremden Preßstimmen ausgiebig Gebrauch [2]). An erster Stelle ist die »Gaceta de Madrid«, dann das »Eco d'Aragon« zu nennen sowie der »Correo Nacional«. Von französischen Blättern hielt sich die L. A. Z. in den Berichten über Spanien am häufigsten an die »Gazette de France« an das »Journal des Débats«, »Phare de Bayonne« und die »Sentinelle des Pyrénés«. Die Teilnahme der französischen Presse an den politischen Ereignissen in Spanien fällt am Ende des Jahres 1839 besonders stark auf [3]). Dies ist meines Erachtens darauf zurückzuführen, daß die französische Diplomatie in dieser Zeit durch ein Agentensystem in die spanische Politik lebhaft eingriff, um eine Besserung der dortigen Zustände endlich herbeizuführen [4]).

---

[1]) Brockhaus an Dr. Lembke in Madrid vom 5. März 1842.

[2]) Um nur an einem Beispiel die starke Benutzung auswärtiger Zeitungen zu demonstrieren: In Nr. 69 vom 18. März 1839 der L. A. Z. sind nicht weniger als fünf verschiedene Blätter über Spanien benutzt worden: Die »Gaceta de Madrid«. die »Sentinelle des Pyrénés«, das »Journal des Débats«, die »Phare de Bayonne« und die »Gazette de France«. Vgl. auch oben S. 16/17.

[3]) So kommen jetzt die Nachrichten aus Spanien recht lebhaft über Paris durch Debranz, Derochau und Venedey; L. A. Z. Nr. 323 vom 19. November, Nr. 324 vom 20. November, Nr. 325 vom 21. November, Nr. 330 vom 26. November, Nr. 335 vom 1. Dezember und Nr. 365 vom 31. Dezember 1839.

[4]) Vgl. L. A. Z. Nr. 330 vom 26. November u. Nr. 335 vom 1. Dez. 1839.

Für die nördliche Schweiz korrespondierten seit 1838 ein gewisser Tanner und Snell. Beide haben bis 1843, wenn auch nicht mehr so regelmäßig wie in den Jahren 1838 und 1839, Beiträge geliefert, die über die Verhandlungen der Tagsatzungen [1]), über wirtschaftliche Fortschritte sowie über die damals stark aktuelle Kloster- und Konfessionsfrage in der Schweiz berichteten [2]).

Über die mittlere Schweiz korrespondierte seit 1840 ein gewandter Journalist, Prof. H. Vögeli, der dem Verlag auch bis zur Titeländerung der Zeitung treu blieb. Bevor Vögeli von der Schweiz aus für die L. A. Z. tätig war, hat er 1839 aus Paris neben den ständigen dortigen Mitarbeitern Berichte eingesandt, in welchen er uns als ein heftiger Gegner der französischen Rheinpolitik entgegentritt [3]).

Ein Dr. Martiny in Genf schrieb seit dem Sommer 1838 über den südwestlichen Teil der Schweiz. Ferner wünschte Brockhaus von ihm gelegentliche Nachrichten aus Südfrankreich und Oberitalien [4]).

---

[1]) L. A. Z. Nr. 192 vom 11. Juni, Nr. 193 vom 12. Juni, Nr. 194 vom 13. Juni, Beilage, Nr. 196 vom 15. Juni, Nr. 236 vom 24. August, Nr. 253 vom 10. September, Nr. 281 vom 8. Oktober 1838.

Gegenstand der im September und Oktober 1838 abgehaltenen Tagsatzungsverhandlungen bildete das Verlangen Frankreichs an die Schweiz, Louis Napoleon, der 1832 Bürger im Kanton Thurgau geworden war, als französischen politischen Flüchtling auszuliefern; L. A. Z. Nr. 252 vom 9. September, Nr. 253 vom 10. September, Nr. 255 vom 12. September, Nr. 257 vom 14. September, Nr. 281 vom 8. Oktober, Nr. 286 vom 13. Oktober, Nr. 297 vom 24. Oktober und Nr. 299 vom 26. Oktober 1838, Beilage. — Bekanntlich hatte diese Frage zu heftigen Kriegsdrohungen Frankreichs geführt, noch bevor die schweiz. Tagsatzung zu dieser Angelegenheit Stellung genommen hatte. Dadurch waren die Schweizer so einmütig gegen die Forderungen Frankreichs aufgetreten, daß es zweifellos zum Kriege gekommen wäre, hätte nicht Louis Napoleon selbst durch seine freiwillige Abreise den Konflikt beigelegt.

[2]) L. A. Z. Nr. 9 vom 9. Januar, Nr. 21 vom 21. Januar, Nr. 109 vom 19. April, Nr. 142 vom 22. Mai, Nr. 144 vom 24. Mai, Nr. 149 vom 29. Mai, Nr. 155 vom 4. Juni, Nr. 213 vom 1. August, Nr. 229 vom 17. August, Nr. 236 vom 24. August, Nr. 247 vom 4. September und Nr. 322 vom 18. November 1838.

[3]) L. A. Z. Nr. 184 vom 3. Juli, Nr. 194 vom 13. Juli und Nr. 204 vom 23. Juli 1839.

[4]) Brockhaus an Dr. Martiny in Genf vom 9. August 1838.

Als Korrespondenten in Italien hatte Brockhaus einen gewissen Brandeis in Neapel engagiert[1]), der aber 1840 seine Mitarbeit einstellen mußte. Von da an hatte Brockhaus mit seinem italienischen Korrespondenten ebensowenig Glück wie mit demjenigen in Spanien, denn der Nachfolger von Brandeis war nicht zu brauchen[2]) und für Sizilien fand man, nachdem Dr. G. Julius, der nachmalige Redaktor der L. A. Z., seinen Aufenthalt dort aufgegeben hatte[3]), lange keinen passenden Berichterstatter mehr[4]).

Besonders schmeichelhaft mochte es dem Verlage gewesen sein, daß er den damaligen außerordentlichen österreichischen Minister und Gesandten in Athen, den Ritter Prokesch v. Osten, für die Nachrichtenvermittlung aus der griechischen Hauptstadt gewinnen konnte. Brockhaus nahm gegen ihn eine besondere Rücksicht wahr; die Redaktion versprach, seine Artikel möglichst ungekürzt, soweit es die Zensur zulasse, zu veröffentlichen, und erklärte sich bereit, auf die Honorarforderung so gut wie nur möglich eingehen zu wollen[5]). Prokeschs Beiträge für die L. A. Z. waren indessen sehr selten. Aus der geringen Zahl seiner Berichte, die er bezüglich der orientalischen Frage der Redaktion einsandte, seien nur ein paar wenige erwähnt, aus denen indessen deutlich hervorgeht, daß Prokesch ein entschiedener Verteidiger der türkischen Interessen war, daß er aber zugleich die Politik, die Palmerston und England überhaupt in dieser Streitfrage verfolgten, nicht einwandfrei teilte[6]).

Außer seinen Berichten übermittelte er der L. A. Z. noch

---

[1]) Brockhaus an Dr. Brandeis in Neapel vom 17. Oktober 1837.

[2]) Brockhaus an Dr. Brandeis in Neapel vom 16. Februar 1841.

[3]) Brockhaus an Dr. Julius in Rom vom 31. Juli 1839.

[4]) Brockhaus an Dr. Brandeis in Neapel vom 9. Juni 1840 und vom 22. Juli 1841.

[5]) Brockhaus an den Ritter Prokesch von Osten in Athen vom 21. Oktober 1838.

[6]) L. A. Z. Nr. 1 vom 1. Januar, Nr. 339 vom 5. Dezember 1839 und Nr. 295 vom 21. Oktober 1840.

einige interessante Aktenstücke über den Stand der orientalischen Frage:

1. Umlaufschreiben an die fremden, in Beirut residierenden, Konsuln;
2. Tagesbefehl;
3. Korrespondenz zwischen Soliman Pascha und dem britischen Konsul zu Beirut[1]).

Prokesch war seit Mitte der dreißiger Jahre auch Mitarbeiter an der »Augsburger Allgemeinen Zeitung«, die er hoch schätzte[2]). Seine Berichte über Griechenland aber hatten die strenge Zensur in Bayern oft nur sehr mühsam passiert[3]).

---

[1]) L. A. Z. Nr. 275 vom 1. Oktober 1840.
[2]) Heyck a. a. O., S. 262.
[3]) Ebendas. S. 226.

Viertes Kapitel.

Die Leipziger Allgemeine Zeitung und die deutschen Bundesstaaten.

1. Die Leipziger Allgemeine Zeitung in Sachsen.

Es mag im ersten Augenblick auffallend erscheinen, daß die L. A. Z. neben den vielseitigen und zahlreichen Nachrichten aus allen Weltgegenden den sächsischen Angelegenheiten nur eine ganz oberflächliche Würdigung zukommen ließ[1]). Das hing einmal mit dem von vornherein gefaßten Entschluß des Verlags zusammen, mit der L. A. Z. möglichst allgemeinen Interessen zu begegnen, wobei man zugleich von Anfang an wiederholt erklärte: »Unser Feld ist mehr die allgemeine Politik und das konstitutionelle Leben und unser Ziel nicht eine Zeitung für Sachsen, sondern für ganz Deutschland und selbst

[1]) Zahl der Originalberichte aus Sachsen:

Im Januar	1838 = 20;	vom	16.–22. Januar	keine Nachrichten aus Sachsen.
» Juli	1838 = 26;	»	8–14. Juli	
» Dezember	1838 = 19;	»	1.–4. Dezember	
			18.—24. »	
			25.—30. »	
» Januar	1839 = 23;	»	14.—18. Januar	
» Juli	1839 = 14;	»	16.—21. Juli	
» Dezember	1839 = 21;			

Auch in den nächstfolgenden Jahren bewegt sich die Zahl der sächsischen Berichte zwischen 15 und 25. Die Höchstzahl der sächsischen Nachrichten im Januar 1840 mit 28 dürfte zufällig auf die damalige Ständeversammlung zurückzuführen sein, denn schon im Juli 1840 geht die Zahl der sächsischen Berichte auf 18 zurück. Im Januar und Juli 1842 finden sich 14 bzw. 10 Originalberichte aus Sachsen vor. Vgl. auch die Übersicht oben Seite 40 Anm. 2.

für die entfernteren Länder des europäischen Staatensystems«[1]). Diesen Charakter einer »allgemeinen« Zeitung wollte sich die L. A. Z. gegenüber der »Leipziger Zeitung« unbedingt wahren, denn diese war als offiziell sächsisches Organ eher dazu bestimmt, die innerpolitischen und wirtschaftlichen Fragen Sachsens eingehender zu besprechen[2]).

Zweitens gebot es die Klugheit, möglichst wenig die internen Angelegenheiten zu berücksichtigen, denn es war in damaliger Zeit möglich, über die Zustände und Verhältnisse der Nachbarstaaten eine weit freiere Sprache zu führen als über die des eigenen Landes, und zwar konnte das Urteil um so herzhafter ausfallen, je größer die räumliche Entfernung war[3]). Durch diese Rücksicht hat sich der Verlag größeren und für das Unternehmen schädlichen Auseinandersetzungen mit den sächsischen Behörden entzogen, wenngleich gerade in Sachsen die relativ milde Zensur diese Vorsicht nicht absolut nötig gemacht hätte.

Sachsen, speziell Leipzig als Buchhandelszentrum, war bezüglich der Presse und ihrer allenthalben so brutalen Bevormundung durch die Zensurbehörden weit besser daran als die übrigen Bundesstaaten[4]).

Die politische Bewegung des Jahres 1830, die in Sachsen heftiger als in den übrigen deutschen Bundesstaaten zum Ausdruck kam, strebte unter anderem danach, das noch aktive Preßgesetz von 1812 zu beseitigen. In seinen verhältnismäßig milden Bestimmungen verbot dasselbe im wesentlichen alles, was gegen die Religion, wider den Staat und die guten Sitten verstieß. Da aber über die Anwendung des Gesetzes keine be-

[1]) Konzessionsgesuch zur Herausgabe einer politischen Zeitung in Sachsen vom 20. März 1833 und Brief Brockhaus' an Advokat W. E. Krause in Dresden vom 17. August 1837.

[2]) Brockhaus an das Finanzministerium in Dresden vom 16. Dezember 1839.

[3]) Vgl. Germania II. 1852, S. 513 ff. Das deutsche Zeitungswesen während der letzten 21 Jahre.

[4]) Über die sächsische Preßgesetzgebung und Zensur in den Jahren 1830 bis 1848 wird wohl demnächst aus dem Institut für Kultur- und Universalgeschichte an der Universität Leipzig eine zusammenfassende Arbeit erscheinen.

stimmten Instruktionen gegeben waren, so hing es immer wieder von der subjektiven Auffassung der Zensoren ab, einer Schrift das »imprimatur« zu erteilen oder nicht[1]). Und in der Tat hat dieser Zustand speziell in Leipzig, wo Professoren das Amt des Zensors innehatten, nicht selten zu recht amüsanten Auseinandersetzungen zwischen Verlegern und Zensoren geführt. Davon gibt uns Karl Biedermann, der bekannte Geschichtslehrer an der Universität Leipzig, aus seiner Praxis als Herausgeber der »Deutschen Monatsschrift« eine köstliche Probe. Er erzählt, wie es wiederholt vorgekommen sei, daß er, um einem oder dem anderen seiner Geisteskinder die Veröffentlichung zu erwirken, in Gemeinschaft mit dem »gestrengen« Zensor so lange daran gefeilt und geändert habe, bis es schließlich zur Zufriedenheit des Autors als auch zur Beruhigung des Zensors, seines Amtes gewissenhaft gewaltet zu haben, die unheilvolle Klippe passieren konnte[2]).

Es war gerade in Sachsen gefährlich geworden, die Zensur gegen den immer heftiger anwachsenden Strom der öffentlichen Meinung allzu nachdrücklich wirken zu lassen, und so ließ man oft geschehen, was zu verhindern allzu gefährlich schien.

Als das Jahr 1832 eine allgemeine Verschärfung der Preßgesetze auf Anregung des Deutschen Bundes gebracht hatte, sah man sich schließlich auch in Sachsen wieder zu strengeren Maßnahmen gezwungen. Es erschien, nachdem seit 1833 die Preßgesetz vorlage bis auf weiteres war vertagt worden, am 13. Oktober 1836 eine »Verordnung über Verwaltung der Preßpolizei«. Sie entsprach im wesentlichen dem Gesetz von 1812, führte aber mehrere verschärfende Bestimmungen neu oder wieder ein; auch ließ es die dem Gesetzentwurf angeschlossene Zensurvorschrift der Regierung offen, geheime Instruktionen zu erteilen[3]).

---

[1]) Vgl. K. Biedermann, Die neueste Preßgesetzgebung Preußens und Sachsens, in Biedermanns Deutscher Monatsschrift 1844, S. 433 ff.

[2]) K. Biedermann, Mein Leben und ein Stück Zeitgeschichte. 2 Bde. Breslau 1886. 1. Bd., S. 114 ff.

[3]) Biedermanns »Deutsche Monatsschrift« 1844 a. a. O. S. 429 ff.

Die Mißstimmung hierüber kam in der II. Ständekammer sehr heftig zum Ausdruck[1]). Die angefochtenen Zensurbestimmungen von 1836 aber blieben trotz allen Modifikationsversuchen bestehen mit einigen wenigen Abänderungen, die sich, einer nachträglichen Verordnung vom 20. Dezember 1838 zufolge, lediglich auf eine Geschäftserleichterung der Drucker und Buchhändler erstreckten, nicht aber auf eine Reorganisation der Preßgesetzgebung an sich[2]).

Den Kampf, der sich nun auch in Sachsen gegen die Knebelung der Presse entspann, begleitete die L. A. Z., wenngleich sie den inländischen Angelegenheiten wenig Raum zu geben gewohnt war, mit regem Interesse. Sie tat es allerdings nicht so auffällig als sie beispielsweise die preußischen Preßzustände behandelte, hat aber dennoch nicht geschwiegen, wo es, offen zu reden, gefährlich war.

Die beste Gelegenheit dazu bot die Gutenbergfeier im Jahre 1840, die zu verbieten — wie man in Preußen es tat — in Sachsen, speziell in Leipzig, nicht möglich war; ja, man wagte hier nicht einmal den Versuch dazu, und so belehrt uns die L. A. Z., daß in Leipzig schon im Januar 1840 Vorbereitungen zu der Feier waren getroffen worden[3]), und schildert hernach mit großer Ausführlichkeit den glänzenden Verlauf des dreitägigen Festes, an welchem es nicht an beherzten Ansprachen im Interesse der Preßfreiheit gefehlt habe[4]). Bei einer späteren Besprechung der Gutenbergfeier wagte die L. A. Z. das freimütige Wort[5]):

»Ruft laut bei frohem Becherklang:
Weg all die Preßgerichte,
Kein Nachgeschmack von Stockfisch mehr
Am nächsten Druckerfeste.«

Als dann in Sachsen wie in Preußen das Jahr 1842 die Verheißung einer Preßgesetzgebung nahe brachte, da hat die

[1]) Biedermanns Deutsche Monatsschrift a. a. O. S. 442.
[2]) Ebendaselbst.
[3]) L. A. Z. Nr. 11 vom 11. Januar 1840.
[4]) L. A. Z. Nr. 179 vom 27. Juni 1840.
[5] L. A. Z. Nr. 276 vom 2. Oktober 1840.

L. A. Z. entschiedener als je zuvor das Wort für die Sache der Preßfreiheit ergriffen und zum Teil in recht leidenschaftlichen Artikeln den allgemeinen Wünschen Ausdruck gegeben. Ende November 1842 war der sächsische Landtag zusammengetreten, und der Staatsminister v. Lindenau hatte eingehend über die Erleichterung der Presse referiert. Im Anschluß an die ausführliche Besprechung dieser Landtagseröffnung [1]) brachte zwei Tage später die L. A. Z. einen zusammenfassenden Artikel über die Aufgabe der sächsischen Landtagsvertreter, der in den Worten gipfelte: »Das Land erwartet von seinen Vertretern ein freies Wort für die Presse. Wir wiederholen es: das Land, nein! Deutschland hat sein Auge auf Sachsen gerichtet, Deutschland erwartet von Sachsens Vertretern ein freies Wort für die Presse [2])!«

Von den zahlreichen Artikeln, welche die L. A. Z. in jener Zeit über die Preßangelegenheit noch veröffentlichte, sei nur einer noch erwähnt [3]). Er war betitelt: »Das neue sächsische Preßgesetz« und begann mit folgenden bezeichnenden Worten: »Wenn ein Fürst herrschsüchtig oder verschwenderisch, umgeben von untreuen oder auch nur schmeichlerischen Beamten und Hofleuten, in der Öffentlichkeit eine feindselige Wächterin sieht und dieselbe mit offenen oder geheimen Mitteln auf das entschiedenste bekämpft, so ist darin nichts Befremdendes, und jeder Unbefangene wird eine solche Abneigung erklärlich und natürlich finden. Nimmt aber ein Fürst den Thron eines Landes ein, der, ein Muster häuslicher und öffentlicher Tugenden, keines Menschen Auge zu scheuen hat; stehen an der Spitze der Regierung Männer, über deren Tüchtigkeit und Redlichkeit auch unter den Gegnern einzelner Maßregeln nur eine Stimme herrscht, und verweigern diese Männer, welche in allen Regierungshandlungen auch der skrupulösesten Untersuchung sich bereitwillig unterwerfen, der dringendsten Bitten des Volkes

---

[1]) L. A. Z. Nr. 326 vom 22. November 1842.

[2]) L. A. Z. Nr. 328 vom 24. November 1842.

[3]) L. A. Z. Nr. 352 vom 18. Dezember, Nr. 356 vom 22. Dezember und Nr. 359 vom 25. Dezember 1842.

und der entschiedenen Forderungen seiner Vertreter ungeachtet, die Erfüllung einer feierlichen Zusage, so liegt darin ein so schwer zu lösendes Rätsel, daß es wohl der Mühe verlohnt, die Beweggründe einer solchen Handlungsweise einer näheren Prüfung zu unterwerfen.« —

Der Entwurf für das neue Preßgesetz, der weiter nichts als die Freigabe der über 20 Seiten starken Schriften versprach, führte eine lange Debatte zwischen der I. und II. Ständekammer herauf[1]), die erst im Frühjahr 1844 mit dem »Gesetz, einige provisorische Bestimmungen über die Angelegenheiten der Presse betreffend«, einen vorläufigen, wenn auch lange noch keinen befriedigenden Abschluß fand.

Trotz der gelegentlich schroffen Stellung der L. A. Z. gegenüber veralteten Staatseinrichtungen und trotz der ebenso resoluten Befürwortung der Preßfreiheit in Sachsen, hat die Zeitung von seiten der sächsischen Regierung, wie schon bemerkt, keine schwereren Maßregeln zu verspüren gehabt. Wenn die sächsischen Zensurbehörden, die im großen und ganzen zu Milde und Freisinnigkeit neigten, gegen die L. A. Z. Klage geführt, so taten sie es nicht, weil sie sich ihrerseits dazu gezwungen sahen, sondern aus notwendiger Rücksicht auf die übrigen Bundesstaaten, die, wie wir sehen werden, nicht müde wurden, sich über das Wesen der L. A. Z. empfindlich zu beschweren und härteste Maßnahmen gegen sie zu ergreifen. —

In Sachsen besaß die L. A. Z. in den Jahren 1837 bis 1843 zirka 20 Mitarbeiter, die mehr oder minder regelmäßig und für längere Zeit ihre Korrespondenz aufrechterhielten. Von diesen verdienen einige, die zum Teil literarisch, zum Teil im politischen Leben jener bewegten Jahre zugleich eine Bedeutung gehabt haben, hervorgehoben zu werden.

---

[1]) Vgl. Biedermanns Monatsschrift a. a. O., S. 446 ff. Über die durch ihre Länge in den parlamentarischen Annalen einzig dastehenden Verhandlungen der II. Kammer im November und Dezember 1842 und Januar bis März 1843, wo über das neue Preßgesetz und die Reform im Kriminalverfahren beraten wurde. Vgl. weiter unten S. 67 ff.

An erster Stelle ist zu nennen K. Todt, Bürgermeister in Adorf, der gemeinsam mit dem Advokaten Dieskau aus Plauen in den dreißiger Jahren einen frischen, liberalen Geist in den Dresdener Ständesaal gebracht und wacker für Freiheit und Recht gekämpft hatte [1]). Als Mitglied der Zweiten Ständekammer mochte ihm die Berichterstattung über die Sitzungen derselben wohl am nächsten liegen, und so hat er die L. A. Z. von Dresden aus mit Nachrichten über die Verhandlungen der Zweiten Kammer im November und Dezember 1839 sowie vom Januar bis März 1840 reichlich versehen [2]). Neben den Berichten über

[1]) Böttiger-Flathe, Geschichte des Kurstaates und Königreichs Sachsen. 3 Bde. Leipzig 1867—70. 3. Bd., S. 519 ff. Vgl. auch Wirth, Erlebnisse und Streifzüge, Köln 1884, S. 14 f. — Wie sehr Todt und Dieskau von der sächsischen liberalen Presse, insbesondere der L. A. Z., geschätzt waren, erhellt aus einem Bericht der L. A. Z. Nr. 10 vom 10. Januar 1838.

[2]) L. A. Z. Nr. 315 vom 11. November 1839: Eröffnungsrede des Königs vom 10. November 1839. — Nr. 316 vom 12. November, Nr. 317 vom 13. November, Nr. 319 vom 15. November und Nr. 320 vom 16. November 1839 enthalten die ersten Berichte der Sitzungen, in denen der Abgeordnete Eisenstuck bekanntlich das Verlangen gestellt hatte, daß Sachsen an den beim Bundestag stattgehabten Verhandlungen über die Hannoversche Frage teilnehmen möge; vgl. hierüber auch Böttiger-Flathe a. a. O. 3. Bd., S. 522. — L. A. Z. Nr. 336 vom 2. Dezember, Nr. 338 vom 4. Dezember, Nr. 347 vom 13. Dezember und Nr. 349 vom 15. Dezember 1839 enthalten die Verhandlungen über die Reformen der Untergerichte und die Abschaffung der Patrimonialgerichtsbarkeit; vgl. auch Böttiger-Flathe a. a. O. 3. Bd. S. 529 ff. — L. A. Z. Nr. 353 vom 19. Dezember 1839, Nr. 5 vom 5. Januar und Nr. 16 vom 16. Januar 1840 behandelt die Frage, ob Handwerker, die in einem Dorfe fünf Jahre lang Gewerbe getrieben, dort das Bürgerrecht erwerben können. Todt trat hier selbst entschieden für die Bejahung dieser Frage ein. — Nr. 36 vom 5. Februar und Nr. 52 vom 21. Februar 1840 über den Theaterneubau in Dresden. — Nr. 38 vom 7. Februar, Nr. 40 vom 9. Februar und Nr. 51 vom 20. Februar 1840: Beratung des Berichts der Finanzdeputation über die Kassenbestände. — Nr. 46 vom 15. Februar, Nr. 53 vom 22. Februar, Nr. 56 vom 25. Februar, Beilage, Nr. 57 vom 26. Februar, Beilage, Nr. 58 vom 27. Februar, Beilage, Nr. 59 vom 28. Februar, Beilage, und Nr. 60 vom 29. Februar 1840, Beilage, behandeln die Wiederaufnahme der Hannoverschen Frage. Todt trat entschieden dafür ein, daß die sächsische Regierung den ihr gebotenen Einfluß zur Wiederherstellung des durch einseitige Aufhebung des Staatsgrundgesetzes vom 26. September 1833 gestörten Rechtszustand geltend machen möge. — Nr. 58 vom 27. Februar 1840, Beilage, enthält den genauen Bericht über die Verhandlungen, betreffend Hannover, sowie das ausführliche Votum Todts, das in den Schillerschen Worten gegipfelt hatte: »Zum letzten Mittel, wenn kein anderes mehr verfangen will, ist ihm das Schwert gegeben!«

die Ständeversammlung 1839/40 hat Todt daran anschließend auch größere referierende Artikel für die L. A. Z. geschrieben, die, wie beispielsweise ein solcher über das sächsische Preßgesetz[1]), sehr treffend die stark republikanische Natur Todts kennzeichnen. Der Artikel begann mit den Worten: »Das neue langverheißene Preßgesetz ist erschienen und fängt in § 1 also an: ‚Der Zensur sind von nun an nur noch unterworfen' usw. Also doch noch Zensur? Jawohl! Es ist ja kein Gesetz über Preßfreiheit, sondern über die Angelegenheiten der Presse.« —

Todts Mitarbeit hörte indessen im Laufe des Jahres 1840 auf, und von nun an übernahm C. M. Poeschmann im wesentlichen dessen Korrespondenz. Der bacc. iur. Poeschmann hatte sich schon 1839 um eine Mitarbeiterstelle bei der L. A. Z. beworben, die Redaktion aber hatte sein Anerbieten nur unter der Bedingung angenommen, daß Poeschmann, um mit den anderen Dresdener Korrespondenten nicht in Kollision zu kommen, nur ganz gelegentlich einmal Einsendungen mache[2]). Im Laufe des Jahres 1840 werden dann Poeschmanns Berichte zahlreicher. Gegenstand seiner Besprechung sind neben Lokalberichten aus Dresden insbesondere Fragen, die in das juristische Fach schlagen. So publizierte und beurteilte er im Dezember 1840 in der L. A. Z. mehrere kleinere Gesetzerlasse[3]). Mehr noch aber als in diesen kleinen Besprechungen zeigte sich Poeschmann in den Be-

Die Rede Todts, speziell das Schillersche Zitat, bezeichnete der Minister von Zeschau als revolutionäre Aufreizung und machte warnend darauf aufmerksam, daß, um in der Sitzung die Ausschließung der Öffentlichkeit zu vermeiden, ruhiger müsse verhandelt werden. — Nr. 64 vom 4. März, Nr. 65 vom 5. März, Nr. 66 vom 6. März, Nr. 74 vom 14. März und Nr. 78 vom 18. März 1840 besprechen die Sitzungen über das Einnahme- und Ausgabebudget 1840—42. — Nr. 79 vom 19. März, Nr. 82 vom 22. März und Nr. 85 vom 25. März 1840 enthalten die Beratungen über das Budget des Militärdepartements.

[1]) L. A. Z. Nr. 24 vom 24. Januar, Nr. 26 vom 26. Januar, Beilage, und Nr. 27 vom 27. Januar 1840, Beilage.

[2]) Brockhaus an C. M. Poeschmann in Dresden vom 10. September 1839.

[3]) L. A. Z. Nr. 350 vom 15. Dezember, Nr. 351 vom 16. Dezember, Nr. 353 vom 18. Dezember, Nr. 355 vom 20. Dezember und Nr. 358 vom 23. Dezember 1840.

richten über die langen und schweren Verhandlungen der II. Ständekammer im November und Dezember 1842[1]) als geübter juristischer Kopf und sachlich genauer Darsteller. Poeschmann vertrat wie Todt energisch die Interessen der II. Ständekammer und war, wie gelegentlich eines Referates über »Die sächsische Presse« zutage tritt, ein ebenso entschiedener Verteidiger der Preß- und Denkfreiheit[2]). Poeschmann hat indessen die Verhandlungen der II. Ständekammer nicht bis ins Jahr

[1]) L. A. Z. Nr. 326 vom 22. November 1842: Eröffnungssitzungsbericht und die Rede des Staatsministers von Lindenau. — Am Anfang der Verhandlungen stand die schon lange vorgesehene Adresse an den Thron (vgl. Böttiger-Flathe a. a. O., 3. Bd., S. 527), die jetzt von dem Abgeordneten Todt war abermals vorgeschlagen worden (L. A. Z. Nr. 327 vom 23. November und Nr. 328 vom 24. November 1842). Poeschmanns ausführlicher Bericht hierüber in Nr. 330 vom 26. November, Beilage, Nr. 331 vom 27. November, Beilage, und Nr. 334 vom 30. November, Beilage. — Nach langer Debatte war der Vorschlag Todts angenommen worden, und zwar brachte die Abstimmung folgendes Ergebnis:

von 20 Rittergutsbesitzern hatten 6 dafür, 14 dagegen gestimmt,
» 25 städt. Abgeordneten » 13 » 12 » »
» 25 bäuerl. » » 19 » 6 » »

die 5 Abgeordneten des Fabrik- und Handelsstandes hatten sich alle dagegen geäußert, der Antrag war demnach mit 38 gegen 37 Stimmen angenommen worden. — Zu der Adressenangelegenheit äußerte sich Poeschmann in Nr. 334 vom 30. November 1842, Beilage, wie folgt: »Das Recht der Kammern, Adressen zu votieren, bedarf keiner Vorschrift der Verfassungsurkunde, keines Gebots der Landtagsordnung, sondern es beruht auf dem von jeder Verfassung unabhängigen Rechte der Staatsbürger, dem Regenten des Landes die Gesinnungen auszusprechen, die sie beseelen; und kann eine solche Handlung zu Anfang, in der Mitte, am Schlusse, kurz zu jeder Zeit des Landtags vorgenommen werden.« Vgl. auch L. A. Z. Nr. 360 vom 26. Dezember, Beilage, und Nr. 361 vom 27. Dezember, Beilage, 1842. — Nr. 338 vom 4. Dezember 1842 findet sich, zehn Spalten Kleindruck füllend, der ganze Gesetzentwurf, den Schutz der Rechte an literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst betreffend, welcher der II. Ständekammer vom König war vorgelegt worden, in extenso abgedruckt. — Nr. 348 vom 14. Dezember 1842 enthält den Entwurf zu einem Gesetze, die Befreiung der über 20 Bogen starken Schriften von der Zensur betreffend. — Nr. 349 vom 15. Dezember, Beilage, Nr. 350 vom 16. Dezember, Beilage, und Nr. 353 vom 19. Dezember 1842, Beilage, enthalten die Berichte über die »Verhandlungen der I. Ständekammer über das Prinzip des Entwurfs zur Kriminalprozeßordnung«. Dazu erwähnt die L. A. Z. mit Genugtuung, daß die Petition für Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens in Dresden schon über 1600 Unterschriften habe (L. A. Z. Nr. 351 vom 17. Dezember 1842).

[2]) Poeschmann war der Verfasser jenes auf S. 63 angeführten Artikels in Nr. 328 vom 24. November 1842, Beilage.

1843 verfolgt [1]), an seine Stelle traten als Berichterstatter im Januar 1843 ein gewisser Hirschel und Dr. W. E. Krause in Dresden. Außer den Nachrichten Hirschels, die nur während der ersten drei Januarwochen 1843 noch erschienen [2]), benutzte die L. A. Z. am Anfang des Jahres 1843 über die Sitzungen der Kammern die »Leipziger Zeitung« [3]). Hirschel hatte seinen Berichten durchaus nichts Persönliches beigegeben, wodurch diese im Vergleich zu denen Dr. Krauses weit geringer an Bedeutung waren. —

Dr. Krause hat sich zwar in seinen Besprechungen über die Kammersitzungen [4]) wohl auch äußerst sachlich gehalten, doch nahm er immerhin die Gelegenheit wahr, durch zahlreiche referierende Artikel seine Gesinnungsart in den politischen Fragen der Zeit deutlich hervortreten zu lassen [5]).

---

[1]) Nur ganz ausnahmsweise finden sich noch in Nr. 18 vom 18. Januar 1843 zwei kurze Berichte über die Kammerverhandlungen von Poeschmann vor.

[2]) L. A. Z. Nr. 19 vom 19. Januar, Nr. 21 vom 21. Januar, Nr. 22 vom 22. Januar, Nr. 23 vom 23. Januar, Nr. 24 vom 24. Januar und Nr. 25 vom 25. Januar 1843 enthalten die Verhandlungen über das Kriminalverfahren, über dessen genaues Abstimmungsergebnis uns Hirschel Aufschluß gibt in Nr. 25 vom 25. Januar und Nr. 27 vom 27. Januar 1843. — Nr. 29 vom 29. Januar begrüßte die L. A. Z. den glänzenden Sieg der II. Kammer bezüglich des Kriminalverfahrens, zugleich teilte Hirschel das Königl. Dekret mit, wonach der erste Entwurf der Kriminalgerichtsordnung zurückgenommen wurde.

[3]) L. A. Z. Nr. 11 vom 11. Januar, Nr. 12 vom 12. Januar, Nr. 13 vom 13. Januar, Nr. 15 vom 15. Januar und Nr. 17 vom 17. Januar 1843; vermutlich hatte die L. A. Z. bis dahin noch keinen Ersatz für den Mitarbeiter Poeschmann gefunden.

[4]) L. A. Z. Nr. 33 vom 2. Februar und Nr. 36 vom 5. Februar 1843 behandelt das Verbot der Halleschen Jahrbücher, Nr. 40 vom 9. Februar die Fragen der Preßfreiheit, Nr. 17 vom 17. Januar, Nr. 21 vom 21. Januar, Beilage, Nr. 31 vom 31. Januar, Beilage, Nr. 35 vom 4. Februar, Beilage, und Nr. 53 vom 22. Februar 1843 die Verhandlungen über den neuen Entwurf der Kriminalprozeßordnung; Nr. 56 vom 25. Februar, Nr. 59 vom 28. Februar und Nr. 61 vom 2. März 1843, Beilage, die Angelegenheit der Emanzipation der Juden in Sachsen.

[5]) In Nr. 21 vom 21. Januar 1843 verteidigte er die liberale Presse gegen die Vorwürfe, daß sie gehässig und intrigant sei. — In Nr. 22 vom 22. Januar 1843 sagt er: »In den Jahren nach den Freiheitskriegen schwoll den Deutschen die Freiheitsader, und es mag sein, daß wir damals manchmal etwas ungebührlich herumgesprungen sind; allein das berechtigt nicht, uns die Flechsen und Sehnen zu zerschneiden.« — In Nr. 28 vom 28. Januar 1843 zeigte er sich als

Neben diesen politischen Mitarbeitern hatte die L. A. Z. noch einige weitere journalistische Kräfte in Dresden, den Kammerherrn E. von Bülow, den Hofrat und Theatersekretär Winkler und den Schriftsteller A. Buddeus.

Die beiden ersten waren seit dem Erscheinen der Zeitung als Mitarbeiter tätig, doch setzte von ihnen nur Bülow seine Korrespondenz bis ins Jahr 1840 hinein fort.

Winkler, literarisch als Verfasser ernster und launiger Verse bekannt, hat, entsprechend seinem Beruf als Theatersekretär und angeregt durch die Bestrebungen einer kleinen Dichtergesellschaft, einem ästhetischen Kränzchen, das Belletristik, Kunst- und Theaterkritik zum Hauptziel hatte[1]), die L. A. Z. besonders 1839 mit Theater- und Konzertberichten aus Dresden versehen[2]).

Ebenso hat E. von Bülow über Konzerte, Kunst und Literatur referiert.

A. Buddeus, der im Jahre 1839 für die L. A. Z. korrespondierte, gehörte zu dem Verband der jungen Leipziger liberalen Schriftsteller Laube, Kuranda, Biedermann, Dietzmann, die mit Eifer gegen das preußische Regierungssystem und für Einführung der Preßfreiheit eintraten[3]). Das Interessengebiet von Buddeus erstreckte sich in erster Linie auf sozialpolitische Fragen, die er vom Standpunkt des weitgehendsten Liberalismus aus behandelte. So trat er, um nur ein Beispiel hierfür anzuführen, in einem Artikel, betitelt »Die Landgemeindeordnung

---

heftiger Gegner des geistigen als auch weltlichen Absolutismus. — In Nr. 33 vom 2. Februar 1843, Beilage, behandelte er in einem Vergleich »Sokrates über die Schriftlichkeit und Mündlichkeit« die hochaktuelle Frage über die Reform im Gerichtsverfahren durchaus im Sinne des Liberalismus. — In Nr. 41 vom 10. Februar 1843 spricht er über »Absolutes und konstitutionelles System«, und in Nr. 55 vom 24. Februar 1843 tritt er in einem Artikel »Staatskunst und Staatskünstler« für ein einheitliches Deutschland auf konstitutioneller Grundlage ein.

[1]) Böttiger-Flathe a. a. O. 3. Bd. S. 401.

[2]) Von sieben Berichten im Januar 1839 betreffen fünf Theater und Musik.

[3]) Böttiger-Flathe a. a. O. 3. Bd. S. 526. Buddeus war auch als Historiker schriftstellerisch tätig: »Europ. Chronik«, 4 Bde., 1855—56, Frankfurt a. M., und »Gothaisches Geschichtliches Jahrb. 1856«, Gotha 1857. Über die weitere publizistische Tätigkeit Buddeus' vgl. Verlagsverzeichnis S. 500 und 645.

für das Königreich Sachsen«, mit der Meinung auf, daß eine Grundlegung geordneter ländlicher Gerichtsverhältnisse, wie sie die neue Verordnung vom 7. November 1838 in sich schließe, unbedingt nötig gewesen sei, daß man mit Recht die Landgemeindeverwaltung, die bisher lediglich von Großgrundbesitzern war ausgeübt worden, dahin reformiert habe, daß von nun an eine allgemeine Vertretung im Gemeindevorsitz möglich sei[1]).

So viel über die Hauptkorrespondenten in der sächsischen Residenz. Neben diesen verfügte Brockhaus noch über eine Anzahl Leipziger Berichterstatter, von denen ein paar der wichtigsten mögen angeführt werden.

Seit der Gründung der Zeitung zeigte sich besonders rührig auf dem Gebiete der Lokalberichterstattung ein Dr. Christ. Fried. Adler[2]). Er verfolgte neben Tagesneuigkeiten insbesondere den Stand von Handel und Industrie. An den politischen Fragen der Zeit hat er sich so gut wie gar nicht beteiligt. 1840 gab Adler seine Tätigkeit an der L. A. Z. auf, und diese übernahm nun bis 1843 Carl Aug. Espe[3]), der mit dem Verlag F. A. Brockhaus schon durch seine Mitarbeit am Konversationslexikon Fühlung, hatte[4]. Wie Adler, war auch er in erster Linie Lokalberichterstatter, und zwar ging er allen Tagesneuigkeiten aufs peinlichste nach[5]) und kam nur

---

[1]) L. A. Z. Nr. 2 vom 2. Januar, Beilage, und Nr. 6 vom 6. Januar 1839, Beilage.

[2]) Adler war geboren am 25. September 1799 in Weißenfels, lebte von 1830 bis 1849 als prakt. Arzt in Leipzig und siedelte hernach dauernd nach Pommern über (Verlagsverzeichnis S. 751).

[3]) Espe war geboren in Kühren bei Wurzen, studierte in Leipzig und lebte da seit 1831 als Privatgelehrter. Er starb geisteskrank in Leipzig im November 1850. Mitglied verschiedener historischer und Altertumsvereine sowie der deutschen Gesellschaft zu Leipzig, besorgte er für letztere die Herausgabe der Jahresberichte (Verlagsverzeichnis S. 316/317).

[4]) Verlagsverzeichnis Einleitung S. 58, zur Geschichte des Konversationslexikons.

[5]) Von zwölf Januarberichten 1840 handeln sieben über die verschiedensten Tagesvorkommnisse; zwei über Universitätsangelegenheiten, zwei betreffen den Buchhandel und einer die Statistik der Geburten und Sterbefälle im Jahre 1839. Espe gab alljährlich im Januar eine kurze Geburten- und Sterbestatistik in der

selten über die Besprechung derselben hinaus zu einer selbständigen Kritik. Ebenso selten ließ er seine politische Gesinnung durchblicken. Erst als am Ende des Jahres 1842 die oben besprochenen wichtigen politischen Fragen an das sächsische Volk herantraten, da hat auch er mehr Anteil genommen und mit Bedauern festgestellt, daß die Petition über Öffentlichkeit und Mündlichkeit im Kriminalverfahren von den Stadtverordneten sei abgelehnt worden[1].)

Dr. Schellwitz und Dr. Schletter in Leipzig haben sich durch Essays und Leitartikel in der L. A. Z. ausgezeichnet. Dr. Schellwitz, der seit der Gründung der Zeitung tätig war, schrieb hauptsächlich über wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten im Königreich Sachsen[2]). Hier, wie auch in der Beurteilung der Preß- und Zensurfragen, zeigte er sich als ein stark liberal gesinnter Publizist und Politiker[3]).

Dr. Schletter korrespondierte seit 1840, jedoch waren seine Berichte anfangs selten. Erst als die wichtigen liberalen Interessenfragen des Jahres 1042/43 aufgeworfen wurden, hat er sich reger beteiligt und ist mit verschiedenen Leitartikeln für die Forderungen, die von der II. Ständekammer an die Regierung gestellt wurden, lebhaft eingetreten[4]).

L. A. Z. heraus; Nr. 8 vom 8. Januar 1840, Nr. 7 vom 7. Januar 1841 und Nr. 7 vom 7. Januar 1842.

[1]) L. A. Z. Nr. 353 vom 19. Dezember 1842; vgl. auch Nr. 354 vom 20. Dezember 1842.

[2]) L. A. Z. Nr. 337 vom 3. Dezember 1839, Beilage: »Finanzielle Lage des Königreichs Sachsen«. — Nr. 348 vom 14. Dezember 1839, Beilage: »Neue Gesetzentwürfe über Münzfuß und Zahlungsverkehr in Sachsen«. — Nr. 351 vom 17. Dezember 1839, Beilage: »Das Armenwesen in Sachsen«. — Nr. 352 vom 18. Dezember 1842: »Über das neue sächsische Preßgesetz«.

[3]) L. A. Z. Nr. 188 vom 7. Juli 1839, Beilage: »Ein Wort über Zensur und Presse«. Vgl. Nr. 366 vom 22. Dezember 1842, Beilage.

[4]) L. A. Z. Nr. 334 vom 30. November 1842, Beilage: »Die Adresse der II. Kammer der sächsischen Landstände«. — Nr. 349 vom 15. Dezember, Beilage, Nr. 350 vom 16. Dezember, Beilage, Nr. 352 vom 18. Dezember, Beilage, und Nr. 353 vom 19. Dezember 1842, Beilage: »Sächsische Ständeversammlungsverhandlung der I. Kammer über das Prinzip des Entwurfs zur Kriminalprozeßordnung«. Er bespricht eingehend die Punkte, die für und gegen Mündlichkeit und Öffentlichkeit im Verfahren eingewendet wurden. — Nr. 360 vom 26. Dezember 1842,

2. Die Leipziger Allgemeine Zeitung in Bayern.

Bayern hatte, allen übrigen deutschen Staaten voran, durch ein Grundgesetz vom 26. Mai 1818 bezeugt, daß es die Verheißungen der Bundesakte von 1815, die bei nächster Gelegenheit die Preßangelegenheit zu ordnen versprach, zu realisieren ernstlich bestrebt sei[1]). Doch da diesem Edikt zufolge die Befreiung von der Zensur sich nur auf Bücher erstreckte, nicht aber auf periodische Schriften politischen und statistischen Inhalts, so war und blieb dieser Versuch nur ein guter Wille, indem die Tagespresse nach wie vor dem Zwang der Zensur unterstellt wurde.

Wohl hatte ein hellsehender Mann wie Ludwig Börne diese Halbheit verworfen und darauf hingewiesen[2]): »Wo die Rede in Tagesblättern nicht freigegeben ist, da beraubt sich die Regierung des einzigen Mittels die Gebrechen des Staates zu erfahren und Aufklärung über die Verwaltungsmißbräuche zu erlangen, welche die Beamten verschulden. Sie beraubt sich des Vorteils, den sie aus dem Anhang der öffentlichen Meinung ziehen könnte. Denn es mögen, unter solchen Verhältnissen in den Zeitschriften noch so viele freie unabhängige und dem Vaterlande ergebene Stimmen die Sache der Regierung aus eigenem Antriebe verfechten, so wird sich das Volk dennoch niemals von ihnen leiten lassen, sondern überall die Bauchrednerei der Minister zu hören glauben,

---

Beilage: »Sächsische Ständeversammlung. Verhandlung der II. Kammer über Abgabe einer Adresse«. — Nr. 45 vom 14. Februar 1843, Beilage: »Sächsische Ständeversammlung. Verhandlung der II. Kammer über eine Verfassungsfrage«. — Nr. 82 vom 23. März 1843, Beilage: »Sächsische Ständeversammlung. Verhandlung der I. Kammer über die Errichtung eines landwirtschaftlichen Kreditsystems«. — Nr. 66 vom 7. März 1843, Beilage: »Sächsische Ständeversammlung. Verhandlungen der beiden Kammern über die Errichtung von Friedensgerichten«.

[1]) Vgl. M. von Lerchenfeld, Die bayrische Verfassung und die Karlsbader Beschlüsse. Nördlingen 1883, S. 83 ff., und Salomon Ludwig, Geschichte des deutschen Zeitungswesens. 3 Bde. Oldenburg-Leipzig 1906. 3. Bd. S. 147.

[2]) Ludwig Börne, Die Freiheit der Presse in Bayern, 1818. Gesammelte Werke. 2. Bd. S. 308 ff.

welche ihre eigene Meinung mit verschiedenen nachgeahmten fremden Stimmen aussprechen«.

Diese Mahnungen aber blieben vereinzelt, und es zeigte sich in Bayern nur zu rasch, daß auch mit dem guten Willen, mit welchem man den Karlsbader Beschlüssen von 1819 gleichsam trotzte und die Zensur über die Bücher aufgehoben ließ, nichts geholfen war, denn diese vergewaltigte nun um so mehr die Zeitungen und übrigen periodischen Schriften, die nicht über 20 Bogen stark waren[1]). 1823 war für Bayern ein strenges Zensurjahr[2]), und als 1824 die Erneuerung der Karlsbader Beschlüsse zustande kam, da hat man auch in Bayern deren schmähliche Bestimmungen angenommen, wenngleich man sich auch jetzt noch formell eine eigene Handhabung derselben vorbehielt[3]). In Wahrheit aber hatte es die Zensurstrenge in jenen Tagen so weit gebracht[4]), daß sich die Zensoren nicht einmal scheuten, die an den Zeitungen vorgenommenen Änderungen oft zu verleugnen[5]).

Auch die gehegten Hoffnungen bei der Thronbesteigung Ludwigs I. am 12. Oktober 1825 waren nur von kurzer Dauer. Immerhin aber bedeutete die Zeit von 1825 bis 1380 einen rühmlichen Markstein in der Kulturgeschichte Bayerns, denn es war mit der Aufhebung des Zensurediktes am 27. November 1827 der Weg zur völligen Preß- und Denkfreiheit geebnet[6]), und Europa richtete sein Auge auf das Muster gebende Bayern[7]). Unter solch günstigem Wahrzeichen für die geistige Entwicklung Bayerns hatte sich die liberale Gesinnung durch einige neugegründete Zeitungen stark fühlbar gemacht. Kurz nacheinander waren 1829 Eisenmanns »Bayrisches Volks-

[1]) Vgl. A. Rauch, Schicksale und Zustände der bayrischen Presse. Bamberg 1847. S. 6 f.

[2]) Vgl. Heyck, Die Allgemeine Zeitung 1797—1897. S. 215 ff.

[3]) Rauch a. a, O. S. 7, Heyck a. a. O. S. 217, Salomon a. a. O. S. 259 f., v. Lerchenfeld a. a. O. S. 50 ff.

[4]) Vgl. Salomon a. a. O. S. 147 und Rudhard, Über die Zensur der Zeitung im allgemeinen und des sondern nach dem bayrischen Staatsrechte. Erlangen 1826.

[5]) Vgl. Heyck a. a. O. S. 227.

[6]) Salomon a. a. O. 3. Bd. S. 260.

[7]) Vgl. Rauch a. a. O. S. 7.

blatt« [1]) und 1831 Wirths »Deutsche Tribüne« erschienen [2]), die sich beide sofort an die Spitze der vorwärtstreibenden öffentlichen Meinung gestellt hatten [3]).

Da brach im Juli 1830 in Paris die Revolution aus, deren Folgen bekanntlich sehr rasch in dem angrenzenden Süddeutschland sich geltend machten. Dem heftigen Einfluß von Frankreich her wußte die bayrische Regierung durch eine Verordnung vom 28. Januar 1831 über die Herausgabe und Zensur der Zeitungen [4]) rasch zu begegnen, doch hatte dieses neue Zensuredikt so sehr das allgemeine Mißfallen erregt [5]), daß der König gezwungen war, dasselbe durch eine neue Verordnung vom 12. Juni 1831 aufzuheben [6]). Als nun aber über einen vom Staatsrat von Stürmer verfaßten Preßgesetzentwurf in den Kammern keine Einigung zustande kam [7]), fielen sämtliche Bemühungen um die Entfesselung der Presse dahin, und es herrschten von nun an wieder die Zustände, wie sie vor 1831 gewesen waren [8]).

Die L. A. Z. erschien zu einem Zeitpunkt, da die bayrische Zensur ihren Tiefstand erreicht hatte, denn Herr von Abel, der 1837 als Minister des Innern an Stelle des nachsichtigen Fürsten Ludwig von Oettingen-Wallerstein getreten war [9]), handhabte die Knebelung der Presse mit schonungsloser

---

[1]) Dieses war weniger radikal wie Wirths Tribüne; Salomon a. a. O. 3. Bd. S. 453.

[2]) Vgl. Wirth a. a. O. S. 19 ff.

[3]) »Germania« a. a. O. 2. Bd. S. 513 ff. 1852.

[4]) Teilweise abgedruckt bei Fr. H. Hesse, Die preußische Preßgesetzgebung, ihre Vergangenheit und Zukunft. Berlin 1843. S. 101 ff. Vgl. auch Rauch a. a. O. S. 8.

[5]) Vgl. Rauch a. a. O. S. 9 ff.

[6]) Salomon a. a. O. 3. Bd. S. 441 und Rauch a. a. O. S. 11. Hesse a. a. O. urteilt als zeitgenössischer Schriftsteller etwas gelinder über das bayrische Zensuredikt vom 28. Januar 1831; er nennt die Stellung der Zensoren darin gerechtfertigter als anderorts.

[7]) Vgl. Salomon a. a. O. S. 441 ff. und Rauch a. a. O. S. 11 ff.

[8]) Vgl. Rauch ebendaselbst.

[9]) Fürst Ludwig von Oettinger-Wallerstein, der 1832 an die Spitze des Ministeriums des Innern getreten war, hatte sich besonders dadurch die Sym-

Strenge. Die einheimischen Bücher und Zeitungen waren jetzt wieder unter peinlichste Zensur gestellt, die der rücksichtslose Minister meist nach geheimen Instruktionen, die nach Zeit und Ort wechselten und eine Menge Willkürlichkeiten mit sich führten, ausüben ließ. Außerdem aber erfuhren auch die auswärtigen deutschen Zeitungen und Zeitschriften eine brutale Vergewaltigung dadurch, daß eine strenge Nachzensur und das Postdebit innerhalb der Landesgrenzen durchgeführt wurde [1]). Letzteres mußte besonders rechtswidrig erscheinen, da in Bayern die Veröffentlichung einer Zeitung an keine Regierungskonzession gebunden war und somit eine Unterdrückung nur durch richterlichen Spruch von Rechts wegen hätte möglich sein sollen [2]).

Gegen den unerwarteten Ministerwechsel, der so viele Hoffnungen zunichte machte, blieb die L. A. Z. in ihren Äußerungen nicht rückständig [3]), ebensowenig wie gegen die Folgen desselben, im besonderen gegen die strengen Maßnahmen an nicht einheimischen Blättern. Einzig und allein die regierungsfreundliche bayrische Presse billigte im eigenen Interesse das rigorose Vorgehen gegen die auswärtigen Zeitungen und Zeitschriften, und zwar so entschieden, daß ein Münchener Berichterstatter der L. A. Z. zu dem Urteil sich genötigt sah:

---

pathien der Liberalen gewonnen, daß seine Praxis in Zensurangelegenheiten als loyal gelten konnte, daß danach alle der inneren Politik angehörigen Gegenstände von der Zensur befreit blieben. Ihm verdankte man es auch, daß seit 1832 die Zensur der Zeitungen mit möglichster Milde und Schonung gehandhabt wurde. Rauch a. a. O. S. 13, 14.

[1]) Sehr treffend sagt Rauch a. a. O. S. 21 Anm. über die Nachzensur: »Unter allen konstitutionellen Staaten besitzt nur Bayern dieses Institut. Fürwahr eine traurige Auszeichnung! In der letzten Zeit hat dasselbe durch die häufige Zurückbehaltung auswärtiger Tagesblätter eine ganz besondere Tätigkeit entwickelt. Auch Verkleinerungen mißliebiger Stellen und Ausschnitte derselben sind vorgekommen. Wer wird da nicht unwillkürlich an die Tätigkeit der Polizei jenseits der Weichsel erinnert?« — Dabei haben sich über Konfiskationen und andere Erschwerungen durch die bayrische Zensur besonders die L. A. Z., die »Hannoversche Zeitung«, der »Deutsche Courrier« und der »Hamburger Korrespondent« zu beklagen gehabt (L. A. Z. Nr. 76 vom 17. März 1838).

[2]) Salomon a. a. O. S. 444.

[3]) Vgl. L. A. Z. Nr. 89 vom 30. März 1838.

»Es gibt kaum einen schärferen Kontrast als die hysterische Empfindlichkeit unserer Blätter gegen alles vom Ausland, was nicht unbedingte Lobhudelei der hiesigen Zustände ist, was nur den leisesten Tadel, den regsten Wunsch nach Vervollkommnung und Fortschreiten ausdrückt[1].«

Für das Schicksal der L. A. Z. in Bayern kam meines Erachtens in erster Linie die absolut protestantische Gesinnung des Blattes in Betracht, der schon wenige Wochen nach der Gründung der Zeitung Ausdruck zu geben Gelegenheit war, als sich bezüglich der gemischten Ehen in der Rheinprovinz im November 1837 der Kölner Kirchenstreit entspann, welcher in politischer wie kultureller Hinsicht eine bedeutungsvolle Rolle gespielt hat[2].

In diesem Streit hat die L. A. Z. entschieden gegen die Machtansprüche der römischen Kirche Stellung genommen. Sie besprach mit ebenso großer Sachlichkeit wie anfangs maßvoller Kritik die überspannten Forderungen der Ultramontanen, die in verschiedenen Noten des Kardinalstaatssekretärs in Rom Ausdruck gefunden hatten[3]. Ebenso bewußt auch trat die L. A. Z. der päpstlichen »Allocution« entgegen[4], wobei sie darauf hinwies, wie ganz anders sich ein Papst Leo III. über seine Stellung zu Kaiser und Reich einst geäußert habe, indem er bekannte: »Ich halte es für meine pflichtmäßige Obliegenheit, den kaiserlichen Geboten und Befehlen für jetzt und immer unverbrüchlichen Gehorsam zu leisten«.

Als stärkster Stützpfeiler Roms in Deutschland stellte sich Bayern naturgemäß auf die Seite der katholischen Kirche, wobei notwendig ein scharfer Gegensatz zu dem protestantischen Preußen zutage treten mußte.

---

[1]) L. A. Z. Nr. 97 vom 7. April 1838.

[2]) Vgl. hierüber Maurenbrecher, Die preußische Kirchenpolitik und der Kölner Kirchenstreit, 1881, und v. Rochow, Der Kirchenstreit in Preußen in den Jahren 1838 und 1839. Deutsche Revue 28.

[3]) L. A. Z. Nr. 85 vom 26. März, Beilage, Nr. 86 vom 27. März, Nr. 88 vom 29. März, Beilage, und Nr. 89 vom 30. März 1838.

[4]) L. A. Z. Nr. 88 vom 29. März 1839.

Die L. A. Z. hielt schon gleich zu Anfang entsprechend ihrer gut protestantischen Gesinnung zu Preußen, weil sie von dessen Recht in dieser Streitangelegenheit überzeugt und der Meinung war: »Wenn der katholischen Kirche von keiner anderen Seite Gefahr droht als von Preußen, so kann sie ruhig sein[1]).« Doch hatte die L. A. Z. dabei ein weit höheres Ziel im Auge, als durch gehässige Polemik die Forderungen der katholischen Kirche anzugreifen. Sie rügte die hartnäckige Stellung Bayerns nicht vom Standpunkt der protestantischen Partei aus, sondern lediglich im Interesse des gesamten Vaterlandes. Im Bewußtsein einer heiligen Aufgabe mahnte sie vorerst dringend zur Einigkeit, die sie als notwendige Bedingung erachtete, wenn man nicht noch weiter zusehen wolle, wie der westliche Nachbar frohlocke, »daß es im Lager des Feindes brenne«[2]).

Erst als es im Frühjahr 1838 in Bayern und auch in Rom zu Repressalien an preußischen Untertanen kam, da ergriff die L. A. Z. gegen dergleichen Nichtswürdigkeiten heftig das Wort[3]) und führte von nun an eine verständlichere Sprache im Interesse Preußens und der protestantischen Sache[4]).

Auch bezüglich des Streitfalles selbst hatte die L. A. Z. jetzt eine unzweideutige Auffassung. Sie warf dem Kölner Erzbischof von Droste-Vischering Pflichtvergessenheit als preußischer Untertan vor und beschuldigte ihn überdies, er habe »von seiner kirchenfürstlichen Selbstherrlichkeit friedenstörenden Gebrauch gemacht«. Zur Klage einer rechtswidrigen Maßnahme an dem Erzbischof äußerte sich die L. A. Z. sehr knapp, aber entschieden: »Wie kann der Erzbischof von Verletzung von Gesetzen sprechen, die er selbst nicht nur verletzt, sondern teilweise sogar für schlechthin unverbindlich für sich erklärt[5]).«

Die Polemik welche die bayrische Presse, in erster Linie die »Neue Würzburger Zeitung«, gegen Preußen und die Pro-

[1]) L. A. Z. Nr. 6 vom 6. Januar 1838.

[2]) L. A. Z. Nr. 84 vom 25. März 1838.

[3]) L. A. Z. Nr. 125 vom 5. Mai und Nr. 126 vom 6. Mai 1838.

[4]) L. A. Z. Nr. 97 vom 7. April, Nr. 134 vom 14. Mai, Nr. 144 vom 24. Mai und Nr. 164 vom 13. Juni 1838.

[5]) L. A. Z. Nr. 319 vom 15. November 1838.

testanten anschlug[1]), wurde mit solcher Gehässigkeit geführt, daß der preußische Gesandte in München, Graf von Dönhof, wiederholt ernstlich darüber zu klagen hatte[2]). Es kam schließlich so weit, daß auf dringendes Anraten der preußischen Regierung den bayrischen Blättern bezüglich des Kirchenstreites jede Polemik streng untersagt werden mußte[3]). Ebenso erhielt etwas später die L. A. Z. die Weisung, konfessionelle Angelegenheiten nur mit Anstand und im Tone ruhiger wissenschaftlicher Sachlichkeit zu besprechen[4]).

Um die Stellung der L. A. Z. zu der kirchlichen Streitfrage hier endgültig zu behandeln, bedarf es noch eines Hinweises auf jene kirchenpolitische Beeinflussung der Rheinlande durch den belgischen Klerus. Der Kölner Streit hatte in dem benachbarten katholischen Belgien seinen nachhaltigen Eindruck nicht verfehlt. Es war dort besonders die »Congregatio de propaganda fide«, an deren Spitze der Kardinal Framboni, die für die Rechte des Kölner Erzbischofs eintrat[5]) und durch Flugblätter und Schriften auf den Geist der Rheinprovinz gegen die preußische Regierung einzuwirken suchte[6]). Auch hier zeigte die L. A. Z. ihre stark protestantische Gesinnung, indem sie dieser Propaganda des belgischen Klerus, der sowohl gegen die Freimaurerlogen als auch gegen jede liberale Meinungsäußerung zu Felde zog, von vornherein gänzlich feindlich gegenüberstand[7]).

---

[1]) Vgl. Treitschke, Deutsche Geschichte. 4. Bd. S. 722.

[2]) L. A. Z. Nr. 18 vom 18. Januar und Nr. 134 vom 14. Mai 1838.

[3]) L. A. Z. Nr. 80 vom 21. März und Nr. 134 vom 14. Mai 1838.

[4]) Kreisdirektion in Leipzig an Brockhaus vom 2. Januar 1839.

[5]) L. A. Z. Nr. 21 vom 21. Januar 1838.

[6]) L. A. Z. Nr. 20 vom 20. Januar, Nr. 48 vom 17. Februar und Nr. 107 vom 17. April 1838.

[7]) L. A. Z. Nr. 16 vom 16. Januar, Beilage, Nr. 20 vom 20. Januar, Nr. 76 vom 17. März und Nr. 85 vom 26. März 1838, Beilage. — In Nr. 85 vom 26. März, Beilage, war die L. A. Z. mit dem »Frankfurter Journal« darin einig: »Die Folgen dieses Schrittes sind nicht zu berechnen; auf jeden Fall dürfen wir von der erprobten Charakterfestigkeit des Königs, die schon größere Hindernisse besiegt hat, mit Zuversicht erwarten, daß er unerschütterlich bei dem angenommenen, weise erwogenen System verharren werde.«

Der Vorwurf einer unlauteren Politik gegenüber Preußen traf im wesentlichen die Person des Erzbischofs von Lüttich, van Bommel, der durch ein zündendes Fastenmandat die Gemüter für die Sache des Erzbischofs von Droste-Vischering zu entflammen versucht hatte[1]).

Die L. A. Z. begleitete statt jeder weiteren Kritik den Abdruck dieses Mandates mit der Erklärung, daß es »ein merkwürdiges Aktenstück der ersten Häfte des 19. Jahrhunderts« sei. Der Passus des erzbischöflichen Sendschreibens, an dem die preußische Regierung in erster Linie Anstoß nahm, und der zu längeren Auseinandersetzungen führte, war meines Erachtens der folgende: »Wenn ein erlauchter Priester, mit Gefahr seiner Freiheit, die übliche Gleichgültigkeit in religiösen Dingen zurückstößt, es leugnet, daß die einander entgegengesetzten Kulten vor Gott gleiches Wohlgefallen finden können, und einem Katholiken, der dieses Namens würdig bleiben will, die Erlaubnis versagt, aus freiem Willen und nach seinem Gefallen seine Kinder im Irrtume zu erziehen, dann geht eine Stimme von den Stufen des Thrones aus, welche erklärt, daß das bürgerliche Gesetz dieses Verschmelzen, diese Ineinandermengung der verschiedenen Glauben festgesetzt habe, und daß der Bischof gehalten sei, sich demselben zu fügen. Umsonst erklärt der Hirt der Hirten den Widerstand der Glaubensbekenner legitim, heroisch; vergeblich wendet er ein, daß die Unterwürfigkeit schon bis zu den äußersten Grenzen getrieben sei, und daß es ein Verbrechen wäre, diese zu überschreiten; man fährt fort, über die eitlen Anmaßungen der Hierarchie zu klagen, welche doch die unwandelbaren Grundsätze der Religion selbst feststellt, und man verlangt, daß diese Grundsätze dem geopfert werden sollen, was man die unverjährbaren Rechte des Staates zu nennen wagt.«

Bezüglich des Fastenmandates veröffentlichte die L. A. Z. etwas später noch einen Artikel aus dem »Utrechter Courant«,

---

[1]) Das Fastenmandat abgedruckt in Nr. 70 vom 11. März, Beilage, und Nr. 71 vom 12. März 1838, Beilage; vgl. auch L. A. Z. Nr. 93 vom 3. April 1838, Beilage.

der bei einem Vergleich zwischen dem Fastenmandat des Vizesuperiors der holländischen Mission und demjenigen van Bommels folgender Überzeugung Ausdruck gegeben hatte: »In dem ersten dieser Mandate atmet, bei Wahl der delikaten Ausdrücke, der Geist der Leutseligkeit, der Demut und der Liebe, mit einem Worte der wahrhafte Geist des Christentums, während das andere als ein Erguß schnaubender Redensarten, ein Werk des Hasses und der lieblosen Verdächtigung, gespickt mit Exkommunikationen und Aufruf zur Zwietracht, erscheint[1].«

Die L. A. Z. führte ihre Polemik gegen die belgisch-rheinische Propaganda durch ihren Korrespondenten Louis Lax in Aachen, der nur bis zum Sommer 1838 regelmäßiger tätig war, dann aber für längere Zeit seine Mitarbeit zum großen Bedauern des Verlags aufgab[2]). Seit 1840 zog er sich von der politischen Korrespondenz fast ganz zurück und zeigte von nun an größeres Interesse an der wirtschaftlichen Entwicklung der Rheinlande. Die Zahl seiner Einsendungen über Handel, Industrie und Verkehrswesen in der Rheinprovinz waren aber dennoch nicht sehr bedeutend. Lax stand im Kirchenstreit insofern gänzlich auf seiten Preußens, als er die Staatsordnung über die Interessen der Kirche, die er jedoch nicht verkleinern will, stellte[3]). Lax' Polemik erreichte erst ihren Höhepunkt, als van Bommel in einem Brief an die »Augsburger Allgemeine Zeitung« sich davon zu rechtfertigen versuchte, daß er die katholischen Interessen im Rheinlande unterstützt und offene Propaganda für dieselbe zum Nachteil der preußischen Regierung getrieben habe[4]). Rückhaltlos erklärte Lax, daß der Lütticher Erz-

[1]) L. A. Z. Nr. 111 vom 21. April 1838.

[2]) Brockhaus an Lax vom 28. Februar 1839.

[3]) L. A. Z. Nr. 93 vom 3. April, Nr. 103 vom 13. April und Nr. 116 vom 26. April 1838. — In Nr. 93 erklärte er unumwunden: »Der Rheinländer hält auf seine Religion, aber sobald er diese nicht gefährdet sieht, hat er nicht bloß Pflicht-, sondern auch Ehrgefühl genug, die Herrschaft eines starken, aber gerechten Monarchen dem Gängelbande von Finsterlingen vorzuziehen«.

[4]) L. A. Z. Nr. 26 vom 26. Januar 1838, Beilage. — Später gab van Bommel noch einmal eine ähnliche Erklärung dahin ab, er habe weder mit Droste in

bischof umsonst seine Unschuld zu beteuern und zu beweisen suche: »Der Bischof von Lüttich tritt auf einmal hervor, schlägt sich auf die Brust und fragt: Was wollt ihr von mir? Warum scheltet ihr mich, da ich die Unschuld selbst bin?« [1]) Mit fühlbarer Überlegenheit berichtet Lax über das Nachlassen der Hetzereien im Rheinlande wie folgt: »Es sieht fast wie eine Phantasmagonie aus, wie die geharnischten Männer, die aus unserer kirchlichen Drachensaat aufgeschossen sind, jetzt mit einem Male sich wieder unter die Erde zu verkriechen streben [2]).«

Das plötzliche Stillewerden wie auch das Ableugnen van Bommels führte die L. A. Z. einmal auf eine Beeinflussung von Rom aus zurück, indem der Pabst sich gegen die heftige und unkluge Weise erklärt habe, in welcher sich der belgische Hochklerus, insbesondere van Bommel, in die kirchlichen Angelegenheiten Preußens einzumischen versuchte. Zudem habe der König von Belgien selbst, durch vorwurfsvolle Noten der auswärtigen Diplomatie in die Enge getrieben, den Lütticher Erzbischof zum Schweigen genötigt [3]). Später fand die L. A. Z. für das Nachlassen der belgisch-klerikalen Polemik noch eine andere Begründung, indem sie nämlich erklärte, daß die belgischen Ultramontanen, vom belgischen Staate emanzipiert, mit diesem die Sympathien für Frankreich durchaus nicht teilten, sondern eher Anschluß an Deutschland suchten [4]).

Mit den Berichten über die Entlassung Drostes aus der Haft [5]), seine vermutliche Ernennung zum Kardinal [6]) und mit dem Wunsche, daß ein völliger Ausgleich zwischen Protestanten und Katholiken im Rheinlande möge herbeigeführt werden [7]), hatte der Kölner Kirchenstreit in der L. A. Z. seinen

---

Köln in Verbindung gestanden, noch überhaupt an den kirchlich-politischen Bewegungen teilgenommen. L. A. Z. Nr. 163 vom 12. Juni 1838.

[1]) L. A. Z. Nr. 169 vom 18. Juni 1838; ähnlich auch Nr. 178 vom 27. Juni 1838.

[2]) L. A. Z. Nr. 169 vom 18. Juni 1838.

[3]) L. A. Z. Nr. 178 vom 27. Juni und Nr. 124 vom 4. April 1838.

[4]) L. A. Z. Nr. 24 vom 24. Januar 1840.

[5]) L. A. Z. Nr. 9 vom 9. Januar 1841.

[6]) L. A. Z. Nr. 21 vom 21. Januar 1841.

[7]) L. A. Z. Nr. 34 vom 3. Februar 1841.

Abschluß gefunden. Inwiefern das Blatt auch weiterhin seine entschiedene Parteinahme für den Protestantismus geltend machte, wird sich im Laufe der Darstellung noch wiederholt zeigen. —

Jetzt aber zu Bayern zurück, wo die L. A. Z. unter den eben besprochenen Verhältnissen von vornherein dermaßen verhaßt war, daß jede Gelegenheit zu einer nachdrücklichen Schädigung mußte gesucht werden. Diese konnte bei der Strenge der Preßgesetze und den rücksichtslosen Zensurbestimmungen nicht schwer zu finden sein.

Die erste ernstliche Klage der bayrischen Regierung gegen das Blatt erfolgte zirka ein Jahr nach dessen Gründung und zwar galt die Beschwerde einem Artikel über die München-Augsburger-Eisenbahn [1]). Darin rügte der Einsender die Langsamkeit, mit welcher die Bahnbauten, die schon seit vier Jahren geplant und jetzt erst in Angriff genommen waren, vorwärts schreiten. Dies sei darauf zurückzuführen, daß der Direktorialvorstand und auch andere Leute Grundstücke auf der Bahnstrecke zuvor aufgekauft hätten, die jetzt von der Bahngesellschaft um hohe Preise wieder erstanden werden müßten. Der Verwaltungsrat, der von diesem Verfahren Kenntnis habe, tue nichts dagegen.

Inwieweit dieser Vorwurf berechtigt war, läßt sich wohl schwer entscheiden; doch steht fest, daß sich die Verwaltung der München-Augsburger-Bahn angegriffen fühlte und daher an die Redaktion der L. A. Z. die Anforderung stellte, den Einsender des betreffenden Artikels unverzüglich namhaft zu machen. Ebenso entschieden gab Brockhaus die Antwort zurück und erklärte, auf diesen Wunsch nicht eingehen zu können, da er seinen Mitarbeitern volle Diskretion zugesichert habe: »..... ich muß es hiernach freiwillig Ihnen anheimstellen, ob Sie noch weitere Schritte in dieser Angelegenheit tun wollen; allein meiner Ansicht nach würde die Sache nur

[1]) L. A. Z. Nr. 233 vom 21. August 1838.

[2]) Über den Baukonflikt der München-Augsburger Bahn vgl. auch Nr. 278 vom 5. Oktober 1838, Beilage.

erst recht aufgerührt werden und unangenehme Weitläufigkeiten entstehen, während jener Artikel unter der Masse anderer Mitteilungen von den meisten Lesern entweder ganz übersehen oder doch ganz vergessen worden ist[1].«

Hieraus darf wohl geschlossen werden, daß Brockhaus so viel wie möglich diese Angelegenheit auf sich beruhen zu lassen wünschte, und daß die Redaktion der L. A. Z. vermutlich sich schuldig fühlte, die Zuverlässigkeit jenes Berichtes nicht genau geprüft zu haben. Nicht so die verletzte Eisenbahnverwaltung, wie die Gebrüder Brockhaus wohl beruhigt annahmen, als monatelang nichts mehr darüber verlautete; sie verfolgte die Sache weiter, und das Ergebnis war, daß Brockhaus unter Androhung von fünf Talern Strafe vom Stadtrat in Leipzig die Aufforderung erhielt, den Namen des Korrespondenten zu nennen[2]. Da nun behördlicherseits die Auslieferung des betreffenden Mitarbeiters als gerechtfertigt erachtet wurde, so gab es für Brockhaus keinen anderen Ausweg, als sich dieser Bestimmung zu fügen[3].

Während diese erste Klageangelegenheit noch schwebte, erschien Mitte Oktober aus München ein Artikel über die Entlassung des geschätzten Kriegsministers Freiherrn v. Hertling, der sein Amt deswegen hatte quittieren müssen, weil er, im Kriege groß geworden, auf das Sparsystem im bayrischen Heere nicht eingehend, sich geweigert habe, seine Zustimmung dafür zu geben, daß für eine Fassade am Kriegsministeriumsgebäude 300000 Gulden gespart werden sollten[4]. Auch daran nahm man Anstoß. Indessen blieben diese Klagen nicht die einzigen, denn die Angriffe in der L. A. Z. mußten um

---

[1]) Brockhaus an J. v. Maffei, Vorstand der Direktion der München—Augsburger Eisenbahngesellschaft vom 30. August 1838.

[2]) Stadtrat in Leipzig an Brockhaus vom 5. Dezember 1838.

[3]) Diese Bestimmung, die schon das Edikt von 1812 gekannt hatte, erfuhr erst durch den Preßgesetzentwurf vom Jahre 1842 eine Einschränkung insofern, als nur noch bei persönlichen Injurien der Verleger zu einer Namennennung des Autors konnte gezwungen werden (Biedermanns »Deutsche Monatsschrift« a. a. O. S. 446).

[4]) L. A. Z. Nr. 293 vom 20. Oktober 1838.

so mehr auffallen, da seit dem Ministerium von Abel die bayrischen Blätter, die man allenthalben durch Repressalien eingeschüchtert und regierungsfreundlich gestimmt hatte[1]), zu wenig oder gar keine Beschwerden Veranlassung gaben[2]).

In Anbetracht der schweren Stellung der L. A. Z. in Bayern sah sich der Verlag zur Vorsicht gezwungen und er machte daher einige der Münchener Korrespondenten darauf aufmerksam, mit größter Vorsicht die politischen wie auch die gesellschaftlichen Verhältnisse zu behandeln, bat insbesondere alles, was die Person des Königs betrifft, »im besten Lichte erscheinen zu lassen«[3]) und wies auf ruhige Haltung im allgemeinen hin, wenn es nicht passieren solle, daß ein großer Teil der Berichte von der Zensur gekürzt werden müßte[4]). Längere Zeit hat sich dann die L. A. Z. gegenüber Bayern gemäßigter verhalten, so daß vorerst keine Klage mehr einlief. Als jedoch im November 1839 eine neue ernstliche Verwarnung nötig wurde, da verbot die bayrische Regierung auch sofort das Postdebit der Zeitung, noch bevor es der Redaktion möglich war, zu dieser neuen Beschwerde Stellung nehmen zu können[5]).

Wenn auf diese erste schmerzliche Erfahrung hin die Gebrüder Brockhaus auch erklärten, daß Bayern für ihr Blatt eigentlich nie von großer Bedeutung sein könne[6]), so war und blieb immerhin sehr nachteilig, daß eine deutsche Regierung zu einer solch scharfen Maßnahme war gezwungen worden.

[1]) Vgl. »Germania« a. a. O. S. 513. 2. Bd. 1852.

[2]) Vgl. Salomon a. a. O. S. 444.

[3]) Brockhaus an Marggraff vom 15. Februar 1839.

[4]) Brockhaus an Walther in München vom 23. Februar 1839.

[5]) Brockhaus an den Kreisdirektor v. Falkenstein in Leipzig vom 25. November 1839. — Die Folgen dieses Verbotes trafen auch die übrigen auswärtigen Zeitungen, denn in Nr. 336 vom 2. Dezember 1839 der L. A. Z. findet sich folgende Nachricht: »Alle außerhalb Bayerns erscheinenden Zeitungen, ohne irgendeine Ausnahme, sind soeben in der Art unter Zensur gesetzt worden, daß kein Blatt derselben den Abonnenten von der Post ausgeliefert werden darf, ehe die Polizeibeamten dasselbe geprüft und für unbedenklichen Inhalts erklärt haben. Im anderen Falle soll mit unnachsichtiger Strenge die Zeitung hinweggenommen werden.« —

[6]) Brockhaus an den Kreisdirektor v. Falkenstein in Leipzig vom 25. November 1839.

Als besonders peinlich aber mußten sich die Erweiterungen dieses Verbots kundtun, denn man ließ es nicht allein bei der Versagung der Zeitungssversendung im Inland, sondern verbot auch den Transit für die nach der Schweiz bestimmten Zeitungsexemplare, worüber sich die Redaktion des Blattes empfindlich beschwerte[1]). Aber auch das genügte der bayrischen Regierung noch nicht; sie verschärfte die Verbotsbestimmungen dahin, daß selbst die unter Kreuzband versandten Exemplare keine Beförderung mehr durch die königliche Post erfahren durften[2]). Mit Recht hat sich dann der Verlag gegen diese maßlose Unterdrückung gewehrt und höheren Orts um Vermittlung gebeten, mit der Motivierung, daß das betreffende unter Kreuzband geschickte Exemplar für die apostolische Nuntiatur bestimmt gewesen sei, daß aber nur der Versand an Privatpersonen könne untersagt werden, nicht auch derjenige an Behörden und Regierungen[3]).

Die das Debitverbot provozierten Artikel können wahrlich nicht sehr belastend gewesen sein, denn sonst würde der sehr gewissenhafte Zensor der Zeitung, Professor Bülau, gewiß keine für das Blatt günstige Erklärung an die Kreisdirektion darüber abgegeben haben[4]).

Die Gebrüder Brockhaus ließen es an keinem Versuch fehlen, dem Blatt so bald wie möglich wieder Eingang in Bayern zu verschaffen und wandten sich mit der Zusicherung größter Gesinnungstüchtigkeit an den strengen Zensurminister von Abel in München selbst[5]). Trotz allen Bemühungen aber blieb die Zeitung auch noch im ersten Quartal 1840 verboten, und erst auf ein im Februar 1840 wiederholtes Gesuch wurde für den

---

[1]) Brockhaus an das Kgl. Sächs. Oberpostamt vom 5. Dezember 1839 und an die Kgl. Bayr. Oberpostdirektion in München vom 5. Dezember 1839.

[2]) Brockhaus an die apostolische Nuntiatur in München vom 13. Dezember 1839.

[3]) Brockhaus an das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten in Dresden vom 14. Dezember 1839.

[4]) Brockhaus an Professor Bülau in Leipzig vom 2. Dezember 1839.

[5]) Brockhaus an den Kgl. Bayr. Minister des Innern, Herrn v. Abel, in München vom 25. November 1839.

1. April die bayrische Neukonzession erteilt [1]), unter dem strengen Vorbehalt einer sofortigen und dauernden Erneuerung des Verbots für den Fall, daß die Zeitung ihr Versprechen, beste Gesinnung der bayrischen Regierung gegenüber zu bewahren [2]), nicht einhalten sollte.

Am 1. April war das Blatt in Bayern wieder zugelassen, doch schon nach wenigen Wochen sah man sich zu einer abermaligen Klage genötigt mit der Begründung, die Zeitung verdächtige Personen und scheue selbst vor einem Angriff auf die Person des Königs nicht zurück, indem man dieser Absichten unterschiebe, welche Unruhen im Lande zu verbreiten imstande wären [3]). Der schuldige Artikel [4]) handelte über die allerhöchsten Entschließungen, betreffend die Wahl des Finanzministers: Graf von Seinsheim habe fast wider Willen das Amt übernommen, da er in der neuen Stellung die königliche Gunst zu verlieren gefürchtet habe. Das war alles, was die L. A. Z. Anstößiges und Verletzendes über hohe und höchste Persönlichkeiten geäußert hatte; der bayrischen Regierung jedoch schien dies Grund genug, um sich bei dem sächsischen Ministerium des Innern darüber »empfindlich« zu beschweren. Immerhin aber nahm man vorerst von einer härteren Maßregel Abstand.

Mit froher Zuversicht begrüßte es die L. A. Z., als im Jahre 1840 die bayrischen Kammern der Presse die freie Besprechung der inländischen Angelegenheiten bewilligt sowie den Vorschlag zu einem geregelten Preßgesetz angenommen [5]) und Maßnahmen zur Sicherung vor Nachdruck getroffen hatte [6]). Doch was halfen solche erfreulichen Fortschritte, wenn schon ein Jahr später Herr v. Abel nicht nur alle weiteren Anträge auf Erleichterung der Presse mit rücksichts-

---

[1]) Neukonzession für den Vertrieb der L. A. Z. im Königreich Bayern vom Ministerium des Innern in München am 12. März 1840.

[2]) Brockhaus an das Ministerium des Innern in München vom 28. Februar 1840.

[3]) Kreisdirektion in Leipzig an Brockhaus vom 5. Juni 1840.

[4]) L. A. Z. Nr. 138 vom 17. Mai 1840.

[5]) L. A. Z. Nr. 75 vom 15. März 1840.

[6]) L. A. Z. Nr. 78 vom 18. März 1840.

loser Strenge zurückwies, sondern auch die inländischen wie außerbayrischen Blätter wieder unter genaueste Zensurbeaufsichtigung stellte[1]).

In Anbetracht solcher kläglicher Rückschritte ist es nicht verwunderlich, wenn die L. A. Z. auch bei gemäßigter Sprache und Haltung über kurz oder lang wieder einen Strauß mit der bayrischen Regierung zu bestehen hatte. Er kam diesmal wohl noch unerwarteter als zuvor, denn ohne jede Erklärung oder vorhergegangene Verwarnung wurde am 28. Februar 1842 der Vertrieb der L. A. Z. in Bayern von neuem untersagt[2]). Da Brockhaus die Nutzlosigkeit einer Rechtfertigung einsah und zudem wohl kaum in der Lage gewesen wäre, mit Sicherheit festzustellen, wodurch das Verbot war veranlaßt worden[3], so unterließ er vorerst jede ihn entlastende Rechtfertigung und begnügte sich, mit der Bittschrift um die Neukonzession in Bayern eine Erklärung dahin abzugeben, daß man durch entsprechende Haltung habe bezeugen wollen, wie sehr die wiederholten strengen Maßnahmen gegenüber der Zeitung seien beherzigt worden. Das Gesuch schloß, um möglichst wirkungsvoll zu sein, mit den schmeichelhaften Worten: »Nun glauben wir aber hinlängst bestätigt zu haben, daß die L. A. Z. ihrer Tendenz und Haltung nach nicht weiter in dem deutschen Bundesstaate verboten sein sollte — in keinem anderen ist sie es —, dessen erhabener Fürst die Einheit Deutschlands und dessen geistige Bestrebungen nach allen Richtungen hin selbst so sehr durch Wort und Tat kräftig befördert und beschirmt[4]).«

Die Aufhebung des Verbotes der L. A. Z. in Bayern aber erfolgte erst wieder am Anfang des Jahres 1843, und Brockhaus mußte dies jetzt um so höher schätzen, als die Wiederzulassung in Bayern den Schaden, den inzwischen das Verbot

[1]) Salomon a. a. O. S. 445.

[2]) Darüber klärt ein den Archivbeständen zugehöriges Manuskript von Friedr. Brockhaus auf, das wohl als Anhang zu dem Gesuch um die Neukonzession in Bayern vom 16. August 1842 kann angesehen werden.

[3]) Ebendaselbst.

[4]) Brockhaus an das bayr. Ministerium des Innern vom 16. August 1842.

der Zeitung in Preußen dem Verlage verursacht hatte, etwas ausgleichen konnte[1]).

Für die bedeutenderen Mitarbeiter der L. A. Z. in Bayern gilt als allgemeines Merkmal, daß sie während der konfessionellen Wirren samt und sonders mehr oder weniger entschiedene Parteimänner des Protestantismus waren.

Zu den ersten und geschätztesten Korrespondenten gehörte Dr. Rudolph Marggraff, Kunsthistoriker und Schriftsteller in München[2]). In erster Linie versah er das Blatt mit überaus zahlreichen Kunstberichten, wobei er sich indessen nicht auf sein engeres Fach, die bildende Kunst, beschränkte, sondern fast ebenso häufig über Theater und Konzerte referierte. Auf allen drei Gebieten zeigte er sich als ein ästhetisch fein beobachtender Kenner, der bei starker Begeisterungsfähigkeit[3]) in seiner Kritik doch immer eine treffliche Objektivität innehielt.

Weiterhin aber hatte Marggraff auch für das industrielle, wirtschaftliche und soziale Leben Bayerns, im besonderen Münchens, ein starkes Interesse, das sich nicht selten in einer scharfen Beurteilung der herrschenden Zustände kundgab[4]).

---

[1]) Die Firma F. A. Brockhaus 1805—1905. S. 113.

[2]) Rudolph Marggraff war geboren am 28. Februar 1805 in Züllichau. Nachdem er in Berlin Theologie, Philosophie und Naturwissenschaften studiert hatte, widmete er sich späterhin ästhetischen und kunsthistorischen Studien; er promovierte über ein archäologisches Thema. Seit etwa 1835 lebte er in München und schrieb von dort aus zahlreiche Artikel über das Münchener Kunstleben, gab die »Münchener Jahrbücher« heraus (Leipzig 1838—1841) und beteiligte sich auch an der »Augsburger Allgemeinen Zeitung« sowie am »Stuttgarter Kunstblatt«. 1841 wurde er in München Professor für Kunstgeschichte und Ästhetik und übernahm zugleich das Sekretariat an der Königl. Akademie der bildenden Künste. In diesem Amt verblieb er bis zum Jahre 1855. Er starb am 28. Mai 1880. — Über ihn und seine ästhetisch-schriftstellerische Tätigkeit vgl. weiter »Allg. deutsche Biogr.« 20. Bd. S. 337 f. Er war der Bruder des bekannten Schriftstellers und Journalisten Hermann Marggraff, der in den 30er Jahren in Leipzig lebte. Vgl. »Allg. deutsche Biogr.«, 20. Bd., S. 337 und Verlagsverzeichnis S. 114.

[3]) Um von den zahlreichen Beispielen nur eines anzuführen, möchte ich auf den feinen Bericht über die Erstaufführung von Mendelssohns »Paulus« in München aufmerksam machen. L. A. Z. Nr. 365 vom 31. Dezember 1839.

[4]) So urteilt er in einem Bericht über die Fortschritte des Eisenbahnwesens in Bayern wie folgt: »Man könnte fragen, zu welchem Zwecke so große

In politisch-kirchlicher Hinsicht besaß Marggraff einen gesunden, streng loyalen Liberalismus, der sich gelegentlich der konfessionellen Streitigkeiten deutlich darin zeigte, daß Marggraff die Erhaltung der bestehenden Staatsordnung sowohl über die Interessen der einen als auch anderen kirchlichen Gemeinschaft stellte[1]).

Marggraffs Mitteilungen versagten seit dem Frühsommer 1840. Es darf wohl angenommen werden, daß die große Vorsicht, die man seit der Aufhebung des Verbotes am 1. April 1840 gegenüber Bayern in der L. A. Z. übte, dazu beigetragen hat, daß Marggraff von weiterer Mitarbeit absah.

An Marggraffs Stelle trat Ernst Joachim Förster, Maler und Kunsthistoriker in München[2]), der schon in den ersten zwei Jahren, jedoch noch sehr selten, korrespondiert hatte. Sein Hauptgebiet war Kunst und Kunstkritik, doch stand er durchaus nicht davon ab, der Redaktion hie und da recht kraß-sensationelle Mitteilungen zu machen[3]). Vom Früh-

---

Anstalten, wenn man die Fesseln der Industrie nicht zu lösen gesonnen ist? In dieser Beziehung kann selbst das in anderer Rücksicht so höchst ersprießliche reformierende Verfahren wenig oder nichts helfen.« Marggraff ist dann weiterhin der Meinung, daß die Industrie und damit der allgemeine Wohlstand Münchens durch zweckmäßigere Ausbeutung der vielseitigen Betriebskräfte (Wasserkräfte) könne behoben werden. L. A. Z. Nr. 274 vom 1. Oktober 1838; vgl. auch L. A. Z. Nr. 2 vom 2. Januar 1840. — In Nr. 79 vom 20. März und Nr. 82 vom 23. März 1838 wendet er sich gegen den stark zurückgegangenen wissenschaftlichen Bildungstand in Bayern. — In Nr. 72 vom 13. März, Nr. 79 vom 20. März, Nr. 182 vom 1. Juli 1839, Nr. 12 vom 12. Januar und Nr. 208 vom 26. Juli 1840 bricht er eine Lanze für Hebung der sozialen Fürsorge in Bayern.

[1]) Gegen die gehässige Polemik der »Münchener politischen Zeitung« in kirchlichen Angelegenheiten rügt Marggraff, daß es niemandem dieser Leute einfalle, nach dem weit wichtigeren Staatsprinzip zu fragen und den darauf gegründeten Obliegenheiten der obersten Staatsverwaltung. Marggraff ist überzeugt, daß man es sich umgekehrt auch nicht würde gefallen lassen, »wenn in dem, seinem Hauptbekenntnis nach katholisch bayrischen Staat, die protestantische Geistlichkeit es sich beifallen ließe, gegen die deutlichst ausgesprochenen Absichten und Bestimmungen der Regierung sowie zum Nachteil der herrschenden Konfessionspartei Anordnungen in betreff der Ehe und Kindererziehung zu geben.« L. A. Z. Nr. 2 vom 2. Januar und Nr. 12 vom 12. Januar 1840.

[2]) Förster war geboren am 8. April 1800 zu Münchengosserstadt an der Saale. (Verlagsverzeichnis S. 322.)

[3]) L. A. Z. Nr. 348 vom 14. Dezember und Nr. 353 vom 19. Dezember

jahr 1840 an wünschte Brockhaus von Förster unter obwaltender Vorsicht auch über politische Dinge unterrichtet zu werden und bat zugleich, sich mehr an allgemein interessierende Fragen zu halten[1]). Förster hat indessen von dem Anerbieten des Verlags nur sehr beschränkten Gebrauch gemacht, und es blieben nach wie vor die Kunstbesprechungen das eigentliche Gebiet seiner journalistischen Tätigkeit. Einzig zum kirchlich-politischen Streit hat sich Förster gelegentlich geäußert, und zwar im Sinne der preußisch-protestantischen Partei. Genau wie Marggraff zeigte er jedoch dabei keine Gehässigkeit, sondern wollte lediglich im Interesse der nationalen Einigkeit diesen ärgerlichen Streit möglichst bald beseitigt wissen[2]). Auch zu wirtschaftlich-politischen Fragen hat sich Förster gelegentlich geäußert, wenn es beispielsweise galt, für den Schutz der einheimischen Industrie ein Wort einzulegen[3]).

Neben Marggraff und Förster ist als dritter Hauptkorrespondent in Bayern Professor E. J. Richter in Augsburg zu nennen, der beim Verlag F. A. Brockhaus in sehr gutem Ansehen stand[4]). Seine Haupttätigkeit fällt in die Jahre 1839—1843. Während dieser Zeit war er einer der vielseitigsten und regelmäßigsten Berichterstatter, der als gewandter Journalist

---

1839 berichtet er über eine München und Umgebung unsicher machende Räuberbande. — In L. A. Z. Nr. 89 vom 30. März 1843 bespricht er den in München neueingeführten Korso.

[1]) Brockhaus an Förster vom 27. März 1840.

[2]) In Nr. 8 vom 8. Januar 1840 äußerte er sich hierüber wie folgt: »Wohl uns, wenn unsere kathol. Mitdeutschen noch zur rechten Zeit daran denken, und wäre es nur aus Furcht vor eigenem Schaden, daß es größere Gefahren für uns alle gibt, als die in Köln und Posen entstandene, über die sie des Himmels Zorn angerufen haben.« — Dieselbe Meinung vertrat Förster auch später noch, indem er erklärte: »Konfessionelle Unterschiede gehören nicht in die Politik der Gegenwart; alle darauf gegründeten Streitigkeiten überlasse man der Wissenschaft und den Theologen. Das aber, was wir zu erstreben haben, ein geordneter Rechtszustand Deutschlands und Festigkeit gegen Angriffe von außen durch Entwicklung geistiger und materieller Kräfte, fragt nicht nach dem Unterschied der Konfessionen, sondern setzt ihren Einmut voraus.« L. A. Z. Nr. 27 vom 27. Januar 1843; ähnlich auch in Nr. 40 vom 9. Februar 1843.

[3]) L. A. Z. Nr. 345 vom 11. Dezember 1842.

[4]) Brockhaus an Richter vom 2. April 1839.

nicht allein aus Augsburg und München, sondern auch aus verschiedenen anderen Gegenden des Königreichs Bayern, wie »vom Lech», »vom Obermain», aus Würzburg, aus Ansbach, ja gelegentlich aus Österreich Nachrichten einsandte.

Seine Journalistik zeichnete sich, wie an Hand seiner Berichte leicht festzustellen war, durch eine stark spekulative Methode aus. Über alles, was nur immer in der Luft lag, berichtete er schnellmöglichst nach Leipzig, ohne danach zu fragen, ob seine Nachrichten auch einigermaßen verbürgt waren. Seine Berichte enthalten fernerhin eine Unmenge unzeitiger Mitteilungen. Wenn daher einer der gesamten Mitarbeiter der L. A. Z. den Namen eines »Reporters« verdient, so ist es Richter. Doch mochte ihn gerade seine überaus flinke Feder dem Verlage in einer Art unentbehrlich gemacht haben, so daß er ohne Unterbrechung bis zur Titeländerung des Blattes und, wie wir oben sahen, zur großen Zufriedenheit des Verlags, korrespondierte.

Richter hat sich, wie die übrigen Hauptkorrespondenten in Bayern, ebenso an den kirchlich-politischen Streitfragen lebhaft beteiligt und dabei wie diese eine sehr sympathische Stellung eingenommen, indem er als liberaler Protestant sowohl im Interesse der katholischen als auch protestantischen Kirche die gehässige Polemik durchaus verabscheute[1]) und im allgemeinen die konfessionelle Entzweiung als ein starkes Hemmnis für eine gesunde Entwicklung des Landes ansah[2]). Richter zeigte fernerhin einen guten Patriotismus, der gegenüber der französischen Rheinpolitik einmal lebhaft zum Ausdruck kam[3]). Endlich war Richter auch ein starker Anhänger weitgehendster Preßfreiheit[4]).

---

[1]) L. A. Z. Nr. 75 vom 16. März 1839.

[2]) L. A. Z. Nr. 205 vom 24. Juli 1839.

[3]) L. A. Z. Nr. 77 vom 18. März 1839; mehr noch aber in Nr. 205 vom 25. Juli 1842. Hier bespricht er die Folgen des plötzlichen Todes des Herzogs von Orleans und tadelt, daß sich Deutschland durch Gegenrüstungen gegen Frankreich noch nicht mehr vorgesehen habe.

[4]) L. A. Z. Nr. 195 vom 14. Juli 1839. Hier lobt er die badische und württembergische Regierung bezüglich ihres Freisinns in Preßangelegenheiten

Einer der ersten Mitarbeiter der L. A. Z. neben Marggraff, Richter und Förster war Dr. J. Ehrenbaum in München, der anfangs über mehr oder weniger gleichgültige Münchener Tagesneuigkeiten, die Vorkommnisse bei Hofe u. a. m. schrieb, später aber, seit Ende 1838, eine recht scharfe Polemik gegen die politischen wie kulturellen Zustände in Bayern führte[1]). Im Konfessionskampf stand er auf preußisch-protestantischer Seite und kennzeichnete sich überdies auch als Gegner von Görres und der Wiederzulassung der Jesuiten in Bayern[2]). Ehrenbaum, vom Verlage scheinbar nicht sonderlich geschätzt, gab im Laufe des Jahres 1840 seine Tätigkeit für die L. A. Z. gänzlich auf, nachdem er schon seit 1839 nicht mehr zu den regelmäßigen Berichterstattern gehört hatte.

In Nürnberg korrespondierte von 1839 bis 1841, vom Verlage sehr bevorzugt[3]), Professor Dr. G. Ghillany. Seine Berichte zeichneten sich aber nur wenig durch Eigenart aus; ohne starke persönliche Anteilnahme übermittelte er seine Nachrichten. In der Beurteilung der kirchlichen Auseinandersetzungen zeigte er große Besonnenheit, indem auch er von einer höheren Warte als der des konfessionellen Parteigeistes aus die Schädlichkeit dieses gehässigen Gezänkes einsah und gründlich verwarf[4]).

Aus der bayrischen Pfalz korrespondierte der Statistiker und Publizist Georg Friedrich Kolb in Speyer[5]), der

---

und schilt die strenge Zensur in München und Würzburg gegenüber der milderen in Nürnberg, Bamberg und Augsburg.

[1]) Vgl. den oben S. 83 besprochenen Artikel über Frhr. v. Hertling.

[2]) L. A. Z. Nr. 348 vom 14. Dezember, Nr. 350 vom 16. Dezember und Nr. 363 vom 29. Dezember 1838.

[3]) Brockhaus an Ghillany vom 20. September 1839.

[4]) L. A. Z. Nr. 190 vom 9. Juli 1839, Nr. 189 vom 7. Juli und Nr. 345 vom 11. Dezember 1840.

[5]) Kolb war geboren in Speyer am 14. September 1808. Als Bürgermeister seiner Vaterstadt wurde er 1848 in das deutsche Parlament gewählt. 1849 gehörte er für ganz kurze Zeit dem bayrischen Landtage an. Die von ihm herausgegebene »Neue Speyerische Zeitung« wurde 1853 unterdrückt. Kolb lebte von 1854 bis 1860 in Zürich, dann in Frankfurt. 1863 wieder in den bayrischen Landtag gewählt, zeigte er sich als ein Verfechter förderalistisch-demokratischer Ideen

nebenbei auch für die »Augsburger Allgemeine Zeitung« tätig war[1]). Auch Kolb war kein Polemiker, wenn er auch ab und zu seine liberale Meinung über die konfessionellen Gegensätze wie pietistischen Ausartungen in der Pfalz äußerte[2]). In erster Linie besprach er alles, was zur innerpolitischen Fortentwicklung seines engeren Vaterlandes gehörte[3]).

3. Die Leipziger Allgemeine Zeitung in Hannover.

In Hannover lag in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts das Zeitungswesen vollständig darnieder. Diese Tatsache ist um so bedauernswerter, als die hannoversche Journalistik nicht etwa in diesem so kläglichen Zustande ihre höchstmögliche Entfaltung gefunden hatte, sondern, weil es eine Zeit gegeben hatte, wo gerade Hannover in der Verbreitung von geistigen Werten so überaus freigebig gewesen war. Ich brauche da nur kurz an das fast wunderbar erscheinende Emporblühen

---

und als ein Gegner der bundesstaatlichen Vereinigung Deutschlands. Er starb in München am 16. Mai 1884. — Seine Teilnahme an der politischen Bewegung des Jahres 1848 und an der Parlamentsgründung dokumentierte er durch eine anschauliche historische Schilderung, die nach seinem Tode veröffentlicht wurde unter dem Titel: »Aus der Zeit des Frankfurter Parlaments. Aufzeichnungen aus dem Nachlasse des Abgeordneten Dr. Kolb.« Deutsche Revue 29, 1904, II—IV.

[1]) Heyck a. a. O. S. 237.

[2]) Über die konfessionellen Zwistigkeiten spricht er sich aus wie folgt: »Wer das heitere, verständige Pfälzer Volk seit längerer Zeit kennt, hätte noch vor wenigen Jahren nicht geahnt, daß heute die hauptsächlichsten Verhandlungen sich um religiöse Fragen und Zwiste drehen würden, wie es der Fall ist. Die Protestanten haben bekanntlich mit dem Muckertum und Antirationalismus, die Katholiken mit dem Klosterwesen und Mönchtum, endlich die Juden, damit auch diese nicht leer ausgehen, mit dem Talmudismus und Antineologismus zu tun, oder vielmehr, sie alle stehen im Kampfe gegen die hier berührten Erscheinungen.« L. A. Z. Nr. 65 vom 6. März 1839. — Kolbs Freisinn zeigte sich auch in scharfen Artikeln gegen den in der Pfalz grassierenden Pietismus. L. A. Z. Nr. 315 vom 10. November, Beilage, und Nr. 343 vom 8. Dezember 1840; ähnlich auch Nr. 29 vom 29. Januar 1842.

[3]) Über Verbesserungen im Straßenbau L. A. Z. Nr. 360 vom 25. Dezember 1840, über Verbesserungen im Schulwesen L. A. Z. Nr. 27 vom 27. Januar 1839, Beilage, Nr. 35 vom 4. Februar 1842 u. a. m.; vgl. Nr. 336 vom 2. Dezember, Nr. 341 vom 7. Dezember 1839, Nr. 212 vom Juli 1840 und Nr. 29 vom 29. Januar 1842.

der Universität Göttingen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zu erinnern und an einen Namen wie Schlözer, dessen »Staatsanzeigen« recht eigentlich den Anstoß zum Aufschwung der politischen Publizistik in Deutschland gegeben hatten[1]).

Bedeutsamere politische Zeitungen gab es in Hannover während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nur eine, die »Hannoversche Zeitung«, die der bekannte Historiker und Herausgeber der »Mon. Germ.«, Heinrich Pertz, seit 1832 redigierte. Da er zugleich der Zensor seines Blattes war, so brauchte er vor einer halbwegs freimütigen Äußerung weniger Bedenken zu haben. Das hörte jedoch gänzlich auf, als im Jahre 1837 die »Hannoversche Zeitung« unmittelbar unter die Leitung des Kabinetts gestellt wurde und damit einen strengen Amtsblattcharakter annahm[2]). Die Zeitung blieb mit ganz geringen Ausnahmen[3]) das einzige nennenswerte politische Blatt im Königreich Hannover vor 1848; aber auch gerade nur deswegen nennenswert, weil es unter den gänzlich unbedeutenden Preßerscheinungen jener Tage die wenigsten Mängel zeigte; Vorzüge hatte es keine, und daher wurde auch die allgemeine Achtung vor dem Blatte immer geringer[4]).

Dieser Tiefstand des hannoverschen Zeitungswesens ist kaum erstaunlich, wenn man bedenkt, daß bis 1848 ein Zensuredikt des Kurfürsten Georg Ludwig vom Jahre 1705 maßgebend war[5]). Ursprünglich nur auf einige Landschaften be-

---

[1]) Über das hannoversche Zeitungswesen jener Zeit vgl. Kuntzemüller, Das hannoversche Zeitungswesen vor dem Jahre 1848 (Preuß. Jahrb., Bd. 94, Heft 3, S. 425 ff.).

[2]) Über das Verhältnis der hannoverschen Regierung zur »Hannoverschen Zeitung« vgl. einen Bericht des hannoverschen Ministeriums an König Ernst August vom 30. September 1837 bei Salomon a. a. O. 3. Bd. S. 371.

[3]) Vgl. Kuntzemüller a. a. O. S. 438 f.

[4]) Das Blatt verlor besonders dann an Ansehen und Bedeutung, als Pertz sein Amt als Redakteur niederlegte, da ihm die Bevormundung des ehedem zensurfreien Blattes nicht zusagte; vgl. Salomon a. a. O. S. 371 f. Die Abonnentenzahl der Hannoverschen Zeitung‹ war laut einer Zeitungsnotiz zugunsten der L. A. Z., die besonders im Süden des Königreichs Hannover stark gelesen werde, von 2000 auf 1400 herabgesunken. L. A. Z. Nr. 338 vom 4. Dezember 1838.

[5]) Abgedruckt bei Kuntzemüller a. a. O. S. 440 u. Salomon a. a. O. S. 375.

zogen[1]), erstreckte sich dieses nach den unglücklichen Karlsbader Beschlüssen auf das gesamte Königreich. Wo aber schon Strenge herrschte, da mußte die Wirkung der Karlsbader Bestimmungen um so fühlbarer sein, und so sind denn gerade in Hannover unter der absolutistischen Regierung des Königs Ernst August die Folgen der Bundestagsverordnungen vom Jahre 1819 besonders schwere gewesen.

Im Jahre 1837 erließ der König folgende »Instruktion für die im Königreich Hannover bestellten Zensoren: Zeitungen, Zeit- und Flugschriften politischen Inhalts sind von den Zensoren mit der größten Genauigkeit zu prüfen. Alles, was wider Religion, Zucht, Sitte und deutschen Anstand gerichtet ist, darf nicht geduldet werden. Alles, wodurch die Würde des deutschen Bundes, die Würde und Sicherheit der einzelnen Bundesstaaten, die Achtung und Anhänglichkeit an die regierenden Häuser und die Erhaltung des Friedens sowie der inneren Ruhe in Deutschland gefährdet oder verletzt wird, ist nicht zum Drucken zuzulassen. Allen Artikeln oder Aufsätzen, die einen anderen Vereinigungspunkt der deutschen Nation bezwecken, als den in der Gründung des Deutschen Bundes gegebenen, oder die auf eine demokratische Umgestaltung der Bundesverhältnisse hinwirken, ist das Imprimatur zu verweigern.« [2])

Bei der Strenge solcher Bestimmungen, die kein lautes Wort gegen Staatseinrichtungen, mochten sie noch so paradox sein, duldeten, mußte die Bedeutungslosigkeit des einheimischen Zeitungswesens nur größer werden. Und in der Tat war derjenige, der auf ein gutes politisches Blatt einigen Wert legte, jetzt ausschließlich auf auswärtige Preßerzeugnisse angewiesen[3]). Diesen Umstand hat F. A. Brockhaus lebhaft wahrgenommen und sich eifrigst bemüht, dem Mangel an einer guten politischen Zeitung in Hannover mit seinem Blatte zu begegnen[4]).

---

[1]) Vgl. Kuntzemüller a. a. O. S. 440 f. [2]) Ebendas. S. 441 f.
[3]) Salomon a. a. O. S. 377.
[4]) Brockhaus an W. Havemann, Lehrer in Ilfeld, vom 9. September 1837.

Die innerpolitischen Angelegenheiten dieses Staates, die am Ende der 30er Jahre immer deutlicher in den Vordergrund eines allgemeinen Interesses traten, bestärkten den Verlag in dem Beschluß, gerade in Hannover auf gute Mitarbeiter bedacht zu sein. In diesem Sinne schrieb er an einen dort in Aussicht genommenen Korrespondenten: »Je mehr Hannover in der nächsten Zeit die öffentliche Aufmerksamkeit in Anspruch zu nehmen bestimmt ist, je mehr für das ganze konstitutionelle System wichtige Fragen dort zur Entscheidung kommen werden, desto mehr ist mir an wohlunterrichteten und gewandten, wahrhaft freisinnigen Mitarbeitern in Hannover gelegen[1].«

Die erste Gelegenheit zu einer eingehenden Besprechung innerpolitischer Zustände in Hannover gab der Protest der sieben Göttinger Professoren gegen das Königliche Patent vom 1. November 1837[2]) und die darauf erfolgte Amtsentsetzung der sieben Gelehrten. Die Besprechung dieses so rechtswidrigen Falles eröffnete die L. A. Z. mit dem Abdruck jenes von Dahlmann am Tage seiner Entlassung an seinem Auditorium der Universität Göttingen gemachten Anschlages: »Da ich diesen Augenblick erfahre, daß ich von Seiner Majestät der Funktion meines Amtes entsetzt bin, so bin ich verbunden, meine Vorträge zu schließen. Wenn die Herren irgend Liebe für mich haben, die sie in diesen Tagen auf eine so rührende Weise äußerten, so lassen Sie bei Ihrem Auseinandergehen völlige Ruhe walten und bleiben Sie der Gesetzlichkeit getreu und ehren Sie dadurch die wenigen Tage, die ich noch hier zubringe.« (L. A. Z. Nr. 80 vom 19. Dezember 1837.)

Unerschrocken nahm die L. A. Z. für die ausgewiesenen Professoren Partei und freute sich der allgemeinen Sympathiekundgebungen für dieselben[3]). Im besonderen war sie darauf

[1]) Brockhaus an Dr. Christiani in Lüneburg vom 25. August 1837.

[2]) L. A. Z. Nr. 60 vom 29. November, Nr. 63 vom 2. Dezember, Nr. 66 vom 5. Dezember, Nr. 67 vom 6. Dezember, Nr. 73 vom 12. Dezember und Nr. 85 vom 24. Dezember 1837.

[3]) L. A. Z. Nr. 4 vom 4. Januar und Nr. 5 vom 5. Januar 1838.

stolz, daß die Universität Leipzig den sieben Göttinger Professoren Lehrstühle anbot[1]), und rügte es entsprechend, als kurze Zeit später den hannoverschen Landeskindern der Besuch der Universität Leipzig deshalb verboten wurde[2]).

Mit welcher Teilnahme aber die Gebrüder Brockhaus selbst das Schicksal der »Göttinger Sieben« verfolgten, ist aus einer Tagebuchnotiz von Heinrich Brockhaus vom 18. Dezember 1837 deutlich erkennbar: »Niemals ist dem Rechtsgefühl des Volkes frecher entgegengetreten worden, als in dieser Angelegenheit. Es ist eine unerhörte Schmach; es kocht einem das Blut in den Adern, wenn man sich vergegenwärtigt, was hier siegt, was unterliegt[3])!«

Als sich im Laufe des Jahres 1838 die Verfassungsfrage in Hannover immer mehr zuspitzte, da wurden die Besprechungen über die hannoverschen Zustände in der L. A. Z. immer zahlreicher, wobei notwendig manches Mangelhafte ans Licht gezogen wurde[4]).

Hierauf erfolgte dann die erste Beschwerde der hannoverschen Regierung gegen das Blatt, und der Kreisdirektor Dr. Falkenstein in Leipzig sah sich veranlaßt, unter Androhung von Konzessionsentzug zu größerem Takt und zu vollkommener Gesinnungstüchtigkeit zu raten[5]).

Daraufhin war man in der Redaktion der L. A. Z. etwas vorsichtiger geworden[6]), denn die Regierung war vorerst zu keiner weiteren Klage genötigt.

---

[1]) L. A. Z. Nr. 1 vom 1. Januar 1838.

[2]) L. A. Z. Nr. 91 vom 1. April 1838.

[3]) Tagebücher von Heinr. Brockhaus, I. Bd., S. 349.

[4]) L. A. Z. Nr. 151 vom 31. Mai 1838: »Die politische Partei und ihre Beziehungen zum Kabinett«. Nr. 295 vom 22. Oktober und Nr. 309 vom 5. November 1838: »Über die Steuerverweigerungsfrage«. Nr. 332 vom 28. November 1838, Beilage: Eine heftige Kritik der königsfreundlichen Broschüre: »Blicke auf die Vergangenheit und Zukunft Hannovers«.

[5]) Kreisdirektion an Brockhaus vom 2. Januar 1839.

[6]) Dies ist meines Erachtens mit Recht aus der häufigeren Benutzung fremder Blätter über die hannoverschen Angelegenheiten zu schließen. Während im Dezember 1838 im ganzen 18 deutsche Zeitungen über hannoversche Dinge zur Quelle dienten, von denen die »Hannoversche Zeitung«, die »Augsburger Allgemeine

Von neuem nahm die L. A. Z. wieder regeren Anteil an den Ereignissen in Hannover, als dort im Oktober 1839 die Verfassungsfrage brennender wurde als je zuvor, als sich Magistrat und Bürgerschaft an den König wandten und die Auflösung der bestehenden und die Berufung neuer Stände erbaten. Der Schluß des Berichtes hatte folgenden Wortlaut: ». . . Je klarer die Unmöglichkeit vorliegt, durch diese jetzt vertagte Ständeversammlung ein Verfassungswerk beraten zu lassen, dem das Land Vertrauen schenken kann, je weniger die bisher die Wahl verweigernden Korporationen sich jetzt dazu verstehen werden, diese unvollständige Ständeversammlung durch Wahlen zu ergänzen, um so notwendiger erscheint eine Auflösung dieser Ständeversammlung und Berufung einer neuen [1].«

Mit solchen und ähnlichen Besprechungen mußte die L. A. Z. naturgemäß die Aufmerksamkeit der hannoverschen Behörden wieder auf sich ziehen, und die Folge davon war, daß im März 1840 die Zeitung die Klage traf, sie schreibe in einem unzulässigen, bitteren, leidenschaftlichen und herabwürdigenden Tone gegen die hannoversche Regierung [2].

Auf diese Anklage hin wurden Friedrich Brockhaus und der Redakteur Dr. Günther vor den Kreisdirektor in Leipzig zitiert, und man wies sie unter Androhung des Konzessionsentzuges dringend an, fernerhin alles zu vermeiden, was das sächsische Ministerium anderen Regierungen gegenüber in Verlegenheit bringen könne; denn jede weitere Nachsicht müsse das gute Einvernehmen mit anderen Bundesregierungen erheblich beeinträchtigen. Heinrich Brockhaus berichtet über diese Vorstellung bei der Kreisdirektion in seinen Tagebüchern

Zeitung«, die »Hildesheimer Zeitung« und der »Fränkische Merkur« am meisten, je dreimal, benutzt waren, stieg die Zahl der im Februar 1839 herangezogenen Blätter auf 34, und zwar war der »Hannoversche Courrier« elfmal, die »Hannoversche Zeitung« siebenmal, die »Augsburger Allgemeine Zeitung« viermal, die »Elberfelder Zeitung« dreimal zur Benützung gekommen; die übrigen neun Berichte verteilten sich sporadisch auf den »Westfälischen Merkur«, die »Mündener Zeitung«, die »Casseler Allgemeine Zeitung« und die »Leipziger Zeitung«, die alle offizielle Regierungsorgane waren.

[1]) L. A. Z. Nr. 280 vom 7. Oktober 1839.

[2]) Kreisdirektion Leipzig an Brockhaus vom 28. März 1840.

wie folgt: »Heute ist uns wieder einmal wegen der Zeitung tüchtig der Kopf gewaschen und uns bedeutet worden, wenn wir nicht artig würden, wenn noch mehr Reklamationen kämen, werde nichts übrigbleiben, als die Drohung wegen Zurücknahme der Konzession wirklich auszuführen; das ist freilich schon oft geschehen, hat uns aber auch jedesmal empören müssen, denn mehr, als dem Gesetz nach zu leben, kann man doch eigentlich nicht verlangen, und das tun wir[1].«

Der betreffende Artikel (L. A. Z. Nr. 63 vom 3. März 1840) bezog sich auf die Deputiertenwahl, in deren Besprechung der Korrespondent der L. A. Z. darauf hinwies, daß von einigen angesehenen Bürgern in Göttingen eine Adresse in Umlauf sei gesetzt worden, in welcher der Magistrat und das Wahlkollegium sollen bestimmt worden sein, »diesmal eine angemessene Deputiertenwahl zu treffen«. »Herabwürdigend und leidenschaftlich« war dieser Artikel durchaus nicht und er stammte zudem aus der »Casseler Allgemeinen Zeitung«, so daß eigentlich die Redaktion der L. A. Z. nicht allein hätte dafür verantwortlich gemacht werden müssen. Dessenungeachtet geschah jetzt dasselbe wie in Bayern. Man ließ auch hier der Zeitung gar keine Zeit, diese neue Mahnung zu berücksichtigen oder sich über den Fall zu erklären, sondern verhängte schon am 8. April 1840 das Verbot über die Zeitung, und am 13. April wurde auch der Brockhausschen Zeitschrift »Blätter für literarische Unterhaltung« das Postdebit in Hannover entzogen[2].

Nach drei Vierteljahren konnte Brockhaus sich wieder des Vertrauens in Hannover erfreuen[3], und das Verbot wurde durch die Neukonzession vom 24. Dezember 1840 für den 1. Januar 1841 als aufgehoben erklärt[4].

Wie für die Mitarbeiter der L. A. Z. in Bayern eine protestantische Gesinnung typisch war[5], so kann für die-

[1]) Tagebücher von Heinr. Brockhaus, I. Bd., S. 388.

[2]) Brockhaus an die Zeitungsexpedition in Leipzig am 23. April 1840.

[3]) Brockhaus an Herrn v. Rochow in Berlin vom 31. Dezember 1840.

[4]) Angezeigt in Nr. 365 der L. A. Z. vom 30. Dezember 1840.

[5]) Vgl. oben S. 88 ff.

jenigen in Hannover als allgemeines Charakteristikum gelten, daß sie samt und sonders zur Oppositionspartei gehörten, die mit gerechtem Eifer gegen die Vergewaltigung an den hannoverschen Staatsrechten durch den König Ernst August auftrat.

Einer der ersten und getreuesten Mitarbeiter war der hannoversche Advokat Joh. Herm. Detmold[1]), der sich nach der Aufhebung des Staatsgrundgesetzes 1838 an dem passiven Widerstand gegen die neue Verfassung nicht nur in den Kammern, sondern auch in vielseitiger Zeitungskorrespondenz und Privatbriefen rege beteiligte[2]); Detmold gehörte 1838/39 zu einem der eifrigsten Korrespondenten der Zeitung[3]).

Als Agitator gegen die neue Verfassung vertrat er durchaus die Meinung, daß eine neue Verfassung von den Provinzial-

---

[1]) Detmold war geboren am 27. Juli 1807 als Sohn eines Arztes jüdischer Abstammung. Nachdem er in Göttingen und Heidelberg studiert hatte, ließ er sich 1830 als Advokat in Hannover nieder. Er war ein großer Kunstfreund und Kunstkenner. 1834 veröffentlichte er eine satyrische Schrift unter dem Titel: »Anleitung zur Kunstkennerschaft oder die Kunst, in drei Stunden ein Kenner zu werden«. Das Werk erregte großes Aufsehen und erlebte rasch mehrere Auflagen. 1837 betrat Detmold das Feld der Politik. Seine heftige Parteinahme für Stüve und das Staatsgrundgesetz brachte ihm 1838 ein Mandat für die Stadt Münden ein. (Hassel, Geschichte des Königreichs Hannover. I. Teil. 1806—1866. S. 419 Anm.) 1848 in die Nationalversammlung gewählt, gehörte er der äußersten Rechten an und zeigte sich als ein Gegner der Kaiseridee. — Über Stüve und Detmold vgl. einmal Joh. Carl Bertram Stüve, nach Briefen und persönlichen Erinnerungen, von Gustav Stüve. 2. Bde. Hannover—Leipzig 1900, und »Briefwechsel zwischen Stüve und Detmold in den Jahren 1848—1850«, herausgegeben von Gustav Stüve, mit einer Einleitung von Georg Kaufmann, in den »Quellen und Darstellungen zur Geschichte Niedersachsens«. 13. Bd. 1903. — Über Detmold vgl. auch das Referat von Frensdorff in der »Deutschen Biographie«. Bd. 5, S. 82 ff., das bisher die einzige ausführlichere Darstellung über Detmolds Leben und Wirken war.

[2]) Außer für die L. A. Z. schrieb Detmold auch für die »Augsburger Allgemeine Zeitung«, die »Hamburger Blätter« und den »Deutschen Courrier«. (Hassel a. a. O. S. 419 f.)

[3]) So stammten von ihm:

im	Dezember	1838	8	von	insgesamt	15	Originalberichten	aus Hannover,
»	Februar	1839	7	»	»	13	»	» »
»	Juli	1839	7	»	»	12	»	» »
»	Oktober	1839	4	»	»	6	»	» »
»	Dezember	1839	3	»	»	6	»	» »
»	Januar	1840	6	»	»	6	»	» »

ständen sanktioniert werden müsse, daß eine Verfassungsurkunde nur auf Grund völliger Vereinbarung mit den kompetenten Ständen gültig sein könne[1]). Als auf das hierüber erfolgte Abstimmungsresultat (38 dafür, 20 dagegen) die Ständeversammlung vertagt wurde, da schien auch Detmold der richtige Moment gekommen, daß eine Adresse an den Bund zu richten sei[2]), die dem hannoverschen Volke wieder zu seinem Rechte verhelfen sollte.

Außer den zahlreichen kleineren Artikeln, aus denen deutlich genug die entschiedene Parteinahme für das Staatsgrundgesetz hervortritt[3]), hat Detmold hauptsächlich seit 1840 in größeren Referaten für die Forderung des hannoverschen Volkes gekämpft[4]).

---

[1]) L. A. Z. Nr. 182 vom 1. Juli 1838, Beilage.

[2]) L. A. Z. Nr. 193 vom 12. Juli 1838, Beilage. Die Adresse in extenso abgedruckt.

[3]) L. A. Z. Nr. 281 vom 8. Oktober, Nr. 291 vom 18. Oktober, Nr. 353 vom 19. Dezember und Nr. 355 vom 21. Dezember, Beilage, 1838; Nr. 35 vom 4. Februar, Nr. 37 vom 6. Februar, Nr. 38 vom 7. Februar und Nr. 42 vom 11. Februar 1839.

[4]) So bespricht er in einem Artikel, betitelt: »Stand der hannoverschen Frage«, sehr sachlich zwar die politischen wie auch wirtschaftlichen Folgen, die die Aufhebung des Staatsgrundgesetzes bisher mit sich gebracht. L. A Z. Nr. 19 vom 19. Januar 1840, Beilage. Dann wieder greift er sehr heftig die Maßnahmen an, welche die Regierung getroffen, um die von der Bürgerschaft dem gewaltsam suspendierten Stadtdirektor Rumann in Hannover zugedachte Gratulation am Neujahrstage zu vereiteln (vgl. Deutsches Staatsarchiv V, 305 ff.). »Das Kabinett«, so meint Detmold, »gewöhnt die Bürger an Polizeidiener, Gendarmen und scharfe Patronen auf eine Weise, daß diese Exekutoren der Regierungsgewalt bald gar keinen Eindruck mehr machen werden.« L. A. Z. Nr. 7 vom 7. Januar 1840. — Zur Suspension Rumanns vgl. auch Nr. 209 vom 28. Juli u. Nr. 213 vom 31. Juli 1839. — Als ein konservativer Geistlicher in Hannover nach dem Texte »Seid untertan der Obrigkeit, die Gewalt über euch hat!« zur Nachgiebigkeit gemahnte, da antwortete Detmold sehr treffend: »Der gute Mann hat aber in seinem blinden, übertriebenen Eifer ganz übersehen, daß die loyalen, ordnungsliebenden Hannoveraner diesem Ausspruch trotz allen Anfechtungen fortwährend durch äußeren Gehorsam völlig Genüge tun, daß sie zugleich aber auch des noch weit mächtigeren Spruchs: ‚Ihr sollt Gott mehr gehorchen als den Menschen' in der Beziehung eingedenk bleiben, als sie sich männlich und christlich sträuben, das, was sie nach ihrer Überzeugung für unrecht halten, als Recht ausdrücklich anzuerkennen.« L. A. Z. Nr. 46 vom 15. Februar 1840.

Im Sommer 1840 wurde Detmolds Polemik mäßiger[1]), wie denn auch seine Berichterstattung, die schon am Ende des Jahres 1839 zum großen Bedauern des Verlags einmal etwas nachgelassen hatte[2]), gegen früher auffällig zurückging. Er korrespondierte indessen noch bis ins Jahr 1842.

Außer Detmold war auch der Advokat Dr. Christiani in Lüneburg zur Mitarbeit bestimmt worden[3]). Er hatte neben dem Oberbürgermeister Stüve und Detmold in dem hannoverschen Verfassungskampf bekanntlich eine Rolle gespielt[4]). Es finden sich aber von ihm so gut wie gar keine Berichte vor, so daß anzunehmen ist, daß er, möglicherweise infolge seiner etwas revolutionären Gesinnungsart, nur ganz kurze Zeit für das Blatt tätig war.

Auch W. Havemann, Lehrer am Pädagogium zu Ilfeld, der von Brockhaus zu Berichten über die hannoverschen Zustände im allgemeinen war aufgefordert worden[5]), hat ganz selten und nur bis zum Juli 1838 korrespondiert. Ursprünglich anerkannter Parteimann der Opposition[6]), kam er im Sommer 1838 als Lehrer der Geschichte an die Stelle Dahlmanns nach Göttingen[7]) und hat sich vermutlich von da an vom Felde der Politik mehr und mehr zurückgezogen. Einer seiner überaus seltenen Berichte aus jener Zeit läßt darauf schließen, daß Havemann ein sehr sachlicher und recht vorsichtiger Berichterstatter war[8]).

---

[1]) Ist zweifellos auf das Verbot der L. A. Z. in Hannover zurückzuführen. Vgl. oben S. 99.

[2]) Brockhaus an Detmold vom 5. November 1839. (Vgl. auch oben S. 100 Anm. 3.)

[3]) Brockhaus an Dr. Christiani in Lüneburg vom 25. August 1837.

[4]) Karl Biedermann, Dreißig Jahre deutscher Ceschichte. 2 Bde. 4. Aufl. Breslau 1896. 1. Bd. Einleitung S. 16. — Christiani war ursprünglich belletristisch interessiert und bekannt als ein großer Goetheverehrer. Er hat sich später mit Eifer auf die Politik geworfen, wollte mit allen Vorrechten des privilegierten Standes aufräumen und auf den Trümmern des veralteten Staatsgebäudes ein neues auf demokratischer Grundlage errichten. (Hassel a. a. O. S. 316.)

[5]) Brockhaus an Havemann vom 9. September 1837.

[6]) L. A. Z. Nr. 203 vom 22. Juli und Nr. 209 vom 28. Juli 1838.

[7]) L. A. Z. Nr. 186 vom 5. Juli 1838.

[8]) L. A. Z. Nr. 205 vom 24. Juli, Beilage, 1838.

Zu den ersten Mitarbeitern der L. A. Z. gehören endlich noch G. G. Gervinus und Karl Goedeke.

Gervinus, der als hannoverscher Korrespondent nur ganz kurze Zeit in Betracht kommt, hatte sich Brockhaus schon vor dem Erscheinen der Zeitung gesichert[1]). Nach seiner Ausweisung aus dem Königreich Hannover hat der Gelehrte gelegentlich auch von Heidelberg aus seine Berichterstattung fortgesetzt, wofür sich ihm der Verlag sehr dankbar zeigte[2]).

Goedeke indessen war neben Detmold der beständigste Mitarbeiter in Hannover, wenngleich auch er ab und zu versagte und vom Verlag zu regelmäßigerer Korrespondenz mußte angehalten werden[3]). Da Goedeke den Berichten, entsprechend seiner persönlichen politischen Gesinnung, meist einen durchaus liberalen Charakter gab, wurden diese von der Zensur des öftern nicht als einwandfrei erklärt[4]), ja, es kam zuweilen vor, daß die Redaktion den einen oder anderen Beitrag deswegen gänzlich zurückweisen mußte[5]).

Ein Gegner des Staats- und Kabinettsministers von Scheele[6]), stand auch er gänzlich auf seiten der Oppositionspartei und vertrat mit großer Teilnahme die Erhaltung des Staatsgrundgesetzes[7]).

---

[1]) Brockhaus an Gervinus in Göttingen vom 25. August 1837.

[2]) Brockhaus an Gervinus in Heidelberg vom 30. Oktober 1839.

[3]) Brockhaus an Goedeke vom 30. Juli 1839 und 2. März 1842.

[4]) Brockhaus an Goedeke vom 5. August 1840.

[5]) Brockhaus an Goedeke vom 10. März 1840 und 2. Februar 1842.

[6]) L. A. Z. Nr. 36 vom 5. Februar 1839.

[7]) Er ist mit vielen der Meinung, daß einzig die Entscheidung des Bundestags die Wirren in Hannover lösen könne. An einen Vergleich mit dem Thron, wie ihn andere wieder zur Herstellung der Ruhe für möglich und zweckmäßig hielten, glaubte er von vornherein nicht. »Was heißt überhaupt ein Vergleich in unserer Angelegenheit? Der König fühlte seine monarchischen Rechte beeinträchtigt, darum verwarf er das Staatsgrundgesetz, und darum ist ein Ablassen von dem wohlbegründeten Rechte auf dieser Seite nicht möglich; also müssen die Untertanen etwas von ihrem Rechte einbüßen.« Weiter meint Goedeke mit Recht: »Das Land hat gar kein Organ, einen Vergleich abzuschließen, und deshalb wird die Verfassung von 1838 bindend publiziert werden und so lange Staatsgrundgesetz sein, bis der Bund unsere Frage, die jedoch nur noch zum kleinsten Teil die unsrige ist, in dem einen oder im anderen Sinne lösen wird.« L. A. Z. Nr. 196 vom 15. Juli 1838. — Goedeke hielt auch später noch bei

Außer den Artikeln über die hannoversche Verfassungsfrage gab Goedeke auch von Celle aus zahlreiche kurze Lokalberichte über interne, meist belanglosere Angelegenheiten[1]).

Detmold und Goedeke hatten beide, wie wir sahen, in ihrer Kritik oft allzu stark ihr politisch-liberales Glaubensbekenntnis durchblicken lassen und dadurch den Verlag nicht selten in Verlegenheit gebracht.

Durch das Verbot der L. A. Z. in Hannover, das, wie oben gezeigt wurde, im April 1840 erfolgte, sah sich der Verlag wohl oder übel dazu genötigt, wollte er sein Blatt vor ähnlichen Maßnahmen fürderhin bewahren, die Korrespondenz über die dortigen Zustände weniger hitzigen Köpfen anzuvertrauen.

Im Sommer 1840 hatte der bekannte Journalist und Herausgeber Georg Harrys in Hannover der Zeitung seine Dienste angeboten, und die Firma Brockhaus erklärte sich damit einverstanden[2]), bat aber zugleich, bei der Berichterstattung die hannoverschen Zensurbestimmungen genau zu beachten[3]). Im großen und ganzen fanden Harrys Berichte meist sofortige und anstandslose Aufnahme[4]).

Anfang März 1841 übernahm Harrys auf Wunsch des Verlags auch die Berichte über die hannoverschen Ständeversammlungen, wurde aber zugleich streng darauf hingewiesen, daß die betreffenden Artikel nur auf bereits in hannoverschen oder anderen offiziellen Blättern erfolgten Veröffentlichungen zu beruhen hätten, damit jede unliebsame Kollision mit den Gesetzen vermieden würde[5]).

Gelegenheit kleinerer Artikel zu dem Staatsgrundgesetz; vgl. L. A. Z. Nr. 44 vom 13. Februar, Nr. 69 vom 10. März und Nr. 75 vom 16. März 1839.

[1]) L. A, Z. Nr. 185 vom 4. Juli 1838, Nr. 29 vom 29. Januar, Nr. 62 vom 3. März, Nr. 75 vom 16. März 1839 und Nr. 262 vom 18. September 1840.

[2]) Brockhaus an Harrys in Hannover vom 9. September 1840.

[3]) Brockhaus an Harrys in Hannover vom 9. September und 8. Oktober 1840.

[4]) Brockhaus an Harrys in Hannover vom 16. Dezember 1840, vom 8. Februar und vom 2. Juli 1841.

[5]) Brockhaus an Harrys in Hannover vom 2. März und 20. November 1841.

Harrys hatte schon nach kurzer Zeit so sehr das Vertrauen der Redaktion zu gewinnen gewußt, daß es ihm völlig freigestellt wurde, welchen Charakter er seinen Besprechungen zu geben wünsche[1]). Schließlich war man seiner Zuverlässigkeit so sehr gewiß, daß ihm im Juli 1842 als alleiniger Korrespondent der ganze Umfang der dortigen Berichterstattung anvertraut werden konnte[2]). Er entwickelte denn nun auch seit Juli 1842 eine regsame Tätigkeit[3]), die sich in erster Linie auf die Vorgänge und Verhandlungen in den hannoverschen Ständekammern richtete[4]). Doch auch darin zeigte er sich nicht, wie überhaupt in den wenigsten seiner Artikel, als ein scharf-kritisierender Politiker. Er wagte es im Grunde genommen nie, wie etwa Detmold, eine schonungslos spitze Feder gegen Zopf und Mißachtung der bestehenden Staatsgesetze zu führen.

4. Die Leipziger Allgemeine Zeitung in Österreich.

Die dreißiger und vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts stellen für die Entwicklung des Pressewesens in Österreich ein ebenso klägliches Bild dar wie in den übrigen deutschen

---

[1]) Brockhaus an Harrys vom 26. November 1841.

[2]) Brockhaus an Harrys vom 12. Februar 1842. — Dieses Entgegenkommen hat Harrys keineswegs mißbraucht; er lieferte meist kurze lokalpolitische Nachrichten, solche über den Hof und alles, was in der näheren Umgebung desselben vorkam; doch muß immerhin gesagt sein, daß er gelegentlich als ein ganz resoluter Kämpfer für Preßfreiheit auftrat (L. A. Z. Nr. 342 vom 7. Dezember 1840), und daß er an der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Norddeutschlands, speziell seines engeren Vaterlandes, lebhaftes Interesse zeigte. L. A. Z. Nr. 369 vom 28. Dezember, Beilage, 1842; vgl. auch Nr. 352 vom 18. Dezember, Beilage, Nr. 344 vom 10. Dezember, Nr. 348 vom 14. Dezember, Nr. 351 vom 17. Dezember, Nr. 349 vom 15. Dezember, Beilage, 1842 und Nr. 13 vom 13. Januar 1843.

[3]) Alle 18 Originalberichte vom Juli 1842 stammen von Harrys.

[4]) Um nur einige der wichtigsten dort verhandelten Fragen anzuführen: L. A. Z. Nr. 184 vom 3. Juli 1842: Über Einnahme- und Ausgabebudget; Nr. 185 vom 4. Juli und Nr. 186 vom 5. Juli 1842: Über das Judengesetz u. a. m.; Nr. 192 vom 11. Juli, Nr. 194 vom 13. Juli und Nr. 195 vom 14. Juli 1842: Über die Militärvorlage; Nr. 197 vom 16. Juli 1842: Über das Schatzkollegium; vgl. hierüber auch Nr. 349 vom 15. Dezember, Beilage, 1842, und Nr. 13 vom 13. Januar 1843.

Bundesstaaten. Nirgends fast wurde mit solcher Rücksichtslosigkeit, mit solcher Schärfe das freie Wort in Fesseln gehalten wie dort. Das Urteil des Geschichtschreibers der österreichischen und Wiener Journalistik trifft in seiner ganzen Härte zu: »Es war ein trauriges, ein trostloses, ja ein ekelerregendes Gesamtbild der Wiener Journalistik geschaffen worden; auf der einen Seite die systematische Anpreisung der Regierungsware, das Verschweigen aller Mißerfolge dieser Regierung, das Hinwegleugnen aller Schäden, die Begeiferung jener Leute, die auch nur für das geringste Ausmaß von Reform eintraten; auf der anderen Seite die erdrückende Leere, das Schweigen des Grabes, eine Unkenntnis der inneren und äußeren Vorgänge, als hätte das Rad der Geschichte innegehalten. Man drückte allen Zeitungen, die unter Wölfen nicht mitheulen wollten, die Faust auf den Mund, zwang sie, überhaupt zu schweigen, benahm dem Volk die Möglichkeit, auch des anderen Mannes Rede zu vernehmen, und das ist Vergewaltigung, Fälschung der öffentlichen Meinung, Korrumpierung der Presse[1]).«

Wohl hatte es auch in Österreich einst anders ausgesehen, als mit den edelsten Absichten Josef II. 1781 ein Edikt für Preßfreiheit erlassen und damit ein leuchtendes Beispiel von Freisinnigkeit und Toleranz gegeben hatte[2]).

Doch schon kurz nach dem Tode Josefs II. wurde, da die Freiheit der Presse doch zu stark war ausgenützt worden, 1790 ein verschärfendes Edikt veröffentlicht, dem in den nächsten 15 Jahren noch weitere einschränkende Verordnungen folgten, so daß am Anfange des 19. Jahrhunderts, als das Dekret vom 16. April 1803 den Zeitungen ohne behördliche Erlaubnis jede Erörterung über Staatseinrichtungen usw. verbot[3]), die alten Zustände in noch drückenderem Maße hergestellt waren.

Die Karlsbader Beschlüsse von 1819 waren bekanntlich das unselige Machwerk Metternichs, entsprungen aus seinem

[1]) C. V. Zenker, Geschichte der Wiener Journalistik. Wien 1892. S. 108.
[2]) C. V. Zenker, Geschichte der Journalistik in Österreich. Wien 1900. S. 14 ff.
[3]) Ebendaselbst S. 19 ff.

brennenden Haß gegen die öffentliche Meinung und ihren Träger, den Journalismus, und so ist es nicht erstaunlich, daß die Karlsbader Bestimmungen als auch ihre Erneuerung von 1824 fast nirgends so wie in den K. K. Staaten in absoluter Wirkung blieben, solange Metternich die Staatsgeschäfte leitete. Er sowohl wie auch der mit barbarischer Strenge und durch ein raffiniertes Spioniersystem vorgehende Leiter der Zensurbehörde, Graf Josef von Sedlnitzky[1]), waren in der Niederhaltung der Presse völlig einig; wie konnte auch der Knecht anders denken als sein Herr, der darauf beharrte: »Die Presse ist eine Gewalt, und Gewalten bedürfen der Regelung. Die Presse läßt sich nur auf präventivem Wege dämmen, die Repression bietet eine gänzlich illusorische Form, weil sie dort, wo sie schlägt, nicht das Produkt, sondern den Produzenten trifft[2]).«

Bestehend auf dieser für seine Zwecke und Ziele sehr richtigen Auffassung, ließ Metternich die ausländischen als auch österreichischen Zeitungen aufs strengste von der Zensur überwachen, führte überdies einen sehr hohen Zeitungsstempel ein[3]), der schließlich ebenso lästig sein mußte wie der rücksichtslose Rotstift des Zensors.

Der evidente Tiefstand des Preß- im besondern des Zeitungswesens in Österreich war die notwendige Folge dieses Rigorismus. So vertrieb beispielsweise im Jahre 1840 die österreichische Post 14670 Zeitungsexemplare und im Jahre 1845 nur noch deren 12900; ferner entsprach der Verbrauch an Druckpapier in Österreich im Jahre 1845 genau demjenigen des 18mal kleineren Königreichs Sachsen[4]).

Mit besonderer Vorsicht ließ man die auswärtigen Zeitungen durch die schwarzgelben Grenzpfähle passieren, denn man wußte nur zu genau, daß das, was im Inland zu sagen verboten war, auswärts um so deutlicher ausgesprochen wurde.

---

[1]) Vgl. Salomon a. a. O. S. 258.
[2]) Ebendaselbst S. 464.
[3]) C. V. Zenker, Geschichte der Journalistik in Österreich. S. 20/21.
[4]) Vgl. Salomon a. a. O. S. 468.

Die auswärtigen Zeitungen waren zum Teil ganz verboten oder aber nur einzelnen Klassen, den Gebildeten und Vornehmen, unter der Zusicherung zugänglich, daß die Lektüre eine rein persönliche bleibe[1]). Zu den wenigen gänzlich freigegebenen außerösterreichischen Blättern zählten 1846 die »Frankfurter Oberpostamtszeitung«, der »Nürnberger Korrespondent« und die »Augsburger Allgemeine Zeitung«. Von diesen hatte sich letztere in den dreißiger und vierziger Jahren die besondere Neigung Österreichs zu verschaffen gewußt und galt neben dem »Österreichischen Beobachter« als gegetreuester Vertreter der österreichischen Interessen[2]).

Das meistgehaßte auswärtige Blatt aber war und blieb, nach allem zu schließen, die L. A. Z., selbst dann noch geraume Zeit, da sie als »Deutsche Allgemeine Zeitung« in völlig ruhige Bahnen eingelenkt hatte (vgl. unten S. 186 ff.).

Das Verhältnis der L. A. Z. zu Österreich war dadurch besonders gekennzeichnet, daß man der Zeitung schon sogleich von Anfang an mit einer noch eigentlich grundlosen Skepsis[3]), ja Furcht so sehr entgegentrat, daß es die dortige Zensurbehörde für besser erachtete, das Blatt in den K. K. Staaten überhaupt nicht zu konzessionieren. Alle Bemühungen von seiten des Verlags gegen diese unrechtmäßige Ausschließung blieben erfolglos, und aller Mut und die größte Unverdrossenheit der Gebrüder Brockhaus scheiterten an dem allzu verhärteten System des Metternichschen Staates.

Soviel aus der Korrespondenz des Verlags ersichtlich ist, hat Friedrich Brockhaus in einer Audienz bei Metternich im Jahre 1839 einen ersten Versuch um die Zulassung in Österreich gewagt[4]). Das Ergebnis dieser Unterredung war kein ganz hoffnungsloses gewesen, indem Metternich bei einer erkennbaren Mäßigung das Blatt allenfalls freizugeben ver-

[1]) Karl Biedermann, Mein Leben und ein Stück Zeitgeschichte. Breslau 1886. S. 119 f.

[2]) Vgl. Heyck a. a. O. S. 238 ff.

[3]) Vgl. unten S. 116 ff.

[4]) Brockhaus an Herrn v. Pilat in Wien vom 14. November 1840.

sprach[1]). Als jedoch nach Jahresfrist noch keine günstigeren Aussichten vorhanden waren, wandte sich Brockhaus an einen Wiener Freund, den er um Aufklärung darüber bat, ob wohl die L. A. Z. überhaupt auf die Genehmigung in Österreich zu hoffen habe[2]). Die Antwort fiel sehr ungünstig aus; der Gefragte glaubte kaum, daß die Freigabe der Zeitung unter der obwaltenden Tendenz zu erwarten sei, und erklärte: »Nach allem, was ich über sie gehört und gelesen habe, besteht von Anfang an ihre Eigentümlichkeit darin: in liberalem Sinne progressiv und protestantisch zu sein, folglich ist sie nach ihrem Grundcharakter antiösterreichisch. Wollen Sie also das bezeichnete Ziel erreichen, so ist kein anderer Rat, als Ihr Blatt seines Grundcharakters zu entkleiden und es zu einer ganz gewöhnlichen farb- und geistlosen Zeitung herabsinken zu lassen[3]).«

Damit war nun eigentlich deutlich genug gesagt, daß gerade das Wesen dieses liberalen Blattes für Österreich der Stein des Anstoßes war, und daß sie eben nur dann auf Zulassung hoffen konnte, wenn sie sich auf das Niveau der österreichischen Zeitungen stellen und bestrebt sein würde, wie diese regierungstreu, parteilos und möglichst unbedeutend zu sein.

Es ist erfreulich, zu sehen, mit welcher Rührigkeit dieser Wiener Freund trotz aller Hoffnungslosigkeit sich für die Zeitung verwandte und sich geduldig in ihrem Interesse von Instanz zu Instanz schieben ließ, bis er schließlich von dem gestrengen Polizei- und Zensurminister Sedlnitzky selbst empfangen wurde. Das Urteil dieses Mannes fiel aus, wie es zu erwarten stand: die L. A. Z. habe, solange sie den hergebrachten Ton beibehalte, den sie noch heute mit besonderem Nachdruck vernehmen lasse, nicht zu erwarten, daß sie in Österreich freigegeben werde. Wenngleich auch etwas gemäßigter, so seien die Wiener Korrespondenten doch sichtlich bestrebt, bei jeder

[1]) Brockhaus an Herrn v. Pilat in Wien vom 14. November 1840.
[2]) Brockhaus an Dr. Geißler in Wien vom 4. Oktober 1840.
[3]) Dr. Geißler an Brockhaus vom 16. Oktober 1840.

Gelegenheit Österreich und seine Regierung im nachteiligen Lichte erscheinen zu lassen. Im übrigen beschied Sedlnitzky, daß, da die L. A. Z. wesentlich den Charakter eines politischen Blattes trage, die geheime Hof- und Staatskanzlei in dieser Angelegenheit anzugehen sei[1]).

Besonders erkennbar aber wurde bei der Inanspruchnahme dieser Instanz, daß man eigentlich keinen triftigeren Grund gegen die Zulassung der Zeitung habe, als den, daß das Blatt seinem Charakter nach eben »antiösterreichisch« sei. Man wollte das Blatt a priori nicht in den K. K. Staaten dulden, und der Vorwurf, das Blatt beweise eine schlechte Gesinnung gegen Österreich, war und blieb nur Mittel zum Zweck. Diese Auffassung erhärtet auch die Antwort des Hofsekretärs Joh. Anton von Pilat an Dr. Geißler, die auf die Bemerkung hinauslief, daß sich das Blatt in Österreich höchstens 100 Abonnenten sichern könnte, daß es aber zugleich anderwärts, wenn es seine Richtung aufgäbe, 400 bis 500 Leser verliere müsse. Weiterhin erklärte Pilat, daß an eine fruchtbare Konkurrenz mit der »Augsburger Allgemeinen Zeitung« und dem »Österreichischen Beobachter« nicht zu denken sei. Ebensowenig zweifelhaft könnte es sein, daß eine Tendenzänderung des Blattes, die für die Konzession in Österreich absolut nötig sei, demselben nur schaden müsse, und daß dadurch der Charakter des Verlegers in ein höchst nachteiliges Licht gestellt würde; Brockhaus werde sich verächtlich machen, habe Herr von Pilat erklärt, wenn es hieße: »Seht, er ist in Wien gewesen, und nun hat er ganz umgesattelt!«[2]) Es sei also so gut wie sicher, daß demnach die L. A. Z. kaum jemals dürfe in Österreich gelesen werden, »außer, sie hört auf, das zu sein, was sie ist und ihrer Bestimmung nach sein soll«.

Die Stellungnahme Pilats gegenüber der L. A. Z. war von seinem Standpunkt aus verständlich, denn Pilat war nicht allein Hofsekretär, sondern seit 1811 auch Redaktor des »Österreichischen Beobachters«. Dieses Blatt war bekanntlich Metter-

[1]) Dr. Geißler an Brockhaus vom 16. Oktober 1840.
[2]) Ebendaselbst.

nichs Schöpfung, welcher darin die Maßnahmen der Regierung publizistisch vertreten wollte, ohne aber dasselbe als offizielles Regierungsorgan bekanntzugeben[1]). Wie kleinlich muß diese Konkurrenzfurcht Pilats erscheinen, um so mehr, da er sie nicht einmal zugestand, sondern erklärte: »Ich spreche hier ganz aufrichtig, und Herr Brockhaus wird mir das nicht übelnehmen[2]).

Damit hatte Herr von Pilat genügend zu erkennen gegeben, wie wenig man im Grunde genommen berechtigt war, der L. A. Z. die Konzession in Österreich zu verweigern, noch bevor sie durch Verwarnung oder Klagen dazu dringende Veranlassung gegeben hatte. Diese so ungerechtfertigte Zwangsmaßregel an seiner Zeitung hat denn auch Brockhaus mit allen Mitteln aufzuheben versucht, um so mehr, da die Einschüchterungen des Herrn von Pilat, die Zeitung könne in Österreich auf keinen großen Zuspruch rechnen, ihre Wirkung völlig verfehlten, indem Brockhaus gestand, daß es ihm weniger um einen großen Absatz des Blattes zu tun sei, als vielmehr darum, daß dasselbe nicht mehr zu den in den K. K. Staaten verbotenen Zeitungen gehöre[3]).

So richtete man denn Mitte November ein Gesuch an Metternich selbst, nahm Bezug auf die vorjährige Audienz und die damalige Inaussichtstellung der Konzession im Falle einer korrekteren Haltung des Blattes. Brockhaus glaubte bewiesen zu haben, daß diese Winke des Fürsten »gewissenhaft benützt und befolgt« worden seien, und versicherte, daß die L. A. Z., wenngleich sie die norddeutschen Verhältnisse mit Freimütigkeit zu besprechen pflege, sich doch stets in den von den Gesetzen des Staates und der Klugheit gebotenen Schranken bewegt habe, und daß von ihr wissentlich die Staatsregeln und Prinzipien keines namentlich deutschen Staates angetastet oder gar bekämpft worden seien.

---

[1]) C. V. Zenker, Geschichte der Journalistik in Österreich, S. 24. Über die Tätigkeit von Pilats als Journalist und Redakteur vgl. auch Heyck a. a. O. S. 245 ff.

[2]) Dr. Geißler an Brockhaus vom 16. Oktober 1840.

[3]) Brockhaus an Herrn von Pilat in Wien vom 14. November 1840.

Was verschlugen aber bei Metternich die guten Vorsätze und die Zusicherung bester Gesinnung; er hätte ein für allemal gegen seine Überzeugung handeln müssen, hätte er sich über seinen ängstlichen Widerwillen gegen die Presse hinweggesetzt und über seine geheime Furcht vor der Macht des öffentlichen Wortes, dessen gefährliche Wirkung er dahin charakterisierte: »Die öffentliche Meinung ist das mächtigste Mittel, ein Mittel, das, wie die Religion, in die verborgensten Winkel dringt und an Orte, wo die administrativen Maßregeln ihren Einfluß verlieren. Die öffentliche Meinung verachten ist so gefährlich, als die moralischen Prinzipien verachten; denn während die letzteren gerade dort wieder entstehen können, wo man sie hatte austilgen wollen, ist es mit der öffentlichen Meinung nicht so bestellt. Sie fordert eine ganz besondere Pflege, konsequente und ausdauernde Unterstützung[1]).«

Wer so wie Metternich dachte, der konnte allerdings zu einem Blatte kein Zutrauen haben, das, wie die L. A. Z., das freie Wort so hoch schätzte, das so sehr bekundete, daß eine gute Zeitung der Sprechsaal möglichst vieler freimütiger Meinungen sein solle. So mußte es Brockhaus gelassen hinnehmen, daß auch dieses Gesuch an die höchste Staatsinstanz erfolglos blieb[2]). Zu großen Hoffnungen hatte man sich nicht hingegeben, aber ebensowenig konnte der unglückliche Bescheid gänzlich entmutigen. Noch bevor Brockhaus über die Resolution Metternichs war in Kenntnis gesetzt worden, hatte er, voll Vertrauen auf sein Recht, seinem Freunde, Dr. Geißler in Wien, folgenden Entschluß mitgeteilt: ».... Und nun muß ich erwarten, was geschieht; eine Antwort erhalte ich doch auf jeden Fall, und dann komme ich das nächste Jahr wieder[3]).«

Von Dr. Geißler wurde dann Brockhaus noch genauer über den Grund des abschlägigen Bescheides informiert; daß nämlich der Ton der Zeitung, in welchem allgemein politische Angelegenheiten behandelt würden, vor allem ausschlaggebend

---

[1]) Zenker, Gesch. d. Journal. in Österreich. S. 24.

[2]) von Pilat an Brockhaus vom 24. November 1840.

[3]) Brockhaus an Dr. Geißler vom 14. November 1840.

gewesen sei und erst in zweiter Linie die Besprechungen der österreichischen Zustände und die religiöse Polemik[1]). Geißler verhehlt auch nicht, daß selbst Graf Kolowrat, Minister des Innern, der bekanntlich der heftigste Feind Metternichs war, neben diesem und Sedlnitzky gegen die Zulassung der Zeitung sei, und damit stehe auch nichts gutes zu erwarten, solange diese drei Einflußreichsten in ihrem Urteil über die Zeitung übereinstimmten.

Auch das Freundeswort und sein Hinweis auf sichere Erfolglosigkeit konnte die Zuversicht des Verlegers nicht brechen. Im Glauben an sein Recht und im Bewußtsein, nichts Ungehöriges getan zu haben, antwortete er: »Mag es kommen, wie es will, ich bin mir bewußt, alles getan zu haben, was verlangt werden kann, und werde, trotzdem er mich von sich weist, auf einer ruhigen Bahn fortgehen, vielleicht führt doch am Ende dieser Weg zum gewünschten Ziele[2]).«

Und in der Tat, genau nach einem Jahre sandte Brockhaus ein ausführliches »Pro Memoria« nach Wien[3]) mit der Absicht, nun einmal nachzuweisen, warum die Berichte über die österreichischen Zustände nicht nach Wunsch ausgefallen waren und es auch nicht konnten.

Nachdem der Verlag Brockhaus schon das Jahr vorher frei erklärt hatte, daß auch er mit den Wiener Korrespondenten durchaus nicht immer zufrieden sei[4]), glaubte er nun diese Erfahrung einzig und allein auf die Maßnahmen an seiner Zeitung von seiten der K. K. Staaten zurückführen zu müssen. Dadurch, daß die Zeitung sogleich bei ihrem Erscheinen in Österreich sei verboten worden, sei man nicht in der Lage gewesen, wohlinformierte und wohlwollende Referenten über die österreichischen Verhältnisse zu bekommen, man habe sich auf Leute verlassen müssen, die zu dem Geschäft eines Kor-

[1]) Dr. Geißler an Brockhaus vom 25. November 1840.

[2]) Brockhaus an Dr. Geißler vom 16. Dezember 1840.

[3]) »Pro Memoria« vom 18. November 1841. Der Adressat dieses Schriftstückes ist, da dasselbe im Konzept vorliegt, nicht genau festzustellen, vermutlich aber war es an Sedlnitzky oder Metternich selbst gerichtet.

[4]) Brockhaus an Dr. Geißler vom 14. November 1840.

respondenten durchaus nicht so geeignet gewesen, wie man es gerne gehabt hätte. Es unterliege aber keinem Zweifel, daß diesem Übelstand einzig und allein durch ein Entgegenkommen der österreichischen Regierung abzuhelfen sei, daß die Berichterstattung eine weitaus zuverlässigere werden könne, sobald man der Zeitung nicht mehr mit einem solchen Argwohn begegne. Alles in allem möchte denn dahin gewirkt werden, »daß die L. A. Z., die sich in einem großen Teile Deutschlands zu einem bedeutenden Organ der Öffentlichkeit emporgearbeitet hat, auch zu einem für die K. K. Österreichischen Staaten ebenso bedeutenden wie nützlichen Organ gestaltet werden könnte« [1]).

Als zufolge dieser Erklärung die Aussichten für die L. A. Z. wieder günstiger erschienen, da hat Brockhaus auf die Voraussetzung der österreichischen Regierung, »daß das Blatt offen und wahr der Verteidigung der konservativen Sache gegen die Bestrebungen der Destruktionspartei sich widme [2]), den Bescheid gegeben, daß auf diese Bedingung könne eingegangen werden. »Wie könnte darauf anders als mit: ‚Ich will dies, wenn die Leipz. Allg. Zeitung es bisher nicht schon getan', geantwortet werden? Jederzeit hat die Leipz. Allgem. Zeitung für Ordnung und Recht gesprochen, nie hat sie sich der Destruktionspartei angeschlossen; sie hat aber jeder Partei das Wort gegönnt, um durch Rede und Gegenrede die Unwahrheit verstummen zu machen. Das war die Aufgabe der Leipz. Allg. Zeitung und wird es bleiben; sie wird nie der Destruktionspartei, dem Radikalismus, huldigen, stets dem Konservatismus vorzugsweise ihre Spalten öffnen, ohne jedoch die Stimme der Gegenpartei dadurch unterdrücken zu wollen [3]).«

Brockhaus konnte nun allerdings nicht leugnen, daß in dem überaus bunten Inhalt des vergangenen Jahres des öfteren

---

[1]) Brockhaus an Dr. Geißler vom 14. November 1840.

[2]) Diese Forderung stellte Metternich selbst, wie aus einem Bericht v. Brockhaus vom 1. Januar 1842 ersichtlich ist.

[3]) Brockhaus vom 1. Januar 1842 vermutlich an dieselbe Adresse wie das »Pro memoria«; vgl. oben S. 113.

Artikel nachzuweisen waren, die einen radikalen Liberalismus stark unterstützt hatten, jedoch glaubte er auch bestätigen zu können, daß man ebenso oft der konservativen Sache das Wort geredet, ja offen gehuldigt habe. »Dafür gibt schon die öffentliche Stimme der radikalen Partei, welche die Leipz. Allg. Zeitung als von ihr abgefallen darstellt, ohne ihr je angehört zu haben, das sprechendste Zeugnis; ja, sogar solche öffentlichen Organe, die sich als die eifrigsten Verteidiger des konservativen Systems betrachtet sehen möchten, unterlassen nicht, durch Angriffe und Verdächtigungen aller Art zu versuchen, die Leipz. Allg. Zeitung auf die Bahn zu werfen, die sie zu bekämpfen haben [1]).«

Mit dieser Erklärung hatte Brockhaus nicht ganz unrecht, denn die L. A. Z. hatte besonders im Jahre 1841 unter den fortwährenden Klagen auswärtiger Regierungen aus Rücksicht auf ihre Existenz die ursprüngliche Farbe gewechselt und war aus der Richtung ihres konsequenten Liberalismus vorübergehend merklich herausgekommen, so daß sie sich von den Stürmern und Drängern jener Tage manch hartes Urteil mußte gefallen lassen [2]).

Wenn die Gebrüder Brockhaus mit ihrer ausführlichen Erklärung über das Verhältnis zu Österreich jetzt wirklich einen Erfolg erwarteten, so hatten sie meines Erachtens hier das Wesentliche außer acht gelassen und nicht oder zu wenig bedacht, daß man in Österreich von vornherein absolut gegen die Zeitung war, und daß die Beschuldigung, sie bekunde gegen diesen Staat schlechte Gesinnung, lediglich dazu dienen

---

[1]) Brockhaus vom 1. Januar 1842 usw.; vgl. oben S. 114 Anm. 3.

[2]) So hatten beispielsweise die »Halleschen Jahrbücher« die L. A. Z. in einem Artikel, betitelt »Die Leipziger Allgemeine Zeitung und die öffentliche Meinung«, heftig beschuldigt, sie lenke auffällig in konservative Bahnen und huldige wieder absolutistischen und obskuren Ideen. Die L. A. Z. blieb die Antwort nicht schuldig, gestand wohl ein, von den übertriebenen Forderungen nach freiheitlichen Einigungen etwas abgekommen zu sein, erklärte aber ebenso entschieden: »In ihrer Entfernung von jenem phrasenreichen temperierten Liberalismus liegt noch keine Hinneigung zur Despotie und zum Obskurantismus. Wie sie aber ihre Zeit treu darstellt, so ist es unrichtig, wenn man ihr die wirklichen, doppelt unrichtig aber, wenn man ihr bloß eingebildete Mängel der Zeit zur Last legt«. (L. A. Z. Nr. 77 vom 18. März 1841, Beilage.)

sollte, die Maßregel an dem Blatte einigermaßen zu rechtfertigen. Durch nichts konnte von seiten der österreichischen Regierung besser gezeigt werden, wie wenig man für die Zeitung übrig hatte, wie gering das Vertrauen und selbst nur der gute Wille dazu vorhanden war, als durch eine völlige Umgehung jedweder Antwort auf das letzte und von der Firma in der besten Zuversicht erlassene Gesuch vom 1. Januar 1842. Jetzt mußte klar werden, daß die Forderungen der österreichischen Regierung sehr weit gingen, daß die Zeitung auf keine Gnade rechnen könne, es sei denn, sie würde gänzlich österreichisch und damit, wie schon Dr. Geißler betonte[1]), ihrem Grundcharakter völlig untreu.

Da man aber in Leipzig durchaus nicht gesonnen war, den übertriebenen Bedingungen Metternichs nachzukommen, so erkannten die Gebrüder Brockhaus die momentane Nutzlosigkeit weiterer Versuche um die Zulassung der Zeitung in Österreich. Daß sich aber damit der Verlag auch jeder Rücksicht gegenüber der österreichischen Regierung mehr oder weniger entbunden sah, kann wohl verständlich erscheinen, wo man es an bester Absicht und reellster Offenheit nicht hatte fehlen lassen. Erst von jetzt an konnte man sich in Österreich mit Grund gegen die L. A. Z. beklagen (vgl. unten S. 121), mußte sich aber auch einen guten Teil Selbstverschulden auf die Rechnung schreiben, da man dem Blatt gegenüber auch nicht das geringste Entgegenkommen gezeigt hatte.

Das Mißtrauen der österreichischen Regierung gegenüber der L. A. Z. war anfangs ein gänzlich unberechtigtes, denn einmal war die Berichterstattung überhaupt noch dürftig und zweitens konnte der Verlag, da die Zuverlässigkeit der österreichischen Korrespondenten viel zu wünschen übrigließ[2]), für Sicherheit und Genauigkeit der Nachrichten nicht verbindlich sein.

[1]) Dr. Geißler an Brockhaus vom 16. Oktober 1840. Vgl. auch Hoffmann v. Fallersleben, Briefwechsel, »An meine Freunde«. Herausgegeben von Gerstenberg. S. 109. [2]) Siehe oben S. 113/114.

Die ersten Berichte über Österreich betrafen Hofangelegenheiten aller Art und besprachen die Entwicklung des Wirtschaftslebens, des Handels und der Industrie. Mit dem Jahre 1839 werden Artikel über konfessionelle Fragen nicht selten, und damit war ein für Österreich empfindliches Gebiet angestochen. Noch aber waren ausführliche Berichte über interne politische Angelegenheiten relativ selten, und erst mit dem Jahre 1842[1]) setzte auch in dieser Hinsicht eine lebhaftere Nachrichtenpost aus Österreich ein. Daneben mehrten sich die Referate über kirchliche Fragen, die gemischten Ehen, die Jesuiten und die Klöster betreffend. Da gemäß dem Charakter der L. A. Z. diese Besprechungen ganz vom protestantisch-liberalen Standpunkte aus erfolgten, mußte die Abneigung gegen das Blatt in Österteich merklich zunehmen. Zu direkten Klagen aber scheint die Zeitung auch jetzt noch keine Veranlassung gegeben zu haben, denn sonst wäre doch wohl Metternich der letzte gewesen, der geschwiegen hätte. Solange also die Gebrüder Brockhaus, so darf man wohl annehmen, sich der Hoffnung hingaben, ihr Blatt schließlich doch noch in den k. k. Staaten eingeführt zu sehen, so lange waren vorsätzliche Angriffe gegen Österreich möglichst vermieden worden, und erst von dem Augenblicke an, in welchem die Hoffnung auf Konzession der Zeitung aufgegeben werden mußte, da eröffnete man eine heftige Polemik gegen die österreichischen Zustände, und alles, was zwischen den schwarzgelben Grenzpfählen als mangelhaft erkannt wurde, fiel einer rücksichtslosen Kritik anheim. Das geschah am auffallendsten, als Dr. Gustav Julius seit Oktober 1842 die Redaktion der L. A. Z. führte und nun mit einem bewußten Radikalismus vorwärts trieb. Jetzt fanden sich oft sehr rasch hintereinander in der Zeitung Meinungsäußerungen, die ihre Absicht nicht verkennen ließen, wie unter anderem folgender Passus aus einem Artikel über die Preßangelegenheit in Österreich: »Österreich hat im Verlaufe seiner ganzen Geschichte, mit alleiniger Ausnahme der Josephinischen Zeit, im geistigen Fortschritte

[1]) Siehe unten S. 121 und 122.

nie die Initiative gegeben. Es hat sich zur Erhaltung des Bestehenden, zur Zügelung der Bewegung berufen geglaubt und der Bewegung erst dann nachgegeben, wenn es durchaus nicht anders konnte, und auch dann so wenig wie möglich. Diesem System blieb Österreich unter allen Umständen mit einer Standhaftigkeit und Ehrlichkeit getreu, die selbst von den Feinden — Österreichs als auch seines Systems — anerkannt wird[1]).«

In derselben Nummer hieß es dann weiter: »Die Edeln müssen schweigen, und literarisches Gesindel führt das große Wort. Es ist die allerhöchste Zeit, daß dieser Zustand sich zum besseren wende. Aber soviel wie in Preußen kann auch in Österreich nur unmittelbar vom Throne selbst Hilfe kommen.«

Solche Ausfälligkeiten hat die österreichisch gesinnte Presse gern erhascht und die L. A. Z. grober Böswilligkeit bezichtigt. Allen voran war hierin die stets gehässige »Augsburger Allgemeine Zeitung«[2]). Sie scheute sich nicht, zu erklären, die L. A. Z. habe es sich seit ihrem Entstehen zur Aufgabe gemacht, in jeder Woche einen bösartigen Artikel über Österreich zu bringen, und zwar aus dem Grunde, weil das Blatt dort noch immer verboten sei. Die L. A. Z. blieb eine prompte Antwort nicht schuldig, widerlegte zwar den Vorwurf bezüglich der gehässigen Artikel nicht streng, erklärte aber ebenso entschieden, daß man es nicht unterlassen habe, Fortschritte, die in Österreich wirklich gemacht worden seien, hervorzuheben[3]).

Solche und ähnliche Auseinandersetzungen wiederholten sich in der Folgezeit[4]), und dadurch war nicht nur an eine Verständigung zwischen der L. A. Z. und der österreichischen

[1]) L. A. Z. Nr. 331 vom 27. November 1842.

[2]) Die »Augsburger Allgemeine Zeitung« hatte die L. A. Z. stets als bedeutenden Rivalen angesehen; Brief des Freiherrn v. Zedlitz an Cotta, undatiert, III./IV., 1843, bei Heyck a. a. O. S. 266; vgl. auch unten S. 123 Anm. 2.

[3]) L. A. Z. Nr. 320 vom 16. November 1842.

[4]) L. A. Z. Nr. 343 vom 9. Dezember u. Nr. 357 vom 23. Dezember 1842; vgl. auch unten S. 121 ff.

Regierung kaum zu denken, sondern die Spannung mußte gegenseitig nur noch zunehmen. Sie hatte ihren Höhepunkt damit erreicht, daß seit dem Jahre 1842 selbst den Privatlesekreisen in Österreich die Lektüre der L. A. Z. untersagt wurde, und daß für jedes Exemplar der Zeitung, das man dennoch fand, 40 Gulden bezahlt werden mußten [1]).

Im Jahre 1847 haben die Gebrüder Brockhaus, als man in Professor Bülau einen Mann glaubte gewährleisten zu können, »der in seinen Geschichtswerken seine Gesinnung für Österreich auf die unzweideutigste Weise dargestellt hat [2])«, einen neuen und letzten Versuch gewagt, ihrem Blatt in Österreich Eingang zu verschaffen. Jetzt erst, da die Zeitung als »Deutsche Allgemeine Zeitung« ihre liberale Tendenz so gut wie völlig aufgegeben hatte, war das Gesuch wenigstens für einige Jahre von Erfolg [3]), um so mehr, da man in Wien beruhigt wahrnehmen konnte, daß die Zeitung jetzt sehr erkennbar sich den Einflüssen der österreichischen Regierung hingab [4]).

Wenn Brockhaus über die Mangelhaftigkeit der Berichterstattung aus Österreich klagte [5]), so bezog sich das meines Erachtens sowohl auf den Charakter der Nachrichten als auch auf ihre numerische Dürftigkeit. Von den zirka zwölf Korrespondenten, die von 1837 bis 1843 für die L. A. Z. in Österreich tätig waren, kommen in den ersten vier Jahren nur drei

[1]) Salomon a. a. O. S. 467 f. — Einer Notiz in der L. A. Z. zufolge war der Bezug derselben nur ganz vereinzelt einigen zuverlässigen Redaktionen gestattet, und zwar durften diese die L. A. Z. nicht als Quelle nennen, sondern mußten mit dem Vermerk »Leipziger Zeitung« zeichnen. Das rücksichtslose Vorgehen gegen die L. A. Z. in Österreich wird auch dadurch sehr drastisch gekennzeichnet, daß, als die L. A. Z. in Preußen war verboten worden, der Erlaß hierüber im »Österreichischen Beobachter« und in allen Provinzialblättern auf besonderen Befehl des österreichischen Zensurchefs in extenso mußte publiziert werden. L. A. Z. Nr. 19 vom 19. Januar 1843; vgl. auch Nr. 64 vom 4. März 1843.

[2]) Brockhaus an Josef Graf v. Sedlnitzky, Präsident der k. k. obersten Polizei- und Zensurhofstelle in Wien am 14. Oktober 1840.

[3]) Heinrich Eduard Brockhaus, Die Firma F. A. Brockhaus von der Begründung bis zum 100jährigen Jubiläum, 1805—1905. Leipzig 1905. S. 113.

[4]) »Germania« a. a. O. S. 539. 2. Bd. 1852.

[5]) Vgl. oben S. 113.

als regelmäßige Mitarbeiter in Betracht[1]). Es waren das Dr. K. G. Kreuzberg in Prag, der herzoglich anhaltische Rat Pietzingg in Wien und Dr. Chimani in Wien. Zu diesen drei kam 1842 noch Schuselka.

Kreuzberg, der den Gebrüdern Brockhaus vermutlich freundschaftlich nahe stand[2]), war von Anfang an für die Mitarbeit an der Zeitung gewonnen worden und hat sich besonders in den ersten zwei Jahren sehr rege daran beteiligt. Seine Berichte erstreckten sich der Hauptsache nach auf die Entwicklung des Handels-, Industrie- und Verkehrswesens in Österreich. In der Beurteilung staatlicher Einrichtungen zeigte er sich als ein Anhänger einer straffgeordneten Modernisierung und Systematisierung[3]). Er war ein durchaus sachgemäßer Beobachter und Berichterstatter, der nur ganz selten einmal auch zu einer politischen oder kirchlichen Frage Stellung nahm[4]).

---

[1]) Die Mangelhaftigkeit geeigneter Korrespondenten in Österreich selbst machte es nötig, daß Brockhaus noch im Jahre 1838 von dem federflinken Dr. Richter in Augsburg mit Berichten über Österreich mußte versehen werden (s. oben S. 90/91).

[2]) Brockhaus an Kreuzberg vom 7. März 1840.

[3]) Das kam gelegentlich der Besprechung über die neue Fahrpostbestimmung, die, wenn auch einen guten Anfang, doch noch manches Mangelhafte an sich habe, deutlich zum Ausdruck. »Möchte doch unser Postwesen jener Gestaltung zugeführt werden, die dem Fortschritt der Zeit in Beziehung auf Handel und Gewerbe angemessen und, wie das Beispiel von Preußen zeigt, so leicht und sicher zu erreichen ist, zum Vorteile des Publikums und zur Vermehrung des Staatseinkommens.« L. A. Z. Nr. 322 vom 18. November 1838.

[4]) L. A. Z. Nr. 312 vom 8. November 1838 besprach er die beschlossene Vergrößerung des Ausgabeetats für Österreich, die Kolowrat dazu bestimmt habe, sein Amt niederzulegen. Er achtete Kolowrats Tätigkeit als Finanzminister sehr und berichtete mit unzweifelhafter Teilnahme die Beendigung dieser Ministerkrisis und die Tatsache, daß Kolowrat im Amte verbleiben werde. L. A. Z. Nr. 321 vom 17. November und Nr. 329 vom 25. November 1838. — Bezüglich der kirchlichen Streitfragen bedauerte Kreuzberg, daß die bisherigen Toleranzgesetze zum Teil beseitigt und die Einsegnung gemischter Ehen in den innerösterreichischen Provinzen von dem Versprechen der katholischen Kindererziehung sei abhängig gemacht worden. L. A. Z. Nr. 329 vom 25. November 1838. — Andererseits freute er sich, daß die Kölner Wirren dank der vorurteilsfreien Gesinnung des Staatsrats Jüstel in Österreich zu keinen bedenklicheren Auseinandersetzungen geführt haben. L. A. Z. Nr. 234 vom 22. August 1838.

War es das Wesen der österreichischen Berichte in der L. A. Z. während der ersten Jahre überhaupt, in durchaus ruhiger Weise die wirtschaftlichen, politischen Verhältnisse der k. k. Staaten zu beleuchten[1]), so zeigte sich besonders bei Kreuzberg anfänglich eine große Vorsicht in der Abfassung der Berichte. Diese schwand jedoch merklich am Ende des Jahres 1842; von da an sah selbst dieser ängstliche Berichterstatter am österreichischen Wirtschaftsleben weitaus mehr Mängel als erfreuliche Fortschritte[2]) und wagte auch einmal ein deutliches Wort für die Entfesselung der Presse in Österreich[3]).

Der anhaltische Rat Pietzingg in Wien, vom Verlage sehr gewürdigt[4]), zählte mit Kreuzberg seit 1839 zu den getreuesten und fleißigsten Mitarbeitern[5]). Auf speziellen Wunsch des Verlags berichtete Pietzingg im wesentlichen über die Stellung der österreichischen Politik zur orientalischen Frage sowie über Ungarn[6]). Daneben verfolgte er mit großem

---

[1]) Siehe oben S. 116 f.

[2]) L. A. Z. Nr. 207 vom 3. November und Nr. 343 vom 9. Dezember 1842; vgl. auch oben S. 117 f.

[3]) L. A. Z. Nr. 19 vom 19. Januar 1843; vgl. auch oben S. 118.

[4]) Brockhaus an Pietzingg vom 30. Mai 1839.

[5]) Von 20 Originalberichten im Juli 1839 von Pietzingg 12,
» 30 » » Dezember 1839 » » 16,
» 25 » » Januar 1840 » » 15.

[6]) Brockhaus an Pietzingg vom 11. Juli 1839. — In der orientalischen Frage stand Pietzingg entschieden auf seiten Deutschlands gegen Frankreich. L. A. Z. Nr. 351 vom 16. Dezember und Nr. 357 vom 22. Dezember 1840. — Über seine weiteren Berichte bezüglich der orientalischen Frage vgl. auch L. A. Z. Nr. 198 vom 17. Juli, Nr. 205 vom 24. Juli 1839, Nr. 338 vom 4. Dezember, Nr. 342 vom 8. Dezember, Nr. 355 vom 21. Dezember und Nr. 363 vom 29. Dezember 1840. Er sah die Aufgabe Österreichs in der orientalischen Frage wesentlich darin, den Frieden zu erhalten und die Pforte vor dem Untergange zu retten. L. A. Z. Nr. 349 vom 15. Dezember 1839. — Weiterhin vertrat er den Standpunkt, daß Österreich und Preußen zur Durchführung gemeinsamer Interessen gegenüber Rußland einig sein müßten. L. A. Z. Nr. 355 vom 21. Dezember 1840. Bezüglich der ungarischen Verfassungsentwicklung war er, wie aus einigen seiner Berichte über die Reichstagsverhandlungen zu entnehmen ist, ein Förderer des Konstitutionalismus. L. A. Z. Nr. 338 vom 4. Dezember, Beilage, Nr. 340 vom 6. Dezember, Nr. 348 vom 12. Dezember, Beilage, Nr. 358

Interesse wirtschaftspolitische Fragen sowie die Entwicklung des Militärwesens in Österreich.

Dr. Chimani in Wien kommt als Berichterstatter der L. A. Z. nur für die Zeit von der Gründung bis zum Sommer 1839 in Betracht. Er huldigte wie Kreuzberg dem Grafen Kolowrat, den er als »Schirmvogt der gewerblichen Interessen« dem Lande will erhalten wissen[1]). Mitteilungen vom Hofe, Berichte über diplomatische Angelegenheiten sowie über lokale Tagesvorkommnisse in Wien bildeten den eigentlichen Inhalt und Stoff von Chimanis Einsendungen, die aber gelegentlich, wenn auch nicht oft, über die nackte Berichterstattung hinausgingen; so, wenn es beispielsweise galt, sich für Veränderungen und Verbesserungen im Militärwesen zu verwenden[2]).

Chimanis Teilnahme an der L. A. Z. hat am Anfang des Jahres 1839 schon etwas nachgelassen, und die Aufmunterung des Verlags zur weiteren und regelmäßigeren Beteiligung[3]) hat nicht gefruchtet, und seit 1840 versagten Chimanis Mitteilungen gänzlich.

Waren die Artikel der Hauptkorrespondenten in Österreich bisher, wie wir sahen, im großen und ganzen harmloser Natur gewesen, so daß die österreichische Regierung sich über gehässige Darstellungen der Zustände und Vorkommnisse im Lande eigentlich nicht beklagen konnte, so änderte sich das seit dem Sommer 1842. Den Grund hierfür sah ich einerseits in der erfolglosen Bemühung des Verlags um Zulassung der L. A. Z. in den k. k. Staaten[4]). Andererseits aber zeigte sich nicht allein dadurch, daß selbst ein Mitarbeiter wie Kreuzberg plötzlich eine schärfere Tonart anschlug[5]), eine starke Gesinnungsänderung, sondern diese äußerte sich vornehmlich von dem Moment an, da, seit dem Sommer 1842, ein radikal vorwärts treibender

vom 24. Dezember, Beilage, Nr. 361 vom 27. Dezember und Nr. 363 vom 29. Dezember, Beilage, 1839.

[1]) L. A. Z. Nr. 345 vom 11. Dezember 1838.

[2]) L. A. Z. Nr. 225 vom 13. August, Nr. 226 vom 14. August, Nr. 244 vom 1. September und Nr. 250 vom 7. September 1838.

[3]) Brockhaus an Chimani vom 19. September 1839.

[4]) S. oben S. 108 ff. [5]) S. oben S. 121.

Mann wie Franz Schuselka[1]), der sich seit 1839 ganz der politischen Journalistik gewidmet hatte, als Mitarbeiter der L. A. Z. von Weimar aus Berichte »Aus Österreich« einsandte.

Schuselka kannte in seinen Besprechungen über die österreichischen Zustände wenig oder gar keine Rücksicht mehr, hat aber dabei auch den Mut gehabt, zu erklären, daß er sich zu jedem seiner Artikel frei und öffentlich bekennen werde[2]). Reformen oder deren Notwendigkeit im Justiz- und Polizeiwesen sowie im Verfassungsleben Österreichs bildeten das ausgiebigste Thema seiner Referate[3]).

---

[1]) Schuselka war geboren am 15. August 1811 in Budweis in Böhmen, war ursprünglich Jurist in Wien, hat sich aber am Ende der 30ger Jahre der Publizistik gewidmet. Infolge eines Zensurkonfliktes nach Weimar übergesiedelt, veröffentlichte er dort verschiedene politische Broschüren, wie »Deutsche Worte eines Österreichers« (1841), »Ist Österreich deutsch?« (1843) und »Österreich und Ungarn« (1843). Seiner politischen Schriften wegen wiederholt mit Verfolgung bedroht, kam er 1848 wieder nach Wien, wurde ins Vorparlament gewählt und saß hernach kurze Zeit im deutschen Parlament. Von 1851 bis 1860 lebte er publizistisch sehr tätig in Dresden und seit 1862 wieder in Wien. Er starb am 2. September 1889 in Heiligenkreuz bei Baden.

[2]) Diese Erklärung gab er in seiner Antwort auf die schon oben S. 118 erwähnte Anklage von seiten der »Augsburger Allgemeinen Zeitung«, die in ihren »Wiener Briefen« geäußert hatte, die L. A. Z. sei der ständige Sammelplatz schamloser Lügen über die österreichischen Zustände. — Zugleich frug Schuselka mit einer schonungslosen Bitterkeit: »Rechnet der Herr Briefsteller die Mitteilungen und Klagen über die Ausbreitung der Jesuiten, die Verletzung des Toleranzpatents, die Elendlichkeit der Gymnasien und philosophischen Schulen, die tödliche Strenge der Zensur, die Mißlichkeit der Finanzen, ungeachtet der vermehrten Steuern und des langen Friedens, über die maßlose Bevorrechtung des Adels, die zunehmende Verarmung der unteren Stände und namentlich der Bauern, über die ungarischen Wirren und die Übermacht Rußlands an der unteren Donau — rechnet dies der Herr Briefsteller und manches andere auch zu den Lügen und Irrtümern?« L. A. Z. Nr. 38 vom 7. Februar 1843, Beilage.

[3]) In Nr. 343 vom 30. November 1842 trat er heftig für eine Reorganisation der Justizverwaltung ein und lobte bei dieser Gelegenheit die in Aussicht gestellte Reduzierung des geheimen Polizeiheeres mit dem Hinweis: »Es ist freilich annoch ein unverbürgtes Gerücht, aber man glaubt es allgemein mit Freuden; man glaubt ja immer nur zu leicht, was man so sehnlich wünscht, wie alle Österreicher das Aufhören eines den Nationalcharakter beleidigenden Institutes.« — Ein andermal griff er die mangelhafte öffentliche Gerechtigkeit an und erklärte offen, daß das Sprichwort: »Der Untere hat immer unrecht« und »Eine Krähe hackt der anderen die Augen nicht aus« in Österreich nur zu wahr sei. L. A. Z. Nr. 359 vom 25. Dezember 1842.

5. Die Leipziger Allgemeine Zeitung in Preußen.

In keinem der deutschen Bundesstaaten waren die Karlsbader Beschlüsse so radikal durchgeführt wie in Preußen und Österreich[1]), und so bedeuteten hier wie dort die Jahre von 1819 bis zum Tode Friedrichs III. eine fortwährend steigende Strenge der Preß- und Zensurgesetze[2]).

Schon die auf abgekürztem Wege zustande gekommene Zensurinstruktion vom 18. Oktober 1819 hatte von dem § 1 des Bundesbeschlusses Gebrauch gemacht, laut welchem es der Autonomie eines jeden Bundesstaates überlassen blieb, über die Behandlung der über 20 Bogen starken Schriften zu entscheiden[3]). Demnach waren in Preußen auch die über 20 Bogen zählenden Schriften von der Zensur nicht ausgeschlossen[4]).

Mit der Bestätigung der Karlsbader Beschlüsse vom Jahre 1824 wurde auch das preußische Sondergesetz vom 18. Oktober 1819 durch Order vom 28. September 1824 bis auf weiteres verlängert[5]).

Auch die mehrfachen neuen Preßbestimmungen der folgenden Jahre änderten im wesentlichen an den Beschlüssen von 1819 bzw. 1824 kaum etwas[6]).

Die Tätigkeit des Oberzensurkollegiums[7]), das seit den Karlsbader Beschlüssen als oberste Preßinstanz in Preußen fungierte, war eine so klägliche, daß ein Mann wie Friedrich von Raumer in Berlin sich von diesem unehrenhaften Amte zurückzog, weil die Wirksamkeit dieses Instituts seiner Gesinnung gänzlich entgegen war[8]).

---

[1]) Vgl. Hesse, Die preußische Gesetzgebung, ihre Vergangenheit und Zukunft. Berlin 1843. S. 44.

[2]) Karl Biedermann, Mein Leben und ein Stück Zeitgeschichte. Breslau 1886. S. 278.

[3]) Vgl. Hesse a. a. O. S. 64. [4]) Ebendas. S. 40. [5]) Ebendas. S. 42 u. 44.

[6]) Vgl. Kapp, Die preußische Preßgesetzgebung unter Friedrich Wilhelm III. Archiv für Geschichte des deutschen Buchhandels 1880. S. 185 ff.

[7]) Vgl. hierüber Kapp a. a. O. S. 207 ff.

[8]) Vgl. Lebenserinnerungen und Briefwechsel von Friedrich v. Raumer, 2. Bd., S. 356 ff., und Kapp a. a. O. S. 229 f.

Erst nach der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV. im Jahre 1840 wurden zur großen Besorgnis Metternichs[1]) in Preußen ernste Reformen bezüglich der Presse in Angriff genommen.

Solche Zustände konnten naturgemäß für die Entwicklung der Presse in keiner Weise förderlich sein, und es mußten sich die Einflüsse einer solchen gewaltsamen Unterdrückung des freien Wortes notwendig an dem Wesen der Presse selbst, hier wie überall, wo dergleichen Zustände herrschten, deutlich zeigen. Über die nachteilige Wirkung solch rücksichtsloser Vergewaltigung an der Presse belehrt uns folgendes Urteil eines Zeitgenossen: »Das aber ist überhaupt die unheilvollste Wirkung des Fluchs der Zensur, daß sie die Redlichkeit der Presse zerfrißt, daß sie dieselbe zwingt, anstatt des offenen ehrlichen Wortes hinterhaltige Redensarten und diplomatische Wendungen zu gebrauchen, daß sie, um es kurz zu sagen, wie jeder Geisteszwang demoralisiert, gar nicht zu reden von der Verderbnis des Stils und der Verdunkelung des Gedankens, welche dieses notgedrungene Ränkespiel der publizistischen Feder zur unausbleiblichen Folge hat[2])«. Am meisten litt aber immer wieder die Tagespresse unter den Zwangsregeln der Zensur, und so zeigte sich als natürliche Folge davon das preußische Zeitungswesen in den Jahren 1820 bis 1848 in einem geradezu erschreckenden Zustande[3]). Es genügte nicht, daß durch Repressalien aller Art unabhängige Organe gezwungen wurden, sich regierungsfreundlich zu erklären[4]), sondern man brachte es sogar so weit, daß man den Zeitungen vorschrieb, wie und was fürderhin zu schreiben sei[5]). In Anbetracht solcher Umstände ist es kaum erstaunlich, daß Preußen in jener Zeit nur drei größere politische Organe auf-

[1]) Vgl. hierüber A. Stern, König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen und Fürst Metternich im Jahre 1842.. Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung. 1909. 30. Bd. S. 120 ff.

[2]) »Germania« a. a. O. 1852. 2. Bd. S. 517.

[3]) Vgl. Salomon a. a. O. S. 322 ff.

[4]) Karl Biedermann, Mein Leben und ein Stück Zeitgeschichte. S. 124.

[5]) Kapp a. a. O. S. 209.

weisen konnte, die »Spenersche Zeitung«, die »Allgemeine Preußische Staatszeitung« und die »Vossische Zeitung«, und auch von diesen wagte nur die letztere allenfalls noch ein freies Wort für religiöse Toleranz [1]).

Dieser Mangel einer nur einigermaßen wünschenswerten politischen Presse in Preußen brachte es mit sich, daß in den zwanziger bis vierziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts auswärtige, im besonderen französische Blätter eine unnatürlich große Verbreitung in Preußen, vorwiegend in Berlin, gefunden hatten [2]). Auf diesen Ersatz war vor allem der Kaufmann angewiesen, da die einheimischen Zeitungen zufolge einer kläglichen Sonderbestimmung keine auswärtigen Kursmitteilungen oder Nachrichten über fremde Effekten und Anpreisung derselben sowie über Zins- und Dividendezahlungen vermitteln durften [3]).

Um diesem Mißstand entgegenzuwirken, beabsichtigte die Firma Brockhaus in treu nationaler Gesinnung, gerade den norddeutschen Staaten mit ihrer L. A. Z. ein wohlunterrichtetes und politisch regsames Organ zu geben; man wollte, das war die hohe Absicht, »der einheimischen Industrie den Boden gewinnen, der bisher noch so sehr von fremden Pflügen durchfurcht wurde [4]).

Daß das Verhältnis zu Preußen besonders gepflegt werden mußte, daß besondere Rücksicht gerade gegen diesen Staat geboten war, ergab sich schon aus der ausdrücklichen Bundesbestimmung, zufolge welcher Preußen bei der Aufsicht über seine Zeitungen mit besonderem Ernste zu wachen habe, daß jede Ausartung in eine organisierte Opposition absolut verhindert werde [5]). So übte Preußen schon eine sehr strenge Aufsicht über die inländischen, im besonderen über die poli-

[1]) Salomon a. a. O. S. 335 f.

[2]) Vgl. Kapp a. a. O. S. 238 ff. und Salomon a. a. O. S. 325 f.

[3]) Vgl. hierüber H. Bode, Die Anfänge wirtschaftlicher Berichterstattung in der Presse. Heidelberger Dissertation. 1908. S. 33 ff., und Hesse a. a. O. S. 94.

[4]) Konzessionsgesuch über die Herausgabe einer politischen Zeitung in Sachsen vom 20. März 1833.

[5]) Hesse a. a. O. S. 119 f.

tischen Zeitungen, wogegen es aber rigoros genug war, denselben Blättern in den Besprechungen über Angelegenheiten auswärtiger Staaten nicht selten einen ganz bedenklichen Spielraum zu gestatten[1]). Und ebenso wachsam, wenn nicht noch mehr, war man über die außerpreußischen Zeitungen und hat vorzüglich die Preßerzeugnisse der Opposition, die fast alle in Leipzig erschienen, streng beaufsichtigt und durch zahlreiche diplomatische Reklamationen und Insinuationen bei der sächsischen Regierung ihren liberalen Grundsätzen entgegenzuwirken versucht[2]). Als erschwerend kam hierzu noch der Übelstand, daß nur mangelhafte Vorschriften über die Beaufsichtigung der Presse in Preußen existierten[3]); wo aber kein Gesetz, da ist auch kein Recht, und so wurde denn mehr oder minder willkürlich das Schicksal der einen oder anderen Zeitung in Preußen bestimmt.

Nach preußischen Preßgesetzen stand allerdings der Zulassung einer innerhalb der deutschen Bundesstaaten erscheinenden Zeitung oder Zeitschrift nichts entgegen, da nach Artikel XII des Edikts von 1819 alle deutschen Schriften, gleichgültig, ob ihr Inhalt den preußischen Zensurgrundsätzen entsprach oder nicht, in Preußen zulässig waren, sobald dieselben den Namen eines bekannten Verlegers führten[4]). Wohl aber hatte Preußen das Recht, jeder ihr lästigen Zeitung die Vergünstigung, die das Postdebit gewährte, zu entziehen, und diese Debitausschließungen wirkten, da sie meist mit großer Brutalität erfolgten, auf das Unternehmen derart nachteilig, daß sie, einer völligen Unterdrückung der Zeitung gleichkommend, die weitere Existenz derselben gar oft in Frage stellten.

Daß die L. A. Z. den preußischen Preß- und Zensurgesetzen besonders Rechnung zu tragen habe, ergab sich ferner daraus, daß der Verlag F. A. Brockhaus in Preußen kein absolutes Vertrauen genoß, denn seine Zeitschrift »Blätter für literarische

---

[1]) Vgl. Karl Biedermann, Die neueste Preßgesetzgebung Preußens und Sachsens. »Deutsche Monatsschrift« 1844. 1. Bd. S. 468.

[2]) Ebendaselbst S. 276.

[3]) Vgl. Hesse a. a. O. S. 129 ff. [4]) Ebendaselbst S. 130 f.

Unterhaltung« war dort nicht weniger als dreimal verboten worden [1]).

Das Erscheinen der Zeitung traf gerade mit einer für das Preßwesen sehr wichtigen Resolution in Preußen zusammen, einem Gesetz vom 11. Juni 1837 über die Sicherung vor Nachdruck. Dasselbe hat allenthalben angenehm berührt, und auch die L. A. Z. äußerte sich wiederholt sehr günstig darüber und nennt es das »schönste Weihnachtsgeschenk, was den Schriftstellern und Buchhändlern dargeboten werden konnte» [2]). Ferner habe, so meinte die L. A. Z., das neue Gesetz eine besondere Bedeutung, weil darauf bald ein anderes Gesetz über die Freiheit der Presse, dessen Bearbeitung in der Bundesakte empfohlen sei, folgen müsse [3]).

Auch in anderer Hinsicht wagte die Zeitung sogleich bewußt und unerschrocken aufzutreten. Sie tadelte es ganz entschieden, als man zum vierzigjährigen Jubiläum des Königs von Preußen im Jahre 1837 die Amnestie für die inhaftierten Studenten und anderen politischen Gefangenen sowie auch die Befreiung der Jungdeutschen von dem lästigen Sonderpreßgesetz vom Jahre 1835 umsonst erwartet hatte [4]).

Am Anfang des Jahres 1838 stand die fünfundzwanzigjährige Gedenkfeier für das Jahr 1813 im Vordergrunde des Interesses, an welchem auch die L. A. Z. als politisch-liberales Blatt sehr rege teilgenommen hat [5]). Sie gab mehr oder minder ausführ-

---

[1]) Brockhaus an Heinrich Laube vom 20. Februar 1832; H. H. Houben, Jungdeutscher Sturm und Drang. Leipzig 1911. S. 343.

[2]) L. A. Z. Nr. 74 vom 13. Dezember, Beilage, Nr. 75 vom 14. Dezember und Nr. 82 vom 21. Dezember, Beilage, 1837.

[3]) L. A. Z. Nr. 86 vom 25. Dezember 1837.

[4]) L. A. Z. Nr. 65 vom 4. Dezember 1837. Vermutlich trifft auf diese wackere Befürwortung das harte Urteil des Generals v. Rochow: »Schändlich ist die Brockhausische ‚Leipziger Allgemeine Zeitung', die offenbar gegen Preußen arbeitet mit Hilfe von Varnhagen, Laube und Gutzkow. (Briefwechsel des Generals v. Rochow mit einem Staatsbeamten, herausgegeben von Kelchner und Mendelssohn-Bartholdy, Frankfurt 1874, S. 132.) Vgl. über Rochows Äußerung unten S. 156, Anm. 5.

[5]) In Nr. 34 der L. A. Z. vom 3. Februar 1838 war der »Aufruf an mein Volk« und »An mein Heer« Friedrich Wilhelms III. vom 17. März 1813 in extenso abgedruckt.

liche Berichte über das Erinnerungsfest, das in den größeren deutschen Städten stattgefunden hatte[1]), wobei sie besonders auf die begeisterungslose Feier in Königsberg aufmerksam machte und diese begründete wie folgt: »Nicht Mangel an gerechter Würdigung der Krieger aus den Befreiungskriegen war der Grund dieser lauen Teilnahme; allein rationelle Zweifel haben bei unserer jungen Generation, die durch mancherlei Erfahrung vor der Zeit alt und verständig geworden ist, die Poesie des Enthusiasmus verdrängt. Mag die Geschichte einst das Rätsel lösen, wie eine große Nation, welche durch den Dithyrambenschwung der Proklamationen und Aufrufe des Jahres 1813 zu den teuersten Opfern begeistert wurde, nur zu bald den Enthusiasmus für eine Epoche, die man den »Befreiungskrieg« zu nennen pflegt, erkalten lassen konnte!« [2])

Solche unzweideutige Äußerungen konnten ihre Wirkung nicht verfehlen, und so hat denn auch schon kurze Zeit nach diesem beherzten Wort das preußische Ministerium des Innern und der Polizei sich wegen einiger »lügenhaften« Artikel zum ersten Male beschwert und zugleich zu erkennen gegeben, daß man sich zu einer schärferen Beaufsichtigung der Zeitung genötigt sähe[3]). Die sächsische Zensurbehörde ihrerseits benutzte diese Gelegenheit, die Verleger der Zeitung zu größerer Vorsicht zu mahnen, da sonst binnen kurzem das Verbot durch die eine oder andere Regierung zu erwarten stehe, wogegen auch noch so pflichttreue und vorsichtige Zensur nichts ausrichten könne[4]).

Man müßte jedoch ungerecht sein, wollte man der L. A. Z. auch jetzt schon Gehässigkeit gegen Preußen vorwerfen; denn in derselben Zeit, wo diese erste Klage einlief, hatte die Zeitung im Kölner Kirchenstreit so nachdrücklich die Interessen Preußens vertreten[5]), daß wahrlich von dieser Seite einige Nachsicht mit Recht konnte erwartet werden[6]).

[1]) L. A. Z. Nr. 38 vom 7. Februar und Nr. 43 vom 12. Februar 1838.
[2]) L. A. Z. Nr. 46 vom 15. Februar 1838.
[3]) Das sächsische Zensurkollegium an Brockhaus vom 17. Mai 1838.
[4]) Ebendaselbst. [5]) Siehe oben S. 76 ff.
[6]) Der Verlag hatte, um seine gute Gesinnung gegen Preußen zu bekunden

Neue und heftigere Auseinandersetzungen brachte erst eigentlich das Jahr 1840, und damit setzt jene Spannung zwischen der preußischen Regierung und der L. A. Z. ein, die in den nächsten drei Jahren weder durch strenge Maßnahmen einerseits, noch durch Einsicht andererseits aufzuheben war.

Die erste Veranlassung gab die Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV. im Juni 1840 und die sich daran anschließenden Erbhuldigungen in Königsberg und Berlin im September und Oktober desselben Jahres. Am 18. September erschien in der Beilage der Nr. 262 der L. A. Z. unter dem Titel »Erbhuldigung in Königsberg« eine ausführliche Schilderung der Festtage und des unbeschreiblichen Jubels im preußischen Volke[1]). Über den Landtagsabschied vom 9. September hatte das Blatt weiter nichts als den Abdruck der königlichen Ansprache gebracht[2]); auch hatte man die Worte des Königs, trotz der Bemerkung, daß er sich von den herrschenden Begriffen sogenannter allgemeiner Volksvertretung fernhalten wolle, günstig aufgefaßt und hoffte mit vielen auf die endliche Einlösung weit zurückliegender Versprechungen.

Doch schon wenige Wochen später drängte das Blatt, scheinbar ungeduldig geworden, der öffentlichen Meinung heftig voran und publizierte am 1. Oktober einen Abdruck des königlichen Dekrets vom 22. Mai 1815, in welchem Friedrich Wilhelm III. so vielverheißend geäußert hatte, daß eine Repräsentation des Volkes solle gebildet werden[3]). Im Nachwort zu diesem Schriftstück wurde darauf aufmerksam gemacht, wie einfach gerade jetzt die Sachlage zur radikalen Umgestaltung sei[4]). Das war eine Herausforderung, um

wiederholt Zeitungsartikel über den Kölner Kirchenstreit an das Ministerium des Auswärtigen in Berlin eingesandt. (Brockhaus an das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten vom 6. November, vom 28. November und vom 4. Dezember 1838.)

[1]) Vgl. Falkson, Die liberale Bewegung in Königsberg, 1840 bis 1848. Breslau 1888.

[2]) L. A. Z. Nr. 258 vom 14. September 1840.

[3]) L. A. Z. Nr. 275 vom 1. Oktober 1840, Beilage.

[4]) »Es bedarf«, so meinte die L. A. Z. bezüglich der Provinziallandstände, »bloß eines Wahlgesetzes und des Einberufungsbefehles, so besitzt Preußens

somehr, da schon nächsten Tages, am Schlusse des Berichtes über die Berliner Begrüßungsfeier, ein entschlossener Nachsatz über die erwartete Preßfreiheit in der L. A. Z. zu lesen war[1]).

Als hierauf verschiedene Berliner Blätter der Meinung waren, es sei rücksichtslos, dem neuen Herrscher sogleich bei seinem Einzug in Berlin mit Forderungen aller Art entgegenzutreten, da war auch wieder die L. A. Z. der entschiedenen Meinung, daß das Wohl des Staates weit näher stehe als alle Festlichkeiten[2]). Bei der Besprechung der Berliner Festtage versäumte die L. A. Z. fernerhin nicht, darauf hinzuweisen, daß der König in seiner hinreißenden Ansprache der Verfassung mit keinem Worte gedacht habe[3]).

So also stellte sich die L. A. Z. gegenüber den ersten Regierungshandlungen Friedrich Wilhelms IV. Sie sah scharfblickend hinter all der endlosen Begeisterung durchaus keine Gewähr für die Erfüllung der lang gehegten Wünsche im Volke; sie sah zum voraus die notwendige Ernüchterung kommen, die bekanntlich anhob, als der Minister von Rochow die Kabinettsorder vom 4. Oktober 1840 mit den Königsberger Aktenstücken veröffentlichen ließ, um einer irrigen Meinung, der König habe durch den Landtagsabschied vom 9. September seine Zustimmung zu einer Verfassungsänderung im Sinne des Dekrets vom 22. Mai 1815 geben wollen, entgegenzutreten.

Die wachsende Enttäuschung im preußischen Volk begleitete die L. A. Z. mit regem Interesse und unerschrockener Offenheit, bis schließlich die sächsiche Regierung die Befürchtung aussprach, daß unter diesen Umständen wohl bald eine ernste Klage aus Preußen zu erwarten sei, weil die L. A. Z. seit den Königsberger Huldigungstagen die dort und später erfolgten Äußerungen des Königs in ungehöriger Art und Weise besprochen habe, »welche wohl den Worten des erhabenen

Zentralverwaltung für allgemeine Staatsangelegenheiten dieselbe Unterstützung und Mitwirkung, deren sich bis jetzt erst die Provinzialbehörden für die Interessen der einzelnen Landesteile zu erfreuen hatten.«

[1]) L. A. Z. Nr. 276 vom 2. Oktober 1840, Beilage.

[2]) L. A. Z. Nr. 287 vom 13. Oktober 1840.

[3]) L. A. Z. Nr. 293 vom 19. Oktober 1840.

Sprechers entgegen sein dürfte«[1]). Sogleich ließ der Verlag durch das sächsische Zensurkollegium eine Erklärung an das Ministerium des Innern abgehen mit der Versicherung, daß man mit größter Vorsicht die preußischen Zustände und Angelegenheiten fürderhin behandeln werde. Auf die Anschuldigungen bezüglich der Besprechung der Königsberger und Berliner Huldigungsfeier rechtfertigten sich die Gebrüder Brockhaus damit, daß sie erklärten, man sei über die königlichen Worte, wie viele Mitglieder der Stände selbst, in einem Irrtum befangen gewesen[2]).

Die Befürchtung der Kreisdirektion in Leipzig erfüllte sich sehr rasch. Zu gleicher Zeit wie diese richtete Minister von Rochow in Berlin ein Schreiben an Heinrich Brockhaus, in welchem er zuvor auf eine frühere persönliche Besprechung aufmerksam macht, bei der er Gelegenheit genommen habe, auf viele Artikel der Zeitung hinzuweisen, die »sich als leere, unverbürgte Gerüchte, als Vermutungen ohne alle Grundlage ausgewiesen haben«. Es folgten Vorwürfe, man diene in dem Blatte Korrespondenten und deren individuellen Zwecken; und weiter erklärte Rochow, daß sich der König selbst wiederholt über die »indiskrete und unangemessene Weise«, in welcher die preußischen Verhältnisse in der Zeitung besprochen seien, mißliebig geäußert habe. Ferner hieß es in dem Bericht, daß es den Intentionen Seiner Majestät durchaus entgegen sei, »eine freisinnige, gründliche Besprechung diesseitiger Angelegenheiten und Zustände irgendwie erschweren zu wollen; weder seine Regierungsakte noch die Maßregeln des Gouvernements haben die Öffentlichkeit zu scheuen, sie werden im Lichte derselben nur noch gewinnen«[3]).

Der Verlag vermied es, auf diesen letzten Punkt der Anklage einzugehen und äußerte sich in seiner Antwort nur kurz über die Beschuldigung, daß die Zeitung oft indiskrete und unzeitgemäße Mitteilungen mache. Man entschuldigte

---

[1]) Kreisdirektion in Leipzig an Brockhaus vom 8. Dezember 1840.

[2]) Brockhaus an das Sächsische Ministerium des Innern vom 9. Dezember 1840.

[3]) Minister v. Rochow an Heinrich Brockhaus vom 8. Dezember 1840.

sich damit, daß man den Mangel an verbürgter Berichterstattung den obwaltenden Verhältnissen, zum Teil der Unzuverlässigkeit der Korrespondenten, zum Teil der Notwendigkeit zuschrieb, mit welcher die Redaktion einer Tageszeitung oft Glauben schenken müsse, wenn sie einem größeren Publikum so rasch wie möglich Nachrichten wolle zukommen lassen[1]). Die Antwort an das sächsische Ministerium des Innern über diesen Punkt der Klage war ganz entsprechend ausgefallen; die Redaktion erklärte, »daß Mitteilungen, die sie später gerne ungeschehen sähe, nicht selten aus Quellen herrühren, die jeden Zweifel an der Loyalität der Absichten vollkommen ausschließen[2])«.

Kleinlichkeit aber muß man hierin sowohl der preußischen als auch sächsischen Regierung vorwerfen, denn die »unzeitigen Mitteilungen« und die daran anschließenden »oft scharf tadelnden Bemerkungen« waren meist ganz unbedeutender Art[3]), und sie hätten allein schon aus dem Wettbewerb, der zweifellos schon damals unter den Zeitungen darin bestand, in der Schnelligkeit der Nachrichtenvermittlung sich gegenseitig möglichst zu überbieten, erklärlich sein dürfen. Sollte diese Einsicht der sächsichen und preußischen Regierung entgangen sein?

Um aber fühlen zu lassen, als ob man der Zeitung im Grunde genommen »keinen lästigen Zwang ansinnen« möchte, hat Rochow auf verschiedene Möglichkeiten, wie man am besten unterrichtet werde, aufmerksam gemacht und er-

---

[1]) Die Redaktion der L. A. Z. an den Minister v. Rochow in Berlin vom 19. Dezember 1840.

[2]) Brockhaus an das Sächsische Ministerium des Innern vom 9. Dezember 1840.

[3]) Im wesentlichen mochte meines Erachtens ein Artikel in Nr. 293 vom 19. Oktober 1840 Anstoß gegeben haben, in welchem über Standeserhöhungen folgendes berichtet war: »Der Zufall scheint nach der Ansicht vieler obgewaltet zu haben, und so viel ist gewiß, daß nicht jeder Standeserhöhung und Ordensverleihung ein persönliches Verdienst oder eine notwendige Gerechtigkeit zugrunde liegt.« Weiter sagt derselbe Berichterstatter: »Schließlich kann ich ihnen die Ernennung des Generals Thiele II an die Stelle des Fürsten Wittgenstein schon als faktisch und ausübend bestehend melden, obgleich sie noch nicht publiziert ist.« (Artikel war von W. Alexis; vgl. auch unten S. 147 ff.)

klärte sich überdies gerne bereit, die Redaktion mit Rat und Auskunft »in erheblichen Fällen« zu unterstützen[1]).

Hier schon zeigte sich, wie später noch in erheblicherem Maße, daß die preußische Regierung absichtlich sich den Anschein einer freiheitlichen und äußerst loyalen Gesinnung zu geben bestrebt war; und zwar, wie ich annehmen möchte, dadurch, daß man mit Vorbedacht auch den geringsten Beschwerdegrund heranzog, sich beklagte, dann aber die Sache auf sich bewenden ließ, um bei den übrigen Bundesstaaten möglichst verträglich und freisinnigen Meinungen zugänglich zu erscheinen.

Diese Ansicht stützt sich auf ein zweites Beschwerdeschreiben der preußischen Regierung[2]), das dem ersten vom Anfang Dezember 1840 unmittelbar nachfolgte. Darin drückte Herr von Rochow sein Erstaunen darüber aus, daß sein wenige Tage zuvor erlassenes Schreiben so wenig Erfolg gehabt habe. »Resümiere ich den Inhalt jenes meines Schreibens, so passen alle Andeutungen, die ich dort über das zu Vermeidende, Unwillkommene, und Bedenkliche gegeben habe, vollständig auf den ganzen Charakter dieses Artikels, auf seine klar zutage liegenden boshaften und verwerflichen Absichten, auf die gehässige Weise, durch Verleumdungen und Mißtrauen zu vergiften«. Eine kurze Erklärung und die Zusicherung bester Gesinnung von seiten des Verlags genügte, um in Berlin wieder zu beruhigen[3]).

Der gleiche Fall wiederholte sich wenige Monate später. Hier gab sich die preußische Regierung sogar mit der lakonischen Antwort der Verleger, man bedaure, mit Artikeln, die nicht nachweisbar seien, Beschwerde erregt zu haben, zufrieden[4]). Die Beschwerden der preußischen Regierung im Dezember 1840 hatten aber immerhin die Wirkung, daß die Gebrüder Brockhaus die Notwendigkeit einer Mäßigung im allgemeinen

---

[1]) Minister v. Rochow an Heinrich Brockhaus vom 8. Dezember 1840.

[2]) v. Rochow an Heinrich Brockhaus vom 28. Dezember 1840.

[3]) Die Redaktion der L. A. Z. an Herrn v. Rochow in Berlin vom 31. Dezember 1840.

[4]) Brockhaus an Herrn v. Rochow vom 16. März 1841.

wie auch gegenüber der preußischen Regierung im besonderen, einsahen und danach zu handeln gewillt waren, »da man einmal gegen den Strom nicht schwimmen kann« [1]).

Abgesehen von einigen Privatklagen gegen die Zeitung im Februar und Dezember 1841 kam es während dieses ganzen Jahres und auch länger zu keinen schweren Auseinandersetzungen mit der preußischen Regierung. Die gemäßigte Haltung der Zeitung war so auffallend, daß das sächsische Ministerium, angenehm berührt, davon Kenntnis nehmen konnte, daß die früheren Vermahnungen nicht ohne Erfolg geblieben waren [2]).

Im März 1842 sah sich die preußische Regierung genötigt, wegen einer freimütigen Besprechung der Provinziallandtage in Preußen gegen die L. A. Z. mit Androhung des Debitentzuges bei der Kreisdirektion in Leipzig neuerdings Klage zu führen [3]).

Von vornherein muß hier schon auffallen, daß die in Frage kommenden Artikel laut Angabe in Nr. 198 vom 17. Juli und Nr. 225 vom 8. August 1841 sollen gestanden haben. Nach genauer Durchsicht der betreffenden Zeitungsnummern muß ich mich der Ansicht von Dr. G. Julius anschließen, der nachgewiesen hat [4]), daß hier ein Irrtum vorliegen müsse. Er glaubt damit beweisen zu können, daß die L. A. Z. bis zum Dezember 1841 zu keiner Beschwerde Anlaß gegeben habe, und daß die L. A. Z. erst dann wieder eine freiere Sprache geführt habe, als die neue preußische Zensurverordnung vom 24. Dezember 1841 [5]) erschienen war, in welcher es hieß, daß »Schriften, in denen die Staatsverwaltung im ganzen oder in einzelnen Zweigen gewürdigt, erlassene oder noch zu erlassende Gesetze nach ihrem inneren Wert geprüft, Fehler und Mißgriffe auf-

[1]) Brockhaus an Dr. Wilhelm Häring in Berlin (Willibald Alexis) vom 16. Dezember 1840.

[2]) Kreisdirektion in Leipzig an Brockhaus vom 23. März 1842.

[3]) Ebendaselbst.

[4]) Gustav Julius, Die Verteidigung der Leipziger Allgemeinen Zeitung, Braunschweig 1843, S. 15.

[5]) Abgedruckt bei Hesse a. a. O. S. 82 Anmerkung.

gedeckt, Verbesserungen angedeutet oder in Vorschlag gebracht werden, um deswillen, weil sie in einem anderen Sinne als dem der Regierung geschrieben, nicht zu verwerfen sind.«

Der Verlag unterließ es vorerst, eine Antwort zu geben, wohl deswegen, weil die in Frage stehenden Artikel nicht genau nachzuweisen waren. Erst auf eine diesbezügliche Aufforderung behördlicherseits[1]) hat er zu dem Falle Stellung genommen und sich auch da nur kurz erklärt, daß man schon aus geschäftlichen Gründen, weil die Zeitung in Preußen den größten Absatz habe, bemüht sein werde, auf diesen Staat die größte Rücksicht zu nehmen, um möglichst zu keiner Klage mehr Anlaß zu geben[2]).

Mit der Redaktionsübernahme der Zeitung durch Dr. Gustav Julius aber verschärfte sich das Verhältnis zu Preußen in unverkennbarer Weise, und zwar machte sich in so auffallender Schnelle eine gänzliche Gesinnungsänderung des Blattes geltend, daß man wohl nicht mit Unrecht an eine absichtliche Provokation denken mochte[3]).

Es war kein geringes Wagnis, als die Firma mit ihrem Mitarbeiter, Dr. Julius, dessen Artikel sie oft als ungeeignet oder von der Zensur stark entstellt zurückweisen mußte[4]), im April 1842 zwecks Übernahme der Redaktion in Verbindung trat[5]). Wenn also der Mann, dessen radikal-liberales Wesen genügend bekannt war, den Verlegern zur Leitung ihrer Zeitung geeignet erschien, so bekundeten sie damit vollauf, in welcher Weise von jetzt an die L. A. Z. zu den aktuellen Staatsfragen Stellung nehmen werde.

Die Richtungsänderung der Zeitung setzte jedoch nicht erst durch den jugendlichen Radikalen Dr. Julius ein, sondern

---

[1]) Kreisdirektor Dr. Falkenstein in Leipzig an Brockhaus vom 28. Juni 1842.

[2]) Brockhaus an die Kreisdirektion in Leipzig, vermutlich am 29. oder 30. Juni 1842. (Das Schriftstück trägt kein genaues Datum, ist aber wohl unmittelbar auf die Zuschrift der Kreisdirektion vom 28. Juni erfolgt.)

[3]) Tagebücher von Heinrich Brockhaus, I. Band, 487. (23. XII.)

[4]) Brockhaus an Dr. Julius in Berlin vom 27. Mai, vom 12. Juni, vom 28. Oktober, vom 30. Oktober 1841, vom 26. Februar und 29. Oktober 1842.

[5]) Brockhaus an Dr. Julius vom 2. April 1842.

hatte sich als notwendige Folge der allgemein immer heftiger vorwärts drängenden öffentlichen Meinung[1]) schon im Frühjahr 1842 entschiedener als je zuvor geltend gemacht[2]). Die L. A. Z. war von diesem Zeitpunkt an schon recht auffallend der Sprechsaal derjenigen freidenkenden Männer geworden, die das Versprechen Friedrich Wilhelms III. vom 22. Mai 1815 endlich einmal wollten eingelöst wissen. Einer der bemerkenswertesten Artikel aus jenen Tagen war derjenige eines Berliner Mitarbeiters, der mit folgenden Worten schloß: »Ein Verlangen nach konstitutionellem Leben, gestehen wir es uns zu, ist weit verbreitet durch die Nation. Wohlverstanden nach konstitutionellem Leben, nicht nach einer Konstitution, weder einer spanischen noch englischen, weder einer französischen noch norwegischen, sondern nach einem Etwas, das die dunkle Kluft füllt zwischen Regierung und Regierten, das den König und seine Räte uns näher bringt und uns erhebt zu Einsicht und Teilnahme an den Handlungen über unser Wohl und Wehe; daß wir nicht bloß in servilem Glauben fort und fort gehorchen, sondern in hellem Bewußtsein, daß die monarchische Regierung de facto die Summe ist der besten Einsicht und der in der Nation reif gewordenen Gedanken. — Der preußische Beamtenstaat ist zwar hoch gebildet, das behauptet er aber von sich selbst nicht, daß er alles weiß. Ein Staatsrat, zu dem auch Gutsbesitzer, Kaufleute, Bürger — warum nicht auch einzelne Bauern? — zugezogen würden, erhöhe das Ansehen und Gewicht dieses Rates vor der Nation. — Den Theorien von Volkssouveränität würde freilich nicht gehuldigt, aber der großen Mehrzahl der liberalen Royalisten in Preußen ein Genüge geschehen[3]).«

Aber nicht allein durch solche eingehende Artikel wurde in der L. A. Z. die Verfassungsfrage unverhohlen besprochen und dem Publikum als wahrhaft brennend vor Augen geführt, sondern sie bediente sich hierzu noch eines tiefgreifenderen

---

[1]) Vgl. Salomon a. a. O. S. 317 ff.

[2]) Vgl. unten S. 151 ff.

[3]) L. A. Z. Nr. 275 vom 1. Oktober 1842.

Mittels, das ebenso gefährlich als wirkungsvoll sein mußte und das in jenen Jahren in der liberalen Presse allenthalben eine bedeutsame Rolle gespielt hat[1]): der Satire. Die L. A. Z. begann diesen eigenartigen Kleinkampf gegen die Korruption der Verwaltungszustände und gegen den Druck der Zensur in auffallenderer Weise erst im Sommer 1842. Und zwar sicherte sich die Redaktion dadurch vor Verfolgungen, daß sie diese wirkungssicheren, spöttisch-boshaften Aphorismen in Form von Zitaten und Versen in den Anzeigeteil einstreute[2]); wer sie finden wollte, fand sie auch dort, wenn man es nicht von Anfang an so einrichten konnte, daß sie exponiert genug waren, um aufzufallen. Nur einige bemerkenswerte derartige Beispiele mögen zur Illustration dienlich sein. So fand sich im Inseratenteil der Nr. 216 folgendes Gedicht:

»An Hoffmann von Fallersleben, bei Überreichung eines grünen Blattes:

Freund, ich gebe dir das grüne
Blatt in deine rechte Hand,
Weil das Recht und auch die Rechte
Sind in deiner rechten Hand[3]).«

In derselben Nummer der L. A. Z. waren auch noch folgende Verse zu lesen:

»An S . . . . .
Ja, du sprachst ein Wort der Freiheit,
Ja, mein Freund! Du sprachst es aus!
Aber wer baut uns den Tempel
Für die deutsche Freiheit aus?« (Herlossohn.)[4])

Wenige Tage später schon parodierte die L. A. Z. nach Beckers »Rheinlied«:

---

[1]) Salomon a. a. O. S. 317 ff.

[2]) Dadurch konnte sich der Verlag jeder Verantwortlichkeit entziehen; vgl. oben S. 24.

[3]) H. v. Fallersleben war bekanntlich seiner unpolitischen Lieder wegen in Breslau seines Amtes als Universitätslehrer enthoben worden, welche Maßnahme allgemeinen Unmut in liberalen Kreisen hervorrief; die freisinnige Presse ist allenthalben wacker für den verdienstvollen Mann eingetreten.

[4]) War ein bekannter Radikal-Liberaler jener Tage und Herausgeber der Zeitschrift »Komet«, über dessen Artikel man sich in Wien und Prag entsetzte. H. H. Houben, Jung-Deutscher Sturm und Drang, Leipzig 1911, S. 324.)

»Numquam retrorsum!
Sie sollen es nicht haben,
Das Regiment der Welt,
Weil sie das Licht begraben,
Das dumpfe Winkel hält.« [1])

Wenige Wochen zuvor aber hatten folgende schlagende Distichen in Nr. 201 der L. A. Z. vom 20. Juli gestanden:

»Am 19. Juli 1842.

Ihm, dem Edlen, zu nahn, bedurft's nicht der Waffen und Ahnen;
Nicht der Günstlinge Gunst, des nieder sich krümmenden Nackens ...
Schützt mich vorm Blitze des Zeus, ihr Lahren! Ich pries ja die Toten;
Denn die Lebenden sind und die Zeit nicht wert des Gesangs.«

Des ferneren steht die nunmehr bewußt vorwärts treibende Tendenz der L. A. Z. in engem Zusammenhang mit den Resolutionen Friedrich Wilhelms IV. über die Preßangelegenheit im Herbst des Jahres 1842. Im Jahre 1841 hatte der König eine erste bedeutsame Konzession an die Forderungen der Liberalen gemacht (vgl. unten S. 148 f.) durch die Zensurinstruktion vom 24. Dezember 1841, die allenthalben angenehm und befreiend berührte [2]); nur der Mächtige in Wien schien über den diesbezüglichen Bericht Trautmannsdorffs nicht erfreut gewesen zu sein [3]). Im September 1842 erfolgte die Begegnung des Königs mit Metternich auf Schloß Stolzenfels am Rhein. Dort hat sich Friedrich Wilhelm IV., entgegen allen Bedenken Metternichs, sowohl über seine beabsichtigten Maßnahmen betreffs der Verfassung als auch bezüglich einer neuen und endgültigen Regelung der Preßverhältnisse ausgesprochen [4]).

Jetzt erwartete das Volk von der königlichen Gnade mit Recht das letzte Zugeständnis, und die Presse besprach schon im voraus sehr lebhaft die wesentlichen Bestimmungen der zu erwartenden Verordnnng, in welcher der König sehr weite

---

[1]) L. A. Z. Nr. 227 vom 15. August 1842.

[2]) Zur Vorgeschichte dieser Instruktion vgl. Kapp a. a. O. S. 185 ff.

[3]) A. Stern, Friedrich Wilhelm IV. und Fürst Metternich im Jahre 1842; Mitteilungen des Instit. f. österr. Geschichtsforschung, Bd. 30, S. 123.

[4]) Vgl. Metternichs Aufzeichnungen über ein Gespräch mit Friedrich Wilhelm IV. am 16. September 1842, aus dem K. u. K. Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien, abgedruckt bei A. Stern a. a. O. S. 146 ff.

Grenzen zu ziehen beabsichtige. Die L. A. Z. erklärte: »Es sei bei ihm wohlerwogener und fester Wille, seinem Volke ein Gesetz über die Presse zu geben, das gerade und aufrichtig auf dem Grunde der Preßfreiheit erbaut sei[1].«

Am 4. Oktober 1842 erschien die Order über die neue Preßverordnung; sie brachte die Freigabe der über 20 Bogen starken Druckschriften von der Zensur und die Verheißung einer gründlichen Revision der gesamten Preßgesetzgebung in Preußen[2]). Kein Zweifel, das Versprechen Friedrich Wilhelms III. vom Jahre 1815 sollte endlich eingelöst werden, und in dieser frohen Zuversicht begann nun ein entschlossenes Bitten und Drängen, da man wohl einsah, daß gerade jetzt nicht auf halbem Wege dürfe stehengeblieben werden. Dabei sprach die L. A. Z. die Meinung vieler aus, wenn sie die königliche Verordnung als eine Befreiung begrüßte und der Überzeugung Ausdruck gab: »Die Konsequenzen dieser Kabinettsordre könne nur eine völlige Preßfreiheit fordern und in Aussicht stellen[3]).« Ohne Bedenken versuchte die L. A. Z. den König von Preußen zu bestimmen, das Werk der Zensurerleichterung zu vollenden, und stellte schließlich im Namen der ganzen Nation die dringende Bitte: »Sire, geben Sie uns Preßfreiheit![4])«

Diese Wendung der Dinge hatte Friedrich Wilhelm IV. nicht erwartet, als er am 4. Oktober seine Order über die neue Zensurverordnung erlassen hatte. Die kühnen Bitten und Forderungen der Liberalen kränkten den König, der nicht gewillt war, sich mit Gewalt Zugeständnisse abzwingen zu lassen. Seine Verordnung über die Presse sollte ein Gnadengeschenk, nicht aber das Zeichen des Nachgebens an den Willen und die Wünsche des preußischen Volkes sein. Nach den Aufzeichnungen Varnhagen von Enses[5]) las der König

[1]) L. A. Z. Nr. 274 vom 1. Oktober 1842.

[2]) Vgl. Hesse a. a. O. S. 48. Bei dem neuen Preßgesetz sei, sagt Hesse a. a. O. S. 58 und 59, die Freiheit die Regel mit dem die Freiheit beschränkenden Präventivsystem; eine Preßfreiheit mit partieller Beschränkung.

[3]) L. A. Z. Nr. 325 vom 21. November und Nr. 327 vom 23. November 1842.

[4]) L. A. Z. Nr. 348 vom 14. Dezember 1842.

[5]) Tagebücher. 2. Bd. S. 126 f. (Aus einer Besprechung mit Minister von Bülow vom 22. Dezember 1842.)

sehr begierig die Zeitung, fand sich jeden Tag verletzt und war empört über das kühne Vordringen. Diesem bot denn sein absoluter Sinn noch einmal Halt dadurch, daß von neuem die Zeitungen und Zeitschriften unter strengste Zensur gestellt wurden. Laut einem Bericht aus Königsberg in der L. A. Z. wurde dort jede Beschwerde über diese neue verschärfende Maßregel kurzerhand abgewiesen, und der Oberpräsident daselbst erhielt sogar eine Belobigung über seine neuerdings so wirkungsvolle Zensurtätigkeit[1]). Mitte Dezember war man wieder so weit wie vor der Order vom 4. Oktober, und ein Berliner Korrespondent der L. A. Z., Ludwig Buhl, klagte mit Recht über diesen unverständlichen Rückschritt: »Jeder Tag bringt uns neue Beiträge zur Leidensgeschichte der Presse und rückt uns dem unvermeidlichen Ziel näher. Nein, es ist keine Täuschung mehr möglich, der Untergang der Quasifreiheit, welche wir dem Zensurzirkular verdanken, ist fest beschlossen und großenteils vollendet, und es wird uns kaum noch Zeit bleiben, uns zur Leichenrede vorzubereiten[2]).«

Die königliche Entrüstung und der Zorn der Minister richteten sich schließlich seit Mitte November neben der »Rheinischen Zeitung« sehr stark auf die L. A. Z., um so mehr, da diese außer den freimütigen Äußerungen über die preußischen Zustände obendrein in einer Weise die Audienz des Dichters Herwegh beim König im November 1842 besprochen hatte, die Aufsehen und Anstoß zugleich erregen mußte[3]).

Es hatte sich gar bald erwiesen, daß vor der Zeitung kein Geheimnis mehr sicher sei, und daß hohe Beamte ihr Mitteilungen liefern müßten[4]). In der Tat entging dem Blatte nichts, was in Preußen einer Kritik bedurfte, so daß sich Wittgenstein, der Hausminister und Vertraute Metternichs, spöttisch äußern konnte: »Alles, was er jetzt von hiesigen Dingen wisse, schöpfe er aus der ‚Leipziger Allgemeinen

[1]) L. A. Z. Nr. 354 vom 20. Dezember 1842.

[2]) L. A. Z. Nr. 355 vom 21. Dezember 1842; vgl. unten S. 157/58.

[3]) Siehe unten S. 160 ff.

[4]) Varnhagen v. Ense, Tagebücher. 2. Bd. S. 126 f. (Aus einer Besprechung mit Minister v. Bülow vom 22. Dezember 1842.)

Zeitung'; dort werde alles Wichtigste und Geheimste mitgeteilt[1]).«

Schon Anfang November hatte der Oberregierungsrat Hinckeldey in Merseburg auf höheren Antrag eine scharfe Berichtigung gegen einen Artikel über die ständischen Ausschüsse in Preußen der L. A. Z. eingesandt[2]), die den Gebrüdern Brockhaus zur Warnung dienen sollte. Nach einem Bericht Varnhagen von Enses erklärten jedoch diese, daß sie nicht die Absicht hätten, gegenüber preußischen Blättern rückständig zu bleiben[3]).

Jedoch scheint nach Aufzeichnungen von Heinrich Brockhaus der Verlag selbst über die Sprache des Blattes bedenklich geworden zu sein, und man erwartete strenge Maßnahmen. »Unsere Zeitung«, so schreibt Heinrich Brockhaus, Tagebücher 1. Bd. S. 487, »ist in letzter Zeit so ultraliberal und unruhig geworden, wie es irgend die Zensurverhältnisse gestatten, und bei der Ermangelung einer festen Basis der Presse bin ich nicht ohne Besorgnis, daß einmal ein Verbot von Preußen aus erfolgt. — Ich gehöre doch gewiß zu den Liberalen, ich bin Republikaner aus Überzeugung und scheue mich nicht vor allen Konsequenzen des Liberalismus.« —

Die preußischen Mitarbeiter der L. A. Z. möchte ich in zwei Gruppen einteilen. Die erste schließt die Korrespondenten, die von Anfang an tätig waren, ein, die zweite diejenigen, die am Anfang des Jahres 1842 neu hinzutraten. Inwiefern sich diese Einteilung rechtfertigt, wird die weitere Darstellung lehren. —

Einer der ersten, die sich an der Zeitung beteiligten, war der bekannte Romanschriftsteller Heinrich Ludwig Rellstab in Berlin[4]).

---

[1]) Varnhagen v. Ense, Tagebücher, a. a. O. S. 130. (24. Dezember 1842.)

[2]) Oberregierungsrat Hinckeldey an Brockhaus vom 9. November 1842.

[3]) Varnhagen v. Ense a. a. O. S. 126 f.

[4]) Rellstab war geboren am 13. April 1799 in Berlin; erst Artillerieoffizier, widmete er sich seit Anfang der 20er Jahre der Literatur. Lebte abwechselnd in Frankfurt a. O., Dresden, Heidelberg, Bonn und kehrte 1823 nach Berlin

Rellstab war ein guter Preuße, was er immer wieder deutlich erkennen ließ, sei es bei der Beurteilung des kirchlichen Streites im Rheinlande oder bei der Besprechung der orientalischen Frage und der daraus sich entwickelten Spannung zwischen Frankreich und Preußen. Dennoch aber zeigte er im Grunde genommen in der Beurteilung dieser politischen Angelegenheiten nur selten eine selbständige und entschiedene Meinung[1]), sondern begnügte sich vielmehr meist mit einer sachlichen Darstellung der Dinge.

Die Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV. und die daran anschließende Verfassungsfrage beschäftigten Rellstab etwas mehr. Er schilderte mit großer Begeisterung die enormen Vorbereitungen, den Verlauf der Huldigungsfeier selbst[2]) und die ausgedehnten, darauf folgenden Hoffestlichkeiten[3]). Rell-

zurück und trat dort 1836 in die Redaktion der »Vossischen Zeitung« ein. Er lebte bis zu seinem Tode 27. November 1860 als Journalist, Romanschriftsteller und Theaterschriftsteller in rastloser Tätigkeit. Vgl. ausführlich Deutsche Biographie. 28. Bd. S. 781 ff.; über seine Werke vgl. Verlagsverzeichnis S. 304—309.

[1]) Aufgefallen ist mir bezüglich des Kölner Streites nur folgender Passus, der sich auf die Wirkung der letzten päpstlichen Allokution bezog: »Überhaupt scheint es, als wollten, trotz allen in Bewegung gesetzten künstlichen Mitteln, die hierarchischen Blitzstrahlen aus Rom keinen Erfolg mehr haben. Die Völker bleiben ruhig, die Priesterpartei steht allein. So möchte auch wohl diese lärmende Angelegenheit ziemlich die letzte gewesen sein, in der Rom sich eine Bedeutung zu geben versuchen durfte. Der alte Stamm ist hohl, morsch; so kann er den Stürmen und Strömen der Zeit nicht widerstehen. Er muß aus seinem mit eigenen Blättern gedüngten Boden neue Keime treiben, die sich anders entwickeln. Die Religion bleibe in höchsten Ehren, im unbedingtesten Einfluß; aber nicht mehr in der Form des Priestertums, das allen Laien die Binde um die Augen legt oder sie in dunkle Tempel führt, sondern als Gewährerin allgemein verbreiteten Lichtes, das jedem Auge den freiesten Gebrauch eigener Sehkraft gestattet.« L. A. Z. Nr. 349 vom 15. Dezember 1839. — Aus wenigen Artikeln ist allenfalls seine persönliche Stellung zu den kirchlichen Streitigkeiten noch zu erkennen: Nr. 2 vom 2. Januar, Beilage, Nr. 27 vom 27. Januar und Nr. 189 vom 8. Juli 1838; im übrigen aber behandelte er die Kölner Wirren mit großer Sachlichkeit. Auch bezüglich der französischen Rheinpolitik und der orientalischen Frage war er sehr mäßig und insofern optimistisch, als er überzeugt war, daß die Franzosen die Türken schließlich doch würden fallen lassen. L. A. Z. Nr. 288 vom 14. Oktober 1840.

[2]) L. A. Z. Nr. 288 vom 14. Oktober, Nr. 291 vom 17. Oktober und Nr. 291 vom 17. Oktober, Beilage, 1840.

[3]) L. A. Z. Nr. 296 vom 22. Oktober und Nr. 298 vom 24. Oktober 1840.

stab war einer der vielen, die mit der besten Zuversicht auf die Vollendung des ersehnten Verfassungswerkes in Preußen warteten, einer derjenigen, die, gestützt auf die verbürgten Rechte, die Erweiterung der ständischen Verfassung forderten, diese nicht gleichsam als ein Gnadengeschenk des Königs wollten betrachtet wissen[1]).

Die dringende Frage der Presse endlich lag Rellstab sehr am Herzen, und er ist wiederholt mit großer Wärme für die Erleichterung derselben eingetreten[2]). Außer diesen wichtigeren internen Angelegenheiten besprach Rellstab noch eine große Menge Tagesneuigkeiten der verschiedensten Art. Kunstnachrichten, Theater- und Konzertberichte sowie solche über die Entwicklung des Gewerbelebens bildeten den Hauptstoff dieser Einsendungen. Er korrespondierte bis zur Titeländerung der L. A. Z., doch waren am Anfang des Jahres 1843 seine Berichte unter dem Einflusse des Verbotes in Preußen numerisch wie inhaltlich sehr unbedeutend geworden[3]).

Sehr großes Vertrauen genoß schon vor seiner Tätigkeit als Korrespondent der Geheime Regierungsrat und Oberbürgermeister von Berlin W. von Bärensprung[4]), der vom Verlag war gebeten worden, sowohl vertrauenswürdige Mitarbeiter in Vorschlag zu bringen, als auch selbst für das Blatt tätig zu sein; »ich würde dann sicher sein,« schreibt Brockhaus an Bärensprung, »meinen Lesern recht gründlich und anziehend geschriebene Aufsätze über Preußen vorlegen zu können[5])«.

Bärensprung war bis zu seinem Tode im Sommer 1841

---

[1]) L. A. Z. Nr. 304 vom 30. Oktober 1840.

[2]) L. A. Z. Nr. 203 vom 22. Juli 1838, Nr. 5 vom 5. Januar, Nr. 19 vom 19. Januar, Nr. 31 vom 31. Januar und Nr. 199 vom 17. Juli 1840.

[3]) L. A. Z. Nr. 40 vom 9. Februar 1843: Bericht über Diebstähle, mangelhafte Straßenbeleuchtung und Maskenfeste. Nr. 48 vom 17. Februar 1843: Bericht über die Hinrichtung eines Verbrechers. Nr. 63 vom 4. März 1843: Hofnachrichten und Bericht über ein Maskenfest bei Hofe.

[4]) Bärensprung war geboren 1779 in Berlin als Sohn eines Oberforstmeisters. Hatte sich große Verdienste um das Finanz- und Erziehungswesen in Berlin erworben; er war der Gründer der Gewerbeschule und des Realgymnasiums in Berlin. Vgl. den Nekrolog auf v. Bärensprung L. A. Z. Nr. 281 vom 6. August, Beilage, 1841.

[5]) Brockhaus an v. Bärensprung vom 18. August 1837.

neben Rellstab der rührigste preußische Mitarbeiter an der L. A. Z. Seine Berichte aus Berlin wie auch die »Aus Preußen« lassen den umsichtigen Verwaltungsbeamten und im weiteren den tüchtigen Wirtschaftspolitiker deutlich erkennen[1]). Verwaltung und Wirtschaftsleben waren und blieben die Hauptgebiete seiner journalistischen Tätigkeit.

Bärensprung war indessen dem Verlage mehr als nur Mitarbeiter; er zeigte auch insofern Interesse an der Zeitung, als er den Gebrüdern Brockhaus in dringenden Fällen mit Rat gerne zur Seite stand[2]). Die genaue Sachlichkeit, mit welcher Bärensprung seine Berichte abfaßte, dann der aktuelle Stoff derselben, der meist aus erster Hand kam, mußte einer Tageszeitung überaus wertvoll sein. Brockhaus bedauerte denn auch lebhaft den Tod Bärensprungs im Juli 1841[3]).

Ein recht eifriger Mitarbeiter neben Rellstab und Bärensprung war der Königliche Hofrat Brüggemann[4]) in Berlin,

[1]) Hierfür einige Beispiele: L. A. Z. Nr. 185 vom 4. Juli 1838 bespricht er neue Vorschriften im öffentlichen Rechnungswesen. — In Nr. 12 vom 12. Januar 1839 bespricht er eine neue schlesische Städteordnung; Nr. 23 vom 23. Januar 1839 Reformen im Steuerwesen. — Nr. 344 vom 10. Dezember 1839 enthält die Mitteilung über ein verschärftes Paßreglement; Nr. 3 vom 3. Januar, Beilage, 1840 die Veröffentlichung einer neuen Verordnung des Justizministers über die Zahl der in der preußischen Justizverwaltung anzustellenden Beamten. — An größeren referierenden Artikeln: »Übersicht der Gesetzgebung und Verwaltung im Herzogtum Nassau im Jahre 1839«, L. A. Z. Nr. 348 vom 13. Dezember, Beilage, 1840 und »Übersicht der Hannoverschen Gesetzgebung und Verwaltung für das Jahr 1839« L. A. Z. Nr. 358 vom 23. Dezember, Beilage, 1840. - Seine wirtschaftspolitischen Interessen zeigte er in folgenden Artikeln: Nr. 201 vom 20. Juli 1838 über Salzmonopol, Nr. 193 vom 12. Juli 1838 und Nr. 344 vom 10. Dezember 1839 verwirft er die wirtschaftliche Ausbeutung durch Handelsjuden und wünscht diese unter verschärfte Kontrolle gestellt. — In Nr. 199 vom 18. Juli 1839 referiert er über Gewerbefreiheit und kommt zu dem Schlusse: »Es ist ein großes Mißverständnis, wenn viele glauben, daß neben der Gewerbefreiheit nicht auch Zunftverfassung bestehen könne; beide können Hand in Hand gehen, ja man kann sagen, daß die Vorteile der Gewerbefreiheit erst dann recht sichtbar werden, wenn damit Ordnung und Organisation der Gewerbetreibenden verbunden ist.«

[2]) Brockhaus an v. Bärensprung vom 8. Februar 1841.

[3]) Brockhaus an den Regierungsreferendar v. Bärensprung vom 13. Juli 1841.

[4]) Ist wohl identisch mit dem Hofrat Theodor Brüggemann in Berlin, dem bekannten kathol. Schulmann (vgl. »Deutsche Biographie«). — Wenigstens läßt ein Artikel von dem L. A. Z.-Mitarbeiter Brüggemann in Nr. 339 d. L. A. Z. v. 5. Dez. 1838

der seit 1838 korrespondierte und scheinbar sehr peinlich auf die exakte Wiedergabe seiner Einsendungen bedacht war[1]). Er versah, vom Verlage sehr geschätzt, die Zeitung im wesentlichen mit Berichten über Handel und Industrie. Diesem Ressort wandte er von Anfang an seine Hauptaufmerksamkeit zu und wurde auch später noch von Brockhaus gebeten, auf diesem Gebiete fürderhin tätig zu sein, im besonderen über die Verhältnisse des Assekuranzwesens der Versicherungsanstalten zu berichten[2]).

Mehr als dieser Theodor Brüggemann aber muß uns ein anderer Mitarbeiter gleichen Namens interessieren, der als Brüggemann II im Spätjahr 1842 zum ersten Male in der L. A. Z. auftrat und, ein leidenschaftlicher Kämpfer, die Rechte und Forderungen des preußischen Volkes verfocht[3]). »Es weilt seit einiger Zeit«, so beginnt einer seiner trefflichsten Kampfartikel, »wieder eine recht schwüle Luft über unserem Haupte, und sie wird täglich schwüler. — Sehen wir uns heute näher den wahren Inhalt und Grund dieser über uns weilenden Gewitterschwüle an. Der König wollte uns aus den dürren Steppen der Bureaukratie auf die schöne grüne Weide eines öffentlichen Volkslebens führen; und er befahl, der Presse einen freieren Spielraum zu gewähren. Freude war im ganzen Lande über das königliche Wort, und junges Leben regte sich auf allen Fluren, frischer Mut, neues Gefühl der moralischen Mitwirkung zum Ausbau der Rechts- und Staatsverhältnisse in allen Gemütern.

---

darauf schließen, worin die Nachricht der »Münch. polit. Zeitung«, der preußische Gesandte in Rom werde infolge des Kölner Streites abberufen, dementiert wird. Von Theodor Brüggemann wissen wir aber, daß er 1837 und 1838 zu gesandtschaftlichen Ausführungen in Rom war (vgl. »Deutsche Biographie«).

[1]) Brockhaus an Brüggemann vom 28. Februar 1840.

[2]) Brockhaus an Brüggemann vom 1. Februar 1840.

[3]) Ist m. E. identisch mit dem bekannten rhein. liberalen und späteren Chefredakteur der »Kölner Zeitung«, Karl Heinr. Brüggemann. Darin bestärkt mich einmal, daß dieser Mitarbeiter Br. ein wackerer Verteidiger Herweghs und seiner Genossen war (L. A. Z. Nr. 348 v. 14. Dez. 1842); ferner paßt das, was hier kurz K. Heinr. Brüggemanns Stellung zum Liberalismus kennzeichnen soll, der Wortlaut und Charakter eines seiner Berichte in der L. A. Z., recht gut zu dem, was Buchheim in seiner Arbeit »Die Stellung der ‚Köln. Zeitung' im vormärzlichen rheinischen Liberalismus« (Leipz. Diss. 1914) S. 105 ff. über Karl Heinr. Brüggemanns Stellung zum dt. im besonderen rhein. Liberalismus als charakteristisch hervorhebt.

Eine Verfassung hatten wir nicht. Was wir unter dem Namen von ‚Provinzialständen' etwa besaßen, liebten wir nicht. Es war mehr ‚Erfindung als Durchbildung', wie Dahlmann so fein und treffend sagt: Es lebte nicht in uns, sondern war ein anomaler Dorn in unserem Fleische. Die es etwa liebten, liebten es nur, weil sie meinten, sich einbildeten, es könne Keim und Anfang zu einer ganz anderen, zu einer wirklichen und lebendigen Volksvertretung werden« [1]).

Die Presse und ihre Befreiung blieb Brüggemanns Sorgenkind, die »geistlose und dürre Bureaukratie« aber der heftigste Angriffspunkt seiner Polemik [2]).

Der Zeit vor 1842 gehören fernerhin noch drei Journalisten und Schriftsteller an, die aber allerdings erst in der kritischen Periode am Ende des Jahres 1842 größere Bedeutung gewonnen haben; es sind Wilhelm Häring (Willibald Alexis), Karl Graeser in Marienwerder und S. G. Gumbinner in Berlin.

Wilhelm Häring [3]), der sich schon früher eifrig an der Brockhausschen Zeitschrift »Hermes« beteiligt hatte [4]), korrespondierte anfangs selten und über ganz allgemeine Dinge, wie über Börsenkrisen [5]), oder über eine Reorganisation der preußischen Staatszeitung [6]) und ähnliches mehr.

---

[1]) L. A. Z. Nr. 349 vom 15. Dezember 1842.

[2]) Er würdigt die allgemeine Entwicklung seit der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV., der durch Erleichterung der Presse 1841 zum Schöpfer der norddeutschen Tagespresse geworden sei. »Diese Tat«, sagt Brüggemann, »fand den allgemeinen Dank im ganzen deutschen Vaterlande. Eine freie Presse ist die erste und wichtigste Bedingung eines gesunden Staatslebens, eben weil sie allein alle sich sonst abschließenden und versteckten Gegensätze auflöst und in Fluß bringt und abgestorbene Gebilde ausscheidet.« — Als Organ des wirklichen Volksbewußtseins müsse fernerhin die Presse die Mängel der Bureaukratie aufdecken, »denn, wie weise das Beamtentum auch sein mag, zu dieser Zeit ist Öffentlichkeit des Staats, Teilnahme des Bürgers an Verwaltung und Gesetzgebung eine unabweisbare Forderung; schon um ihrer selbst willen, doch auch nur des Erfolges willen ist sie notwendig « L. A. Z. Nr. 6 vom 6. Januar 1843. — Ähnlich auch im Leitartikel Nr. 364 vom 30. Dezember, Beilage, 1842: »Zur Verständigung über die Kabinettsordre vom 14. Oktober«.

[3]) Vgl. über Häring: Julian Schmidt, Neue Bilder aus dem Geistesleben unserer Zeit. Leipzig 1873. S. 76 ff. [4]) Salomon a. a. O. 3. Bd. S. 289.

[5]) L. A. Z. Nr. 194 vom 13. Juli 1838.

[6]) L. A. Z. Nr. 202 vom 21. Juli 1838.

Seine regelmäßigere Tätigkeit begann Häring erst im Herbst 1840. Dabei trat sogleich die scharf satirische Seite des Dichters in einer Besprechung der bevorstehenden Huldigung in Berlin zum Vorschein [1]), doch nur vorübergehend, denn die Feier selbst und das Auftreten des Königs rissen auch ihn mit vielen zur Begeisterung hin [2]). So groß die Hoffnungen, so groß die darauffolgenden Enttäuschungen über Friedrich Wilhelm IV., der von der göttlichen Bestimmung seiner königlichen Macht so felsenfest überzeugt war. Doch noch einmal glaubte auch Häring daran, daß Friedrich Wilhelm IV. den Wünschen seines Volkes nachgeben werde, damals, als im Dezember 1841 das Zensuredikt erlassen wurde, das als weitgehendste Konzession an den Liberalismus erklärte, daß »Schriften, in denen die Staatsverwaltung im ganzen oder im einzelnen Zweigen gewürdigt, erlassene oder noch zu erlassende Gesetze nach ihrem inneren Wert geprüft, Fehler und Mißgriffe aufgedeckt, Verbesserungen angedeutet oder in Vorschlag gebracht werden, um deswillen, weil sie in einem anderen Sinne als dem der Regierung geschrieben, nicht zu verwerfen sind, wenn nur ihre Fassung anständig und ihre

[1]) In Nr. 271 vom 7. Oktober 1840 erklärte er: »Ein ähnlicher Stillstand in den öffentlichen Befürchtungen und Hoffnungen als jetzt ist in so bewegten Zeiten lange nicht bemerkt worden. Weder klarer Himmel, reine Aussicht, noch, und das ist eigentlich das Merkwürdigste, eine ernstlich drohende Gewitterschwüle. Für uns zunächst gibt es nur Erholung und Erwartung. Das Fest der Einholung als Präteritum und die Huldigung als Futurum absorbieren für den Augenblick die politischen Gedanken, sogar die hochgewichtigen über die Königsberger Antwort, und die Frage: was unsere Stände tun werden, sind über die wichtigeren in den Hintergrund gedrängt, ob im Lustgarten oder auf dem Schloßplatz oder auf beiden zugleich gehuldigt wird; wobei der Berliner Witz wieder eine schlagende Antwort gefunden, die sich nur nicht niederschreiben läßt.«

[2]) In Nr. 293 vom 19. Oktober 1840 sagt Häring: »Preußen ist so glücklich, daß ihm im Zeitraum von zwei Jahrhunderten mehrere Monarchen geboren wurden, welche mit den strahlendsten Gaben den aufrichtigsten Willen verbanden, für das Heil ihrer Völker ihr Alles daran zu setzen. Das hat unser Vaterland groß gemacht, das muß auch der eifrigste Verfassungsfreund anerkennen. Ich wiederhole, was ich Ihnen schon neulich schrieb, der preußischen Monarchie ist ein neues Siegel ihrer moralischen Dauer aufgedrückt in dem geistigen Liebesbunde, den Friedrich Wilhelm mit seinem Volke schloß. Auf diesem Fundamente gegenseitiger Verständigung und Liebe lassen sich die anderen Zeitfragen, wenn die Gemüter erst zur Ruhe gekommen, leichter ausgleichen.«

Tendenz wohlmeinend ist«[1]). Häring begrüßte dieses Edikt freudig und nannte es »eine so eigentümliche Emanation des höchsten Willens, in seiner Idee und Form, daß es uns überrascht hat, und das Berliner Urteil, welches sonst immer fertig ist, hier zaudert. — Die Überraschung, brauche ich kaum zu sagen, ist eine freudige. Wir erblicken wieder den wahrhaft königlichen Willen in seiner ursprünglichen Reinheit«. — Immerhin aber war Häring so skeptisch, daß er sogleich hinzufügte: »Diesen Ausdruck des königlichen Willens konnten wir nicht erwarten. Halten wir uns daran und verstehen ihn als eine Errungenschaft, auch wenn der Erfolg den Hoffnungen nicht entsprechen sollte.«[2]) — Der Erfolg war bekanntlich auch nicht der gewünschte, denn die Preß- und Zensurverordnung vom Oktober 1842 hatte nur vorübergehend die Befreiung der über zwanzig Bogen starken Schriften von der Zensur gebracht[3]). So konnte Häring am Ende des Jahres 1842 ahnungsvoll folgende Aufforderung ergehen lassen: »Wenn die Journale und Zeitungen noch etwas anzubringen haben, so mögen sie damit eilen, denn in kurzem werden Verordnungen erscheinen, welche die jetzige Lizenz sehr beschränken.«[4])

Karl Graeser[5]) vertrat jenen gemäßigten Liberalismus, der sich noch längere Zeit in den Versprechungen des Königs nicht getäuscht sehen wollte. Noch am Ende des Jahres 1842 war Graeser der Meinung: »Wohl begründete Erwartungen sind auf unsere nächste Zukunft gerichtet; bald werden die Provinziallandstände wieder zusammentreten, und zuversichtlich hofft man, mit ihnen Ereignisse eintreten zu sehen, welche die lange gehegten Wünsche der Nation erfüllen und Friedrich Wilhelms IV. Namen zu den glorreichsten der preußischen Geschichte machen würden.«[6]) Das gesteigerte allgemeine

[1]) Vgl. Hesse a. a. O. S. 82 Anm.; vgl. oben S. 139.

[2]) L. A. Z. Nr. 21 vom 21. Januar 1842; vgl. auch über das Preßgesetz L. A. Z. Nr. 192 vom 11. Juli 1842. [3]) Siehe oben S. 140 ff.

[4]) L. A. Z. Nr. 349 vom 15. Dezember 1842.

[5]) Graeser war geboren am 23. August 1807 in Greiz, war Oberlehrer am Gymnasium zu Marienwerder; über seine Tätigkeit als Neuphilologe vgl. Verlagsverzeichnis S. 639.

[6]) L. A. Z. Nr. 345 vom 11. Dezember 1842.

Interesse an dem Provinziallandtage im Jahre 1843 im Gegensatz zu den früheren teilte Graeser sehr lebhaft und fürchtete nur, daß die Dauer desselben für die vielen Fragen zu kurz bemessen sei, »denn die Stimme des Volkes, welche hier auf dem loyalsten Wege zum Throne zu gelangen sucht, spricht sich diesmal über so hochwichtige Dinge aus: Mündlichkeit und Öffentlichkeit der gerichtlichen, ständischen und städtischen Verhandlungen, Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit, zeitgemäßes Pressegesetz, erweiterte Volksvertretung auf Grundlage des Gesetzes vom 22. Mai 1815 usw., daß sie jedenfalls vollständig gehört zu werden verdient« [1]).

S. G. Gumbinner, wie Graeser ein sehr besonnener und vorsichtiger liberaler Kämpfer, hatte schon am Ende des Jahres 1839 versucht mit der Redaktion der L. A. Z. Verbindung zu erhalten; jedoch konnten seine Berichte, aus Rücksicht auf ältere Korrespondenten, vorerst nur gelegentlich Aufnahme finden [2]). Auch noch im Sommer 1840 bat der Verlag, Gumbinner möge sich auf das Allerwichtigste beschränken [3]). Seine Mitteilungen erstreckten sich einmal auf Angelegenheiten der Berliner Universität und auf wissenschaftliche Fragen aller Art. Sodann sandte er eine Menge neuerschienener Erlasse und Verfügungen zum Abdruck ein, ohne sich jedoch darüber selbst auszusprechen [4]). Ebenso sachlich hielt sich Gumbinner in den größeren Artikeln über die Sitzungen der ständischen Ausschüsse am Ende des Jahres 1842 [5]) sowie in dem Leitartikel »Preußische Landtagsangelegenheiten« [6]). Nur einmal, bei der Veröffentlichung der neuen Zensurverordnung 1843, erklärte auch Gumbinner sich deutlich als ein Anhänger möglichst weitgehender Preßerleichterung [7]).

[1]) L. A. Z. Nr. 74 vom 15. März 1843.

[2]) Brockhaus an Gumbinner vom 25. November 1839.

[3]) Brockhaus an Gumbinner vom 12. August 1840

[4]) Von diesen sei nur eine erwähnt: »Verfügung über den Beruf und die Grenzen der Zensur.« L. A. Z. Nr. 14 vom 14. Januar 1842, Beilage.

[5]) L. A. Z. Nr. 319 vom 15. November, Beilage, Nr. 362 vom 28. Dezember, Beilage, Nr. 363 vom 29. Dezember 1842, Beilage.

[6]) L. A. Z. Nr. 76 vom 17. März, Beilage, Nr. 78 vom 19. März, Beilage, Nr. 80 vom 21. März 1843, Beilage. [7]) L. A. Z. Nr. 59 vom 28. Februar 1843.

Betrachten wir noch einmal die soeben besprochenen Mitarbeiter insgesamt, so erkennen wir, daß alle, mit Ausnahme von Karl Heinrich Brüggemann und Häring allenfalls [1]), keine Vertreter des radikalen Liberalismus waren. — Am Anfang des Jahres 1842 kam nun insofern ein frischer, impulsiverer Geist in die L. A. Z., als nun einige jüngere, ungestüme Schriftsteller, von denen ein Teil sich schon anderweitig mit Zensurbehörden tüchtig herumgeschlagen hatte, für die Zeitung zu schreiben begannen und mit geringer oder gar keiner Schonung gegen die preußischen Zustände ihre spitzen Federn führten.

An ihrer Spitze stand, in Leidenschaft allen voran, Karl Heinzen [2]), der mit Recht die »stärkste Säule des Radikalismus« genannt wurde, denn er hatte denselben in nicht weniger als 67 Schriften mit aller Gewalt und rücksichtslos verteidigt [3]).

Heinzens heftige Schrift über die »preußische Bureaukratie« (vgl. Anm. 2) hatte meines Erachtens einen Vorläufer in einem Leitartikel der L. A. Z. Nr. 336 vom 2. Dezember 1842 Beil. [4]). Hier schon entwickelte der leidenschaftliche

[1]) Wenn Salomon Willibald Alexis zu den Vertretern eines »äußerst gemäßigten« Liberalismus zählt (a. a. O. 3. Band, S. 337 f.), so stimmt das meines Erachtens wohl nur in Beziehung auf seine Romane und übrigen Schriften, wohl kaum auch auf seine journalistische Tätigkeit.

[2]) Heinzen war geboren am 22. Februar 1809 in Grevenbroich im Regierungsbezirk Düsseldorf. Studierte in Bonn Medizin und wurde 1828 einer rebellischen Rede wegen relegiert, kam nach Holland und wurde, für die Kolonien angeworben, 1829 als Unteroffizier nach Batavia geschickt. 1831 kam er in die Heimat zurück, wurde Kaufmann, dann Steuerbeamter. Nachdem er 1841 seine »Gedichte« veröffentlicht hatte, ging er zur politischen Schriftstellerei über. Seine Schrift »Die preußische Bureaukratie« (1844) brachte eine Kriminalverfolgung, der er sich durch die Flucht nach Belgien entzog. 1847 bis 1848 ging er nach Amerika, kam aber beim Ausbruch der März-Revolution nach Deutschland zurück und beteiligte sich an den Freischarenzügen in Süddeutschland. Dann reiste er wieder nach Amerika, übernahm dort die Redaktion der »Schnellpost«, die so recht eigentlich das Feld seines journalistischen Kampfes wurde. Heinzen starb in Boston am 12. November 1880. — Vgl. eingehender »Deutsche Biographie«, Nachträge 50, S. 157—158. H. Kurz hat ihn in seiner »Geschichte der deutschen Literatur« Band 4, S. 46 und 522 gewürdigt.

[3]) Deutsche Biographie, Nachträge 50, S. 158.

[4]) Ich möchte mich dahin entscheiden, daß nicht, wie bisher angenommen wurde, diese Schrift lediglich durch das Verbot der Rheinischen Zeitung und dasjenige der L. A. Z. war veranlaßt worden (Deutsche Biographie, Nachträge 50,

Kämpfer für Freiheit und Gleichheit eine scharfe Kritik gegen das preußische Verwaltungsleben[1]), wie später noch in erhöhtem Maße in der genannten Streitschrift.

Die preußische Verfassungsangelegenheit fand bei Heinzen naheliegend ein lebhaftes Interesse. Im Gegensatz zu Graeser, der, wie wir zeigten, auch im letzten Moment an Friedrich Wilhelm IV. glaubte, stand für Heinzen keine friedliche Lösung mehr in Aussicht, und er sah die Dinge in immer größere Verwicklungen geraten[2]).

S. 157—158), sondern daß Heinzen durch die Maßnahmen an den genannten Zeitungen in seiner abfälligen Meinung über die preußische Bureaukratie nur bestärkt wurde und schließlich seinen Gedanken durch die Niederschrift Luft machte.

[1]) Seine Meinung ist die: »Der Geist der preußischen Verwaltung steht in mancher Hinsicht in direktem Widerspruch mit dem Geiste des preußischen Staats, mithin der preußischen Regierung, und sollte die Regierung noch so liberal sein wollen, die Verwaltung wird die entgegengesetzte Richtung, solange sie kann, festhalten. Die widerstreitenden Elemente sind von der einen Seite dem Geiste nach der Reformationsstaat, von der anderen der Konstruktion nach der Militärstaat. Jener ist der Verbündete des Volksstrebens, dieser der Rückhalt des reagierenden Verwaltungsstrebens. So gut wie mit der Hierarchie, läßt sich die Bureaukratie auch mit dem Militärsysteme, welchem sie genau verwandt ist, in Parallele stellen: Militär, Hierarchie, Bureaukratie, sie sind sich alle gleich, sie beruhen alle auf dem göttlichen Rechte des Despotismus, welcher kein Abweichen, kein Nachgeben, keinen Fortschritt, sondern nur ewig unveränderliche Anerkennung seiner Unfehlbarkeit und blinde Hingabe der Abhängigen will. Alles ist in Preußen zurückzuführen auf die Bureaukratie; wer kämpfen will, der kämpfe gegen die Bureaukratie, wer auf der Warte steht, der schaue aus nach der Taktik der Bureaukratie, und — Herr v. Schön hat wahrlich recht!« (L. A. Z. Nr. 336 vom 2. Dezember 1842, Beilage.) — In Nr. 362 vom 28. Dezember 1842 erklärte Heinzen weiterhin: »In keinem Lande Europas hat die Bureaukratie so viel System als in Preußen. Wenn bei einer Maschine von Organismus die Rede sein kann, so ist die preußische Bureaukratie die organisierteste Maschine der Welt. Mit unerbittlicher Konsequenz gehandhabt, fest gegliedert, schlägt sie ihre tausend Verbindungen bis in alle Ecken des Staates hinein und verletzt oder beengt alles, was zwischen ihren Rädern und ihrem Fachwerk ein selbständiges, freies Leben entwickeln will. Sie sucht in ihre Gewalt zu ziehen, was sie nicht hat; sie läßt nicht los, was sie hat; sie sucht zu vernichten, was sie nicht haben kann.«

[2]) In Nr. 344 vom 10. Dezember 1842 teilte Heinzen freimütig mit, daß der König in seiner Entlassungsrede an die Provinzialausschüsse Anlaß genommen habe, seinen Entschluß indirekt dahin zu erklären, »daß er dem Lande keine Repräsentation geben werde, wie sie von so vielen Seiten als Zeitbedürfnis

Auch für die Presse und ihre Befreiung von der Zensur hat Heinzen seine schonungslose Feder geführt. Die liberale Presse war ihm das einzige wirkungsvolle Mittel, das gegen überlebte Staatseinrichtungen, gegen religiöse Verirrungen, kurz gegen alles, was den Forderungen der beweglichen Zeit nicht entsprach, noch helfen konnte[1]).

Heinzens Artikel über Preßfreiheit übertrafen an Leidenschaftlichkeit alle anderen der L. A. Z. jener Zeit[2]), so daß wohl füglich darf angenommen werden, daß diese in erster Linie eine verschärfte Beaufsichtigung der Tagespresse veranlaßten und schließlich auch das Verbot der L. A. Z. in Preußen mit heraufbeschworen (vgl. oben S. 140/141 und unten S. 160 ff.).

Heinzens Mitarbeit an der L. A. Z. hörte im Januar 1843 fast ganz auf. Von den drei Berichten, welche er bis zum

---

erkannt und nach der früheren Erklärung erwartet worden ist. Was wir nun zu erwarten haben, können wir nicht wissen; was wir aber jetzt zuverlässig wissen, ist, daß wir uns einstweilen auf keine Verfassung, wie sie auf dem Wiener Kongresse durch Preußen so eifrig begehrt, wie sie durch Friedrich Wilhelm III. später verheißen und wie sie allein den kleineren Staaten Deutschlands gegeben wurde, gefaßt zu halten haben. So viel aber scheint klar zu sein, daß auf dem bisherigen Wege die preußische Verfassungsfrage in mehr Verwicklung geraten und zu immer entschiedeneren Meinungsspaltungen führen muß, die selbst die liberalste Regierungsweise nicht beseitigen würde. Es läßt sich kein Schnitt in die Geschichte machen und ein neues Stück hineinsetzen.«

[1]) L. A. Z. Nr. 330 vom 26. November, Nr. 339 vom 5. Dezember, Nr. 340 vom 6. Dezember und Nr. 355 vom 21. Dezember 1842.

[2]) Es möge genügen, hier einige der beweiskräftigsten anzuführen. In Nr. 348 vom 14. Dezember 1842 berichtete Heinzen über die Neubesetzung der Zenzorstelle in Köln: »Der Zensorwechsel in einer Stadt wie Köln scheint mir nicht weniger der Besprechung wert als mitunter ein Ministerwechsel, zumal da der erstere nicht selten erfreulichere und erfolgreichere Änderungen bringt als der letztere.« — In Nr. 349 vom 15. Dezember 1842 gipfelte Heinzens Entrüstung in folgenden Worten: »O, uns die Luft entziehen, die wir einatmen, uns das Brot rauben, wovon wir leben, das wäre in der Tat keine stärkere Zumutung für unsere Geduld und unser Rechtsbewußtsein, als die Vorenthaltung der ersten aller Freiheiten, der Freiheit der Rede, ist. Und doch wird uns 40 Millionen Deutschen nicht noch täglich jene Luft, jenes Brot des geistigen Lebens durch polizeiliche Gewalt vom Munde weggeraubt? Gibt es in dem großen Deutschland einen einzigen Bürger, einen einzigen nur, der sagen kann: ich bin Herr meines Wortes? Keinen einzigen gibt es, keinen einzigen! Wir haben den großen Napoleon besiegt und wir können die Zensur nicht besiegen.«

April 1843 noch einsandte, war nur einer noch polemischer Natur[1]).

Der Anteil der Jungdeutschen Gutzkow, Laube und Mundt an der L. A. Z. war gering; Wienbarg kam als Korrespondent der L. A. Z. gar nicht in Betracht. —

Heinrich Laube war noch der regsamste von allen. Nachdem er längere Zeit sehr eifrig für die Brockhaussche Zeitschrift »Blätter für lit. Unterhaltung« geschrieben hatte[2]), widmete er sich seit 1839 regelmäßiger auch der L. A. Z.[3]) Er entwickelte in seinen »Patriotischen Phantasien«[4]) mit geistiger Schärfe seine Ansichten über das damalige Preußen und kam zu der Erkenntnis, daß eine neue Friedericianische Zeit sowohl für die politische wie kulturelle Entwicklung Deutschlands, speziell Preußens, von Nutzen sein könne. In einem Rückblick auf das Jahr 1841 sah Laube von allen wichtigen Zeitfragen nur die kirchliche vorerst erledigt; doch selbst diese war ihm nur »das Resultat einer bemerkenswerten Geschicklichkeit«. Eine völlige Ausgleichung und Erledigung der Streitfrage ist, so urteilte Laube, »gegen Rom nur durch eine konstitutive Energie, durch eine alles aufs Spiel setzende neue Schöpfung kirchlicher Verhältnisse möglich«[5]).

Verständlicherweise zeigte Laube eine besonders große Teilnahme für das Schicksal der Presse[6]) wie überhaupt für

---

[1]) L. A. Z. Nr. 56 vom 25. Februar 1843. Auch dieser war indessen im Vergleich zu den früheren recht gemäßigt; alles, was Heinzen darin für die Presse und gegen die Maßregelung an derselben noch zu sagen hatte, war: »Es braucht nicht hervorgehoben zu werden, daß der Literatenstand an sich gewiß der ehrenwerteste unter allen ist und daß er unter günstigen Verhältnissen auch zum geehrtesten wird, lehrt die Erfahrung.«

[2]) Vgl. hierüber H. H. Houben, Jungdeutscher Sturm und Drang, S. 342 ff. — Houben gibt a. a. O. S. 345 ein Verzeichnis der zahlreichen Laube'schen Artikel für die »Blätter für literarische Unterhaltung« seit dem Jahre 1832.

[3]) Brockhaus an Laube vom 23. Juli 1839.

[4]) L. A. Z. Nr. 169 vom 17. Juni, Beilage, und Nr. 184 vom 2. Juli, Beilage, 1840.

[5]) L. A. Z. Nr. 8 vom 8. Januar 1842.

[6]) In Nr. 8 vom 8. Januar erklärte Laube, indem er auf die Zensurtätigkeit

alle Angelegenheiten des Liberalismus. Insbesondere ist er für v. Schön, den Verfasser des »Woher und Wohin?« gewaltig eingetreten[1]).

Theodor Mundt, dessen Tätigkeit sich auch vorwiegend auf die Zeitschriften des Verlags erstreckte[2]), hat sich seit dem

zwischen 1830—36 hinwies: »Man verbat nur ein einziges Mal die Zukunft selbst, und diese Katastrophe des jungen Deutschland, in rechtlichem Betracht so auffallend, erfolgte zu einer Zeit, da die betreffende Hauptperson, der Minister des Innern und der Polizei, durch Krankheit von seinen Geschäften abgehalten war, und sie ward von ihm selbst später desavouiert, wenn auch bis heute noch nicht abgestellt.« — Über den Ausgang des Sonderzensurverfahrens gegen die Jungdeutschen, das Versprechen derselben nicht mehr zu schreiben, was die Religion, die Staatsverfassung und das Sittengesetz beleidige, hat sich Laube noch ein paarmal, jedoch ganz kurz und sachlich geäußert; L. A. Z. Nr. 183 vom 2. Juli 1842 und Nr. 199 vom 18. Juli 1842. — Das Zensuredikt vom Dezember 1841 hatte Laube nur insofern befriedigt, als es ein Übergangsweg zur völligen Freiheit bedeutete. »Das Edikt hat seinen großen Wert, insofern es deutlich die liberale Absicht des Königs ausdrückt und uns für ein organisches neues Preßgesetz in der besten Zuversicht bestärkt. So hofft man, wolle es auch der König nur angesehen wissen.« L. A. Z. Nr. 23 vom 23. Januar 1842. — In Nr. 345 vom 11. Dezember 1842 verteidigte Laube die liberale Presse gegen die Angriffe in der Berliner Literatur-Zeitung. Er erklärte, daß wohl Mangelhaftigkeiten in der Berichterstattung vorkommen können — was bei dem Mangel an Öffentlichkeit des Staatslebens durchaus nicht verwunderlich sei —, und daß aber die Regierung, weil an den »Protokollbergen der Wahrheit sitzend«, die Berichtigungen darüber jeweils besorgen sollte: »Also, die Regierung berichtige, aber kein Ehrenmann gebe sich dazu her, zu — verdächtigen.« — Ähnlich auch in Nr. 352 vom 19. Dezember 1842.

[1]) Er gesteht in 364 vom 30. Dezember 1842: »Königsberg ist das Kreuz und Leid der hiesigen Feinde des mächtig erwachten und bereits unbezwinglichen Strebens nach politischer Freiheit und endlicher Gleichstellung mit unseren Brüdern in den mittleren und südlichen Staaten des gemeinsamen Vaterlandes.« — Des weiteren tritt hier Laube sehr heftig für v. Schön ein, der der Stein des Ärgernisses dieser Leute sei, und zwar nicht deswegen, weil er die Bureaukratie nicht liebe, sondern deswegen, weil er »die Gleichheit vor dem Gesetze fordert und die Teilnahme an der Verwaltung, die Mündigkeit in der Gemeinde und im Staate für jeden Bürger ohne Unterschied in Anspruch nimmt, und daß er richterliche und polizeiliche Gewalt nicht mit einem Grundstück verkaufen oder vererben lassen will«. — Seine Freude über das Ehrengeschenk an v. Schön bekundete Laube lebhaft mit folgender Erklärung: »Sind unsere Feinde erbittert, daß auch aus Süddeutschland Beiträge zu dem Ehrengeschenke, das Preußen seinem tapfern, unermüdlichen Kämpfer bereitet, einlaufen, so wollen wir uns dessen freuen und, so viel an uns ist, dazu tun, daß wir dieser Freude und sie dieses Ärgers noch mehr und recht reichlich erlangen.«

[2]) Vgl. Houben a. a. O. S. 398, 405 und 417.

Sommer 1842, vom Verlage aufgefordert[1]), in der L. A. Z. durch sehr geistreiche und urteilsscharfe Besprechungen der Berliner Kunstausstellungen hervorgetan[2]).

Von dem Zensuredikt, das im Oktober 1842 zu erwarten stand, ahnte Mundt schon zum voraus, daß es weiter nichts als »eine wesentliche Organisation des Behördenwesens der Zensur« sein werde, und daß wohl einzig der »lästige Instanzenzug beseitigt« würde[3]). Immerhin aber hoffte er schließlich doch auch, daß damit die Zensur über die mehr als 20 Bogen starken Schriften in Wegfall komme, wie es auf dem Papier schon lange festgelegt, aber in Praxis noch nicht üblich gewesen sei[4]).

Noch seltener als Mundt beteiligte sich Karl Gutzkow an der L. A. Z.[5]). Die wenigen Artikel, die sich für 1842 feststellen liessen, betrafen nur rein persönliche Angelegenheiten[6]).

---

[1]) Brockhaus an Mundt vom 26. Juli 1842.

[2]) »Berliner Kunstausstellung«, I. Artikel, L. A. Z. Nr. 278 vom 5. Oktober Beilage, 1842 und Nr. 279 vom 6. Oktober 1842, Beilage; II. Artikel Nr. 290 vom 17. Oktober 1842, Beilage; III. Artikel Nr. 306 vom 2. November, Beilage, und Nr. 316 vom 12. November 1842, Beilage; IV. Artikel Nr. 345 vom 11. Dezember 1842, Beilage.

[3]) L. A. Z. Nr. 207 vom 26. Juli 1842: »Hatte sich«, so urteilt Mundt, »früher unsere Zensur nicht bloß um das Wie, sondern noch bei weitem ängstlicher und ausschließlicher um das Was bekümmert, so wird es künftig, wo vielleicht ein vorzugsweise juristischer Körper die rasche und einzige Entscheidung übernimmt, lediglich auf das Wie der Behandlung ankommen, worin eingeschlossen wird, daß das Was, die eigentliche Substanz der Presse, freigegeben werden müsse. Hoffen wir, das als den obersten Grundsatz des neuen Preßgesetzes begrüßen zu dürfen!«

[4]) L. A. Z. Nr. 274 vom 1. Oktober 1842.

[5]) Meines Erachtens war General v. Rochow falsch unterrichtet, wenn er Laube und Gutzkow schon 1837 zu den Mitarbeitern der L. A. Z. zählte. (Briefe des Generals v. Rochow an einen Staatsbeamten. S. 232). Ich fand Laube erst 1839 und Gutzkow seit 1842 in der L. A. Z. vertreten.

[6]) So kündete er in Nr. 4 vom 4. Januar 1842 an, daß er infolge des über den Verlag Hoffmann-Campe in Hamburg verhängten preußischen Verbotes seinen »Telegraphen« bei J. J. Weber in Leipzig werde erscheinen lassen. — In Nr. 191 vom 10. Juli 1842 erklärte Gutzkow seine persönliche Stellung zu dem Versprechen der jung-deutschen Dichter, welches den Streit mit der preußischen Regierung schlichtete: »Von einem zu jener Kategorie gezogenen Dichter und Publizisten, der seinen Aufenthalt gegenwärtig hier (Frankfurt a. M.) genommen hat, kann versichert werden, daß ein solcher Revers ihm überall weder vorgelegt noch je von ihm unterschrieben worden ist.«

Wienbarg hat erst in den folgenden Jahren für die Zeitung — die damalige »Deutsche allgemeine Zeitung« — geschrieben [1]).

Endlich müssen noch einige Mitarbeiter der L. A. Z. aufgeführt werden, die zu den ungeduldigen Literaten jener Zeit gehörten. — Die Zahl ihrer Berichte war durchgängig gering, um so bedeutungsvoller aber das wenige, das sie zu sagen hatten.

L. Buhl und Rutenberg gehörten nach Treitschke [2]) mit anderen jugendlichen Schriftstellern, die in der Stehelyschen Konditorei in Berlin zusammenkamen, zu denjenigen, deren freimütige Sprache das Ansehen der L. A. Z. bei der preußischen Regierung so mächtig herabsetzte.

Ludwig Buhl, dessen Zeitschrift »Der Patriot« wegen seiner Angriffe auf preußische Verwaltungsmißstände auf Betreiben des rücksichtslosen Generalpostmeisters von Nagler in Preußen im Dezember 1842 verboten worden war [3]), hat sich für die Befreiung der Presse mächtig ins Zeug gelegt. Die Folgen des Zensurediktes vom Oktober 1842 hat er genau dahin erwogen: »Das Zensurzirkular hat uns auf eine Bahn geführt, auf welcher kein dauernder Stillstand möglich ist. Die jetzige Halbheit und Unsicherheit ist unhaltbar: wir müssen vorwärts oder rückwärts« [4]). Es ging bekanntlich rückwärts, so daß Buhl schon zwei Wochen später feststellen konnte,

---

[1]) Nach einem Briefe bei Houben a. a. O. S. 218 fragte Wienbarg am 28. Juni 1846 aus Neuyork bei Brockhaus an, ob er für die L. A. Z. Berichte liefern könne. Aus früheren Jahren finden sich keine diesbezüglichen Belege.

[2]) Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. Bd. V, S. 195.

[3]) L. A. Z. Nr. 351 vom 17. Dezember 1842. Auf eine Motivierung Naglers erklärte Buhl: »Dem Beamtentum, das im Glauben seiner Unfehlbarkeit und Unverbesserlichkeit verknöchert ist, erscheint jede Kritik, jeder Angriff als ein Hochverrat, als ein unverzeihliches Verbrechen.« L. A. Z. Nr. 362 vom 28. Dezbr. 1842.

[4]) L. A. Z. Nr. 341 vom 7. Dezember 1842. — In Nr. 343 vom 9. Dezember 1842 äußerte sich Buhl dahin: »Preußen hat mit dem Zensurzirkular eine entscheidende Probe aufgestellt, nämlich ob seine gerühmten Institutionen, sein so gerühmtes Beamtentum eine freie Besprechung aushalten können; können sie das nicht, muß die Redefreiheit, welche uns das Zensurzirkular gebracht hat, beschränkt werden, so sagen wir: desto schlimmer, nicht für die Wahrheit, nicht für die Freiheit, sondern — für Preußen.« — Ähnlich auch Nr. 348 vom 14. Dez. 1842.

daß jeder Tag neue Beiträge zur Leidensgeschichte der Presse bringe[1]); da diese die Lobhudeleien nicht aufnehmen wolle, habe man sie dafür bestraft. »Also werden wir«, bedauert Buhl, »zu unserem früheren Zustand zurückkehren? Wie es scheint, allerdings. Vielleicht aber auch nicht. Die Entscheidung hängt davon ab, ob wir für die Freiheit reif sind, und ob sie für uns schon ein wahres Bedürfnis ist. Ist dies der Fall, so werden wir sie auf eine dauerhafte Weise zu erringen wissen. Sind wir aber noch nicht so weit, so brauchen wir sie auch nicht. Letzteres ist das Wahrscheinlichste«[2]).

Rutenberg hat sich vor allem dadurch hervorgetan, daß er für Herwegh, Jacoby, Grün, die in der Presse vielfach geschmäht wurden, mutig eingetreten ist. »Für solchen Unfug«, so beantwortete er die Angriffe der »Elberfelder Zeitung«, »scheint Preßfreiheit zu existieren. O Zensur, sei gerecht! Wir sind weit entfernt, Fesseln für die Gemeinen und Zügellosen zu verlangen, aber wir verlangen mit Recht, daß dem Charakter und der gerechten Entrüstung wenigstens erlaubt wird, sich öffentlich zu verteidigen vor den Angriffen der Charakterlosigkeit, wir verlangen, daß die Zensurfreiheit nicht das Monopol der Fraubaserei und Rückengeschmeidigkeit sei«[3]).

Dr. jur. und Schriftsteller Woeniger in Berlin hat seit Anfang des Jahres 1842 für die L. A. Z. geschrieben[4]). Anfangs weniger polemisch, besprach er die allgemeine politische Lage, wie in einem Artikel »Mecklenburg-Schwerinsche Zustände»[5]), und zeigte auch an dem Aufschwung der Technik und Industrie gelegentlich lebhaftes Interesse[6]).

---

[1]) Vgl. oben S. 141.

[2]) L. A. Z. Nr. 355 vom 21. Dezember 1842.

[3]) L. A. Z. Nr. 348 vom 14. Dezember 1842. — Weitere wichtige Belege von Rutenberg, die auf den Zusammenhang mit dem Verbot der L. A. Z. in Preußen noch könnten schließen lassen, haben sich nicht vorgefunden.

[4]) Brockhaus an Woeniger vom 15. Februar 1842. — Woeniger ist sicher derjenige Dr. Woeniger, von dem Heyck a. a. O. S. 333 sagt, daß er für die »Augsburger Allgemeine Zeitung« geschrieben habe. Heyck konnte a. a. O. über ihn auch nichts Weiteres feststellen.

[5]) L. A. Z. Nr. 182 vom 1. Juli 1842, Beilage.

[6]) Dafür ein für unsere Zeit recht interessanter Bericht über die Tätigkeit

Am Ende des Jahres 1842 ging auch Woeniger zu einer freieren Meinungsäußerung über. In einem größeren Referat »Ein Beitrag zur neuesten Geschichte der preußischen Preßgesetzgebung« tadelte er, im Dezember 1842, das Zögerungssystem, durch welches die Preßangelegenheiten so langsam ihre Lösung fänden. »Will der König die Sache nicht mit einem Schlage beendigen und die absolute Preßfreiheit geben, so würde eine neue Beratung unter den drei aktiven Zensurministern von dem entsetzlichsten Zeitverluste begleitet sein und doch am Ende zu keinem Resultate führen. — Die Presse, welche man erst mißachtete, dann ignorierte, wird jetzt gefürchtet und soll darum heimkehren unter die Bleidächer, welche sie bis jüngst beherbergten. Die Presse kann nur durch die Presse frei werden; die öffentliche Meinung steht ihr zur Seite; ihre eigene Schuld, wenn sie schweigt.« [1])

Der Privatdozent der Theologie K. R. Jachmann in Königsberg hat sich in der L. A. Z. durch mehrere Artikel zu einer freigeistigen Auffassung religiöser Fragen herzhaft bekannt [2]), die liberale Bewegung auch im allgemeinen lebhaft unterstützt [3]) und sich gefreut, »daß die weltliche Macht doch immer in dem Kampfe mit der Idee zu kurz kommt und kein Verbot diese in ihrem Riesengange zu hemmen vermag«.

Moritz Veit [4]) und der bekannte Berliner Geschichts-

---

eines in Nürnberg gegründeten aeronautischen Vereins: »Gelingt die Erfindung, wie es jetzt bestimmt und nahe den Anschein hat, so ist sie nicht nur die größte unseres Jahrhunderts, sondern nächst der Buchdruckerkunst die aller Zeiten. Denken wir uns die Erfindung zu einiger Vervollkommnung gebracht, so ist das gegenwärtige Kriegs- und Festungswesen unbrauchbar; die Flüsse bilden keine Grenzen, die Chausseen keine Kommunikationen; Eisenbahnen sind unnütz, Stadtmauern und wachthabende Polizei Ballast, die Landstraßen dienen dem Ackerbau, die freie weite Luft wird zur einzigen Straße, die man weder chaussiert noch schient.« L. A. Z. Nr. 202 vom 21. Juli 1842.

[1]) L. A. Z. Nr. 353 vom 19. Dezember 1842.

[2]) L. A. Z. Nr. 364 vom 30. Dezember 1842.

[3]) L. A. Z. Nr. 354 vom 20. Dezember 1842, Nr. 355 vom 21. Dezember 1842, Nr. 4 vom 4. Januar 1843 und Nr. 23 vom 23. Januar 1843. Über Jachmanns Anteil an dem Verbot der L. A. Z. vgl. unten S. 169.

[4]) Veit, geboren am 12. September 1808 in Berlin, war Buchhändler, 1855

professor Friedrich von Raumer begrüßen beide einen frischen Geist in der deutschen Literatur. Veit lobt die jüdische Poesie empor, die »mit allen Sprachen und Volkstümlichkeiten der gebildeten Welt in Berührung trete«[1]), und Raumer heißt die patriotische Lyrik herzlich willkommen mit den Worten: »Wie lange hat unser Jahrhundert die Kinder der Freiheit unter dem Herzen getragen und im Verborgenen gehegt und geliebt? Endlich, endlich brechen sie zum Licht der Welt durch, und Freiheitshymnen schallen allerorten. Kaum ist ein politisches Lied erklungen, so braust schon ein neues daher[2]).«

Herweghs Brief an Friedrich Wilhelm IV. und das Verbot der Leipziger Allgemeinen Zeitung in Preußen.

Wenngleich zum Teil schon recht ausführlich über dieses Ereignis im Zusammenhang mit den politischen Begebenheiten jener sturmbewegten Jahre gehandelt worden ist[3]), so dürfte doch hier der gegebene Ort sein, noch einmal eingehender darauf zurückzukommen, um so mehr, da sich durch die Benutzung des Archivmateriales des Brockhausschen Verlags nicht unwesentliche Ergänzungen möglich machen ließen. Ferner knüpft sich an diese Episode das fernere Schicksal der L. A. Z.; und wenn auch die Betrachtung der weiteren Entwicklung unseres Blattes nicht mehr in den Rahmen der vorliegenden Arbeit fällt, wenn an diesem folgereichen Wendepunkt gleichsam haltgemacht und nur noch flüchtigen Blickes in die späteren Tage der Zeitung soll geschaut werden, selbst dann wird es gerechtfertigt erscheinen, wenn hier aus der Perspektive

---

bis 1861 erster Vorsitzender des Börsenvereins der deutschen Buchhändler, 1848 Mitglied der Nationalversammlung, 1858 bis 1861 Vertreter im Preußischen Abgeordnetenhause. (Verlagsverzeichnis S. 314.)

[1]) L. A. Z. Nr. 8 vom 8. Januar 1842.

[2]) L. A. Z. Nr. 209 vom 28. Juli 1842.

[3]) Vgl. Zolling, Friedrich Wilhelm IV. und Georg Herwegh, in »Gegenwart« 1898, Heft 39 ff., und Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, Band 5, S. 204 ff.

der vorliegenden Zeitungsgeschichte dieses Ereignis eingehend ins Auge gefaßt wird.

Am 19. November 1842 war bekanntlich Georg Herwegh durch den ihm befreundeten Leibarzt des Königs, Dr. Schönlein, vor Friedrich Wilhelm IV. geführt worden. Nach den Aufzeichnungen Varnhagen von Enses[1]) verlief diese Audienz ungefähr wie folgt. Der König habe Herwegh zuvor als großen Dichter begrüßt und soll dann gesagt haben: »Ich freue mich Ihres Besuchs mehr als eines anderen, den ich vor einiger Zeit von einem Fremden hatte (zu Schönlein beiseite bemerkt: er meine Thiers). Wir sind verschiedener Ansichten, aber das tut nichts, wir können auch als ehrenwerte Feinde zusammen sein.« Weiter habe der König scherzend bemerkt: »Sie haben mir viele unverdauliche Pillen zu verschlucken gegeben, aber der da (auf Schönlein zeigend) doch noch ärgere«

Diese Darstellung über den Vorgang deckt sich, abgesehen von einigen Erweiterungen, im allgemeinen mit derjenigen, die Herweghs Sohn, Marcell Herwegh, uns gegeben hat[2]), und man darf wohl annehmen, daß diese Berichte so gut wie authentisch sind.

Können wir uns heute leicht in diese Situation hineinfinden, so konnten es die Zeitgenossen Herweghs um so weniger, und es ist erstaunlich und bedauerlich zugleich, wie sehr die Preßberichte über diese Audienz auseinandergingen, und wie dadurch eine so folgenschwere Wendung der Dinge eintreten mußte.

In Berlin selbst hatte das Ereignis größtes Aufsehen erregt. Varnhagen von Ense schreibt darüber[3]): »Alle Klassen von Menschen sind in Bewegung; die Vornehmen, die Frommen, die Altgesinnten sind bestürzt, ja beleidigt, die Jüngeren voll Neid.«

Wie weit die oppositionelle Presse im Rechte war, wenn sie erklärte, daß sich die Liberalen zum großen Teil im Ergebnis

[1]) Tagebücher, 2. Band, S. 120 (27. November 1842).

[2]) Georg Herweghs Briefwechsel mit seiner Braut. Herausgegeben unter Mitwirkung von Viktor Fleury und C. Haußmann, von Marcell Herwegh. Stuttgart 1906, Einleitung S. 31 ff.

[3]) Tagebücher, 2. Band, S. 120 (27. November 1842).

dieser Audienz müßten betrogen sehen, und behauptete, Herwegh habe aus dem Gespräch mit dem König nicht genügend Vorteil für die liberale Sache zu ziehen gewußt, läßt sich wahrlich schwer nachweisen[1]). So viel ist aber gewiß, daß mit einer so groben Gehässigkeit über dieses Ereignis geschrieben wurde, wie es Herwegh, der dem Liberalismus mit heiligem Eifer ergeben war, wahrlich nicht verdient hatte. Allenthalben war von der liberalen Presse die Audienz Herweghs als ein »Nackenbeugen« aufgefaßt worden. Auch die L. A. Z. äußerte sich in diesem Sinne wie folgt: »Bei der schroffen Scheidewand, die übrigens seine (Herweghs) sonstigen, hier überall getanen Äußerungen zwischen ihm und allen denen, welche die bestehenden Staatseinrichtungen vertreten, hingestellt haben, bleibt immer für ihn der Schritt selbst, sich einem Könige nur genähert zu haben, schon eine Konzession gegen seine Ansicht.«[2])

Die Art und Weise, in welcher die oppositionelle Presse Herweghs Unterredung mit dem König allgemein dargestellt hatte, im besonderen aber der Bericht der L. A. Z., mußte Friedrich Wilhelm IV. verletzen, und er sah sich veranlaßt, den Artikel durch den Kabinettsminister von Thiele berichtigen zu lassen[3]). Mit dieser Berichtigung aber erschien zugleich folgender Erlaß des Königs vom 28. November 1842: »Das in Zürich und Winterthur herausgegebene Blatt, der »Deutsche Bote aus der Schweiz«, sollte mit dem letzten Quartal dieses Jahres in veränderter Form und unter der Redaktion des bekannten Georg Herwergh nach einer in öffentlichen Blättern ergangenen Bekanntmachung[4]) vom 1. d. M. in der dem Junghegelianismus und den Prinzipien der neuen politischen Dichterschule entsprechender Tendenz erscheinen. Deren unzulässige Verbreitung ist unter allen Umständen zu verhindern.«

[1]) Vgl. hierüber ausführlicher Zolling a. a. O.

[2]) L. A. Z. Nr. 331 vom 27. November 1842.

[3]) Vgl. Zolling, a. a. O. S. 199, und Treitschke, a. a. O. S. 204 ff.

[4]) Die Ankündigung der Redaktionsübernahme des »Deutschen Boten aus der Schweiz« durch Herwegh in Nr. 300 der L. A. Z. vom 27. Oktober 1842. Über die Tendenz der Zeitschrift vgl. Herweghs Briefwechsel mit seiner Braut, S. 251 ff. (Brief Herweghs an Ludwig Feuerbach).

Diese, unzweifelhaft der Impulsivität des Königs entsprungene, Maßnahme erregte von neuem viel Aufsehen und vielseitige Besprechung[1]), da man offenbar allgemein nicht ganz im klaren darüber war, warum Herwegh, dem dieser Preßklatsch doch selbst so ärgerlich war[2]), dafür sollte strafbar gemacht werden.

Die L. A. Z. war der Meinung, daß die Zeitschrift nicht im wesentlichen des Autors wegen sei verboten worden[3]), sondern sie brachte diese Maßregel in Zusammenhang mit anderen Bücherverboten, die wieder, wie wir oben S. 140 f. sahen, so sehr an der Tagesordnung waren, und schrieb sie fast ausschließlich der neuerdings so absolutistischen Zensur- und Polizeigewalt zu. »An demselben Tag, an welchem Herwegh eine Audienz bei dem König erhält, verbietet diese den Deutschen Boten aus der Schweiz. Kann dieser Fall mißverstanden werden? Liegt ihm nicht die offenbare Absicht der Polizei zugrunde, uns einen Beweis ihrer Selbständigkeit zu geben? Dieses Verbot ist unbedingt nicht von oben gekommen, und wir dürfen sogar erwarten, daß es zurückgenommen werden wird, wenn es zur Kenntnis des Königs kommt, da dieser zwar gegen Herwegh geäußert hat, daß ihre beiderseitigen Aufgaben in entschiedenem Gegensatz ständen, zugleich aber, wie er es liebe und wünsche, daß jedes Ziel offen und ehrlich verfolgt werde.«[4])

Herwegh war inzwischen, um den Schmähungen und Beschuldigungen, die auf ihn zusammenkamen, zu entfliehen, nach Königsberg gereist. Dort wurde ihm unter Gleichgesinnten, wie Jacoby, Walesrode, Jachmann und anderen liberalen Schriftstellern, ein sehr begeisterter Empfang zuteil[5]).

---

[1]) L. A. Z. Nr. 342 vom 8. Dezember 1842.

[2]) Herweghs Briefwechsel mit seiner Braut, S. 73 ff. (1. Dezember 1842).

[3]) L. A. Z. Nr. 327 vom 23. November 1842.

[4]) L. A. Z. Nr. 334 vom 30. November 1842; vgl. auch Herweghs Briefwechsel mit seiner Braut, S. 144.

[5]) Ebendaselbst S. 80 ff. (4. Dezember 1842); die L. A. Z. hatte die Festlichkeiten, die zu Herweghs Ehren in Königsberg veranstaltet worden waren, sehr eingehend besprochen (Nr. 343 L. A. Z. vom 9. Dezember 1842).

Dort traf ihn in dem Augenblicke, wo man ihm, trotz dem Verbot der Regierung[1]), jubelnd Feste bereitete, die Nachricht vom Verbot seiner Zeitschrift. Diesen Ausgang hatte Herwegh nach seiner Audienz bei Friedrich Wilhelm IV. nicht erwartet, um so mehr, da ihm der König freimütig erklärt hatte: »Wir wollen ehrliche Feinde sein!« Unmittelbar unter dem Eindruck dieser Hiobspost begann der Dichter einen Brief an Friedrich Wilhelm IV. der dem König die »Schändlichkeit und Niederträchtigkeit seiner Minister in bezug auf Preßangelegenheiten« vor Augen führen sollte. »Ich will ihm die volle, ganze Wahrheit sagen, wie er sie noch nie gehört[2]).«

Das Schreiben, das Herwegh als rein persönlich auffaßte, hatte folgenden Wortlaut:

»Königsberg, im Dezember 1842.

Majestät!

‚Wir wollen ehrliche Feinde sein', lauteten die Worte, die Preußens König jüngst an mich gerichtet; und diese Worte geben mir ein Recht, ja legen mir die Verpflichtung auf, offen und unumwunden, wie ich einst mein Vertrauen auf Ew. Majestät ausgesprochen, nun auch meine Klage, meine bittere Klage vor Ihren Thron zu bringen, ohne eine Devotion zu heucheln, die ich nicht kenne, oder Gefühle, die ich nicht empfinde und nie empfinden werde. Wir wollen ehrliche Feinde sein — und an demselben Tage, da Ew. Majestät diese Worte auszusprechen geruhten, gefällt es einem hohen Ministerium, den Buchhändlern den Debit eines von mir erst zu redigierenden Journals, von dem unter meiner Redaktion noch keine Silbe erschienen ist, und dessen Debit vor zwei Monaten, ehe diese Übernahme der Redaktion durch mich bekannt gewesen, erlaubt worden war, lediglich meines Namens wegen zu verbieten. Daß dieser, mein Name, auch bei Ew. Majestät einen so schlimmen Klang habe, kann und darf ich nicht glauben nach dem, was Sie vor wenigen

[1]) Varnhagen von Ense, Tagebücher, 2. Band, S. 132 (27. Dezember 1842).
[2]) Herweghs Briefwechsel mit seiner Braut, S. 69 (30. November 1842).

Tagen an mich geäußert. Ohne Zweifel haben Ew. Majestät von diesem Verfahren gar keine Kunde, und der Zweck dieses Briefes ist auch nur, diese einfache Tatsache zu Ihrer Kenntnis zu bringen, damit Ew. Majestät weiter beschließen mögen, was Rechtens ist.

Ich bitte nicht um Zurücknahme des Verbots, denn ich weiß, daß mein beschränkter Untertanenverstand, mein Bewußtsein einer neuen Zeit, auf ewig widersprechen muß dem alternden Bewußtsein und dem Regiment der meisten deutschen Minister, denen ich das Recht der Opposition gern einräumen möchte, wenn sie überhaupt Notiz nehmen möchten von dem, was um sie her vorgeht, aber vorgeht in den Tiefen der Menschlichkeit, statt sich mit ein bißchen Schaum und Wind zu zanken, die auf der Oberfläche spielen. Wenn diese Minister in dem Widerspruche gegen sie auch zuweilen die Elemente einer neuen Religion zu entdecken, nicht bloß Polissonnerie und Frivolität zu wittern imstande wären, kurz, wenn diese Minister außer dem Zufall ihrer Geburt und ihrer oft schätzenswerten, administrativen und polizeilichen Talente auch das Talent und den guten Willen besäßen, sich auf einen ehrlichen Kampf mit ihren Feinden einzulassen, statt dieselben erst vornehm zu ignorieren, dann, ohne sie zu kennen, brutal zu behandeln, und so Fürst und Volk zu täuschen, wenn sie von einer Beruhigung der Gemüter reden, die in der Tat und Wahrheit nicht vorhanden ist und durch äußere Maßregeln nun und nimmer erzwungen werden kann.

Noch gibt es Menschen, die durch nichts zu schrecken sind (und ich rechne mich zu ihnen), Menschen, die sich die Seele ausschreien werden, bis Recht und Gerechtigkeit auf der Welt; um so getroster, da selbst die Feinde des Fortschritts nicht mehr den Mut besitzen, Gewalt zu gebrauchen, weil sie wohl einsehen, wie gefährlich das Märtyrertum ist, und wie für einen Mann, den zu unterdrücken ihnen gelingt, zwanzig Geharnischte auf einmal aus dem Boden springen. Ich bitte nicht um Zurücknahme des Ver-

bots, so schmerzlich es auch ist, das Kind seiner Muse schon im Mutterleibe bedroht zu sehen und als Individuum mit einem ganzen Staatsprinzip in ewiger Kollision zu leben; ich bitte nicht um Zurücknahme dieses Verbots, denn ich bin kein Schriftsteller von Profession, suche keinerlei materielle Vorteile durch das zu erreichen, was ich sage, weil ich es sagen muß. Aber auch für die materiellen Vorteile und die Verbreitung des Journals ist durch ein Verbot hinlänglich gesorgt. Verbotene Bücher fliegen recht eigentlich durch die Luft, und was das Volk lesen will, liest es allen Verboten zum Trotz. Ew. Majestät Minister haben vor fünf Vierteljahren meine Gedichte verboten, und ich bin so glücklich, im Augenblicke die fünfte Auflage derselben veranstalten zu können. Ew. Majestät Minister haben die Beschlagnahme als gefährlich erschienener Bücher verordnet, und ich habe mich auf meiner ganzen Reise davon überzeugt: diese Bücher sind in jedermanns Händen. Ich bitte nicht um Zurücknahme des Verbots, denn ich darf um nichts bitten in einem Lande, das ich verlassen will. Ich bin nach der Notwendigkeit meiner Natur Republikaner und vielleicht schon in diesem Augenblick Bürger einer Republik. Ich kann, ohne mich selbst mutwillig zu immerwährender Heuchelei zu verdammen, nicht länger in Staaten leben, wo selbst die Zensur aufgehört hat eine Wahrheit zu sein; was ja die täglich stattfindenden Konfiskationen bereits zensierter Bücher beweisen. Aber es hat mein Herz gedrängt, an Ew. Majestät noch ein letztes, ehrliches, wenn auch leidenschaftliches Wort zu richten, ein Wort, was nur die Diener des Fürsten, nicht die Fürsten selbst anklagen soll, ein Wort unter vier Augen, das aber doch nicht bloß mein Wort, sondern das vieler Tausende, ein Wort, das ich mit dem ganzen heiligen Eifer und Vertrauen meiner Seele vor Ew. Majestät gesprochen, und das Ew. Majestät danach würdigen und schätzen werden. In tiefster Ehrfurcht

Ew. Majestät ergebenster

Georg Herwegh.«

Das weitere Schicksal dieses verhängnisvollen Briefes war bekanntlich folgendes. Herwegh hatte erfahren, daß auf das Schreiben seine Verhaftung erfolgen sollte und deponierte eine Abschrift davon bei einem Freunde, um nötigenfalls bei irgendwelchen Schwierigkeiten die Sache in richtigem Lichte erscheinen lassen zu können[1]). Dieser Freund scheint nicht ganz ehrlich gewesen zu sein, oder aber unbedacht maß er der Sache nicht so schwere Folgen zu, denn er ließ den Brief sofort vervielfältigen und als Flugblatt in Königsberg von Hand zu Hand gehen.

Obgleich Herweghs Freunde die Weiterverbreitung zu verhindern suchten, so war doch die Zirkulation eine so rasche gewesen, daß eine Unterdrückung derselben nicht mehr möglich schien und man wahrlich Grund hatte, noch Schwereres zu fürchten. In großer Besorgnis schrieb daher Walesrode an Herwegh folgende warnende Zeilen:

«Teuerster Herwegh! Ein Ereignis, das ich leider mehr als verdrießlich nennen muß, nötigt mich, Dir zu schreiben, noch bevor ich Deinen mir zugesagten Brief aus Stettin erhalte.

Durch eine unverzeihliche Unvorsichtigkeit Jachmanns ist Dein dem König zugesandtes Schreiben der Öffentlichkeit in die Hände gefallen, und es zirkulieren hier und wer weiß wo gegenwärtig sonst noch unzählige Abschriften, die sich natürlich immer noch vermehren. Es steht nicht mehr in unserer Gewalt, die Veröffentlichung desselben durch deutsche Zeitungen zu unterdrücken ... Leider habe ich diese traurige Indiskretion erst erfahren, als es nicht mehr möglich war, etwas dagegen zu tun ... Sei daher auf Deiner Hut. Es ist möglich, daß ich aus Besorgnis die Sache schwärzer ansehe, als sie ist; aber es liegt in der Natur dieser Sachverhältnisse, aufs Schlimmste gefaßt zu sein. Die Folgen Deines Freimutes dem König gegenüber mußtest Du wie ein Mann tragen, falls der König die ungeschminkte Wahr-

[1]) Vgl. Zolling, a. a. O. S. 217 f.

heit, die Du ihm vorhältst, für ein crimen laesae majestatis zu halten allergnädigst geruhen sollte; das wußtest Du auch, als Du dem Könige schriebst, und das ists auch nicht, was mich mit wahrhaft kummervoller Besorgnis erfüllt. Es ist vielmehr der Passus in Deinem Briefe, der in direktem Widerspruche mit dessen Veröffentlichung oder Zirkulation im Publikum steht. Das könnte unseren Feinden Waffen in die Hände geben und Maßregeln gegen Dich veranlassen, welche die wenigen freundlichen Tage, die Du in der Nähe Deiner Geliebten in Berlin verweilst, leicht verkümmern könnten.

Doch nicht um meine melancholische Ansicht auf Dich zu übertragen, habe ich Dir geschrieben, ich empfehle Dir hiemit — Vorsicht!! Daß uns bekannte und befreundete Zeitungsredaktionen den Brief nicht aufnehmen, dafür ist gesorgt — aber ich fürchte die uns feindlich gesinnte Publizistik. —« [1])

Auf diese Warnung hin vermied Herwegh, nach Berlin zurückgekehrt, alles, »was den dortigen Prinzipien zuwider« und lehnte jede öffentliche Ehrenbezeugung ab [2]). Diese Vorsicht jedoch war umsonst, das Schicksal des Briefes nicht mehr aufzuhalten. Zwischen dem 13. und 14. Dezember vermutlich ist das Flugblatt in Berlin bekannt geworden, denn ein dortiger Korrespondent der L. A. Z. schrieb am 21. Dezember: »Vorige Woche zirkulierte hier die Abschrift eines von Herwegh an den König gerichteten Briefes.« [3]) Fast zu derselben Zeit muß die Abschrift auch in Leipzig in Umlauf gekommen sein, und hier nun erfüllte sich, was Herweghs Freunde demnach mit Recht gefürchtet hatten, als das Flugblatt so unaufhaltsam von Hand zu Hand ging: Die Redaktion der L. A. Z. nahm den Brief auf und brachte in der Beilage zu Nr. 358 vom 24. Dezember 1842 in extenso zum Abdruck.

---

[1]) Herweghs Briefwechsel mit seiner Braut, Anhang S. 268 ff.

[2]) L. A. Z. Nr. 359 vom 25. Dezember 1842.

[3]) L. A. Z. Nr. 358 vom 24. Dezember 1842; diese Notiz über die Zirkulation des Briefes in Berlin steht in derselben Nummer wie der Abdruck des Briefes selbst.

Nach Zolling und Walesrode[1]) war die Abschrift des Briefes durch K. R. Jachmann (vgl. ob. S. 159) nach Leipzig gekommen, und zwar nach Zolling an einen Parteigenossen aus der Umgebung Robert Blums, der vermutlich die Tragweite eines solches Verfahrens nicht übersehen konnte, oder der gar mit der Veröffentlichung des Briefes dem in den letzten Wochen so angefeindeten Herwegh eine kleine Rechtfertigung bereiten wollte[2]). Sei dem, wie ihm wolle, die Redaktion der L. A. Z. war kühn genug, den Abdruck geschehen zu lassen, ob aus Arglosigkeit oder in böswilliger Absicht gegen Herwegh, ist nicht genau festzustellen; jedoch ist so viel immerhin nachweisbar, daß der Verlag Brockhaus dem Freiheitssänger nicht sehr gewogen war[3]). Und somit kann die Veröffentlichung des Briefes wohl mit Recht in Zusammenhang mit dieser ungünstigen Beurteilung des Dichter gebracht werden.

Die Folgen trafen beide Teile, Herwegh als auch die L. A. Z. Der Dichter wurde aus Preußen verwiesen[4]) und die Zeitung bis auf weiteres innerhalb der Landesgrenzen verboten und auch der Transit durch Preußen untersagt.

---

[1]) Zolling, a. a. O., Heft 40, S. 219. Brief Walesrodes an Herwegh oben S. 137 f.

[2]) Daß Jachmann zu dem Herweghschen Brief engere Beziehung hatte, erhellt auch aus einer Notiz darüber in L. A. Z. Jachmann erklärte in Nr. 20 vom 20. Januar 1843: »Bekanntlich stellen viele Zeitungen als nächste Veranlassung zu dem Verbote die Veröffentlichung des Briefes von Herwegh an den König von Preußen dar. Uns scheint aber, daß die Bekanntmachung dieses Briefes eine Notwendigkeit war.« — Die Zeitung läßt im weiteren hierüber im Stich. Meines Erachtens aber ist das Vermittlungsglied Robert Blum gar nicht nötig, wenn wir außer der obigen Notiz berücksichtigen, daß Jachmann in jenen Tagen zu den unruhigen Geistern in der L. A. Z. gehörte. Vgl. oben S. 159.

[3]) Heinrich Brockhaus nennt Herwegh neben verschiedenen anderen Liberalen keinen reinen Charakter, weil er aus dem Liberalismus ein Geschäft mache und den Götzendienst, den man mit ihm treibt, gefällig annimmt. Auch habe einzig und allein das Verbot der Zeitschrift den Dichter zu dem Brief an den König veranlaßt, und das sei unlauter. (Tagebücher 1. Band, S. 487, 23. Dezember 1842).

[4]) Das Ausweisungsdekret abgedruckt bei Zolling a. a. O. S. 220. — Für Herweghs Ausweisung aus Preußen kam meines Erachtens schon das Original des Briefes in Betracht, das an sich als eine Herausforderung gelten mußte, über die am Hofe e i n e Entrüstung war. General v. Rochow schreibt hierüber an Kelchner: »Herweghs Brief ist impertinent, und alles ist empört über den anmaßenden Schlingel.« (Briefe Rochows an einen Staatsbeamten, S. 277.)

Die Königliche Kabinettsorder über das Verbot der L. A. Z. lautete gemäß der Preußischen Staatszeitung vom 31. Dezember wie folgt: »Dem in Ihrem Bericht vom 25. ds. Mts. enthaltenen Antrage gemäß bestimme ich hierdurch, daß die im Verlage des Buchhändlers Brockhaus erscheinende Leipziger Allgemeine Zeitung vom 1. Januar 1843 in meinen Staaten bis auf weiteres unbedingt verboten werde und infolgedessen bei Vermeidung der in den Gesetzen, namentlich im Artikel XVI zu 5 des Edikts vom 18. Oktober 1819 und in § 4 der Ordre vom 6. August 1837 angedrohten Strafen weder eingeführt, ausgegeben, feilgeboten, verkauft, an öffentlichen Orten ausgelegt oder sonst verbreitet noch auch durch meine Staaten mittelst der Post befördert werden darf, wonach Sie das Weitere zu veranlassen haben.

Berlin, 28. Dezember 1842. (gezeichnet) Friedrich Wilhelm.
An die Staatsminister Eichhorn, Freiherrn von Bülow und Grafen von Arnim.«

Den rasch über Straßburg, Basel nach Zürich reisenden Herwegh verfolgten abermals der scharfe Spott und die Schmähungen zahlreicher Unverständiger. Bewundernswert ist, mit welchem Mut Herweghs Braut, Emma Siegmund, sich über das sinnlose Gespött der Masse hinwegsetzte; voll Zuversicht schrieb sie an Herwegh: »Ich weiß, was meiner harrt, und bin gerüstet. Nach Polen reise ich nicht früher, ehe ich nicht einige Philister überwunden oder wenigstens stumm gemacht habe. Die Eltern sollen in innigster Liebe und Verehrung Dein gedenken und bis jetzt nicht von dem mindesten Gifthauch berührt worden sein. Ein ganz abscheulicher Artikel, Dich betreffend, stand gestern in der Berliner Zeitung und machte den Schluß meines Tages. Dergleichen kann mich nur des Allgemeinen wegen empören. Schreckliches Volk, das auf dieser viehischen Stufe brutaler Knechtschaft sich groß und behaglich fühlt. Übrigens war es stets in der Welt, daß die Menschen, welche den Mut hatten, das Ideal zu erstreben und zu verwirklichen, und sich nicht scheuten, eigentümlich ihren Weg, unbeachtet der Kämpfe

und Hindernisse zu verfolgen, von den anderen begeifert wurden, und ich bin stolz, daß die Fliegen meinen Löwen so umschwärmen. Stolzer war ich nie als jetzt in Beziehung auf Dich, oder richtiger überhaupt, denn auf was hätte ich wohl sonst Ursache, stolz zu sein, als auf Dich!« [1])

Solche Entschlossenheit brauchte auch keinen tröstenden Zuspruch, und so war es wohl gut gemeint, jedoch durchaus verfehlt, als Dr. Gustav Julius als Redakteur der L. A. Z. Herweghs Braut ein Entschuldigungsschreiben zustellte, weil doch der Abdruck des Briefes unmittelbar Veranlassung zu der plötzlichen, unfreiwilligen Abreise des Dichters gegeben hatte. Die wackere Dame hat das Schreiben entsprechend gewürdigt und sich über die Art und Weise, mit welcher Dr. Julius ihr »Mut und Glauben wünschte«, herzlich lustig gemacht, indem sie an Herwegh schrieb: »Das ist doch recht theologisch, aber gut gemeint. Ich habe jetzt eine förmliche Wut gegen alles Sentimentale. Wozu brauche ich jetzt wohl Mut? Geduld höchstens, um nicht rasend zu werden ob des Unsinns, der an dem Volk und teilweise an einem selber klebt. Glauben! Den brauche ich immer, wenn auch nicht den, den er gerade meint, so doch den, daß ein Tag kommen muß, wo all dieses Pfaffentum und Lügenwerk, diese elenden Gespinste des Egoismus weichen müssen und die Menschen einsehen werden, daß Gott nicht in den vier Kirchenmauern absonderlich zu finden ist, sondern nirgends anders, als in uns, wie überall, und daß die Freiheit kein leeres Phantom einiger Hitzköpfe, sondern die echte Religion der Menschen ist.« [2])

Bekanntlich war auch der Aufenhalt in Zürich für Herwegh kein dauernder. Die überwiegende konservative Partei brachte es dahin, daß der Dichter schon Ende Februar Zürich verlassen mußte [3]). Am 8. März ließ sich Herwegh im Städtchen Baden in der Schweiz mit Emma Siegmund trauen und hat

---

[1]) Herweghs Briefwechsel mit seiner Braut. S. 100. (3. Januar 1843.)

[2]) Ebendaselbst S. 120 f.

[3]) Ebendaselbst Einleitung S. 39.

sich, nachdem er das Bürgerrecht im Kanton Basel-Land erworben, im Städtchen Liestal niedergelassen [1]).

Mit seiner schleunigen Abreise hat Herwegh die für ihn so peinliche Episode hinter sich gelassen, und es genügte ihm, sich mit folgender berichtigenden Erklärung in der L. A. Z. einigermaßen zu rechtfertigen: »Ohne mein Wissen ist in der Leipziger Allgemeinen Zeitung vom 24. Dezember ein Privatbrief an den König von Preußen im Geleite einiger Druckfehler veröffentlicht worden. Die Veröffentlichung bitte ich einzig der unverantwortlichen Indiskretion eines Freundes, nicht einer Taktlosigkeit meinerseits, auf die Rechnung zu setzen. — So bereit ich bin, für meine Worte einzustehen, so muß ich doch die unselige Klatschsucht, die stante pede alles ohne Unterschied in den Mund der Leute bringt und auch diesen einmal verratenen Brief gegen meinen Willen und vor der Zeit so weit befördert hat, durchaus mißbilligen.« [2])

Ein weit folgenschwereres Nachspiel jedoch hatte der Brief und seine Veröffentlichung in der L. A. Z. für die Gebrüder Brockhaus und ihre Zeitung. Wenngleich schließlich das Verbot nicht unerwartet kam, so mußte es doch den Chefs der Firma Brockhaus Sorge genug machen, denn Heinrich Brockhaus vermerkt ausdrücklich in seinen Tagebüchern: »Die Wirklichkeit ist doch noch etwas anderes als die Befürchtung.« [3])

Der Bericht der drei Minister an Friedrich Wilhelm IV., wodurch das Verbot der Zeitung beim König in Vorschlag gebracht wurde, beschuldigte die L. A. Z. nach verschiedenen Seiten hin. Einmal seien mit jenem Tage mehr falsche Gerüchte und entstellende Berichte in der Zeitung erschienen; diesbezügliche Berichtungen aber habe diese gar nicht oder nur teilweise aufgenommen. Weiter erklärten die Minister, daß man gegen das Blatt große Nachsicht geübt habe, daß dasselbe anderen

[1]) Dort wurde dem Sänger der Freiheit im Jahre 1904 ein Denkmal gesetzt.

[2]) L. A. Z. Nr. 263 vom 28. Dezember 1842, Beilage.

[3]) Tagebücher von Heinrich Brockhaus. 1. Bd. S. 487 f. (28. Dezember 1842.)

Zeitungen gegenüber stets rücksichtsvoller sei behandelt worden, jedoch habe die Zeitung anfangs teilweise, später in immer stärkerem Maße »und mit zunehmenden Konsequenzen« diesen Vorzug mißbraucht.

Ihre Anschuldigungen resümierten die drei Minister schließlich in folgender Erklärung: »Die L. A. Z. ist sonach gegenwärtig eine Niederlage von Lügen, Entstellungen, böswilligen Angriffen gegen und über Preußen, seine Einrichtungen, seine Verwaltung, seine Beamten, nicht nur im einzelnen, sondern in ihrer Gesamtheit. Ihre diesfälligen Artikel sind nicht mehr einzelne zufällige Erscheinungen; eine unverkennbare Tendenz zieht sich durch dieselben hindurch, indem mit ihrer Masse zugleich ihre Gehässigkeit zunimmt.« [1])

Das waren im wesentlichen die Gründe, mit denen die drei Staatsminister beim König das Verbot der L. A. Z. befürworteten [2]), unter der Versicherung, daß sie es als eine Vernachlässigung ihrer Amtspflicht ansehen müßten, wollten sie dieses »Unwesen« weiterhin dulden.

Zu dem Abdruck dieses Berichtes gab die L. A. Z. folgende Erklärung [3]): »In der schmerzlichen Überraschung, welche das obige Dokument uns bereitet, können wir nichts tun als dasselbe abdrucken und unseren Lesern die Bestätigung des seit einigen Tagen umlaufenden Gerüchts, daß unsere Zeitung in Preußen verboten sei, und die offiziell ausgesprochenen Motive dieses Verbots vorlegen. Wir werden Allerhöchsten Orts in einer Denkschrift wegen unserer Gesinnung und Richtung im allgemeinen, wegen unserer Grundsätze und wegen unseres Verhaltens in allen einzelnen Preußen betreffenden Fällen uns zu verantworten und zu rechtfertigen suchen und hoffen so eine Aufhebung dieser Maßregel auszuwirken. Dem Publikum

[1]) Abgedruckt mit der Königl. Verbotsverfügung in Nr. 1 der L. A. Z. vom 1. Januar 1843.

[2]) Die Begründung des Verbots war nach Varnhagen von Ense »sehr schlecht geraten, unnötig zart und dann doch ganz grob«, so daß der üble Eindruck nur vermehrt werde. (Varnhagen von Ense, Tagebuch II. S. 134. 30. Dezember 1842.

[3]) Fußnote zu den zwei sub Anm. 1 vermerkten Schriftstücken.

gegenüber, dem unser Tun offen vor Augen liegt, vor welchem wir aber so hart beschuldigt werden, uns noch besonders zu verteidigen, halten wir für überflüssig.«

Es unterliegt, nach allem zu schließen, wohl kaum einem Zweifel, daß das Verbot der L. A. Z. in Preußen schon vorgesehen war, bevor noch der verhängnisvolle Brief Herweghs darin zum Abdruck gekommen war, daß dieser vielmehr nur den letzten Grund zu dieser Maßnahme gegenüber der Zeitung geboten hat. In dieser Annahme bestärkt uns einmal der Bericht der drei Minister, worin nicht ein Wort über diesen Brief selbst, sondern nur von den verschiedenen Vergehen die Rede war, die sich die L. A. Z. in den letzten Monaten so auffallend hatte zuschulden kommen lassen. Ferner gibt uns zu dieser Auffassung eine Aufzeichnung Varnhagen von Enses über die Vorgeschichte des Verbots Veranlassung. Er schreibt am 27. Dezember 1842[1]): »Nach 9 Uhr abends fuhr ich in die Assemblee zu Minister Bülow; es waren über 200 Personen dort. — Bülow setzte sich später mit mir in eine Ecke, bestätigte mir, daß die Leipz. Allgem. Zeitung vom Januar ab verboten sei, wobei er und Graf von Arnim noch glücklich die Sache so eingerichtet haben, daß die Maßregel nur eine ganz einzelne bleiben kann und keine weiteren Verbote gegen ähnliche Blätter zu folgen brauchen«[2]). Dieser Annahme schlossen sich die Verleger der Zeitung auch selbst an, indem sie einmal erklärt hatten, daß man eine strenge Maßregel von seiten Preußens wohl bald zu erwarten habe[3]), daß ferner das Verbot durch »Unvorsichtigkeit und Leidenschaftlichkeit« sei

[1]) Tagebücher. 2. Bd. S. 132.

[2]) Varnhagen von Ense weist darauf hin, daß die preußische Regierung anfangs absichtlich andere ebenso radikal-freisinnige Blätter, wie z. B. die »Rheinische Zeitung«, habe weitererscheinen lassen, um sich den Anschein des Freisinns zu geben und zu zeigen, daß gerade nur die L. A. Z. das Maß der Rücksichten überschritten habe. (Tagebücher II. S. 144. 19. Januar 1843.) Dasselbe Schicksal wie die L. A. Z. ereilte bekanntlich die »Rheinische Zeitung« kurz darauf; auch hier war nach Varnhagen von Ense die Motivierung des Verbots eine äußerst »matte und ungeschickte«. (Tagebücher II. S. 150. 31. Januar 1843.)

[3]) Tagebücher von Heinrich Brockhaus. 1. Bd. S. 487. (23. Dezember 1842.)

provoziert worden[1]). Das hinderte jedoch die Gebrüder Brockhaus nicht, sich immerhin über die Art und Weise, in welcher das Verbot erlassen war, zu beklagen; »dieses ist mit einer Brutalität erfolgt, die beispiellos ist; wir sind wie Pest, Gift und Mord verboten«.[2])

In Anbetracht dessen, daß der Abdruck des Herweghschen Briefes lediglich einen schon längst gefaßten Beschluß der Minister realisierte, sahen die Gebrüder Brockhaus davon ab, auf dieses angebliche corpus delicti näher einzugehen. Sie haben sich einzig gegen eine Behauptung verwahrt, laut welcher Herwegh den Verlag gebeten haben soll, den Abdruck des Briefes zu unterlassen[3]). Im übrigen fühlte man sich der preußischen Regierung gegenüber gänzlich machtlos, so daß selbst Heinrich Brockhaus, der es, weil auch der Transit durch Preußen verboten worden war, allenfalls auf eine Klage wollte ankommen lassen[4]), ein solches Unterfangen als zwecklos erachtete. Er schreibt in seinem Tagebuch[5]): »Daß die preußischen Zustände an sich verwirrt sind, daß namentlich der der Presse in Deutschland der unglückseligsten Art ist, das ist nur zu gewiß; aber eine Zeitung ist zu schwach gegen ein Königreich. — Barcelona hatte vielleicht recht, aber es wurde in Grund und Boden geschossen und zum Schweigen gebracht; wir haben vielleicht in der Zeitung auch recht, aber durch ein Verbot werden wir zum Schweigen gebracht. — Wo kein Gesetz gilt, soll man Klugheit üben.« Rasch auch hatte sich die Öffentlichkeit des Ereignisses in der Weise bemächtigt, daß schon in den ersten Januartagen des Jahres 1843 eine Karikatur über das Verbot der Zeitung zirkulierte, betitelt: »Der Leipziger Allgemeinen Leiden und Tod.« Darin war dargestellt, wie der preußische Adler einer weiblichen Person, die die Zeitung symbolisch darstellen soll, die Leber aushackt. Herwegh und Jacobi mit der Bürgerkrone er-

[1]) Tagebücher von Heinrich Brockhaus. 1. Bd. S. 487. (23. Dezember 1842.)
[2]) Ebendaselbst. 2. Bd. S. 3. (2. Januar 1843.)
[3]) L. A. Z. Nr. 13 vom 13. Januar 1843.
[4]) Tagebücher von Heinrich Brockhaus. 2. Bd. S. 3. (2. Januar 1843.)
[5]) 1. Bd. S. 487. (28. Dezember 1842.)

scheinen, Dr. Julius stürmt aus dem Verlagshause im Hintergrund und gibt in voller Empörung dem Gotte Merkur einen heftigen Schlag. Links steht Heinrich Brockhaus[1]).

Über die Mittel und Wege, die zur Aufhebung des Verbots einzuschlagen waren, blieben die Ansichten der Gebrüder Brockhaus vorerst geteilt.

Während Friedrich Brockhaus sogleich nach der Veröffentlichung des Verbots nach Berlin reiste und bei den Zensoren vorstellig wurde, um ihnen eine eingehende Erklärung über die frühere und künftige Haltung des Blattes abzugeben[2]), war Heinrich Brockhaus vorerst entschieden sowohl gegen eine sofortige Tendenz- als auch Titeländerung der Zeitung, weil er sich — wie es sich auch später bestätigte — sehr wenig Hoffnung von einem solchen Schritte versprach; er urteilte sehr treffend dahin: »Die Ausgleichung erfordert längere Zeit; man wird, nachdem man sich einmal entschlossen zu dem Schritte, erst warten wollen, und das kann ich, wie die Sachen liegen, nicht verdenken«[3]).

Im übrigen muß das Ergebnis der persönlichen Fürsprache bei den drei Ministern in Berlin recht aussichtslos gewesen sein, so daß Friedrich Brockhaus sich anfangs mit dem Gedanken trug, das Blatt völlig eingehen zu lassen[4]), wohl um so eher, da eine Verschärfung des Verbotes überdies eintrat dadurch, daß den Zensoren durch Ministerialreskript untersagt wurde, irgend etwas, ob mittelbar oder unmittelbar, aus der L. A. Z. in preußische Blätter übergehen zu lassen, noch die Verbotsmaßnahme durch irgendwelche Äußerung anzugreifen[5]). Vermutlich aber hat der Zuspruch seines Bruders und die Teilnahme einiger getreuen Mitarbeiter ihn von diesem schnellen Entschlusse abgebracht.

[1]) Tagebücher von Heinrich Brockhaus. 2. Bd. S. 5 f.

[2]) Friedrich Brockhaus an die Minister v. Arnim, v. Bülow und Eichhorn in Berlin im Dezember 1842.

[3]) Bemerkungen von Heinrich Brockhaus zu einem Brief von Bachmann in Berlin vom 8. Januar 1843.

[4]) Varnhagen von Ense a. a. O. S. 136. (7. Januar 1843.)

[5]) L. A. Z. Nr. 20 vom 20. Januar 1843.

Wie sollte nun aber zu dem Verbot Stellung genommen werden, sollte man sich zu rechtfertigen suchen, oder war es klüger, sich schuldig zu bekennen und von jetzt an durch äußerst ruhige Haltung zu zeigen, daß man von der scharfen Maßregelung Notiz genommen habe? In der ersten Verbitterung über die Verbotserklärung entschloß man sich im Verlage zu einer ausführlichen Denkschrift, die als Rechtfertigung der Zeitung gelten und Friedrich Wilhelm IV. eingereicht werden sollte [1]). Auch hier trat Heinrich Brockhaus nicht der allgemeinen Meinung bei, da er sich von der Schrift nicht viel Erfolg versprach, wenn sie nicht ganz besonnen und vorsichtig abgefaßt würde [2]). Der Redakteur Dr. Julius machte sich auch sogleich an diese Aufgabe, berücksichtigte aber durchaus nicht die Bedenken seines Chefs und stellte in seiner Verteidigungsschrift [3]), die er genau auf die verschiedenen Beschwerdepunkte des Ministerialberichtes an Friedrich Wilhelm IV. fundierte, die Maßnahme gegen die Zeitung als eine äußerst rücksichtslose und in jeder Hinsicht ungerechtfertigte dar. Diese Denkschrift war nach der allgemeinen Auffassung der Verleger zu scharf ausgefallen, und diese sahen daher nicht allein von einem entsprechenden Gebrauch derselben vorerst ab, sondern glaubten auch gut daran zu tun, den radikalen Redakteur Dr. Julius außer Tätigkeit zu setzen. Damit mochte beiden Teilen gedient gewesen sein, denn Dr. Julius erklärte im Vorwort seiner Schrift, daß er seine Stellung bei Brockhaus gekündigt habe, weil er sich mit der neuen Tendenz des Blattes nicht habe einverstanden erklären können.

Der neue Redakteur für die Zeitung fand sich bald in der Person des Professors der Philosophie und der Staatswissenschaften, Friedrich Bülau, der von 1837 bis 1844 die Zensur der Leipziger periodischen Presse besorgte und somit im

---

[1]) L. A. Z. Nr. 1 vom 1. Januar 1843.

[2]) Bemerkungen von Heinrich Brockhaus zu einem Brief von Bachmann in Berlin vom 8. Januar 1843.

[3]) Vgl. unten S. 178/79.

Zeitungswesen sehr informiert war[1]). Mit ihm trat der Verlag schon im Laufe des Monats Januar 1848 zwecks Übernahme der Redaktion in Verbindung. Die Bedingungen, die Bülau stellte, lassen darüber nicht im Zweifel, daß dieser ein durchaus vorsichtiger und ängstlicher Herr war. Er behielt sich nicht allein eine zweimonatliche Kündigungsfrist vor, und zwar auf Wunsch des Sächsischen Ministeriums[2]), welches fürchtete, Bülau möchte sich von der Redaktionstätigkeit zum Nachteil seines Lehramtes an der Universität zu sehr absorbieren lassen, sondern wünschte auch die alleinige Verantwortung der Zeitung zu haben, solange er nicht ausdrücklich Rat und Hilfe von seiten der Gebrüder Brockhaus in Anspruch nehmen müsse[3]).

Über die Auffassung seines neuen Amtes erklärte sich Bülau folgendermaßen: »Mein Wunsch ist, dem Blatte durch reichliche Ausstattung mit interessanten und wissenswerten Notizen mehr Kern und Inhalt zu geben, auch bei den Neuigkeiten durch Einkleidung, Berichtigung, Erweiterung, Zusammenstellung usw. dasselbe noch besser zu einer bequemen Geschichtsquelle und zu einem das Verständnis der Tagesbegebenheiten erleichternden Hilfsmittel zu machen, im übrigen es aber als eine wahrhaft allgemeine Zeitung, als einen Sprechsaal zu erhalten, in welchem einsichtsvolle, sachkundige und patriotische Männer ihre Meinungen austauschen«[4]). Entsprechend seiner überaus vorsichtigen und ängstlichen Natur wünschte Prof. Bülau nicht allein vorerst Geheimhaltung seiner Tätigkeit als Redakteur der L. A. Z., sondern er machte auch seine Anstellung in erster Linie von den Aussichten, welche die Zeitung neuerdings in Preußen zu erwarten habe, abhängig[5]); »denn wäre keine Hoffnung,« so schreibt er an Friedrich Brockhaus, »so wäre weder Ihnen zur Fortsetzung zu raten, noch würde ich Lust und Freudigkeit zur Sache haben«.

Mittlerweile hatte der ehemalige Redakteur Dr. Julius seine Denkschrift gegen das Verbot der Zeitung als persönliche

---

[1]) Bülau redigierte die L. A. Z. bis zum Jahre 1848.
[2]) Bülau an Friedrich Brockhaus vom 27. Januar 1843.
[3]) Ebendaselbst. [4]) Ebendaselbst. [5]) Ebendaselbst.

Rechtfertigung im Februar 1843 in Braunschweig veröffentlicht[1]). Trotzdem diese Schrift genau in der schon oben angedeuteten einseitigen Auffassung, daß die Zeitung gänzlich grundlos und in absoluter Verkennung ihrer rein nationalen Tendenzen sei verurteilt worden, abgefaßt war, so zogen neuerdings die Gebrüder Brockhaus dennoch in Erwägung, ob es nicht angebracht wäre, von dieser Verteidigungsschrift, wenngleich sie die Maßnahme der preußischen Regierung recht heftig angriff, entsprechenden Gebrauch zu machen. So kam in der Tat eine Bearbeitung der Juliusschen Schrift mit einigen Zusätzen und Weglassungen zustande, ohne jedoch zu ihrer eigentlichen Bestimmung, höchsten Ortes für das Blatt und gegen dessen Verurteilung einzutreten, zu gelangen.

Dafür war meines Erachtens folgender Umstand maßgebend gewesen. Unmittelbar nach dem Verbotserlaß hatte es nicht an Rat und Hilfe von seiten einiger Verlagsfreunde gefehlt[2]). Zum Teil nahmen die Gebrüder Brockhaus die Weisungen dankbar an, zum Teil aber sahen sie von solchen Vermittlungsangeboten ab, bei denen es zweifelhaft war, ob sie bei den Ministern Anklang finden würden[3]).

Einer der redlichsten Ratgeber war Professor Friedrich von Raumer gewesen[4]). An ihn sandte der Verlag im Februar 1843 einige Entwürfe zu einem Gesuch an Friedrich Wilhelm IV. zur Begutachtung. Von diesen hielt jedoch Professor Raumer weder das eine noch das andere für ratsam und schrieb deshalb zurück: »Alle werden in Ihrer Rechtfertigung eine Anklage des bisherigen Verfahrens sehen, wie es denn unzweifelhaft auch eine ist. Das erzeugt üble Laune, Versuche zu widersprechen, Ihre wahre oder angebliche Schuld nochmals in neues Licht zu stellen; Sie werden Ihre Gegner weder dadurch überzeugen noch bekehren; Sie haben es mündlich gesagt und

---

[1]) G. Julius, Die Verteidigung der Leipziger Allgemeinen Zeitung, Braunschweig 1843.

[2]) Bachmann an Heinrich Brockhaus vom 8. Januar 1843.

[3]) Bemerkungen zu Bachmanns Brief an Heinrich Brockhaus.

[4]) Vgl. über ihn als Mitarbeiter der L. A. Z. oben S. 160.

Sie erreichen eher etwas, wenn Sie Ihre Schuld als Ihre Unschuld erwähnen« [1]).

Zufolge dieses wohlgemeinten Hinweises haben die Gebrüder Brockhaus von einer breiteren Rechtfertigung gegenüber der preußischen Regierung abgesehen, und es wurde nicht allein von dem Gebrauch der oben erwähnten Bearbeitung der Juliusschen Schrift meines Erachtens gänzlich Abstand genommen [2]), sondern der Verlag erklärte überdies, er habe an dieser Broschüre durchaus keinen Anteil und verwahre sich gegen jede ihm in den Mund gelegte Äußerungen, die nur auf vertraulichem Wege und unter Voraussetzung strengster Verschwiegenheit allenfalls hätten geschehen können [3]).

Unter solchen Gesichtspunkten wurden im März 1843 von der Firma Brockhaus zwei Gesuche, das eine an den König selbst [4]), das andere an seine drei Minister, eingereicht.

---

[1]) Friedrich Raumer an Brockhaus vom 4. März 1843. Friedrich Raumer hatte Grund zu solchen Ratschlägen, denn er selbst war 1828 mit dem Kultusministerium in harten Konflikt geraten, weil er sich in seiner Abhandlung »Über die preußische Städteverordnung« bezüglich der Landtagsverhandlungen zu gründlich geäußert hatte. Als Raumer auf eine Rüge hin, anstatt sich zu entschuldigen, zu rechtfertigen suchte, wurde er deswegen mit zehn Tagen Ordnungsstrafe bedacht. (Lebenserinnerungen und Briefwechsel von Friedrich v. Raumer, II. Teil, S. 253 ff.)

[2]) Das im Archiv des Brockhausischen Verlags befindliche Exemplar dieser Bearbeitung dürfte meines Erachtens überhaupt das einzige sein. Heinr. Ed. Brockhaus, der die Schrift im Jahre 1904, in losen Bogen geheftet, vorfand, glaubte — wie eine handschriftliche Notiz auf dem Titel der Schrift schließen läßt — nicht nachweisen zu können, ob dieselbe ihre Zwecke erfüllt habe, d. h. ob sie verbreitet und dem König von Preußen sei überreicht worden. Durch meine obige Darstellung glaube ich einige Klarheit in diese Angelegenheit gebracht zu haben und zweifle nicht, daß diese nachträgliche Bearbeitung der Denkschrift unbenützt in die Bestände des Verlagsarchivs übergegangen ist.

[3]) Brockhaus an den Minister v. Arnim in Berlin vom 11. März 1843.

[4]) Gesuch an König Friedrich Wilhelm IV. vom 8. März 1843. Im ganzen finden sich in den Akten des Verlagsarchivs sechs Entwürfe zu dem Gesuch an den König von Preußen; fünf davon ergehen sich in längeren Rechtfertigungen über die frühere und Versprechungen über die künftige Haltung der L. A. Z.; sie sind vermutlich kurz nach dem Verbot entstanden. Der sechste Entwurf vom 8. März 1843 (der einzige, der genaues Datum trägt) ist, wie man wohl mit Sicherheit annehmen darf, auf das Gutachten von Professor v. Raumer hin verfaßt und auch in dieser Form dem König eingereicht worden.

Beiden waren sehr knapp und sachlich gehalten; man hatte darin durchaus keine Versuche, sich schuldfrei zu bekennen, gemacht und wies am Schlusse wesentlich darauf hin, daß Professor Bülau, der vom 1. April 1843 das Blatt offiziell redigieren werde, genügend Bürgschaft für korrekte Haltung biete.

Inzwischen hatte Heinrich Brockhaus als Landtagsabgeordneter in Dresden Fühlung mit dem Minister von Zeschau gesucht und diesen gebeten, durch den sächsischen Gesandten in Berlin für die Zeitung eintreten zu wollen[1]). Minister von Zeschau erklärte sich auch dazu bereit, obschon er sich wenig von dieser Vermittlung versprach. Auch er riet zu einer Eingabe an das Preußische Ministerium des Innern unter Hinweis auf die Redaktionsübernahme durch Professor Bülau und die inzwischen durch das Sächsiche Ministerium erfolgte Genehmigung der am 1. April 1843 zu erscheinenden Deutschen Allgemeinen Zeitung[2]).

So konnte Friedrich Brockhaus recht zuversichtlich Anfang März 1843 wieder nach Berlin reisen, um an Ort und Stelle wieder für seine Zeitung einzutreten. Er scheint auch über die Mission recht gute Hoffnungen mitgebracht zu haben[3]). Skeptischer zeigte sich hingegen Heinrich Brockhaus[4]), der schon im Januar der Meinung gewesen war, daß es »mehr als lächerlich von der preußischen Regierung wäre, wollte sie unserer Zeitung, die sie wegen ihrer Tendenz verboten, eines veränderten Wortes auf dem Titel wegen, wieder Eingang zugestehen; anderer Bedenken zu geschweigen«[5]). Seine Befürchtungen täuschten ihn nicht, so daß er am 1. April zu folgender Tagebuchnotiz sich genötigt sah: »Wir sind im

---

[1]) Heinrich Brockhaus an seinen Bruder vom 6. März 1843 und Brockhaus an das Sächsische Ministerium des Innern vom 20. März 1843.

[2]) Das Sächsische Ministerium des Innern an Gebrüder Brockhaus vom 21. März 1843.

[3]) Tagebücher von Heinrich Brockhaus, 2. Band, S. 7 (5. März 1843).

[4]) Ebendaselbst.

[5]) Bemerkungen von Heinrich Brockhaus zu einem Brief von Bachmann, Berlin. vom 8. Januar 1843.

eigentlichen Sinne recht in den April geschickt worden, denn all die schönen Hoffnungen, die sich an das Freiwerden unserer Zeitung in Preußen knüpften, sind leider zu Wasser geworden. Das Blatt bleibt auch unter dem neuen Titel verboten[1]).«

Die Motivierung dieser Verlängerung des Verbots war eine durchaus matte. In aller Arglosigkeit hatte der sächsische Gesandte in seiner Fürsprache für die L. A. Z. erklärt, daß das Blatt vom 1. April an unter dem Titel »Deutsche Allgemeine Zeitung« und unter der Redaktion des Professors Bülau mit Genehmigung des Sächsischen Ministeriums weiter erscheinen werde.

Die preußische Regierung war rigoros genug, zu erklären, daß sie außerstande sei, beim König die Aufhebung des Verbots zu befürworten, solange sich die Umgestaltung der Zeitung auf weiter nichts als eine Titeländerung erstrecke; daß die »Deutsche Allgemeine Zeitung« kein anderes Blatt sei als die »Leipziger Allgemeine Zeitung« erkenne man deutlich aus dem »Memorandum« des sächsischen Gesandten, und somit sei vorläufig, wenn nicht eine fühlbare Tendenzänderung einträte, von der zu erwarten sei, daß sie beibehalten würde, an eine Aufhebung des Verbots nicht zu denken[2]).

Über solche Mißachtung ihrer Intervention für die Interessen eines ihrer Landeskinder war die sächsische Regierung sehr ungehalten, und das Ministerium versäumte nicht, ihrem Mißfallen hierüber entschieden Ausdruck zu geben[3]).

Die Gebrüder Brockhaus selbst aber beklagten eine solche Wendung der Dinge um so mehr, als ihre Offenheit, mit welcher sie die »Deutsche Allgemeine Zeitung« als Fortsetzung der L. A. Z. in Preußen angekündigt hatten, damit büßen mußten, wogegen es ihnen doch weitaus leichter gewesen wäre, die

---

[1]) Tagebuch von Heinrich Brockhaus, 2. Band, S. 8.

[2]) Die drei Minister Eichhorn, v. Bülow und v. Arnim in Berlin an Gebrüder Brockhaus vom 29. März 1843.

[3]) Heinrich Brockhaus an seinen Bruder vom 8. April 1843.

»Deutsche Allgemeine Zeitung« als gänzlich neues Blatt anzuzeigen[1]).

Dem neuerungsfeindlichen Generalpostmeister von Nagler, der ohnedies, wie wir schon sahen, der L. A. Z. nicht gewogen war, mochte es eine innere Befriedigung gewesen sein, als er am 30. März 1843 folgende »Circulare an sämtliche Post-Anstalten« erlassen konnte: »Der Buchhändler Brockhaus in Leipzig beabsichtigt, an Stelle der in Preußen verbotenen Leipziger Allgemeinen Zeitung, vom 1. April c. an eine Zeitung unter dem Titel »Deutsche Allgemeine Zeitung« herauszugeben. Da das letztere Blatt als Fortsetzung der gedachten, verbotenen Zeitung anzusehen ist, so finden die Bestimmungen wegen Ausschließung der letzteren vom Debit und Transit in Preußen auf dieselbe überall Anwendung; wonach die Postanstalten sich zu achten haben.

Der Generalpostmeister von Nagler[2])."

Heinrich Brockhaus, der sich, wie wir sahen, am wenigsten zu weiten Hoffnungen hingegeben hatte, war am schnellsten über diesen Mißerfolg beruhigt. Weniger jedoch sein Bruder Friedrich, dem er in einem Brief vom 6. April Mut zuspricht und ihn bittet, doch ja »sich in das nicht mehr zu Ändernde zu begeben« und vor allem von weiteren Schritten jetzt abzusehen.

Der Verlag entschloß sich vorderhand zu einer gedrängten Erklärung, in welcher lediglich die offen ausgesprochenen Bedenken der preußischen Behörden sollten berührt und möglichst beseitigt werden[3]).

Da die Person des Professors Bülau und die Bedingung, unter welcher dieser die Redaktion der L. A. Z. übernommen hatte, nicht genügend Bürgschaft für die künftige Haltung

---

[1]) Friedrich Brockhaus an C. Reimarus vom 2. April 1843.

[2]) Damit war auch das Gesuch, das Brockhaus im März 1843 an v. Nagler persönlich einreichte, ohne jeden Erfolg. Nagler erklärte, daß sich mit der weiteren Verlängerung des Verbots das Gesuch um Ermäßigung des Postdebits in Preußen von selbst erledige. (v. Nagler an F. A. Brockhaus vom 30. März 1843.)

[3]) Beilage zu einem Brief Brockhaus' an C. Reimarus in Berlin vom 2. April 1843.

des Blattes zu leisten schienen[1]), so erstreckte sich die Erklärung, die der Verlag nunmehr abgab, fast lediglich auf diesen Punkt. Man erläuterte die redaktionelle Stellung Bülaus eingehend und wies darauf hin, daß für den Fall, das Professor Bülau sein Amt wirklich wieder quittieren müsse, die Frist von zwei Monaten hinreichend sei, um einen Redakteur zu finden, der die erforderlichen Garantien leistet, und der das Blatt in der Richtung fortführt, die Bülau in voller Übereinstimmung mit der Firma eingeschlagen[2]).

Dieser Darlegung fügte Friedrich Brockhaus am Schlusse die herzhaften Worte hinzu: »Nun frage ich aber zuletzt noch, habe ich je der preußischen Regierung Veranlassung gegeben, an meiner persönlich guten Gesinnung zweifeln zu müssen; habe ich je mich persönlich so betragen, daß in meinen Worten gar keine Gewähr zu liegen scheint? Ich wüßte es nicht, und hoffentlich werde ich, so Gott will, dies Bewußtsein stets haben.«

Es war nunmehr klar geworden, daß die Forderungen der preußischen Regierung in dieser Angelegenheit sehr weit gingen, daß an eine Zulassung der Zeitung wahrlich nicht eher wieder zu denken sei, als bis eine durchaus auffällige und nicht nur vorübergehende Gesinnungsänderung des Blattes sowohl im allgemeinen als im besonderen gegenüber Preußen offen zutage träte.

Die Gebrüder Brockhaus erkannten, daß das nur durch eine Sichtung des Mitarbeiterpersonals in Preußen zu erreichen sein konnte[3]), und um keine Vorsicht außer acht zu lassen, entschlossen sie sich, nicht allein in der Auswahl neuer Korrespondenten peinlich genau zu sein, sondern auch die Entscheidung über die Aufnahme von Zeitungsartikeln nunmehr gänzlich in die Hände des neuen Redakteurs, Professors Bülau,

[1]) Die Minister Eichhorn, v. Bülow und v. Arnim an Brockhaus vom 29. März 1843.

[2]) Beilage zu einem Brief von Friedrich Brockhaus an C. Reimarus in Berlin vom 2. April 1843.

[3]) Brockhaus an Friedrich v. Raumer in Berlin vom 31. Januar 1843.

[4]) Brockhaus an Professor Bülau vom 9. März 1843.

zu legen[1]). Von den zirka 30 preußischen Mitarbeitern am Ende des Jahres 1842 wurde gerade die Hälfte ausgeschaltet, darunter Buhl, Rutenberg, Woeniger und Veit. Neue Korrespondenten wurden vorerst nicht angeworben.

Bei einer solchen Dezimierung der auswärtigen Hilfskräfte, worunter auch solche waren, die der Verlag nur ungern verlor[2]), die aber aus Gesinnungstreue zur liberalen Sache ihre Mitteilungen glaubten einstellen zu müssen[3]), ist es erklärlich, daß die Nachrichten aus Preußen in dieser Zeit sehr dürftig wurden.

Besonders fühlbar machte sich dieses Nachlassen der preußischen Berichte seit dem März 1843, als man für 1. April die Aufhebung des Verbots erwartete. Die Darstellungen hielten sich alle, mit ganz wenigen Ausnahmen, in äußerst sachlichem Ton und betrafen meist wenig bedeutsame Angelegenheiten. Wo man das Gebiet der Politik betrat, war auffällig jede scharfe Äußerung vermieden. So wurde beispielsweise die Eröffnung des Posener Provinzial-Landtages und dessen Verlauf ohne jede eingehendere Kritik rein sachlich dargestellt[4]), und auch die »Präpositionen zu den sämtlichen Landtagen« waren nur kurz angeführt und von jeder Kritik freigeblieben[5]). Selbst aus dem liberalen Königsberg, von wo früher stets die leidenschaftlichsten Worte kamen, und

---

[1]) Brockhaus an Professor Bülau vom 7. Februar 1843.

[2]) Brockhaus an Theodor Mundt vom 28. Januar 1843.

[3]) Brockhaus an Dr. Häring (Willibald Alexis) in Berlin vom 28. Januar 1843. Die Berichte Härings schien Brockhaus besonders schmerzlich zu vermissen, und er wurde daher wiederholt um die Wiederaufnahme seiner Berichterstattung gebeten. »Wenn Sie mit der jetzigen Redaktion der Zeitung auch nicht einverstanden sind, so sollten Sie dieselbe in ihrer jetzigen Trübsal doch nicht so ganz verlassen. Zu einer oder der anderen Mitteilung findet sich wohl immer Stoff, und schon das Treubleiben der Freunde ermutigt zu der Hoffnung baldiger Wiederherstellung des früheren Verhältnisses.« (Brockhaus an Dr. Häring vom 28. Januar 1843.) Auch später noch scheint Brockhaus ihn vergebens um die Wiederaufnahme seiner Mitteilungen gebeten zu haben. (Brockhaus an Dr. Häring vom 30. März 1843.)

[4]) L. A. Z. Nr. 69 vom 10. März 1843.

[5]) L. A. Z. Nr. 71 vom 12. März und Nr. 75 vom 16. März 1843.

aus Berlin erschienen jetzt Berichte über den Fasching und dergleichen mehr[1]).

Noch auffallender aber gestaltete sich das neue Verhältnis zu Preußen, als mit dem 1. April 1843 die Hoffnungen für die Zulassung der L. A. Z. als »Deutsche Allgemeine Zeitung« zunichte geworden waren.

Es genügte von nun an nicht, daß Besprechungen über Schulwesen, öffentliche Neubauten, Hofnachrichten, diplomatische Ernennungen und neue Amtsbesetzungen gänzlich kritiklos den kümmerlichen Nachrichtenstoff aus Berlin bildeten, sondern von jetzt an setzten sehr häufig die Berichte aus Preußen überhaupt völlig aus[2]) oder beschränkten sich nach wie vor auf gleichgültige Mitteilungen, wobei häufiger als früher darauf gesehen wurde, daß dieselben, wenn möglich schon in anderen preußischen oder deutschen Zeitungen zum Abdruck gekommen waren[3]). Ein sehr deutliches Zeichen für die vermittlungslose Gesinnungsänderung der Zeitung gab folgender Schluß eines Berichtes über das Eingehen der »Hallischen Jahrbücher für Wissenschaft und Kunst«: »Alle Theologie ist ihnen bloß Anthropologie. Den Glauben an ein höchstes Wesen lösen sie in eine Vergötterung des Selbstbewußtseins auf und kennen keine andere Religion mehr als die Freiheit. Sie verwerfen alle und jede monarchische und selbst die konstitutionelle monarchische Regierungsgewalt[4]).«

Was die Anordnung des Lesestoffes und die äußere Erscheinung der Zeitung betrifft, so waren auch mit dem Eintritt

---

[1]) Vgl. oben S. 144 und 153/54.

[2]) Sie fehlen in D. A. Z. Nr. 10 vom 10. April, Nr. 11 vom 11. April, Nr. 13 vom 13. April, Nr. 38 vom 8. Mai, Nr. 42 vom 12. Mai, Nr. 46 vom 16. Mai, Nr. 55 vom 25. Mai, Nr. 56 vom 26. Mai, Nr. 60 vom 30. Mai, Nr. 61 vom 31. Mai, Nr. 62 vom 1. Juni, Nr. 63 vom 2. Juni, Nr. 65 vom 4. Juni, Nr. 66 vom 5. Juni, Nr. 70 vom 9. Juni, Nr. 77 vom 16. Juni, Nr. 79 vom 18. Juni, Nr. 90 vom 29. Juni, Nr. 92 vom 1. Juli und Nr. 93 vom 2. Juli 1843.

[3]) Vor allem galt jetzt die Preußische Staatszeitung etwas. Aus ihr entnahm die D. A. Z. sehr häufig Nachrichten und besprach die Berichte derselben meist sehr zustimmend. D. A. Z. Nr. 40 vom 10. Mai, Nr. 43 vom 13. Mai, Nr. 49 vom 19. Mai und Nr. 75 vom 15. Juni 1843.

[4]) L. A. Z. Nr. 5 vom 5. Januar 1843.

des Verbots zugleich einige Reformen eingeführt worden. Da man jetzt mit demselben Absatz wie im Jahre 1837 wieder begann[1]), so sah man sich »zur größten Ökonomie« genötigt[2]) und mußte mit dem Raum des Blattes äußerst sorgsam umgehen, sollte der wirtschaftliche Schaden nicht noch vergrößert werden. So hatte sich denn schon im Laufe des ersten Quartals des Jahrganges 1843 eine sehr starke Inhaltskonzentration fühlbar gemacht, die sich am auffallendsten an dem häufigen Fehlen der früher sehr regelmäßig erschienenen Beilage zeigte[3]). Im übrigen aber war die L. A. Z. bis zum 1. April in gleicher Weise erschienen, und jetzt erst traten nach der Titeländerung die deutschen Angelegenheiten in der Zeitung an erste Stelle, wogegen die außerdeutschen und außereuropäischen Berichte im Vergleich zu früher dürftiger und den inländischen Besprechungen sichtbar untergeordnet wurden.

In einem wichtigen Punkte hingegen hat die Zeitung fast unverändert — einzig gegenüber Preußen wieder ausgenommen — ihre wackere Sprache beibehalten: in der Besprechung der Preßangelegenheiten. Schon kurz nach dem Verbot fand sich in der Zeitung ein größerer Artikel, betitelt: »Die Presse von 1842 und die Beschlüsse von 1819«. Dieser gipfelte in den kühnen Worten: »Unter diesen Umständen kann das, was 1819 passend sein konnte, es im Jahre 1842 nicht mehr gänzlich sein. In der Tat hat die Zeit auch die Karlsbader Beschlüsse gerichtet und zum Teil aufgehoben. Die Geschichte läßt sich durch keinen Erdensohn ihre Begebenheiten diktieren, und wenn er der mächtigste wäre[4]).« Als im Laufe des Januar 1843 die sächsische Regierung an die freisinnigen Blätter die Forderung stellte, keine leiden-

---

[1]) Tagebücher von Heinrich Brockhaus, 1. Bd., S. 488.

[2]) Brockhaus an den Fürsten Felix Lichnowski in Frankfurt a. M. vom 3. Januar 1843.

[3]) Sie fehlte bis zum 1. April 1843 49 mal, und zwar im Januar 18 mal, im Februar 15 mal, im März 16 mal. Auch die D. A. Z. führte die Beilage anfangs noch nicht wieder regelmäßig. Sie fehlte bis zum 1. Juli 45 mal, im April 14 mal, im Mai 16 mal, im Juni 15 mal.

[4]) L. A. Z. Nr. 3 vom 3. Januar 1843.

schaftliche Sprache zu führen, da antwortete der Korrespondent Dr. Schletter (s. oben S. 71): »Die deutsche Presse hat laut und begeistert ihre Wünsche für die Nationalität, Größe und Freiheit Deutschlands ausgesprochen, aber dies ist keine Gehässigkeit; wir werden uns diese Leidenschaft nicht rauben lassen« [1]). Eingehend bespricht auch die D. A. Z. späterhin die Verhandlungen über den die Zensurbefreiung betreffenden Gesetzentwurf, bei welcher Gelegenheit der Abgeordnete Heinrich Brockhaus sehr eindringlich und unter Hinweis auf die absolute Notwendigkeit für eine gesunde Entwicklung des deutschen Volkes gänzliche Preßfreiheit verlangte [2]).

Solche und ähnliche Auslassungen konnte man sich der stets als mild anerkannten sächsischen Regierung gegenüber wohl erlauben, nicht aber der strengen preußischen. Wie sehr man dieser gegenüber Rücksicht nahm, zeigte sich deutlich, als Friedrich Wilhelm IV. im Februar 1843 die neue Zensurordnung erlassen hatte, die allenthalben ihrer »erbärmlichen Rückschritte« wegen, besonders wegen der Wiedereinführung der Bilderzensur, ärgerliche Stimmung hervorrief [3]). Die L. A. Z. brachte neben dem Abdruck des Königlichen Erlasses nicht mehr Kritik hierüber als die Bemerkung, daß die neue Zensurinstrüktion im allgemeinen der Presse gegenüber Wohlwollen zeige und allein eine schärfere Beaufsichtigung der Zeitungen und Flugblätter erkennen ließe [4]).

Wie hatte die L. A. Z. noch vor wenigen Wochen an dem preußischen Preßgesetzentwurf vom 4. Oktober 1842 im Interesse der deutschen Freiheit Anteil genommen! Und jetzt übersieht das Blatt ein so folgenschweres Ereignis fast gänzlich. Solchen Auffälligkeiten gegenüber blieben die wenigen freimütigen Äußerungen über die Preßfrage und selbst das gelegentlich beherzte Eintreten für Amnestie der politischen Gefangenen bedenklich weit zurück, und man kann wohl das

[1]) L. A. Z. Nr. 21 vom 21. Januar 1843.
[2]) D. A. Z. Nr. 9, 10 und 11 vom 9., 10. und 11. April 1843.
[3]) Varnhagen von Ense a. a. O. 2. Bd. S. 158. (25. Februar 1843.)
[4]) L. A. Z. Nr. 59 vom 28. Februar 1843.

Urteil der Zeitgenossen teilen, daß die L. A. Z. ihre ehemalige Bedeutung gänzlich verloren hatte[1]).

Der Schaden, der dem Verlage durch das Verbot in Preußen erwuchs, war ungemein groß. Nach Angaben Varnhagen von Enses betrug er gegen 20000 Taler[2]). Da war es denn erklärlich, daß die Gebrüder Brockhaus durch heimliche Einführung des Blattes eine Herabminderung des Schadens herbeizuführen suchten. Sogleich nach Veröffentlichung des Verbots trat Brockhaus mit der befreundeten Gropiusschen Buchhandlung in Berlin in Verbindung und überließ dieser den Vertrieb der in Postpaketen eingeführten 500 Zeitungsexemplare[3]). Wenn Varnhagen von Enses von nur wenigen Exemplaren spricht[4]), die sich verstohlen in Preußen einschlichen, so kann er nicht genau unterrichtet gewesen sein, denn schon am 1. Januar erhöhte Brockhaus die Sendung auf 1200 Exemplare, die sich auf verschiedene Buchhandlungen und andere Vertriebsstellen verteilen sollten[5]).

Die preußischen Behörden, die von Anfang an Kenntnis von der heimlichen Verbreitung der Zeitung hatten[6]), schritten vermutlich bald gegen diese Hintergehung der Verbotsmaßregel ein[7]). —

---

[1]) S. unten S. 191 f.

[2]) Varnhagen von Ense a. a. O. 2. Bd. S. 136. (7. Januar 1843.)

[3]) Brockhaus an Gropius in Berlin vom 31. Dezember 1842.

[4]) Varnhagen von Ense a. a. O. S. 144.

[5]) Brockhaus an Gropius in Berlin vom 1. Januar 1843.

[6]) Briefe des Generals v. Rochow an einen Staatsbeamten, S. 278. (2. Januar 1843.)

[7]) Hierüber gibt allenfalls ein Brief Brockhaus' an Georg Herwegh vom 21. Januar 1843 Aufschluß. Darin weist der Verlag einen Artikel des Dichters mit der Motivierung zurück, daß die preußische Regierung das Verbot so streng handhabe, daß kaum ein Exemplar der Zeitung durchkomme. (Vermutlich war dies der Artikel, von welchem Herwegh an seine Braut am 15. Januar 1843 aus Zürich schrieb: »Herrn Dr. Schönlein und den Berlinern habe ich heute tüchtig den Text gelesen; ein Artikel im ‚Frankfurter Journal' veranlaßte mich dazu, und meine Erklärung ist heute an vier Redaktionen abgegangen.« (Herweghs Briefwechsel mit seiner Braut, S. 125.)

Am 1. April 1843 war das erste Blatt der D. A. Z. in Leipzig erschienen, ohne jedoch in Preußen zugelassen zu werden.

Außer der auffälligen Tendenzänderung, womit man sich dem Willen der preußischen Regierung gefügt hatte, unterblieb aber vorerst jeder weitere Versuch um die Aufhebung des Verbotes in Preußen, wozu außer Heinrich Brockhaus [1]) auch selbst Minister von Zeschau in Dresden geraten hatte [2]).

Inzwischen war wiederum die sächsische Regierung durch ihren Gesandten in Berlin für die Zeitung eingetreten, und Minister von Zeschau hatte vermutlich, wie er Heinrich Brockhaus zu tun versprochen [3]), der preußischen Zensurbehörde zu erkennen gegeben, daß man mit dem Verfahren derselben in dieser Angelegenheit durchaus nicht einverstanden sei. Dies und die einwandfreie Redaktionsführung durch Professor Bülau hat dann schließlich die preußische Regierung dazu genötigt, der Zeitung das Vertrauen wieder zu schenken, zumal, da ein neuer Redaktionswechsel nicht in Aussicht stand und somit die Befürchtungen der preußischen Minister [4]) hinfällig wurden.

Nachdem der Verlag seine nunmehrige D. A. Z. auf Anraten eines Freundes vom 7. April an vermutlich täglich den drei Ministern in Berlin unter Kreuzband zugesandt hatte, um dieselben von der Ungefährlichkeit des neuen Blattes zu überzeugen [5]), gelangte Friedrich Brockhaus im Juni 1843 nochmals an die Minister mit der Bitte, die Freilassung der Zeitung beim König doch endlich zu befürworten. Mit folgenden Worten wies Friedrich Brockhaus auf die Berechtigung seiner Wünsche hin: »Ich glaube dies mein gehorsamstes Gesuch auf die bisherige Tendenz und Haltung der Deutschen Allgemeinen Zeitung stützen zu dürfen und für deren unabänderliche Fortdauer in dem Redakteur des Blattes, Professor Bülau, wohl

---

[1]) S. oben S. 176.

[2]) Heinrich Brockhaus an seinen Bruder vom 6. April 1843.

[3]) Heinrich Brockhaus an seinen Bruder vom 8. April 1843.

[4]) S. oben S. 184.

[5]) Reimarus in Berlin an Friedrich Brockhaus vom 2. April 1843.

gewährleisten zu können, dessen Verhältnis zu der Zeitung ein ganz selbständiges und unabhängiges, zugleich auch auf längere Dauer berechnet ist« [1]).

Auf dieses letzte Gesuch erfolgte durch Königliche Kabinettsorder vom 28. Juni 1843 die Freigabe der Zeitung in Preußen »für die Dauer des gegenwärtigen Redaktionsverhältnisses und in der Voraussetzung, daß die Leipziger, jetzt Deutsche Allgemeine Zeitung, dem Geiste und der Richtung treu bleibt, welche sie seit ihrer Redaktion durch den Professor Bülau kundgegeben hat« [2]).

Mit jener mutvollen Beharrlichkeit, die sich schon bei der Gründung des Zeitungsunternehmens an den Leitern desselben so fühlbar gezeigt hatte, war nun auch dieses schwere Hemmnis scheinbar aus dem Wege geräumt. Allerdings nur scheinbar, denn wenn auch dem Debit und Transit in und durch Preußen nichts mehr entgegenstand, so hat sich das Blatt von dem Schaden, der ihm durch das Verbot in Preußen erwachsen war, nie mehr erholen können. Der Leserkreis blieb auf ein sehr kleines Maß beschränkt, was um so schmerzlicher sein mußte, da die Zeitung gerade in diesem Staate ehedem die meisten Abonnenten gezählt hatte [3]).

Wodurch es kam, daß der frühere Absatz des Blattes in Preußen nicht mehr zu erreichen war, ist leicht erklärlich. Professor Bülau hat dasselbe so vorsichtig geführt, daß es im besten Sinne »weder kalt noch warm«, also völlig wesenlos zu nennen war. Und gerade die Zeitfragen, die immer lebhafter die öffentliche Meinung zu beschäftigen begannen, fanden nun in der neuen Zeitung herzlich geringe oder gar keine Berücksichtigung mehr. Für die Vorwärtstreibenden, die sich zuvor so vernehmbar in den Spalten der L. A. Z. geäußert hatten, war so viel wie gar kein Raum mehr übrig; kein

[1]) Brockhaus an den Minister v. Arnim in Berlin vom 21. Juni 1843.

[2]) Die drei Minister Eichhorn, v. Bülau und v. Arnim an Brockhaus vom 29. Juni 1843.

[3]) Einer Zeitungsnotiz zufolge war die L. A. Z. in 3000 Exemplaren nach Preußen gegangen. (L. A. Z. Nr. 24 vom 24. Januar 1843); ebenso E. C. a. a. O. Biedermanns Monatsschrift 1844. S. 370.

Wunder, daß von nun an die Liberalen das Blatt übersahen und sich allgemein folgendem Urteil eines Zeitgenossen anschlossen: »Sie hat sich leider als Wetterfahne erwiesen. Würde sie sonst nicht vorgezogen haben, rühmlich unterzugehen, anstatt, wie es geschieht, unrühmlich fortzuvegetieren? Was anderes aber, als eine Galgenfrist ist es, was sie durch ihre Häutung sich ausgewirkt hat. Als Leipziger Allgemeine Zeitung hatte sie wenigstens eine Partei, einen Teil des Publikums für sich; jetzt kann sie es niemandem recht machen [1].«

Wenn nun auch die L. A. Z. kein Märtyrer der vormärzlichen Bewegung im eigentlichen Sinne wurde, weil sie ihre freie Gesinnungsart gerade zu einem Zeitpunkt aufgab, wo diese am wirksamsten hätte sein können, so hat sie dennoch zu dem großen Befreiungswerke in hohem Maße beigetragen; sie hat, solange sie reden durfte wie sie wollte, die Forderungen des deutschen Volkes mit aller Entschiedenheit vertreten. Daß aber die Verleger aus geschäftlichem Interesse auf einen ruhmvollen Heldentod der Zeitung verzichteten, ist zu verständlich, denn durch das Verbot in Preußen, das so tief in ihr Privateigentum eingegriffen hatte, waren die finanziellen Opfer überaus große geworden. Möge man deshalb nicht ungerecht sein, denn die Zeitung hat trotzdem in ihrer guten Zeit, die im Rahmen vorliegender Arbeit zur Behandlung gekommen ist, einen sehr erheblichen Einfluß auf den Zeitgeist jener Tage ausgeübt und am Ergebnis des Jahres 1848 ihren guten und vollauf zu würdigenden Anteil gehabt. Daß die Gebrüder Brockhaus das Blatt nicht hatten eingehen lassen, rechtfertigte sich zwanzig Jahre später, als die Zeitung noch einmal die öffentliche Meinung Sachsens bedeutungsvoll zu vertreten hatte.

---

[1]) E. C. a. a. O. Biedermanns Monatsschrift 1844.

Curriculum vitae.

Ich, Friedrich Wilhelm Neefe, wurde geboren zu Basel am 6. September 1886. Besuchte daselbst die Elementarschule bis zu meinem zehnten Jahre und hernach die dortige Oberrealschule, die ich im September 1906 mit dem Zeugnis der Reife verließ.

Ich studierte zunächst in Basel drei Semester Geschichte und Germanistik und ging dann zu meinem weiteren Studium nach Leipzig, wo ich bis zum Ende des Sommersemesters 1913 immatrikuliert war und im wesentlichen Vorlesungen bei Professor Lamprecht, Professor Köster, Professor Sievers, Professor Partsch und Professor Wundt hörte. Diesen meinen Lehrern spreche ich hiermit für die vielseitigen Anregungen meinen aufrichtigen Dank aus. Zu besonderem Dank verpflichtet mich Herr Professor Dr. Martin Spahn in Straßburg im Elsaß, der sich in liebenswürdiger Weise meiner annahm und der vorliegenden Arbeit lebhaftes Interesse entgegenbrachte.

Altenburg
Pierersche Hofbuchdruckerei
Stephan Geibel & Co.